

BUKO 28

- EINE DOKUMENTATION -



28. Bundeskongress

vom 05.-08. Mai 2005 in Hamburg

Inhaltsverzeichnis

Auftakt

Kongress-Programm	4
Aufruf zum BUKO 28.....	5
Einführungsvortrag BUKO 28 (<i>Stefanie Graefe</i>).....	5
Eröffnungspodium: Was wird der Tsunami gewesen sein?	
Die Reise als Spende? (<i>Martina Backes</i>).....	8

Forum A - wie Arbeit, Migration, Subjektivität

Im Dreischnitt durch prekäre Welten (<i>Text der Vorbereitungsgruppe des AMS-Forum</i>).....	12
Podium: Prekäres Leben – prekäre Kämpfe	
Die Widerruflichkeit der Normalität (<i>Martin Dieckmann</i>).....	13
AG: Land in Sicht	
Mindest- und Grundeinkommen statt Hartz (<i>Mag Wompel</i>).....	18
Forderung nach Existenzgeld (<i>Ingo Stützle - Fels</i>).....	20
AG: InSourcingOut! Innenansichten, Widersprüche und Potenziale von Prekarisierung	
Prekäre zwischen Bewegung und Gewerkschaften (<i>Mario Candeias/Iris Nowak</i>).....	22
AG: EuroMayday in Hamburg (<i>Arndt Neumann</i>).....	29
AG: Der Kapitalismus biete uns keine Arbeit mehr (<i>Uli Barth</i>).....	30
AG: Sklaverei in Europa – Arbeitsmigration in Spanien (<i>Sandra Blessin</i>).....	31
AG: Dona Carmen	
Die Kriminalisierung von Arbeitsmigration als „Menschenhandel“ (<i>Juanita Henning</i>).....	34
AG: Prekäre Perspektiven: Workers Center	
Prekäre Perspektiven? (<i>Kirsten Huckenbeck</i>).....	37

Forum B - wie Biopolitik

Forum B: B wie Biopolitik (<i>Text der Vorbereitungsgruppe Biopolitik</i>).....	44
Podium: Auftakt Biopolitik (<i>Erika Feyerabend</i>).....	45
Einführungspodium: Gentechnik (<i>Werner Rätz</i>).....	46
Einführungspodium: Gesundheit (<i>Uta Wagemann</i>).....	47
AG: Gesundheit als Markt (<i>Erika Feyerabend</i>).....	49
Gesundheit als Menschenrecht (<i>Christian Wagner</i>).....	53
AG: Gene, Geld und Nahrungsmittel (<i>Jutta Sundermann/Uli Eder</i>).....	55
Impacts of agro-genetechnology on the south (<i>Emmanuel Yap</i>).....	56
AG: Technisierte Menschen – Nano to Bio oder Bio to Nano	
Nanotechnologie (<i>Niels Boeing</i>).....	58

Neue Technik, alte Versprechen (<i>Gregor Kaiser</i>)	60
Nanotechnology (<i>Jim Thomas</i>).....	62
AG: Kontraste im Süden (<i>Klaus Pedersen</i>).....	68
AG: Konflikte um geistige Eigentumsrechte (<i>Christiane Gerstetter/ Andreas Riekeberg</i>)	69
Softwarepatente (<i>Frieder Hirsch</i>)	71
AG: „rote“ und „grüne“ Gentechnik (<i>Klaus Pedersen</i>)	78
AG: Ressourcenpolitik	
Querschnitt: AG Ressourcenpolitik (<i>Erika Feyerabend</i>)	79
Podium Ressourcenpolitik (<i>Uta Wagemann</i>)	81
Wenn Leben zur Ressource wird (<i>Gregor Kaiser</i>)	82

Forum C - wie Colonialismus

Forum C: C wie Colonialismus (<i>Text der Vorbereitungsgruppe Colonialismus</i>)	85
AG: Decolonising the mind? (<i>Ingmar Pech/ Sonja Mezger</i>).....	86
Impulsreferat (<i>Ingmar Pech</i>)	87
AG: Der Konflikt im Dafur/ Westsudan (<i>Ahmed Musa</i>)	93
AG: Der Maji-Maji-Krieg 1905-1907 (<i>Sonja Mezger</i>)	95
AG: Flüchtlingsabwehr und exterritoriale Lager der EU	
Der europäische Krieg gegen Flüchtlinge (<i>Cornelia Gunßer</i>)	99
Flüchtlingsabwehr der EU (<i>Cornelia Gunßer</i>)	104

Forum D - wie Diverses

AG: popular education - bildung aneignen (<i>E. Janssen,/ A. Kesselberg/ F. Habermann</i>)	105
AG: Der Garnelenring (<i>Heiko Thiele</i>).....	106
AG: US-Politik gegenüber Cuba (<i>Cuba Si</i>).....	107
AG: Antikapitalistische Mobilisierung gegen EU-Gipfel in Luxemburg (<i>Gruppe lif:t</i>).....	108
AG: Globalisierung von unten (<i>der globalXchange AG</i>)	110
AG: Gendreck weg! (<i>Jutta Sundermann</i>)	116
AG: Sich Land nehmen lassen...	
Kolumbien: Ziviler Widerstand mitten im Krieg. (<i>Christiane Schwarz</i>).....	118

Zu guter Letzt

Dankeschön an alle - Mitveranstalter/ SponsorInnen/ UnterstützInnen	120
Impressum	120

Kongress-Programm

Donnerstag, 05.05.05

ab 17.30 Uhr	Anreise, Anmeldung, Abendessen
20.00 - 20.30 Uhr	Begrüßung Eröffnungspodium: „Was wird der Tsunami gewesen sein?“
Anschließend	Cocktailbar

Freitag, 06.05.05

10.00 - 11.00 Uhr	„Von innerer und äußerer Landnahme“: Einführung in Kongress und Kongresssthema
11.00 - 11.30 Uhr	Auftakt Forum „A wie Arbeit, Migration, Subjektivität“ Auftakt Forum „B wie Biopolitik“ Auftakt Forum „C wie Colonialism“
13.00 - 14.30 Uhr	Mittagspause
14.30 - 16.30 Uhr	Workshop-Phase 1
17.00 - 19.00 Uhr	Workshop-Phase 2
19.00 - 20.30 Uhr	Abendessen
21.00 Uhr	doors open- Progressiv feiern für und mit der BUKO!- „Eine Revolution, auf der man nicht tanzen kann, ist nicht meine Revolution“ (Emma Goldman)

Samstag, 07.05.05

10.00 - 12.30 Uhr	Workshop-Phase 3/ Abschluss der Foren
12.30 - 13.30 Uhr	Mittagspause
13.30 - 16.00 Uhr	Thematische Stadtrundgänge Raum für Vernetzungstreffen, spontane Arbeitsgruppen, Ausspannen, ...
16.00 - 18.30 Uhr	Die BUKO-Mitgliederversammlung (MV) Filmvorführung und Diskussion: „LIEBE PERLA“ (R.: Shahar Rozen/Israel 1999)
18.30 - 20.00 Uhr	Abendessen
20.00 - 22.00 Uhr	Öffentliche Podiumsveranstaltung: „Unsere Opfer zählen nicht – Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg“

Sonntag, 08.05.05

früh morgens	Frühes Frühstück für alle, die zur 8.-Mai-Demo nach Berlin fahren
später	Frühstück für alle, die nicht nach Berlin fahren
10.00 - 12.00 Uhr	Abschlussveranstaltung: „Neuer Stern am Widerstands-Himmel: - Eine Bilanz der Aneignungsdebatten und -praxen -

Das ausführliche Kongress-Programm mit der detaillierten Übersicht über alle Arbeitsgruppen ist über die BUKO-Geschäftsstelle und unter <http://www.buko.info/kongress/buko28/programm/uebersicht.html> als PDF-Dokument erhältlich.

Aufruf zum BUKO 28

von innerer und äußerer landnahme
umkämpfte räume:
arbeit – biopolitik – kolonialismus

5. bis 8. Mai 2005: BUKO 28 in Hamburg

VON INNERER UND ÄUßERER LANDNAHME:

Das ist die Einladung zu einer Reise durch (un)bekanntes Gelände. Was es dafür braucht: eine genaue Kartographie der gegebenen Verhältnisse. Die Bereitschaft zu vielfältigen Brückenschlägen. Lust auf neue Routen und ungebremste Neugier. Worum es geht: Fahrt aufzunehmen, weiterzukommen, radikale Zielvisionen zu entwickeln.

LANDNAHME – das sind die Zugriffe des globalisierten Kapitalismus auf Regionen, Territorien, Körper. Auf materielle und immaterielle Ressourcen. Auf Lebensweisen, soziale Beziehungen und emanzipatorische Konzepte.

LANDNAHME – das ist aber auch und vor allem: der globalisierte Widerstand gegen den schrankenlosen Verwertungsanspruch. Kämpfe um die (Wieder-)Aneignung von Lebensweisen und Lebenszeit, um die selbstbestimmte Nutzung der natürlichen und gesellschaftlichen Ressourcen; Kämpfe gegen Neokolonialismus, rassistische Grenzordnungen und Ausbeutung.

STATIONEN DER LANDNAHME:

Kolonialismus: die Formen, in denen der historische Kolonialismus sich erhält und transformiert und Kämpfe gegen neokoloniale Herrschaftsformen, rassistische Migrationsregime und für eine anticoloniale Erinnerungspolitik.

Biopolitik: die Formen, in denen Körper, Körperstoffe, natürliche Ressourcen, Wissen und Lebensweisen marktförmig gemacht und ausgebeutet werden und die Kämpfe um eine Wiederaneignung aller lebensnotwendigen Ressourcen „von unten“.

Arbeit, Migration, Subjektivität: die vielfältigen Formen hierarchischer Prekarisierung (z.B. nach Geschlecht und Staatsbürgerschaft) und die Kämpfe um die Durchsetzung sozialer Grundrechte wie eine bedingungslose Existenzsicherung, umfassende Legalisierung sowie die Erkundung von Alternativen.

LANDNAHME heißt auf dem BUKO 28:

Freiräume eröffnen. Für die Entwicklung wirksamer und radikaler Gegenstrategien. Für Austausch, Diskussion und Vernetzung. Für kreative Pausen und kreative Aktion, für ausgiebiges Kennenlernen und Wiedertreffen, für einen anticolonialen Stadtrundgang durch Hamburg - und selbstverständlich auch: für eine rauschende Party ...

Auf bald in Hamburg! Die BUKO 28-Vorbereitungsgruppe

Einführungsvortrag BUKO 28, 6.5.2005

„Von innerer und äußerer
Landnahme“.

Stefanie Graefe

Oder: eine kleine Einstimmung auf den Titel des BUKO. Und zwar ausgehend von drei Fragen, die im Vorbereitungsprozess immer wieder auftauchten – ganz einfache Fragen im Grunde, nämlich:

Was genau ist eigentlich eine Landnahme?

Anders gefragt: Wenn Landnahme mehr sein soll, als einfach eine poetische Umschreibung für „grenzenlosen Kapitalismus“ oder „schrakenlose Inwertsetzung“ dann stellt sich die Frage, was dieses „mehr“ ausmacht (denn sonst hätte man den Kongress ja auch vielleicht einfacher „Kapitalismus überall“ oder so ähnlich nennen können).

Zunächst mal: Landnahme ist eine Metapher. Also ein sprachliches Bild. Und Metaphern haben die Eigenart (und genau deshalb setzt man sie normalerweise ein), viele Assoziationen und Bedeutungen gleich mit aufzurufen. Metaphern sind also praktisch, weil man mit ihnen komplizierte Zusammenhänge auf einen einzigen Begriff bringen kann. Genau deshalb sind Metaphern aber auch immer prekär. Um zwar im doppelten Sinn des Wortes: Sie sind verunsichernd – ganz sicher kann man sich über ihre „eigentliche“ Bedeutung letztlich nie sein – und grad deshalb sie sind zugleich heikel. Das gilt nicht nur für so drastische Beispiele wie das populäre Bild von der so genannten „Asylantenflut“, sondern auch für Metaphern wie: der Standort, die Ich-AG, der Westen und der Rest der Welt, die Schutztruppe, die Kostenexplosion im Gesundheitswesen, der dechiffrierte genetische Code – etc. Warum solche Metaphern heikel sind, ist klar: weil sie im Hinblick auf ein bestimmtes politisches Ziel Eindeutigkeit und Einfachheit suggerieren und damit kurzerhand die Komplexität und Umkämpftheit der tatsächlichen Verhältnisse ausradieren.

Prekarität kann aber auch, wie man zuletzt hier in Hamburg beim Euro-mayday erleben konnte, dazu führen, dass etwas, eine Menge an Personen und Ereignissen, in Bewegung gerät. Dass Landnahme ein prekärer Begriff ist, muss also nicht unbedingt schlecht sein – erst recht nicht für einen Kongress, der sich als Teil von Bewegung und Bewegungen versteht. Dass die Prekarität von Metaphern politisch durchaus auch produktiv sein kann, zeigen nicht zuletzt Beispiele wie queer, Karawane, Überflüssige, die Sache mit dem Kuchen und

der Bäckerei, Blauer Montag, Bread and Roses etc. Das sind Metaphern, die wollen eher neugierig machen als abstumpfen, die wollen politische Räume öffnen und nicht schließen, die wollen eher mobilisieren, als einengen. Und ich glaube, dass das genau eine unserer Aufgaben hier auf dem Kongress sein wird: die Metapher Landnahme als etwas brauchbar zu machen, was Bewegung ermöglicht.

Und das ist gar nicht mal so eine leichte Aufgabe.

Denn zuerst einmal assoziiert man mit Landnahme ja einen umfassenden Gewaltakt. Das Land, auf dem und von dem wir leben, ist uns genommen worden oder wir müssen befürchten, dass es uns genommen werden wird. Landnahme ist so verstanden im Grunde ein Synonym für Herrschaft; denn Herrschaft heißt ja nichts anderes, als dass uns das, was es uns ermöglicht, als freie und soziale Wesen zu existieren, genommen wird. Nun könnte es aber ja auch sein, dass wir uns gegen eine solche Landnahme zur Wehr setzen. Und dabei sogar Erfolg haben. Oder aber, dass wir diejenigen sind, die sich Land nehmen. Ist nur die Frage: Was für ein Land -bewohntes Land – oder Neuland? Und was machen wir dann damit? Und wer ist überhaupt dieses „wir“? Darüber sagt uns die Metapher nichts.

„Land“ steht für Acker, Nahrung, Brot, Lebensgrundlage, Bezugsrahmen. Aber auch für: Herkunft, Nationalität, Grenzen, Pässe, Kontrolle. Schließlich aber auch für: Erholung, Weite, Ausblick, Wieder-zu-sich-kommen, Grenzenlosigkeit, Perspektive. Mit Landnahme lässt sich deshalb ebenso Wurzellosigkeit, Sehnsucht nach Heimatboden und ursprünglicher Gemeinschaft assoziieren wie neue und weit reichende politische Aktionsformen. Die politischen Möglichkeiten der Metapher liegen also sozusagen im ganzen Spektrum zwischen Vertriebenenverbänden und der z.B. brasilianischen Landlosenbewegung MST. Und das heißt: Um die Metapher der Landnahme für uns hier auf dem Kongress produktiv zu machen, ist es zum einen notwendig, genauer zu bestimmen, was wir jeweils damit meinen und zum anderen, ihren politischen Möglichkeitsraum in kritisch-emanzipatorischer Absicht auszudehnen und zu erweitern. Wobei wir übrigens keineswegs die ersten sind, die das versuchen.

Damit bin ich bei der zweiten Frage angekommen: Warum eigentlich innere und äußere Landnahme?

Es gibt nämlich eine linke Geschichte der Aneignungsweisen dieser Metapher, in der gerade der Begriff der inneren Landnahme eine wichtige Rolle spielt. Zum Beispiel im Kontext der Imperialismusanalyse: Rosa Luxemburg hat sehr anschaulich beschrieben, wie die militärische Eroberung der so genannten Kolonien mit der Zerstörung der Sozialstruktur in den jeweiligen Ländern oder Regionen einherging. Was das zeigt, nach

Luxemburg, ist folgendes: „Das Kapital kann ohne die Produktionsmittel und die Arbeitskräfte des gesamten Erdballes nicht auskommen, zur ungehinderten Entfaltung seiner Akkumulationsbewegung braucht es die Naturschätze und Arbeitskräfte aller Erdstriche“. Nennt man diese Unterwerfung von Naturschätzen, Arbeitskräften und sozialen Ordnungen „innere Landnahme“, dann ist die „äußere Landnahme“ die militärische Unterwerfung eines Landes oder der Region, also der Feldzug.

Diesem Doppelspiel aus innerer und äußerer Landnahme korrespondierten auf Seiten der Gegenbewegungen der Logik nach die antikolonialen Kämpfe, die auf die Befreiung von der Kolonialherrschaft und auf die Übernahme der ökonomischen, politischen und sozialen Macht zielten. Und natürlich die Internationalismus- und Solidaritätsbewegungen, die diese Kämpfe unterstützten. Im Zusammenhang mit dem so genannten Fordismus dann hat man das Begriffspaar „innere und äußerer Landnahme“ von links eingesetzt, um zu beschreiben, dass die ganze Gesellschaft bis in ihre letzten Winkel unter das Kommando des kapitalistischen Wachstums und der dafür nötigen sozialen Ruhe gestellt wird durch den gleichzeitigen Zugriff auf zwei traditionellerweise gegenüberliegende Pole, nämlich: Öffentlichkeit und Privatheit, bzw. Produktion und Reproduktion, bzw. die Sphäre des so genannten „Männlichen“ und die des so genannten „Weiblichen“. Innere Landnahme meinte hier also: die Kolonisierung des „privaten“ Hinterlands mit dem Ziel, aus der gesamten Gesellschaft eine Fabrik zu machen, in dem jedes Rädchen an seinem Platz ist und lebenslang brav seinen Job erledigt. Kämpfe dagegen waren ebenso Kämpfe in den Fabriken und gegen Fabrikdisziplin wie überhaupt Kämpfe gegen Disziplinierung und um Autonomie; sie reichten also von Arbeitskämpfen über antiautoritäre Revolten, die Entwicklung neuer Lebensformen und -stile bis hin zur Zweiten Frauenbewegung etc., kurz: Kämpfe gegen den fordistischen Terror der Normalität.

Heute nun stehen wir vor zwei Problemen. Erstens: Wissen wir definitiv, dass Rosa Luxemburg irrte. Die glaubte nämlich, dass es irgendwann eine Grenze des Akkumulierbaren gibt, also eine Grenze der Wertschöpfung, an der der Kapitalismus kollabiert. Wir erleben gerade das Gegenteil: Grenzen der Wertschöpfung scheint es keine mehr zu geben und Grenzen des Kapitalismus auch nicht. Zweites Problem: Wir wissen inzwischen, dass der Kapitalismus auf die Kämpfe gegen den fordistischen Normalterror eine überaus umfassende und gründliche Antwort gegeben hat: den globalisierten Neoliberalismus. Nicht nur, aber auch gerade in den gesellschaftlichen Feldern, die den drei Schwerpunkten dieses Kongresses (Arbeit, Kolonialismus und Biopolitik) zugehören - und das wird dann im Einzelnen in den Workshops Thema sein – zeigen sich

die Folgen dieser Antwort besonders deutlich.

Wie steht's jetzt also heute in Sachen „innerer und äußerer Landnahme“? Eins scheint relativ klar: Das mit der innen/außen-Polarität haut irgendwie nicht mehr so richtig hin. Denn die besondere Stärke des gegenwärtigen Herrschaftsparadigmas scheint gerade darin zu liegen, dass es ihm gelingt, diese traditionellen Gegenüberstellungen zu durchkreuzen. Das drückt sich in Phänomenen aus wie z.B. der so genannten „Feminisierung der Arbeit“. Das heißt nichts anders, als dass Merkmale von Arbeit, die ehemals als „typisch weiblich“ galten, wie z.B. schlechte Entlohnung, Teilzeit, mangelnde Absicherung, Heimarbeit, fließender Übergang von Arbeit und Freizeit (genauer: Überflutung der so genannten Freizeit mit Arbeit) etc. sich inzwischen in genau dem Maße, in dem Arbeits- und Lebensverhältnisse prekär werden, verallgemeinert haben, also zunehmend auch Männer betreffen (wenn auch längst nicht im selben Ausmaß).

Anders Beispiel: Es macht einen Unterschied, ob – wie früher – der Körper „nur“ als Instrument von Arbeit und Reproduktion, oder zugleich selbst, bis in seine kleinsten Einheiten und Substanzen hinein Ware ist und potenziell aus jeder pflanzlichen, tierischen oder menschlichen Zelle eine Ressource wird, die dann auf dem globalen Markt zirkuliert. Das ist ein Prozess der Produktivmachung, der das – wie auch immer definierte – „Innen“ der Körper genauso betrifft wie das ökonomische und geopolitische „Außen“. Und was den Kolonialismus angeht, so haben wir es heute ja sowieso überhaupt nicht mehr mit Landnahme, sondern mit einer ganz und gar humanitären Angelegenheit zu tun – zumindest wenn wir den Verlautbarungen der Regierungen der ehemaligen Kolonialmächte Glauben schenken – was wir allerdings lieber nicht tun sollten. Tatsächlich ermöglichen so genannte wirtschaftliche „Partnerschaftsabkommen“, so genanntes demokratisches „Konfliktmanagement“ und so genannte „humanitäre Interventionen“ fließende Übergänge zwischen ökonomischen, politischen und militärischen Dimensionen von Neokolonialismus.

Wenn es keine klare Trennung zwischen Innen und Außen mehr gibt, heißt das eben auch, dass es nichts gibt, was nicht prinzipiell Ware werden könnte – keine Region, keine Identität, keine Natur, kein Selbst, Wissen, Gefühle, Beziehungen, Privaträume, Körperzellen, Lebensstile, sogar ehemals oppositionelle Bilder, Begriffe und Parolen – von Che Guevaras Konterfei bis hin zu Konzepten von Autonomie und Selbstbestimmung – werden zu Ressourcen, Marken oder ökonomisierenden Regierungsstrategien. Und wer oder was sich aus irgendeinem Grund dem Imperativ zur Selbstvermarktung verweigert oder ihm aus anderen Gründen nicht Folge leisten kann, wird potenziell zu sozialem Ausschuss oder aber auch, ethisch abgesegnet, zur Unperson erklärt – oder lebt sowieso irgendwo im globa-

len Raum sozusagen in Zonen des nackten Lebens, die dann den besonderen Regeln von Kriegsökonomien unterworfen sind.

Das heißt: Es geht nicht einfach um ein bisschen mehr Ausbeutung. Es geht um einen brutalen qualitativen Sprung, der die Bedingungen, unter denen wir leben, arbeiten und Politik machen, betrifft. Trotzdem – und das macht das Paradoxe der Situation aus – hat dieser Umbruch nicht nur eine extrem gewaltförmige Seite, sondern bietet auch bestimmte Chancen. Und zwar deshalb, weil sich auf diesem Wege vielleicht irgendwann auch einmal Dinge verabschieden, denen wir nicht unbedingt nachweinen sollten: Zum Beispiel die Orientierung auf einen ethnisch oder territorial definierten Nationalstaat. Zum Beispiel die Vorstellung, dass Identitäten mit Wahrheit oder mit Natur zu tun haben oder überhaupt lebensnotwendig sind. Zum Beispiel die Idee, dass es einen Bereich des Privaten und Persönlichen gibt, in dem, weil er angeblich nicht von Gesellschaft, sondern von „Liebe“ regiert wird, Menschenrechte per Geschlechtervertrag außer Kraft gesetzt sind. Nochmal: Ich sage nicht, dass das alles schon vorbei wäre, sondern, dass wir jetzt die Chancen, damit aufzuräumen, nicht im Gejammer darüber, dass früher angeblich alles besser war, vergeben sollten.

Doch Vorsicht: Ebenso wenig, wie wir irgendwelchen vermeintlich „sichereren“ Zeiten in der Vergangenheit hinterher trauern sollten, sollten wir die Transformation einfach naiv beklatschen. Zum einen, weil sich nach wie vor so manche altbekannten Herrschaftsstrukturen – insbesondere die entlang von Kategorien wie Klasse, Geschlecht, Nationalität oder Staatsbürgerschaft samt der damit verbundenen Ausschlüsse und Entrechtungen – als ungemein hartnäckig erweisen. Zum anderen, weil neue Formen von Herrschaft nicht besser sind als alte Formen von Herrschaft, sondern genauso scheiße. Trotzdem sollten wir versuchen, diese neuen Formen von Herrschaft, diesen Umbruch zu verstehen und deshalb auch – und das ist u.a. ja der Sinn eines solchen Kongresses – an die Kämpfe und Bewegungen anschließen, die nicht zuletzt versuchen, sich diesem Umbruch zu stellen, also an die verschiedenen Kämpfe um soziale Rechte weltweit – von Kämpfen für eine Autonomie der Migration und gegen Rassismus, oder um Ernährungssouveränität oder das Recht auf Gesundheitsversorgung, um bedingungslose Grundsicherung oder gegen Prekarisierung bis hin zu den studentischen Kämpfen und den Kämpfen um Umsonst-Aneignung sowie die Kämpfe, die zukünftig noch zu führen sein werden.

Womit ich bei der dritten Frage wäre: Warum hier und jetzt über innere und äußere Landnahme sprechen?

Zwei Gründe sprechen m.E. dafür:

Erstens: Weil es in der guten Tradition eines internationalistischen Kongresses steht, sich mit Kolonisierungen bzw. „Landnahmen“ aller Art zu beschäftigen.

Zweitens: Weil es kaum einen besseren Ort gibt, um ein möglichst breites Ausmaß von inneren und äußeren Landnahmen samt ihres Ineinandergreifens in den Blick zu nehmen als einen Kongress, der sich nicht als Anlaufstelle für ein thematisch begrenztes Spektrum der radikalen Linken versteht, sondern als Forum für das ganze Spektrum dieser Linken und ihrer Bewegungen - die die's schon gibt, und die, die noch kommen.

Was also der Titel „von innerer und äußerer Landnahme“ vorschlägt, ist: Sich darüber klar zu werden, mit welcher Qualität von Herrschaftsverhältnissen wir in der Gegenwart konfrontiert sind, um dann genauer bestimmen zu können, wie wir diesen in unseren Organisations- und Aktionsformen aber auch begrifflich begegnen können und wollen.

Und in genau diesem Sinne geht es – wie auch schon auf dem letzten BUKO - nach wie vor und immer noch um ein „Ende der Bescheidenheit“ und um „Aneignung“. Der Begriff der Landnahme greift diesen Faden auf und setzt ihn fort. Und verlagert dabei die Perspektive ein wenig – nämlich von der richtigen und nach wie vor gültigen Erkenntnis, dass es eben um Aneignung geht, d.h. nicht nur um ein bisschen weniger Ausbeutung, ein bisschen weniger Sozialabbau, oder ein bisschen mehr Nachsicht mit den individuellen und kollektiven Globalisierungsverlierern, sondern darum, sich zu nehmen, was uns und anderen zusteht. Diese nach wie vor richtige Erkenntnis verschiebt der Begriff Landnahme in Richtung der Frage, welches Land denn genommen werden kann und soll – und gegen welche Landnahmen „von oben“ wir uns im selben Atemzug zur Wehr setzen müssen.

Und deshalb heißt der Kongress auch nicht einfach „Kapitalismus überall“ (mal ganz davon abgesehen, dass in einer solchen Formulierung viele andere Herrschaftsverhältnisse ausgeblendet würden): Weil uns letztlich der Kapitalismus selbst weniger am Herzen liegen sollte als die sozialen Kämpfe, die jetzt und zukünftig gegen alte und neue Formen von Herrschaft zu führen sind. Und das ist das, was ich uns für die nächsten Tage wünsche: dass wir diesen Kongress nutzen, um den Möglichkeitsraum der Metapher Landnahme in diesem Sinne auszuloten.

Die Reise als Spende?

Martina Backes

Als in der zweiten Woche nach der Katastrophe die Berichterstattung über die Zahl der Opfer und das Ausmaß der Verwüstungen gerade etwas ins Stocken geriet, schockierte eine Meldung über einen schwedischen Jungen, der als vermisst galt. Ein vager Hinweis, dieser Junge sei in einem Kinderheim gesehen worden, dann das Beteuern der Heimleiterinnen, dieses Kind nie gesehen zu haben, führte zu folgender Vermutung: möglicherweise sei der Junge Opfer von Kinderhändlern geworden.

Es ist bezeichnend, dass die Medien erst mit der Meldung über das vermisste Touristenkind die Gefahr durch Kinderhandel wahrnahmen. Dabei bestand sie – übrigens auch unabhängig vom Tsunami – gerade für thailändische Waisenkinder. Auffällig ist zudem, wie sehr die Katastrophenberichterstattung bei ihrer Suche nach einer Steigerung der kaum überbietbaren Tragik am Kinderhandel und am Sextourismus hängen blieb. Dies sagt eine ganze Menge über das Bild der Berichterstatteur und ihrer HörerInnen von Thailand aus: Kinderhandel, Sextourismus sowie mafiose Banden spielten darin die Hauptrolle. Schlagartig wurden das Motto vom „Land des Lächelns“ und die Figur des Exotisch-Verführerischen in ihr barbarisch-abstoßendes Gegenteil verkehrt.

Moralische Empörung richtete sich auch darauf, dass nicht die ganze Welt stillsteht und aufhört Bier zu trinken, wenn doch gerade erst tausend Deutsche umgekommen sind. Das Unmoralische, das den Reisen in Katastrophengebiete anhaftet, wurde dabei über die Maßen mit dem Image des Sextourismus begründet. Zwar mag es kaum überraschen, dass die BILD-Zeitung beliebte weiße Männer inmitten der Verwüstungen abbildete – und damit sehr unappetitlich auf die Assoziationen zum Sextourismus setzte. Verwunderlich ist auch nicht, dass die anfänglich weit verbreitete Ablehnung jeder Reise in die Tsunami-Region und die Verurteilung derjenigen TouristInnen, die ihren Aufenthalt nicht sofort abbrachen, mit dem Argument vorgebracht wurde, man wisse doch um den Sextourismus und sein dreckiges Geschäft. Allerdings erstaunt, wie schnell diese erste Empörung dem Glauben gewichen ist, dass Reisen nach Thailand als Spende für die vom Tsunami getroffenen Armen fungieren können. Wie konnte es dazu kommen? Welches Wissen und welche Vorstellungen über die Alltagsrealität in den Ferienparadiesen stecken hinter dem schnellen Umschwenken?

Reklame für die Branche

Die Reaktionen in Hörerdiskussionen und Leserbriefen

auf jene TouristInnen, die trotz oder wegen des Tsunami unmittelbar nach der Katastrophe in die betroffenen Länder reisten oder ihren Aufenthalt verlängerten, waren oft erfrischend kritisch. Auf den Reiseseiten vieler Zeitungen machte hingegen sich ein anderer Diskurs breit. Die ZEIT appellierte mit dem Titel „Danke, dass sie gekommen sind“ bereits zehn Tage nach dem Tsunami an ihre Leserschaft: Wer meine, eine Reise auf die Malediven, auf denen immerhin 40 Prozent der BewohnerInnen von der Flutkatastrophe getroffen wurden, sei irgendwie unschicklich, liegt falsch. Gerade jetzt sei es angemessen, den Urlaub in einem der Ressorts zu verbringen. Die Überlebenden warteten auf Kunden, seien dankbar für jeden einzelnen Gast. Falsche Bescheidenheit und unangemessene Skrupel des Westens stürzten die Menschen nur noch mehr ins Unglück – die InselbewohnerInnen jetzt nicht im Stich zu lassen, sei hingegen ein Beweis für aufgeklärtes und gut informiertes Verhalten.

Selbst unmittelbar nach dem Tsunami wichen die Zeitungen auf ihren Reiseseiten nicht vom gewohnten Muster der Reisezielwerbung ab – ob Thailand, die Malediven oder die Indischen Andamanen. Eine Sri Lanka-Reportage über ein einsames Ressort eines mildtätigen Hotelbesitzers, der seine Angestellten trotz ausbleibender Gäste nicht entlässt, lenkte von der Abhängigkeit der im Tourismus Beschäftigten ab. Statt anlässlich der Katastrophe die sozialen Risiken zu benennen, die Tourismus eben auch mit sich bringt, wurde selbstgefällig eine touristische Verantwortung herbeigeschrieben. Nicht ohne zu erwähnen, was den Inselbesuch gerade jetzt zum attraktiven Jahresurlaub macht: Einsamer und verlassener denn je erinnert die Inselsituation an das Paradies. Der unberührte Naturzustand – so vollkommen wie eben nur nach einer Sintflut – dient als wirkungsvolle Metapher, die ebenso für begehrenswerte Ursprünglichkeit steht wie für die Vorstellung, dass die Idylle der menschlichen Fürsorge bedarf, um zu bestehen.

All das Unangenehme, das den Ferien im inszenierten Paradies sonst manchmal anhaftet, schien nach dem Tsunami ausgesetzt: keine überfüllten Hotelanlagen, keine unverträglich schlechten Löhne für die DienstleisterInnen, die nun mehr denn je froh seien um jeden Cent. Das höfliche Willkommenheißes durch die Einheimischen wird als unaufdringlicher Hilferuf interpretiert, der Urlaub wird zur Entwicklungshilfe und Mission auf Einladung. Im Mai beteuerte eine ZEIT-Reisereportage über „Ayurveda nach dem Tsunami“ auf Sri Lanka, dass „die wenigen Gäste ihre innere Balance finden“ und keiner Schuldgefühle hat und. Kein Zweifel, die Reise gilt als wohltätige Veranstaltung.

Recht und billig

Als Rechtfertigung für eine Reise in die vom Tsunami betroffenen Regionen wird immer wieder die Abhän-

gigkeit der DienstleisterInnen vom Tourismus zitiert. Hotelbesitzer werden in diesen schlechten Zeiten zum wirtschaftlichen Rettungsanker stilisiert und neben der traditionellen Fischerei alternativlos als einzig mögliche Arbeitgeber dargestellt. Hierin sind sich Hotelmanager, Tourismuspolitiker und die großen internationalen Entwicklungsagenturen mit den Katastrophenberichterstattungen weitgehend einig. Verfolgt man die Debatten um den Wiederaufbau, so drängt sich gar der Eindruck auf, die einzige Chance der betroffenen Länder, der Armut zu entkommen und an einem zivilisierten Leben teilzuhaben, sei unweigerlich an eine touristische Erschließung gekoppelt. Hinweise darauf, dass die einseitige Abhängigkeit einiger thailändischer Regionen vom Tourismus – ganz ähnlich wie mancher Inselstaaten – ein hohes Risiko und extrem prekäre Einkommenssituationen oft erst schafft, scheinen die verantwortlichen Tourismuspolitiker unter dem Druck der Sachzwänge in dieser Notlage getrost ignorieren zu können.

Auch der westliche Spendenblick auf die betroffenen Gebiete ist ein touristischer: Nicht zufällig fällt nahezu alles, was nicht zum irgendwie doch malerisch anmutendem Fischertum oder der bezaubernden Idylle der Hotelressorts gehört, aus der Wahrnehmung. So ranken sich die Medienberichte um Fischerboote und Hotelrestaurationen – Fischerdörfer sind eben fester Bestandteil des touristischen Repertoires und nicht wegzudenken aus der türkisfarbenen Küste. Die vielen MigrantInnen, die entweder wegen des Zinnabbaus an die Küste von Ban Nam Khem kamen oder aber als DienstleisterInnen im Backstage-Bereich an einem der touristischen Orte arbeiten (als Reinigungskräfte oder Bauarbeiter, als KüchengehilfInnen oder WäscherInnen) und die nun der Verfolgung und Abschiebung seitens der thailändischen Regierung ausgesetzt sind, werden in den medialen Verlautbarungen über den touristischen Neuanfang ignoriert. Auch die hiesigen Touristikunternehmen interessieren sich nicht für deren Schicksaal, obwohl sie mit ihren Spendenreisen zu Dumpingpreisen von eben dieser Situation profitieren. Insofern gleicht der Blick nach dem Tsunami doch sehr der Wahrnehmung vor der Katastrophe. Nur in Ausnahmefällen ist von der Zerstörung sozialer Einrichtungen und Netzwerke, von Infrastruktur und öffentlichem Leben der ländlichen Gemeinden die Rede. Mit ein paar Versprechungen oder auch einzelnen Projekten, die sich verpflichten, die Waisen gegen Kinderschänder und –händler zu schützen, lässt sich das moralische Pflichtbewusstsein der Reisewilligen ideal kanalisieren. Spenden für arbeitslose Sex-arbeiterInnen oder illegale BurmesInnen wird man hingegen kaum einwerben können.

Ein Blick auf die außergewöhnlich hohe Spendenbereitschaft in den ersten Tagen nach der Katastrophe kann ein Stück weit erklären, warum die Idee der Reise als Spende so verlockend klingt. Ohne Frage ist

das hohe finanzielle Spendenaufkommen, von der schwierigen Umsetzung angemessener Hilfe einmal abgesehen, erfreulich. Viele TouristInnen haben über persönliche Bekanntschaften ganz konkrete Hilfe geleistet oder sind in Kleinprojekten gerade dort engagiert, wo die staatliche Hilfe kein Interesse zeigt. Die medial inszenierten Spendenrallys, die oft mehr Hilfe versprochen, als nun tatsächlich an Geldern in den betroffenen Regionen angekommen ist, sind aus anderem Grunde dennoch fragwürdig: Sind sie nun Ausdruck von Anteilnahme und Interesse an den Verhältnissen in den betroffenen Gebieten, verweisen sie auf eine Politisierung oder sind sie ganz im Gegenteil Ausdruck eines apolitischen Verhaltens?

Wengleich es angesichts der notwendigen Hilfe müßig erscheint, den Wettbewerb um die Großzügigkeit zu kritisieren, so sind die Motive doch aufschlussreich, wenn man die entwicklungspolitische Mobilisierung einschätzen möchte, die mit der Reise als Spende verbunden wird. Grotesk erscheint zunächst, dass gerade jetzt und nicht bei den vielen anderen Tragödien, die sich in den letzten Jahrzehnten ereignet haben, so willig gespendet wird. Die Gründe dafür liegen nicht allein in dem Ausmaß der Katastrophe, das immer sehr subjektiv erfahren und gewertet wird. Kaum sonst böten sich für jene Menschen, die Kriege und soziale Krisen in der Tagesschau mehr oder weniger ohnmächtig verfolgen, so einflussreiche Handlungsmöglichkeiten an und nur selten so schuldlose Opfer. Während die menschlichen Katastrophen wie Krieg und Terror, Arbeitslosigkeit und Migration Gefühle von weitgehender Ohnmacht hervorrufen, gleichzeitig aber die Opfer zumindest teilweise mitschuldig gesprochen werden können, stellt sich der Tsunami als wahrer Schicksalsschlag dar: unvorhersehbar, grausam und ohne Ansehen der Opfer.

Die mediale Bilderflut von schwimmenden Häusern und gestrandeten Fischerbooten übermittelten, ganz anders als im Falle der Folgen politischer Krisen oder struktureller Gewalt, das Leiden als eine Tragödie in Echtzeit. Zudem kennt nahezu jeder jemanden, der jemanden kennt... oder der leicht hätte selber getroffen werden können. Aufgrund dieser Zusammenhänge lässt sich persönliche Betroffenheit medial leichter herstellen. Fast wird eine Schicksalsverbundenheit mit den Opfern imaginiert, auch mit den EinwohnerInnen der überfluteten Gebiete, für deren Probleme sich viele Reisenden sonst wenig interessieren. Nicht zuletzt die Reportagen, die zunächst massiv auf das persönliche Leiden über tote und verletzte TouristInnen (und gerne auch auf nunmehr besitzlose Hotelunternehmer aus dem Westen) fokussierten und in Reality-Manier deren Privatsphäre öffentlich zur Schau stellen, haben ein zweifelhaftes Wir-sitzen-alle-in-einem-Boot-Gefühl wachgerufen. Die Natur gilt als unbeherrschbar, der Tsunami als gemeinsame Sache der Menschheit. Und doch bleibt für die Mehrzahl der SpenderIn-

nen der Bilderkonsum als touristisches Verhältnis zur Wirklichkeit bestehen, während die Menschen in den Katastrophengebieten ihre materielle Grundlage – und teilweise auch ihre rechtliche – verloren haben.

Moralischer Mehrwert

Neutral erscheint die Hilfe an die Tsunami-Opfer auch deshalb, weil deren Gewährung keine politischen Grundsatzdebatten erfordert und weil sie jenseits politischer Interessenskonflikte zu realisieren scheint. Die proklamierte humanitäre Neutralität ist jedoch eine Illusion, die auch dann noch aufrechterhalten wird, wenn die Hilfe ganz offensichtlich zum Gegenstand interner Machtkämpfe wird oder für populistische Ziele der Politik erhalten muss. Berichte über Konflikte zwischen den Tamil Tigers und der Regierung in Colombo, zwischen Rebellen und Regierungsmilitärs in Aceh oder zwischen islamischen Gruppen und Regierungsvertretern im Süden Thailands trüben diesen Glauben offensichtlich nicht. Schließlich verspricht das großzügige Spenden moralischen Mehrwert – bei den kleinen SpenderInnen ebenso wie bei den großen. Den wollen sich Unternehmen wie die Deutsche Bank oder die Prominenten aus Politik und Kulturindustrie, die ihre Millionen öffentlichkeitswirksam den Opfern überreichen, nicht entgehen lassen. Der wachsende Schilderwald privater Organisationen in manchen überfluteten Regionen ist Ausdruck einer denkwürdigen PR-Strategie. Ideale „Zuwendungsempfänger“ sind die meist kleinen Fischergemeinden, deren „traditionelles“ Leben als touristisches Setting wohlbekannt und daher so attraktiv ist.

Auch die technischen und logistischen Schwierigkeiten der Hilfe legen ein kritisches Nachdenken über die strukturellen Ungleichheiten von Spendengebern und -nehmern nahe: schlechte Straßen, mangelnde Stromversorgung, Trinkwasserprobleme und fehlende Medikamente. Doch liegen diese Probleme im „machbaren“ Bereich: mit derlei Herausforderungen umzugehen, entspricht der entwicklungspolitischen Tradition und Mentalität des Westens, der sich mit Know-How und technischer Effizienz in eine vermeintlich unverzichtbare Position der Überlegenheit versetzt. Die direkte Hilfe der einheimischen Bevölkerung und der betroffenen Länder ist hingegen in den Medien weithin unterrepräsentiert.

Populistische Kontrolle

Unschuldige Opfer, gemeinsame Betroffenheit, humanitäre Neutralität und technisch-logistische Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt – angesichts dieser Faktoren eignet sich der Tsunami – wie nahezu jede Naturkatastrophe für eine populistische Politik nach dem Motto „wir müssen zusammenhalten“. Die Regierenden agieren nun als effiziente Krisenmanager ohne

Rechtfertigungszwang, meist gar im „Schulterschluss“ mit der Opposition. Indem sie Großzügigkeit walten lassen, vor laufenden Kameras Hilfe und Trost spenden, eine gelungene Mischung aus Mitgefühl und unbeugsamer Entschlossenheit an den Tag legen, gewinnen sie an Macht. Selbst jene kritischen Zuschauer, die sonst Reality-TV aufs Schärfste kritisieren und die der Politik vorwerfen, zu reden statt zu handeln, lassen sich von den Berichten über leidende Opfer und spendende Geber politisch paralysieren. Kaum eine Situation lässt die Hegemonie des herrschenden politischen (Welt-)Systems so deutlich hervortreten wie die Tage direkt nach einer Naturkatastrophe, die auf höhere Gewalt zurückgeführt und damit außerhalb des von der Politik zu verantwortenden Geschehens verortet wird.

Nun mag diese Spendenunlogik auch für die Erdbebenkatastrophe im Iran oder für das Elbehochwasser gelten – die Tatsache, dass nun die touristisch interessanten Regionen rund um den Indischen Ozean betroffen sind, verstärkt alle nur denkbaren, kritikwürdigen Formen der Rezeption des Leidens und der Hilfspolitik: die selbstgefälligen Wiederaufbauvisionen in einer Zeit, in der entwicklungspolitisches Engagement eigentlich out ist, erfahren durch die Sorge um die verschandelten Urlaubsparadiese eine neue Legitimation. Nicht zufällig ist die Berichterstattung über Burma und Indonesien, wo der Tourismus keine herausragende Rolle spielt, sehr dürftig.

Und vielleicht fühlt sich so manch einer von den Auftreten der spendablen PolitikerInnen, die wie Heidmarie Wiczorek-Zeul in rührseligem Mitleid und ebenso professioneller Entschlossenheit die staatliche Hilfe an ein Fischerdorf übergeben, zum Reisen und Helfen motiviert. Dass Frau Wiczorek Zeul jetzt gar vor dem Durcheinander der individuellen Hilfswilligen warnt, die „in Kolonial-Manier“ aufträten, zeugt von einem ungeheuren Wettbewerb unter den Hilfsorganisationen um Ansehen, Legitimation und Geld. Die Anmaßung der Ministerin, zwischen guten und schlechten zu unterscheiden, ist nicht weniger neo-kolonial. Dahinter steht die Idee der Kontrolle und der Strukturpolitik von oben, die ein wüstes Durcheinander an der Basis verhindern will – und sich das Vorrecht herausnimmt, über Richtiges und Falsches entscheiden zu können.

Der Tourismus, dessen entwicklungspolitischer Nutzen lange Jahre skeptisch beurteilt wurde, avanciert nun zum nahezu unumstrittenen Hilfsbusiness. Diese Situation erleichtert zweierlei: Einerseits verdrängt sie Ursachen für die soziale Katastrophe, an denen die touristischen Strukturen mitbeteiligt sind. Andererseits profitiert der Tourismus von den Wiederaufbauhilfen angesichts des vermeintlichen Notstands an Alternativen. Dabei wird mit den Floskeln über ökologische Nachhaltigkeit und sozialverträgliche Umsetzung mehr denn je um sich geworfen. Eine Reihe von diskursiven Figuren werden wieder neu aufgelegt, die eigentlich für die Fehler der

früheren Entwicklungsdekaden typisch sind: die hilflosen Opfer, die von der Gunst und Spendierfreude der Reichen abhängen (statt dass armutserzeugende Strukturen abgebaut werden), die Notwendigkeit von Modernisierung durch den Anschluss der peripheren (noch nicht touristisch erschlossenen) Gebiete an den globalen Markt (statt Stärkung der lokalen Ökonomien) und die importierte, technisch überlegene Hilfsintervention (statt Stärkung lokaler Verfügungsrechte und Strategien zur Krisenbewältigung). Insofern stellt der Tsunami entwicklungspolitisch einen Rückschlag in die 1960er Jahre dar. Zugleich wirkt der sehr moralische Umgang des „mildtätigen Nordens“ mit dem „hilfsbedürftigen Süden“ entpolitisiert: offensichtlich wird der Blick für ökonomisch-kulturelle Machtverhältnisse verstellt. Die strukturellen Ursachen für die Krisenhaftigkeit der Region und für die sozialen Realitäten nach dem Tsunami werden kaum wahrgenommen.

Dass Reisen und Tourismus nun einem höheren Zweck dient, dafür steht die dritte Peace Through Tourism Konferenz, die für Oktober 2005 in Pattaya in Thailand angekündigt ist. Mit dem Slogan „Serving a higher purpose“ lassen die Organisatoren keinen Zweifel daran, dass Reisen heißt, Gutes zu tun. Auf dem Programm steht die „soziale und ökonomische Revitalisierung der Tsunami betroffenen Länder“. Währenddessen wird die Katastrophe in den Museumsbereich evakuiert: die verstreuten Tsunami-Memorials und das geplante Phuket Tsunami-Museum erlauben eine „angemessene“ Erinnerung an die Flutkatastrophe und deren vermeintliche Bewältigung.

Verwendete Quellen:

DIE ZEIT Nr. 2, 5. Januar 2005, S. 57 und Nr. 15, 6. April 2005, S. 69

ADB Review, Rebuilding Lives after the Tsunami, April 2005

Höhere Gewalt und anderes Unglück. Kathy Laster u. Heinz Steinert, www.links-netz.de

Ready for Tourism? Wiederaufbau und soziale Konflikte nach dem Tsunami in Südthailand. Focus Asien Nr. 22, FernWeh / Asienhaus Essen.

Im Dreischritt durch prekäre Welten

Vorbereitungsgruppe Forum AMS

Landnahme und Inwertsetzung - zwei Begriffe, die beim BUKO 28 eine zentrale Rolle spielen. So auch im Forum A, das widerständige Subjektivität im „Normalarbeitsverhältnis des 21. Jahrhunderts“ diskutiert - in den unterschiedlichen prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen rund um den Globus.

In diesem Forum soll es um die aktuellen Veränderungen der bezahlten und unbezahlten Arbeit sowie die darauf aufbauenden Widerstandserfahrungen gehen - von den kleinen Tricks im Alltag bis zu organisierten Kämpfen hier und in anderen Ländern. Darüber hinaus wollen wir uns auf die Suche nach Auswegen und lebbar Alternativen begeben.

Die positiven und negativen Aspekte der Landnahme zu unterscheiden, ist nicht immer ganz einfach. Vielmehr vermischen sie sich zum Beispiel in Begriffen wie Autonomie, Selbstbestimmung, Flexibilität. Zum einen freiwillig gewählt, besteht auf der anderen Seite auch ein materieller Druck, flexibel zu sein. Einst als Alternative zu den Zwängen der Massennarbeit entstanden, werden selbst Autonomie und Selbstorganisation von neoliberaler Seite vereinnahmt.

Bereits das Wort „Arbeit“ impliziert eine ideologische „Landnahme“, die auch von uns als Linke mitgetragen wird, wenn wir die hierarchischen Maßstäbe dieser Gesellschaft übernehmen. Schlecht bezahlte Arbeit wird nur selten thematisiert, oft genug gelten die eigenen miesen Arbeitsbedingungen lediglich als vorübergehender Schritt in eine existenzsichernde Beschäftigung. Unbezahlte Arbeit, die auf der Grundlage der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung stattfindet, wird ebenso oft „übersehen“ wie illegalisierte Arbeit. Zugleich werden soziale Ansprüche und Rechte, die unabhängig von Arbeit existieren, in der Öffentlichkeit immer erfolgreicher denunziert. Bisher haben wir dem wenig entgegen zu setzen und Alternativen, wie etwa Existenzgeld, werden nur in kleinem Kreise debattiert.

Ins Zentrum des Forums stellen wir den Begriff Prekarisierung. Was beinhaltet er und in welcher Position sehen wir uns als Subjekt? Die Perspektive der/des Linken in der Beschreibung der eigenen Prekarität korrespondiert auf merkwürdige Art und Weise mit Verweisen auf Kampfbeispiele, die von der Alltagsrealität in Deutschland weit entfernt zu sein scheinen: Wenn's um Kämpfe geht, sind die Prekären immer „die? anderen“, die MigrantInnen oder die FabrikbesetzerInnen in Argentinien. Zur Reflexion der eigenen prekären Arbeits- und Lebensverhältnisse gehört deshalb aus

unserer Sicht auch der Versuch, die Zusammenhänge zwischen verschiedenen „alten“ und „neuen“ Formen ungesicherter Beschäftigung und miserablen Lebensbedingungen zu thematisieren. Dabei geht es auch darum, die sozialen Hierarchien, die sich innerhalb der Prekarisierung verbergen und zu denen die Sortierung nach Geschlecht und Staatsbürgerschaft gehört, aufzudecken. Nur so lassen sich auch die eigenen politischen Handlungsmöglichkeiten verorten.

In engem Zusammenhang mit Prekarisierung steht der Themenkomplex der Migration, den wir in diesem Forum vor allem unter dem Aspekt der Arbeitsmigration betrachten wollen. Uns ist dabei bewusst, dass andere Aspekte, wie zum Beispiel der strukturelle Rassismus oder militärische Interventionen unter humanitären Deckmantel, nicht völlig außen vor bleiben können und zugleich ein Bindeglied zu den anderen Foren Kolonialismus und Biopolitik darstellen.

Damit wir uns in dem weitreichenden Themenkomplex Arbeit, Migration und Subjektivität nicht in Willkürlichkeit verwickeln, geben wir dem Forum und den einzelnen Workshops einige rote Fäden an die Hand:

1. Schwerpunkt eines jeden Workshops soll der Bezug auf innere und äußere Landnahme bleiben, ihre Kontinuitäten und Sprünge und die Konsequenzen daraus. Wo wird genommen und wo nehmen wir (zurück)?
2. Wir wollen uns bemühen, strukturelle und inhaltliche Hierarchien innerhalb der Workshops aufzudecken, um eine gemeinsame Perspektive von unten einzunehmen. Hier wünschen wir uns auch einen Aufbruch der Arbeitsteilung innerhalb der Linken und ein Zusammenwirken von theoretischen Ansätzen und praktischen Interventionen. Die Workshops sollen nicht in einem Frontalunterricht durch ReferentInnen verharren. Vielmehr sollte eine gemeinsame Diskussion ermöglicht werden.
3. Wir halten es für wichtig, die Arbeitsgruppen nicht entlang von Teilbereichen zu organisieren, beispielsweise hier die MigrationsspezialistIn, dort die Gewerkschaftslinken und wieder woanders diejenigen, die schon immer über Prekarität diskutiert haben. Stattdessen schlagen wir Fragestellungen vor, die konsequent nach den Verbindungslinien unterschiedlicher Kämpfe und Erfahrungen suchen bzw. unterschiedliche Herangehensweisen miteinander konfrontieren.

Nach einer gemeinsamen Auftaktveranstaltung mit einem Eingangsreferat und anschließender Diskussion sollen die Arbeitsgruppen kurz vorgestellt werden. Im Rahmen der Kongressvorbereitung wurden die folgenden 5 Workshops erarbeitet. Möglicherweise werden weitere Arbeitsgruppen von anderen Zusammenhängen in den Bundeskongress reingetragen. Zum Abschluss der Workshops wollen wir am Samstag über Perspektiven und Interventionsmöglichkeiten am Beispiel der Workers-Center diskutieren.

Die Widerruflichkeit der Normalität

Über Prekarität und Prekarisierungen

Martin Dieckmann

Vorbemerkung: Dem Referat vorangegangen war ein Puppenspiel, das eine Talkshow mit verschiedenen Teilnehmerinnen, darunter auch eine DGB-Vertreterin, zum Thema Prekarisierung darstellte. Darauf nimmt das Referat anfangs Bezug.

Stephan Born und Paula Thiede in der Talk-Show

In diesen Tagen beginnen in der Druckindustrie Streiks um den Erhalt beziehungsweise um die Substanz des ältesten und besten Flächentarifvertrags aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Die Geschichte dieses Tarifvertrages ist ein guter Einstieg zum heutigen Thema beziehungsweise zur Fragestellung der folgenden Überlegungen. Dieses lautet: In welchem Verhältnis stehen Prekarität und Prekarisierung zum so genannten Normalarbeitsverhältnis – und welche Normen werden ins Zentrum neuer Klassenverhältnisse unter einem neuen Arbeitsregime gerückt werden?

Um dies zu verdeutlichen, möchte ich in die eben aufgeführte Talkshow als Teilnehmende noch zwei Figuren einführen: Stephan Born und – Paula Thiede. Stephan Born werden einige hier im Raum vielleicht kennen, Paula Thiede dagegen wohl kaum jemand. Stephan Born war ein führendes Mitglied des Bundes der Kommunisten 1848, er selbst kam aus dem grafischen Gewerbe. Im Gefolge der Revolution 1848 gründete er die erste nationale Gewerkschaftsorganisation, die „Allgemeine Arbeiterverbrüderung“. In dieser Traditionslinie steht dann auch der legendäre, weil erste Flächentarifvertrag in Deutschland – der nationale Tarifvertrag der Buchdrucker, die ihn erkämpften, indem sie die Unternehmer jahrelang beharrlich unter Streikfeuer legten. Dies alles dank einer immensen Disziplin und Solidarität in den eigenen Reihen. Heute würde man sagen: An der Nahtstelle einer wichtigen Wertschöpfungskette zwangen sie den Unternehmern den Kartellgedanken auf.

Dies alles würde auch Stephan Born zur Talk-Show beisteuern: die starke Idee der Brüderlichkeit, der Solidarität, das Ziel und schließlich die große Errungenschaft tariflich geschützter Arbeitsverhältnisse. Gegen das Koalitionsverbot aus den ersten Jahren der Französischen Revolution setzte man die Koalitionsfreiheit durch, indem man von ihr kämpferisch Gebrauch machte. Wie es Born betonen würde: „Die Interna-

tionale erkämpft das Menschenrecht!“ „Tarifschutz, vor wem?“ wird die Moderatorin fragen. Natürlich vor der Willkür der Unternehmer, schließlich als Ausgleich dessen, was auch das bürgerliche Arbeitsrecht die „strukturellen Unterlegenheit der Arbeitnehmer/innen“ nennt. In die Norm des regulierten Arbeitsverhältnisses ist der Klassengegensatz als Kräfteverhältnis eingeschrieben. In der Talk-Show wird die Gewerkschaftsvertreterin Stephan Born zustimmen: So war es, so soll es sein, so wird es sein!

Fast unscheinbar dagegen tritt neben Stephan Born Paula Thiede auf. „Wer sind Sie denn?“ wird die Moderatorin fragen. Keine Frage, Stephan Born wird sie herzlich begrüßen, Paula Thiede gehörte schließlich zu seinen politischen Nachfolgerinnen. Doch auch für Insider ist sie heute die Nobody par excellence. Paula Thiede wird in die Runde fragen: „Tarifschutz, ja! Aber vor wem? Auch vor mir?“

Und sie wird die Geschichte der Tarifverträge der Druckindustrie ein wenig anders als Born erzählen, nämlich als eine Geschichte eines Schutzes vor Prekarität, der zugleich ein prekärer Schutz war. Denn der Tarifschutz der Buchdrucker im ersten Flächentarif Deutschlands galt erstens nur für Facharbeiter, zweitens nur für Männer und drittens nur für Deutsche. Paula Thiede aber war erstens eine Hilfsarbeiterin, zweitens eine Frau. Nur dass sie eine Deutsche war, hatte sie mit den Ein- und Ausschlusskriterien dieses Tarifvertrages gemeinsam. Und hier die Antwort auf die Frage: Wer war eigentlich Paula Thiede? Sie war nicht berühmt, aber von großer Bedeutung. Diese reicht so weit, dass man die Hausadresse der ver.di-Bundesverwaltung nach ihr benannte: „Paula-Thiede-Ufer“. Paula Thiede organisierte ab Ende des 19. Jahrhunderts die weiblichen Hilfskräfte in der Druckindustrie – dies in einer eigenen Branchengewerkschaft, neben der Hilfsarbeitergewerkschaft, die wie der Buchdruckerverband nur Männer aufnahm. So noch nach 1900! (Übrigens kamen Hilfsarbeiterinnen und Druckfacharbeiter erst nach 1945 in der IG Druck und Papier zusammen.)

Was Stephan Born und Paula Thiede beizutragen haben zu unserem Thema, ist die Geschichte oder die historische Geburt des so genannten Normalarbeitsverhältnisses – auch als Geschichte von Vereinigungen, die erneut Spaltungen und Hierarchien erzeugten. Die Grundform „geschützter Arbeitsverhältnisse“ ist der Tarifvertrag. (So heißt er in der Schweiz: „Generalarbeitsvertrag“.) Und ein Tarifvertrag schützt immer nach zwei Seiten hin: Gegen Unternehmerwillkür einerseits, andererseits gegen die Konkurrenz durch andere Lohnabhängige, der man Grenzen zieht. (So nannte man Abwehr von „Schmutzkonkurrenz“.) Die Integration durch Solidarität bedeutet also immer auch zwangsläufig Ausschluss – durch Solidarität. Denn das Tarifrecht ist so etwas wie das „Kartellrecht der kleinen Leute“. Und wie das Kartellrecht Marktverhältnisse re-

gelt, regelt der Tarifvertrag Grenzen, Segmente eines Arbeitsmarktes, auch durch Zutrittsrechte.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Dies ist kein Ergebnis bösen Willens. Es hat damit zu tun, dass auch diese Grundform kollektiver Einkommenssicherung dem Kapitalismus eingeschrieben ist. Unter Umständen bringt sie den Kapitalismus erst richtig zum Funktionieren, worauf die DGB-Gewerkschaften heute nicht ganz zu Unrecht verweisen. Das so genannten Normalarbeitsverhältnis hatte es also mitnichten mit universeller Egalität als Gleichbehandlung zu tun, es ist – vom Tarifvertrag bis in die Sozialstaatlichkeit hinein – durchzogen von Hierarchisierungen und Segmentierungen. Und die Solidarbeziehungen darin sind entsprechend ungleich entwickelt. Die Bildung der formals modernen Arbeiterklasse aus dem frühen Proletariat heraus erfolgte zwar entlang der sozialen Antagonismen, schuf aber niemals aus sich heraus jenen homogene Block, den uns die Großen Erzählungen vom „historischen Subjekt“ erzählen wollen.

„Prekarität“ ist „Proletarität“

In welchem Verhältnis steht nun dieses historische Normalarbeitsverhältnis zur so genannten Prekarisierung? Und, was ist das eigentlich – Prekarisierung? Das lässt sich durch eine kleine Textkorrektur erläutern, eine Korrektur an einem berühmten Marx-Text. Marx schrieb in den Grundrissen: „In dem Begriff des freien Arbeiters liegt schon, dass er Pauper ist: virtueller Pauper“. Ersetzt man nun den Begriff des Paupers (des Armen) durch den des Prekären, stimmt der Satz nach wie vor: „Im Begriff des freien Arbeiters liegt schon, dass er Prekärer ist: virtuelle Prekärer.“ Was aber ist Prekarität? Ich bediene mich hier eines definitorischen Tricks und bemühe statt eines Fremdwörterbuchs das Lexikon einer romanischen Sprache, den Großen Langenscheidt Französisch-Deutsch. Da heißt es unter „Précarité“: „1. Unsicherheit, 2. (juristisch) Widerruflichkeit“. Für unser Thema gelten beide Bedeutungen zusammen. Etwa so: Prekarität ist die Unsicherheit von Lebensverhältnissen durch Widerruflichkeit des Erwerbs. Das hat mit der „freien Arbeiterin“ ja dahingehend zu tun, dass sie – per definitionem – frei von Arbeitsmitteln ist, dass sie nur im Besitz – wie Marx es schrieb – des „Arbeitsvermögens“ ist, also im weiteren Sinne getrennt ist von den Mitteln des eigenen Tuns (John Holloway).

Und das ist auch die Voraussetzung des Paupers, zumindest als objektive Armut. Denn der „freie Arbeiter“ ist per definitionem objektiv arm. Der Klassengegensatz tritt nicht erst im Arbeitsprozesse zu Tage, sondern schon auf dem Arbeitsmarkt. Es sind dort nämlich keineswegs Freie und Gleiche, die (normale oder prekäre) Arbeitsverhältnisse eingehen. Es herrscht, sagt selbst das bürgerliche Arbeitsrecht, „strukturelle Überlegenheit“ des Kapitals. Prekarität ist also nicht mehr

und nicht weniger als die Grundform von Lohnabhängigkeit. Nicht von Lohnarbeit, sondern von Lohnabhängigkeit, denn der „freie Arbeiter“ ist auch dann abhängig, wenn er erwerbslos ist. Während es umgekehrt durchaus Lohnarbeiter gibt, die keineswegs zwingend lohnabhängig sind. Zugespitzt: Prekarität ist historisch wie grundsätzlich identisch mit der Proletarität. Die revolutionären Bewegungen des 19. Jahrhunderts kannten den Begriff der „Arbeiterklasse“ noch gar nicht, sondern lediglich den Begriff des „Proletariats“. Von den Urschriften der frühen Kommunisten bis zu Marx und auch später in wichtigen Differenzierungen bei Rosa Luxemburg fasst der Begriff des „Proletariats“ alles zusammen, was wir heute als Prekarität und Prekarisierung kennen.

Karl-Heinz Roth hat für die Gegenwart des späten Zwanzigsten und frühen Einundzwanzigsten Jahrhunderts von der „Wiederkehr der Proletarität“ gesprochen. Exakt an diesem Punkt treffen sich nämlich alte und neue Proletarität – und das bedeutet auch: Es treffen sich unterschiedliche Tendenzen, Richtungen von Prekarisierung. Da ist zum einen die Prekarisierung hin zum „freien Arbeiter“, etwas, das durchaus viel mit der „Hineingeworfenheit des Menschen“ in eine fremde Welt zu tun hat: Trennung der Menschen von den bisherigen Mitteln ihres bisherigen Tuns. Historisch ist dies das Bauernlegen, die Zerstörung der Zunftordnung und damit des Berufsschutzes für Handwerker zu Gunsten des Freihandels auf dem Arbeitsmarkt. Also das, was – wiederum laut Marx – eine notwendige Voraussetzung der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals“ ist. Das gilt aber nicht nur für die lange vergangene Zeiten, sondern ist ein Prozess, der die Geschichte des Kapitals- als Klassenverhältnis fortlaufend begleitet, und zwar in den Metropolen wie weltweit: an den „Rändern“, dort, wo Menschen in riesigen Massen proletarisiert werden. Niemals war deren Zahl weltweit größer als in der zweiten Hälfte des Zwanzigsten Jahrhunderts. (Diese gewaltige sozio-ökonomische Umwälzung im Weltmaßstab nach 1945 hat Eric Hobsbawm eindrucksvoll in seinem Buch „Zeitalter der Extreme“ belegt.)

Eines der Merkmale dieser klassischen Proletarität sowohl in der Frühgeschichte wie in den späteren Phasen des Kapitalismus ist die Migration als Mobilität. Wenn überall die Einkommen gleich schlecht sind, wandert die erzwungen oder freiwillig frei gesetzte Arbeitskraft jeweils zu den besseren Arbeitsbedingungen. Oder aber, wenn überall gleich schlechte Arbeitsbedingungen sind, wandert die Arbeitskraft zum höheren Einkommen. Migration durch Mobilität war und ist auch ein stiller, dabei aber äußerst wirksamer Arbeitskampf gewesen: Krupp und andere Zechenherren bauten die Arbeitersiedlungen, um die nomadisierenden Bergleute an die Zeche zu „binden“. Auch die Mobilität der „freien Arbeiter“ wurde (in den Metropolen) hinter-

rücks zu einer Waffe im Kampf um die Voraussetzungen des „Normalarbeitsverhältnisses“.

Ich habe von Prekarität als „Unsicherheit der Lebensbedingungen durch Widerruflichkeit des Erwerbs“ gesprochen. Das historische Normalarbeitsverhältnis zeichnete sich durch erhebliche Relativierung dieser „Widerruflichkeit“ aus. Aktuell ist diese Beschränkung der Widerruflichkeit auf allen Ebenen in Frage gestellt. Als Beispiele nenne ich den Kündigungsschutz, aber auch das Aushebeln von tariflichen Regelungen durch allgemeine Öffnungsklauseln zur betrieblichen Ausrichtung am Marktgeschehen. So ist das so genannte Normalarbeitsverhältnis als Ergebnis der Kämpfe des 18. und 19. Jahrhunderts bis weit hinein ins 20. Jahrhundert identisch mit der „Entproletarisierung der Arbeiterklasse“ geworden – bei fortlaufender Zuführung von Arbeitskraft im Zustand der Prekarität. Die Urenkel Stephan Borns und die Enkel Paula Thiedes gelangten nicht immer durch die selben Kämpfe, aber dennoch zu gleichen, zumindest ähnlichen Rechtsverhältnissen.

Grund dafür war die Entfaltung von Macht. Marx hatte von der „großen Masse“ gesprochen, die sich einer zunehmenden, erdrückenden Entfremdung entledigen müsse. Er meinte das Proletariat. Die Machtentfaltung als Arbeiterklasse lag aber vorrangig begründet in der enormen Zusammenballung von Arbeitskraft in großen industriellen Aggregaten. Die Integration ganzer Wertschöpfungsketten in Großfabrikstrukturen war dafür maßgebend. Sicherlich auch die besondere Stellung einzelnen Arbeitergruppen innerhalb des Produktionsprozesses – also die besondere Macht der Facharbeit. Doch auch die „Massenarbeiterinnen“, die Un- und Angelernten der tayloristischen Massenproduktion konnten ihre ganze Macht analog der Macht der Facharbeit entfalten – eben als Fabrikmacht. Davon haben zuletzt die 1960er und frühen 1970er Jahre in Westeuropa, allem voran Italien, in Gestalt der Fabrikkämpfe und der Kämpfe gegen die „Fabrikgesellschaft“ Zeugnis abgelegt.

Die Aufspaltung der „Kerne“

Was wir nun seit den 1980er Jahren Prekarisierung nennen, fand seine erste Erscheinungsform in der Ausfransung der Ränder jener großen Aggregate der industriellen Arbeit. Dies betraf zum einen bestimmte Glieder der industriellen Produktionskette – als Auslagerung in so genannten Zulieferer -, zum anderen die Auslagerung einfacher Dienste aus Dienstleistungsunternehmen. So kam die klassisch gewordene Unterscheidung von „Kernen“ und „Rändern“, von „Stammebelegschaften“ und „Randbelegschaften“, zu Stande. Aus diesem Zeitraum ist auch bekannt, wie sich Spaltungen in Kern oder Stamm einerseits und die Ränder andererseits massiv in der Spaltung auch der arbeitsrechtlichen Verhältnissen niederschlug, etwa in

der Ausweitung von Leiharbeit, besonders aber der befristeten Arbeitsverhältnisse.

Falsch war aber schon damals die Auffassung, es bliebe bei dieser einfachen Zweispaltung in ein externes Heer von Prekären einerseits und eine abgeschmolzene, ihre Stellung aber vehement verteidigende, dabei sich einigende „Kernbelegschaft“ andererseits. Denn außen wie innen handelte es sich um den selben Prozess, dessen Logik sich freilich erst später in Gänze erschloss. Es ist eine Logik der Spaltung und Neuzusammensetzung der Arbeit und diese Logik hat mit dem Megawort der Gegenwart – „dem Markt“ und „den Märkten“ zu tun.

Seit den 1990er Jahren sind wir nämlich mit einer systematischen Zerlegung beziehungsweise Aufspaltung der vormaligen „Kerne“ konfrontiert. Dies kann man industriesoziologisch beschreiben, man kann es ökonomisch erklären – es bleibt ein Klassenkampf zur Zerstörung der Reste der alten „zentralen Arbeiterklasse“ und ihrer Macht in der Arbeit. Dem liegt ein Paradigmenwechsel im Gefüge von Betrieb, Unternehmen und Markt beziehungsweise Märkten zu Grunde: Die klassische Unterscheidung eines kooperativen Arbeitsprozesses in einem Unternehmenszusammenhang einerseits und eines äußeren Produktmarktes wird aufgehoben. Stattdessen wird der Arbeitsprozess selbst in eine Vielzahl unternehmerischer Einheiten aufgegliedert. Der Markt wird in den Betrieb geholt und spaltet diesen – gleichgültig gegenüber der jeweiligen Rechtsform des Unternehmens – in unternehmerische Einheiten auf. Diese werde dann marktförmig aufeinander bezogen. Ein Unternehmen, oft ein riesiger Konzern, entfaltet in sich die Kooperationsbeziehungen der Arbeit als Marktbeziehungen, in denen ein und dieselbe Einheit jeweils in unterschiedlicher Funktion sowohl „Kunde“ wie „Dienstleister“ ist.

Für die Macht der Arbeit hat das katastrophale Folgen: Sie implodiert. Einerseits stehen sich unter diesem neuen Regime einander zuarbeitende Einheiten nunmehr als Anbieter und Kunden gegenüber. Andererseits werden die unternehmensinternen Dienstleistungen in Konkurrenz gebracht mit internen Dienstleistungen anderer Unternehmen. So entstehen – matrixartig - eine Vielzahl einander überlagernder Märkte, auf denen Produkte als Dienstleistungen, Dienstleistungen als Produkte gelten – je nach Richtung von Angebot oder Nachfrage.

Auch der Preis der Arbeitskraft, soweit er bislang tariflich bestimmt war, gerät unter immensen Druck dieser neuen Märkte. In einem Tarifsystem wie dem der deutschen Branchentarife waren die Märkte des Endproduktes mit entscheidend für die Höhe der Tarifleistungen. Mit der Aufspaltung der Arbeitsprozessketten in Marktbeziehungen löst sich dieser Zusammenhang auf. Nunmehr gelten „marktgerechte Preise“, wobei der Marktvergleich auf das Kostenniveau anderer Ein-

heiten anderer Betriebe zielt. Kurzum, die „Märkte“, auf die bislang die gesamte Macht der Arbeit konzentriert war, werden matrixartig zerlegt und übereinander gelegt. Die Macht der Arbeit im Kapital wird systematisch zerlegt, dezentriert. Man spricht hier neuerdings auch von der Durchsetzung einer „marktzentrierten Produktionsweise“.

„Rand“ und „Zentren“ spiegeln sich – Matrix reloaded?

Diese etwas groben Zusammenfassung mag verwirren. Aber auch in der Lebenswelt der Arbeit stellt sich Verwirrung ein. Denn das gesamte Gefüge von Innen und Außen wird auf den Kopf gestellt: Rand und Zentren spiegeln sich ineinander. „Matrix reloaded“ – wer ist noch drinnen und draußen? Ich kann es niemand ersparen – die Verwirrung wird noch gesteigert. Denn all das geht unter einer höchst effektiven Steuerung durch ein hoch zentralisiertes Kommandoregime vonstatten. Wie in einem Netzwerk hat die Dezentrierung so gut wie keine Grenzen, so lange es ein gemeinsames, verbindliches Protokoll gibt. Aus der IT-Technik wissen wir, dass aus Verdrahtungen erst dann Netzwerke entstehen, wenn ein gemeinsames Protokoll gilt. Das zentrale, aber nicht immer sichtbare Kommando zeichnet sich aber durch die Herrschaft über das Protokoll aus. Dies ist die Grundfigur der „Globalsteuerung“, die uns auf allen Ebenen – nicht nur im Arbeitsprozess – begegnet. Und wir haben allen Grund, hier nicht nur das Experiment der x-ten Managementreform zu suchen, sondern eine weit- und tiefgreifendere Struktur von Gesellschaft und gesellschaftlicher Arbeit.

Um die Mechanismen dieser Macht über die Arbeit zu erkennen, also auch das Protokoll der Globalsteuerung zu dechiffrieren, bedarf es heute keiner ausgedehnter Entdeckungsreisen mehr. Um das Bild des Spiegels erneut zu bemühen: Es geht darum, dass das Eine zum Spiegelbild des ganz Anderen wird. Die Freien und Selbstständigen, die Freelancer, werden zum Vorbild ganz anderer Arbeitsverhältnisse. Dafür hat man den Begriff des „Arbeitskraftunternehmers“ erfunden, bald darauf aber feststellen müssen, dass man hier aufs Spiegelbild reingefallen ist. Denn das wirklich Verrückte an diesem Prozess ist, dass die Arbeit keinesfalls massenweise zur Arbeit von Freien und Selbstständigen wird – dass sie aber so strukturiert wird, als ob sie Arbeit von Freien und Selbstständigen wäre. Der Unterschied zwischen beiden ist grundlegend und darf nicht verwischt werden, wenn man das Neue dieser „marktzentrierten Produktionsweise“ verstehen will.

Um dies am Arbeitsvertragsrecht zu verdeutlichen. Hier unterscheidet man zwischen Werkvertrag und Dienstvertrag. Die Freien und Selbstständigen schließen Werkverträge ab, sie werden für das Produkt bezahlt. Diejenigen, die dabei gut verdienen, sind dann auch so frei, erst einmal nicht weiter arbeiten zu müssen. Im

klassischen Arbeitsvertrag aber, dem Dienstvertrag, stellen die Lohnabhängige nur ihre Arbeitskraft für eine bestimmte Zeit zur Verfügung. (So hat es kürzlich auch der Europäische Gerichtshof festgestellt: Arbeitszeit in einem Dienstverhältnis ist nicht die Zeit, in der real gearbeitet wird, sondern in der dem Unternehmen die Arbeitskraft der Beschäftigten zur Verfügung steht.) Wenn nun die Angestellten beginnen, ihre Arbeitskraft nach unternehmerischen Gesichtspunkten einzusetzen, verhalten sie sich, als würden sie für die Arbeit und nicht für die Verausgabung ihrer Arbeitskraft bezahlt. Das, was Marx den Lohnfetisch genannt hat – der Glaube, für die Arbeit bezahlt zu werden – wird dann zum realen Arbeitsverhalten. Aber ohne die, zumindest abstrakt gegebenen Freiheiten der Freien und Selbstständigen nutzen zu können, denn auf die unmittelbare Verfügbarkeit über die Lohnarbeit verzichtet das Unternehmen ungern.

Diese Verkehrung von Zwang und Freiheit lässt sich als Muster überall wiederfinden, wenn es um dezentrierende Delegation von Unternehmerfunktionen geht. Manager nennen dies: „den Markt an jeden Schreibtisch bringen“. Jede Unternehmenseinheit wird einem besonderen Marktsegment zugeordnet und damit unmittelbar konfrontiert. Ins Bild gebracht hat dies Wilfried Glissmann: Stand der Unternehmer bislang zwischen Beschäftigten und Kunden, sozusagen an der Nahtstelle des Unternehmens zum Markt, tritt er nun beiseite und konfrontiert den abhängig Beschäftigten direkt mit dem Kunden. Das ist von Glissmanns Kollegen Klaus Peters, wiederum passend, auf die Formel gebracht worden: Von der unternehmerischen Freiheit bleibt die Entscheidungsfreiheit auf der Kommando-Brücke, während die unternehmerischen Marktzwänge nach unten hin delegiert werden. So entsteht durch mehr „Selbstständigkeit“ mehr Druck.

Wenn ein Subjekt sein Individuum beschädigt

Das hat gravierende Folgen für das Verhältnis von Subjekt und Individuum. Zunächst erscheint dies alles wie der Ausstoß aus der bisherigen Integration, Ausstoß hinein in die Welt einer äußeren Prekarität. Denn der „Markt“ wird ja immer als das Außen gedacht und erfahren. Prekarisierung im Sinne eines Widerrufs von Normalität findet tatsächlich auch statt. Doch dies nun im Innern, im Herzen des Kapitals. So wie Marx einmal meinte, die Konkurrenz sei nichts anderes als die Art, in der das Kapital zu seiner Einheit fände, ist die marktformige Dezentrierung des Gesamtarbeitsprozesses nichts anderes als eine neue, nunmehr netzwerkartige Integration der Arbeitsprozesses.

So weit, so gut. Man hat dies alles durchschaut, also alles beim Alten? Nein, eben davon kann gar keine Rede mehr sein. Denn die Marktformigkeit der Arbeitsbeziehungen wird real. Es sind – wieder einmal – die wirklichen Menschen, die diese Verhältnisse, wenn auch

nicht immer aus freien Stücken, eingehen. Die Individuen beginnen mehr und mehr damit, sich selbst zu beschädigen. Provozierend zugespitzt: Das „Subjekt“ beschädigt „sein“ Individuum. Denn es ist nunmehr das Subjekt des „unternehmerischen“ Menschen. Indem das Kommando dieses Arbeitsregimes unternehmerische Funktionen nach unten delegiert, werden die Menschen gezwungen, in sich selbst die Funktionen als Lohnabhängige und als Unternehmer zu integrieren. Dies alles unterm „stummen Zwang“ der Märkte. Im Extremfall setzen sich selbst einem permanenten Benchmarking aus. Als Beispiel nenne ich eine Angestellte, die einmal meinte, Gleitzeit sei für sie nicht gerecht. Es sei nicht einzusehen, warum sie, wenn sie in der Projektarbeit langsamer arbeite als die Anderen, mehr Stunden Freizeitausgleich nehmen dürfe als die Hochleister, die schließlich in kürzerer Zeit, also produktiver, die Projektziele erreichten. Im O-Ton: „Ich brauche länger für die selbe Arbeit, also kann ich doch nicht mit mehr Freizeit belohnt werden.“

Das unternehmerische Subjekt, um dies zu betonen, ist nicht bloß eine schizoide Verkehrung im Bewusstsein – es ist eine reale Verkehrung, in der sich das Subjekt dieses Handelns und Verhaltens gegen das Individuum und seine Ressourcen kehrt. Das kapitalistische, unternehmerische Subjekt unterwirft „sein“ Individuum. Der doppeldeutige Sinn liegt auf der Hand: Selbst-Ausbeutung ist Ausbeutung durch das fremd eigene Selbst. Dies wäre dann nicht mehr nur eine „innere Landnahme“ durchs Kapital. Als Ausschöpfung noch nicht verwerteter Ressourcen der Individuen und ihrer sozialen Beziehungen ist dies auch eine Landnahme des Innen der Individuen – durch deren „Subjekt“.

Neue „Proletariat“ – neue Klassenverhältnisse

So kann man im Modell der Globalsteuerung durch indirekte Steuerung bereits so etwas wie den Umriss einer neuen Norm von Arbeitsverhältnissen erkennen. Was heißt dies aber für die Klassenverhältnisse, für die Neuzusammensetzung alter wie neuer Proletariat? Die qualifizierte Arbeit erlebt eine regelrechte Implosion der Macht in der Arbeit. Dies betrifft große industrielle Einheiten eben so wie die vormals großen Unternehmenseinheiten der Angestelltenwelt. Sind nunmehr alle gleich, also alles paletti im Klassenkampf – es gibt ja eine neues Proletariat?

Nein, dem ist keineswegs so und es dürfte erst recht nicht bei der derzeitigen Unübersichtlichkeit bleiben. Denn die Dezentrierung der Arbeitsprozesse und damit die Entmachtung der historischen „Klasse“ geht keineswegs einher mit einer einfachen Angleichung aller Arbeits- und Lebensverhältnisse. Neue Hierarchisierungen zeichnen sich dort ab, wo es um spezifische Funktionen und Qualifikationen geht. Und diese sind auf die Steuerung dieser Prozesse bezogen und leiten sich, netzwerktechnisch gesprochen, aus der Proto-

kollmacht ab. Die neuen Eliten der Arbeit werden sich über das Wissen über derartig komplexe Prozesse und über die Mechanismen zu deren Steuerung auszeichnen. Sie tun es im Übrigen heute schon.

Wenn man so will, kann man Parallelen zur Geschichte der Fabrik und der Angestellten ziehen. Diese waren im 19. Jahrhundert ja noch nicht einbezogen in die industrielle Arbeitsorganisation, firmierten sogar als „Fabrikbeamte“. Ihre Macht war die Teilhabe an der herrschaftlichen Macht, es war nicht die Macht in der Arbeit. Die ersten Exemplare einer zukünftigen Elite postfordistischer Arbeit sehen wir heute schon in Gestalt der Accounter, die nichts herstellen können, wohl aber die Rahmenbedingungen jeder Herstellung definieren lernen. Und das ist dann auch das Kennzeichen ihrer Teilhabe an herrschaftlicher Machtverhältnisse: Ausübung der Definitionsmacht über „Märkte“ als Handlungsrahmen unternehmerischer Subjekte.

Die gesamte Entwicklung scheint nun ganz und gar der Möglichkeit kollektiver Erfahrung als Klassenerfahrung zuwider zu laufen. Teilweise mag dies zutreffen, aber auch nur dann, wenn man die Klassenerfahrung reduziert auf die herrschaftliche Integration im Arbeitsprozess, damit auch die mögliche Kollektivität und Solidarität auf das Zwangskollektiv und der Fabrikdisziplin reduziert. Ganz anders dagegen, wenn man von der Grunderfahrung der Prekarität als Proletariat ausgeht. Um es zu wiederholen: Schon im Zustand objektiver Armut tritt der Klassengegensatz hervor. In den verschiedenen Varianten prekarisierter Arbeitsverhältnisse – sowohl der Auftrags- wie Lohnabhängigen – wird diese Trennung von den Produktionsmitteln im Besonderen und der „Protokollmacht“ im Allgemeinen deutlich erfahrbar. Insoweit haben wir es keinesfalls mit einer neuen, sondern der klassischen „Proletariat“ zu tun.

Neu dagegen ist, dass es sich um die Proletariat hoch entwickelter kapitalistischer Subjekte handelt – um hochgradig vergesellschaftete Individuen. Weder Freelancer noch neue selbstständig Abhängige oder abhängig Selbstständige werden aus einer vor- oder nicht-kapitalistischen Lebenswelt herausgerissen. Sie sind, manchmal bis auf die einfachsten Dienstleistungen herunter gebrochen, Manager ihres verkehrten Selbst. Darin verfügen sie aber auch über hohe Fähigkeit von Selbstorganisation, die freilich kapitalistisch verkapstelt bleibt.

Der Antagonismus im Kapitalverhältnis ist keineswegs aufgehoben, an seiner Zentralität zu zweifeln, wäre fahrlässig. Doch er zerstreut sich auch zunehmend in die Individuen selbst – in den abgründigen Kampf um die Ressourcen der Selbstökonomisierung. Als entwickelte kapitalistische Subjekte können solche Individuen fürs Kapital zu Zeitbomben werden, wenn sie den Kampf zum Schutz ihrer Ressourcen aufnehmen. Und dies auch nur dann, wenn sie sich in einer neuen, freien

Kollektivität gemeinsam ihrer Selbst-Ausbeutung und damit zu einem Gutteil ihres fremd eigenen Selbst widersetzen.

Wie dies gelingen kann, lasse ich hier offen. Vorerst allgemein und ein wenig diffus bleibend kann aber schon gesagt werden, dass eine freie Kollektivität sich weder aus der alten Fabrikdisziplin noch aus einem Marktkartell postfordistischer Marktarbeiter ableiten lässt. Die Subversion beginnt dort, wo Menschen sich in ihren Besonderheiten, als Individuen, begegnen – und lernen, dass kollektiver Schutz eben der Entfaltung von realer Individualität und nicht von Standards dient.

Wie und wo wird dies heute zur Diskussion gestellt? Die gesamte Diskussion über Prekarität und Prekarisierungen kreist zumeist um sozial- und wohlfahrtsstaatliche Absicherung oder auch nur die fürsorgliche Abfederung von Flexibilität. Um die Absicherung eben der frei gesetzten Unfreien und der unfreien frei Gesetzten. Das ist zunächst auch erforderlich, denn die Sozialleistungen erhalten angesichts des Dumpings von Löhnen und Honoraren eine immense Bedeutung. Aber es gibt darin eine gefährliche Tendenz, die sich im Slogan nach mehr „Flexicurity“ ausdrückt: als Amalgam aus Flexibility und Security, also als sozial- und wohlfahrtsstaatliche Absicherung von unternehmerischer Flexibilität durch Grundsicherungsformen. „Flexicurity“. Darin findet man im Übrigen schon die Leitlinie eines postfordistischen Sozialstaats im Sinne von Globalsteuerung. Statt dessen müsste die Diskussion und auch die Aktion sich wieder direkt den Basisprozessen zuwenden und dort nach den Rissen im Grund des Kapitalverhältnisses fahnden (Risse im Grund, die man hin und wieder – und sogar immer öfter – in Schriften wie den Marxschen „Grundrissen“ findet). Diese Suche nach dem Riss im Grund des Kapitals ist auch eine höchst empirisch Angelegenheit. Eine Frage dabei wäre: „Wie haltet ihr es denn mit euch und eurem ‚Selbst‘, Genossinnen und Genossen?“

Ob alles darauf laufen muss, die Spiegel zu zerschlagen, in denen man uns dies üble Subjekt des Selbst-Unternehmens als Spiegelbild hinhält, weiß ich nicht. Es wird schon reichen, die Spiegel zu verhängen – mit roten, schwarzen oder auch Regenbogenfahnen. Und sich dann einfach umzudrehen und den Anderen zuzuwenden, auch wenn diese noch vom fremd eigenen Spiegelbild gefangen sind. Und dann wird man sich auf einen Weg machen müssen, der nicht derselbe aber ähnlich dem von Paula Thiede und Stephan Born ist. Es ist nicht derselbe Weg, er geht aber in dieselbe Richtung. Und ich hoffe, wir kommen ein Stück weiter. Und das heißt auch – über die „Arbeit“ hinaus.

Mindest- und Grundeinkommen statt Hartz

Mag Wompel

Zum 2. Oktober wird erneut zu einer zentralen Demonstration in Berlin aufgerufen. Die dabei erhobene Forderung nach „sozialer Gerechtigkeit“ erinnert an die SPD-Wahlkämpfe, erscheint wie ein Rückschritt gegen die „Hartz IV muss weg“-Forderungen der meisten Montagsdemos und unterstellt zudem, es gebe keine konkreten und zugleich mobilisierenden Ziele. Vergessen scheint da – nicht nur im „Arbeitnehmerbegehren“ der IG Metall - der „Frankfurter Appell gegen Sozial- und Lohnabbau“, in dem sich ein breites Spektrum der Aktionskonferenz „alle gemeinsam gegen den Sozialkahltschlag“ am 17./18.1.2004 in Frankfurt u.a. auf die Forderungen nach einem gesetzlichen Mindestlohn, der zum Leben reicht, ein ausreichendes garantiertes Mindesteinkommen für alle Erwerbslosen ohne Bedürftigkeitsprüfung und nach massiver Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich geeinigt hat.

Erstens: Während momentan 1-Euro-Jobs die deutsche Debatte bestimmen, wird gern vergessen, dass es gesetzliche Mindestlöhne in 19 von 29 OECD-Ländern gibt, und in der EU sind es 18 von 25 Ländern – dennoch sind die Tarifabschlüsse z.B. in Großbritannien in den letzten Jahren höher ausgefallen als bei uns.

Sie sind notwendig, um ein Einkommen zu sichern, von dem Mensch leben kann, und angesichts der Zumutbarkeit von Löhnen bis zu einem Drittel unterhalb der Tarife im Rahmen von Hartz IV nicht nur notwendig, sondern überlebenswichtig. Denn nicht nur im Osten gibt es Tarife bei Wachleuten (4,50 €) oder Friseurinnen (5 €), die selbst bei Vollzeit nicht die Lohnarmutsgrenze von 1442 € brutto pro Monat überschreiten. Mit der von manchen Gewerkschaften geforderten Allgemeinverbindlichkeitserklärung der Tariflöhne ist da keinem geholfen, nicht in den tariffreien Zonen, schon gar nicht da, wo die Tarife nicht zum Leben reichen. Wenn die Tarifautonomie keine Untergrenze sichern kann, wird sie zum Selbstzweck. Allein nach Angaben der Bundesregierung gibt es rund 130 Tarifverträge mit Entgelten von weniger als sechs Euro Stundenlohn, der niedrigste Tariflohn liegt bei 2,74 €/Std. Eine ausgebildete Friseurin in Thüringen bekommt laut Tarifvertrag in den ersten beiden Jahren der Betriebszugehörigkeit nur 3,18 Euro brutto pro Stunde, danach 3,81 Euro. Bei Vollzeitarbeit sind das im Monat 500 bis 600 Euro brutto. Davon kann niemand leben und überhaupt nicht, wenn man Lohnwucher (Sittenwidrigkeit der Löhne) erst einklagen kann, wenn er 30% unter dem Tariflohn liegt – wenn wir un-

terstellen, dass die Betroffenen Mut und Mittel haben, um vor Gericht zu gehen.

Zwar sind in Westdeutschland noch 70 und im Osten 54,5 Prozent aller ArbeitnehmerInnen durch Tarifverträge geschützt, doch ist ihre Einhaltung weder gesichert noch sicher, wie die vielen tariflichen Sonderregelungen zeigen. Und: Die mindestens 30% der KollegInnen, die gar nicht von der Tariffhöhe erfasst werden, dürfen nicht länger von den Gewerkschaften links liegen gelassen werden. Daher muss der gesetzliche Mindestlohn weit oberhalb der Pfändungsfreigrenze liegen und mind. bei einem Bruttostundenlohn von mind. 10 Euro. Gewerkschaften, die sich dagegen aussprechen, fallen allen niedrig entlohnnten Beschäftigten und Erwerbslosen in den Rücken. Basta! Es ist aber auch genauso richtig, sich gegen Kombilöhne auszusprechen, bei denen die Steuerzahler Zuschüsse an die Wirtschaft zahlen – ebenfalls Basta!

Der gesetzliche Mindestlohn stellte zwar einigermaßen sicher, dass Menschen von der (Vollzeit!)-Lohnarbeit existieren können, die unmenschlichen Arbeitsbedingungen einer massiven Arbeitsverdichtung und des zunehmenden Stress greift er natürlich nicht an. Die durch Hartz IV fokussierte Debatte allein auf die finanziellen Bedingungen der Existenzsicherung bedarf daher dringend zweitens der Ergänzung um massive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich (in möglichst täglicher Form zur gerechteren Verteilung der Reproduktionsarbeit) als kurzfristiges sowie des Kampfes gegen die Lohnarbeit selbst als langfristiges Ziel. Wichtig dabei ist, dass höhere Mindestlöhne bereits dem Zwang zu Überstunden entgegen wirken.

Drittens: Den Millionen von „Aussortierten“ und „Überflüssigen“ helfen diese Forderungen allenfalls im Falle des behördlichen Arbeitszwangs und dies nur, wenn die Zumutbarkeitsbestimmungen angepasst würden.

Daher machen die Forderungen nach Mindestlohn und Arbeitszeitverkürzung nur dann Sinn, wenn sie um die nach einem garantierten, ausreichenden und bedingungslosen Grundeinkommen für alle ergänzt werden. Garantiert steht für einen Rechtsanspruch unabhängig von den Gründen der Erwerbslosigkeit, bedingungslos steht für den Verzicht auf entwürdigende Bedürftigkeitsprüfungen oder Koppelung an jeglichen Arbeitszwang. Die notwendige ausreichende Höhe ist schwerer zu bestimmen, muß aber unbedingt über der Höhe des jetzigen und nicht ausreichenden Existenzminimums liegen. Im Gespräch sind mind. 850 Euro plus Wohnkosten. Es würde die Aushöhlung des sozialen Schutzes durch Prekarisierung und Niedrigstlöhne stoppen und auch für die (noch) höher entlohnnten Belegschaften die Erpressbarkeit durch Angst vor Arbeitsplatzverlust mildern.

Was wir brauchen sind daher Mindest- und Grundeinkommen in komfortabler Höhe sowie mehr Zeit zum Leben - nicht mehr Arbeit, nicht „nur“ kein Hartz IV, noch nicht einmal „soziale Gerechtigkeit“!

Dieser Artikel ist erschienen als Kolumne:

Materielle Lebensgarantien. Gebrauchte Mindestlöhne und komfortable Grundeinkommen.

In: Junge Welt vom 18.09.2004

<http://www.jungewelt.de/2004/09-18/016.php>

Forderung nach Existenzgeld

und der Kongress 1999 in Berlin

Ingo Stützle (FeLS)

1. Ausgangsbedingungen Ende der 1990er Jahre

Jeder Forderung bzw. einer politischen Praxis geht eine Analyse der gegenwärtigen Verhältnisse voraus.⁽¹⁾ Dabei können ein paar Punkte für die Debatte um das Existenzgeld festgehalten werden: In der Analyse wurde im Rahmen der Vorbereitung des Kongresses nicht nur ein Ab- sondern auch ein Umbau des Sozialstaates konstatiert. Bereits damals gab es eine relativ breite Debatte über Zuspitzung sozialer Verhältnisse, Individualisierung und Prekarisierung. Der Arbeitsplatz hätte seine zentrale Funktion für Identitätenbildung verloren.⁽²⁾ Eine Debatte um die Neuausrichtung des Sozialstaats zwischen den politischen Eliten war voll im Gang. Die radikale Linke war zersplittert und desartikuliert. Es gab kein Interesse an der so genannten „sozialen Frage“ und damit war die Linke in Deutschland hinter den Debatten und Auseinandersetzungen in anderen europäischen Ländern weit zurück.

2. Wie wurde die Existenzgeldforderung verstanden? Was haben wir uns von dieser erhofft?

Emphatisch ausgedrückt ging es darum, das Ruder herumzureißen. Eine Entwicklungsrichtung war bereits klar, die Restrukturierung des Sozialstaats längst eröffnet. Für uns war klar, dass die radikale Linke jetzt aktiv werden müsse, da der Zug bereits losgefahren, aber noch nicht abgefahren war. Ziel war zudem, die zersplitterte Linke zusammenzuführen. Die Existenzgeldforderung sollte als Klammerforderung verstanden werden. Damit war die Hoffnung verbunden ein gemeinsames Element gefunden zu haben bzw. artikulieren zu können. Partikuläre Interessen sollten unter dem Dach der Existenzgeldforderung zueinander finden, ohne dass Widersprüche zwischen den verschiedenen (Interessens-)Gruppen eingeebnet werden müssten. Damit war sicherlich die Zuversicht verbunden, dass die Forderung als eine Art Initialzündung für eine breite Bewegung wirken könnte. Daraus lässt sich ein Interventionsdrang ablesen, der mit der Erwartung verknüpft war, durch relativ konkrete Forderungen eine radikale Bewegung zu initiieren (zitiert wurde sogar Lenins „Brot und Frieden“).

Des weiteren stand die Kritik der Lohnarbeitsgesellschaft im Mittelpunkt. Das drückte sich doppelt aus: Zum einen in der zusätzlichen Forderung nach radikaler Arbeitszeitverkürzung. Zum anderen wurde das Existenzgeld unabhängig davon eingefordert, Bereitschaft zu Lohnarbeit zu zeigen oder diese gar zu

leisten. Existenzsicherung und Arbeit sollten getrennt werden und mit dieser Forderung zugleich die Fragen nach „Arbeit“ aufgeworfen werden: „Wer arbeitet für wen, warum und unter welchen Bedingungen?“

Zu guter letzt stand die Forderung nach Existenzgeld bei FeLS in staatskritische Tradition. Sie wurde nicht an den Staat adressiert, sondern als Aneignungsforderung verstanden. Als Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums. Deshalb wurde auch vermieden konkrete Zahlen ins Spiel zu bringen (was nicht konsequent durchgehalten wurde).

3. Welche Kritik wurde an der Forderung formuliert?

Die Kritik war (und ist) so vielfältig wie die Linke selbst und richtete sich nicht konkret gegen FeLS, den was damals losgetreten wurde war eine relativ breite Debatte.

Die zentralen Kritikpunkte lassen sich wie folgt skizzieren:

- Das Dilemma von revolutionärer Gesinnung und der Notwendigkeit von „Realpolitik“ würde mit der Forderung nach Existenzgeld mit einer scheinbar pfiffigen Strategie kaschiert.
- Was natürlich nicht fehlen durfte ist die Kritik, dass die Forderung in kapitalistischen Formbestimmungen verhaftet bleibt, also die geldvermittelten Warenbeziehungen in einer auf Kapitalverwertung ausgerichteten Gesellschaft in keinsten Weise transzendieren würde. Dazu gehört auch die Kritik der Staatsfixiertheit.
- Weiter kann die Kritik angeführt werden, dass wir „nur“ eine diskursive Intervention verfolgen würden, die Existenzgeldforderung aber im Grund blutleer sei, da sie kein Ausdruck einer realen sozialen Macht oder Bewegung sei. Damit würden wir uns um die wirklich zentralen Fragen, nämlich der Nichtexistenz einer solchen Macht drücken.⁽³⁾

4. Wie können die realen Probleme bzw. die konkreten Erfahrungen resümiert werden?

- Trotz aller verbaler bzw. schriftlicher Zurückhaltung war die Existenzgeldforderung eine Projektionsfläche für unser revolutionäres und interventionistisches Bedürfnis. Die Enttäuschung war also groß. Nach der Konferenz war es der Sozial AG von FeLS nicht möglich, an der Forderung oder dem Kongress anzuknüpfen. Eine kollektive Aufarbeitung fand kaum statt. Erst nach einer Pause legte eine neue AG Rechenschaft ab und obwohl kaum Personenüberschneidungen zu verzeichnen sind, sehen wir uns in der Tradition und Verantwortung der alten AG.⁽⁴⁾
- Zu erkennen war, dass eine bestimmte Kritik zutreffend war, nämlich dass die Forderung als Klammer-

forderung von Außen verschiedene Politikansätze und Interessensvertretungen zusammenführen wollte. Die Forderung war also kein organischer Ausdruck einer sozialen Kraft. Ganz zu schweigen davon, dass mit der Forderung außer einer breiten Diskussion etwas losgetreten werden konnte.⁽⁵⁾ Aus der Forderung konnte also weder eine soziale noch politische Praxis entwickelt werden.

- Aus der Kritik an der Existenzgeldforderung entwickelte sich aber bereits im Zuge der Konferenz eine Gruppe, die an konkreten Arbeitsbedingungen ansetzen sollte. Die Call-Center-Offensive (CCO), die in einem konkreten Feld versuchte, neue Formen der Organisierung unter flexiblen und prekären Verhältnissen zu etablieren (siehe www.callcenteroffensive.de).

5. Wie sind die Eckpunkte der heutigen Rahmenbedingungen? Warum ist die Forderung nach Existenzgeld nicht immer die Forderung nach Existenzgeld?

Es gibt einige Koordinaten, die sich zum Schlechten wie zum Guten verschoben haben:

- Es gibt keine „Antifa-Monokultur“ in der „post-autonomen“ radikalen Linken mehr. Sie hat sich neuen Themen geöffnet. Das ist ein Fortschritt und zugleich eine neue Ausgangsbedingung.
- Mit der globalisierungskritischen Bewegung hat sich die Politik eindeutig internationalisiert. Der Internationalismus ist wieder stärker Voraussetzung und Ausgangspunkt der eigenen Politik.
- Existenzgeld (in allen Varianten) wird viel breiter diskutiert als Ende der 1990er Jahre und hat somit eine breitere Basis (Komitee für Grundrechte, katholische Soziallehre, attac, Netzwerk Grundeinkommen, „Freiheit statt Vollbeschäftigung“).⁽⁶⁾
- Gleichzeitig haben sich die sozialen Verhältnisse zugespitzt, der Um- und Abbau des Sozialstaats wurde unter Rot-Grün ab 1998 in einem unglaublichen Tempo vorangetrieben.
- Eine zentrale Koordinate, die sich verschoben hat und zwar in einem Maße, die nicht vorherzusehen war, ist die ideologische Verankerung der Arbeit. Erst mit dem rotgrünen Reformprogramm „Fördern und Fordern“ wurde der Zwang zur Arbeit und die ideologische Verteilung der „Arbeit um jeden Preis“ hegemonial. Im Gegensatz zu 1998 müsste die Kritik der Lohnarbeitsgesellschaft und der Arbeit viel zentraler werden.

6. Welche Konsequenzen haben wir gezogen?

Nachdem sich die AG Soziale Kämpfe aufgerappelt und ein wenig in Nebel gestochert hatte, haben entstand vor ein paar Jahren mit „Berlin umsonst!“ ein Versuch, den Kampf um die Reproduktionsbedin-

gungen in den Mittelpunkt zu stellen. Auch wenn die Existenzgeldforderung als Aneignungsforderung verstanden wurde, wurde sie nicht derart praktiziert. Die Politik war appellativ. Mit mehr oder weniger spektakulären Aktionen wurde versucht Zugang zu Mobilität, Freizeit (Schwimmbad), Essen etc. zu erkämpfen bzw. die Form des herrschenden Zugangs, nämlich über die Verfügung von Geld, zu thematisieren. Es ging um den Bruch mit dem Spardiskurs und der Legitimierung und Politisierung von subversiven Alltagspraktiken (siehe Buko 2004).

7. Wie weiter mit der Forderung nach Existenzgeld?

Auch wenn die Forderung nach Existenzgeld nicht der politischen Agenda von FelS steht, finden wir sie nicht falsch. Aus den bis hierher entwickelten Punkten lassen sich ein paar Eckpunkte und Spannungsfelder skizzieren, die es zu diskutieren gilt:

- Staatskritik darf nicht hinten runter fallen. Selbst Werner Rätz (attac) spricht in einem Beitrag für die Frankfurter Rundschau von „neuen Instrumenten“, die es gegenwärtig benötigt. Diese Richtung der Diskussion sollte eine radikale Linke in keinem Fall einschlagen. In derartigen Formulierungen tritt der strategische und überschüssige Moment der Forderung gegenüber technokratischen Sozialstaatsmaßnahmen in den Hintergrund und geht verloren.
- Gleichzeitig muss die „Geschichtevergessenheit“ innerhalb der Linken angegangen werden. Wann wurde die Forderung bereits von wem in welchen Kontexten gefordert? Nur so kann man auch den dumm-dreisten Behauptungen, etwa Hartz IV sei bereits die Realisierung des Existenzgeldes unter den heutigen Bedingungen, etwas entgegensetzen.⁽⁷⁾
- Existenzgeld muss als Kampf gegen die Lohnarbeit verstanden werden. Auch wenn festgestellt wurde, dass der Arbeitsplatz für die Identitätsbildung nicht mehr die zentrale Stellung einnimmt, so wurde in den letzten Jahren die Arbeit als eine zentrale Zwangsinstantz forciert. Das drückt sich z.B. in der Debatte um Mindestlöhne aus. Die Schwäche der ArbeiterInnenbewegung zwingt dazu, Lohnarbeit nicht mehr zu hinterfragen und „nur“ dafür einzutreten, dass man von Arbeit auch Leben können sollte.
- Zu guter Letzt zur Frage der Pluralität: Nach Seattle und Genua wurde immer wieder die Pluralität der globalisierungskritischen Bewegung herausgestellt. Auch unsere Vorstellung von Existenzgeld als Klammerforderung sitzt einer zum Teil problematischen Pluralismusvorstellung auf. Auch in der Diskussion um Prekarisierung ist dieser anzutreffen.⁽⁸⁾ Pluralität ist oft nicht mehr als eine „toleriertere Gleichgültigkeit“. Widersprüche unterschied-

lichster Interessen und Prioritäten (unterschiedliche Klassenerfahrung) werden nicht kleingearbeitet, es findet keine Klassenkonstituierung statt. Es müsste Organisationsformen gefunden und entwickelt werden, die eine soziale Kraft hervorbringt, dessen Ausdruck eine Existenzgeldforderung ist. Existenzgeld sollte Ausdruck realer antikapitalistischer Kämpfe sein und nicht Platzhalter für dieselben.

Anmerkungen

- (1) Hierfür können die entsprechenden Artikel der *arranca!* in den Nummern 10, 11 und 16 gelesen werden (>>> <http://arranca.nadir.org/arranca/archive.do>).
- (2) Einzelne Beiträge zur Debatte sind immer noch einsehbar unter: <http://www.nadir.org/nadir/initiativ/fels/archiv/existenz/index.html> oder <http://www.existenzgeld.de/Texte/kongress.html>
- (3) Hier ist immer noch die Kritik von Dirk Hauer lesenswert: <http://www.existenzgeld.de/Texte/kongr-hauer.html>
- (4) Siehe „Die Vermittlung von Grenzperspektiven. Ein Gespräch innerhalb der FelS-AG Soziale Kämpfe“ in: *Arranca!* Nr. 28 unter <http://arranca.nadir.org/arranca/article.do?id=243>
- (5) Einfach mal bei google „fels“ und „Existenzgeld“ eingeben!
- (6) Siehe u.a. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,386396,00.html>, <http://www.linksnet.de/linkslog/index.php?itemid=93>, <http://www.archiv-grundeinkommen.de/>
- (7) Siehe z.B. <http://www.jungle-world.com/seiten/2005/17/5370.php>
- (8) Siehe http://www.akweb.de/ak_s/ak496/15.htm

Prekäre zwischen Bewegung und Gewerkschaften

Bericht von Veranstaltungen beim 1. Sozialforum in Deutschland und beim 28. Bundeskongress der BuKo 2005

Mario Candeias und Iris Nowak

Neue Identitäten der Arbeit

Die klassische Funktion von Gewerkschaften ist es, eine Zersplitterung zu vermeiden, Kräfte zu bündeln, Verknüpfungen zwischen unterschiedlichen Beschäftigten-Gruppen herzustellen. Tatsächlich können Gewerkschaften mit dem Umbruch in der Produktionsweise und der Differenzierung von Arbeitsverhältnissen dieser Aufgabe immer weniger nachkommen. Ihre Strukturen beruhen in erster Linie auf der Verteilung von Beschäftigten in sog. Normalarbeitsverhältnissen – d.h. der dauerhaft, vollzeitbeschäftigten, mit umfangreichen sozialen Rechten ausgestatteten, häufig gewerkschaftlich organisierten, »weißen«, männlichen »Arbeitnehmer«.

Dieser immer noch bedeutsame Torso eines klassischen Proletariats wird immer weiter eingeschränkt. Es entstehen neue Beschäftigtengruppen: hochqualifizierte flexibel, häufig in Projektarbeit beschäftigte Individuen, die kollektiven Interessenvertretungen skeptisch bis ablehnend gegenüber stehen, und eine wachsende Gruppe prekär Beschäftigter mit geringer, oft nicht-existenzsichernder Entlohnung. Beide Gruppen werden durch die alten gewerkschaftlichen Vertretungsstrukturen und Kulturen nicht oder nur unzureichend repräsentiert. Umso stärker Gewerkschaften in ihren angestammten Hochburgen unter Druck geraten, desto mehr konzentrieren sie sich auf ihr »Kerngeschäft« der Organisation der Facharbeiter in großen Unternehmen. Doch gibt es Ansätze dieser Erosion gewerkschaftlicher »Einheit« durch neue Verknüpfungen zwischen den Interessen von Kernbelegschaften, Kybertariern, Prekären und Arbeitslosen zu begeben.

Der von der Rosa Luxemburg Stiftung organisierte Workshop »Organisation der Unorganisierbaren« beim I. Sozialforum in Deutschland am 23. Juli 2005 in Erfurt ging diesen Ansätzen und ihren Schwierigkeiten nach. Die tradierte Organisation entlang von Branchen oder Fachbereichen funktioniert immer weniger, so Emilio Viafora, Vorsitzender der italienischen CGIL-NIDIL. Die Spaltungen verliefen heute zwischen »typisch« und »atypischen« Beschäftigten. Daher gibt es in Italien nun seit einigen Jahren gleich mehrere Gewerkschaften eigens für prekär Beschäftigte. Eine da-

von ist die Nuove Identita di lavoro (Neue Identität der Arbeit; www.nidil.cgil.it) die dem kommunistischen Gewerkschaftsbund Confederazione Generale Italiana del Lavoro (CGIL) angehört. Unsichere befristete Beschäftigung bleibt nicht auf den Bereich der Arbeit beschränkt, verunsichert vielmehr „die gesamte Existenz und die Zukunft“ der Betroffenen. Die NidiL versucht daher über spezifische Serviceangebote (Rechtshilfe, Zugang zu Sozialversicherung, Gesundheitsversorgung und günstigen Krediten, Beratung bei Business-Plänen etc.) die Prekarität zu mildern und Beschäftigte zu organisieren um bessere Bedingungen gegenüber den Unternehmen erzwingen zu können. So wurde etwa ein allgemeiner, national gültiger Tarifvertrag für befristet Beschäftigte und Leiharbeiter vereinbart, der die Integration der Prekären in das System der Sozialversicherungen und 4% der Tarifsumme für Investitionen in die Weiterbildung der Betroffenen vorsieht. Ziel ist den „Preis der Ware Arbeitskraft“ zu erhöhen und Leiharbeit gegenüber festangestellten Beschäftigte zu verteuern (bisher waren befristet Beschäftigte 4 bis 50% billiger als fest Angestellte). Dabei geht es nicht um Zurückdrängung der aus der neuen Produktionsweise resultierenden Arbeitsformen, sondern ihres prekären Charakters. Atypische Arbeit zu bekämpfen oder, auf das Normalarbeitsverhältnis orientiert, regulieren zu wollen ist nicht nur unmöglich, sondern schwächt die eigenen Kräfte durch Spaltung.

Schwieriger sieht es bei der Gruppe der abhängig Selbständigen aus. Dies beträfe v.a. „Hochqualifizierte“ in „kreativen Berufen“, „Wissensarbeiter“, der sog. CoCoCos zwischen Beschäftigung und Selbständigkeit, die in starker Konkurrenz zueinander stünden. Ihnen steht das zentrale Medium des Arbeitskampfes, der Streik in der Regel nicht zur Verfügung. Hier sei zu aller erst eine stark individualistische Orientierung zu überwinden, eine gemeinschaftlich Kultur der Kooperation zu entwickeln, um die eigenen Bedingungen zu verbessern, ohne den Wunsch nach weitgehender Selbstbestimmung über die eigene Arbeits- und Lebensweise zu unterminieren. Nach Viaforas Einschätzung ist der NidiL bisher recht gut gelungen den Widerspruch zwischen individueller Autonomie und kollektiver Organisation zu bearbeiten. Die Form „verflüssigter Arbeit“ (Zygmunt Baumann) der CoCoCos macht den Aufbau von Organisationsstrukturen schwierig. Inzwischen konnten 120.000 individuelle Tarifverträge geschlossen werden, damit soll ein arbeitnehmer-ähnlicher Status erreicht werden. Die Erarbeitung von Mindeststandardkataloge dient als Orientierung und öffentlich bewertet werden. Ähnlich dem deutschen Tarifreuegesetz sollen für Unternehmen, die besonders negativ beurteilt werden, Sanktionen ausgesprochen bzw. keine öffentlichen Aufträge vergeben werden. Das Sozialversicherungssystem müsse dahingehend umgebaut werden, diskontinuierliche Arbeit abzusichern. Mittelfristige gelte es die Rechte von prekären und festen Arbeitskräf-

ten anzugleichen. Auch die Qualifizierung der Prekären müsse festgeschrieben werden (NidiL unterbreitet derweilen selbst Angebote in diesem Bereich). Über 20.000 Mitglieder konnten auf diese Weise gewonnen werden – doch die Fluktuation liegt bei ca. 80%.

Viafora beziffert die Zahl der »atypischen« Beschäftigung in Italien auf 13%. Allerdings werden 70% der neuen Stelln nur noch befristet vergeben und haben zunehmend prekären Charakter – dies betrifft v.a. eine ganze Generation junger Arbeitskräfte als moderne Interinali (Zeitarbeiter). Sie sind zwar in der Regel besser qualifiziert als frühere Arbeitergenerationen, aber „ohne Zukunft“. Zudem werden alte Klassenspaltungen auf diese Weise reproduziert, da insbesondere Arbeiterkindern der Sprung in sichere Beschäftigung versagt bleibt. Der Status in der Gesellschaft werde wieder vermehrt über soziale Vererbung bestimmt. Hinzu kommt eine tradierte, aber wieder verschärfte Spaltung zwischen dem Norden und dem Süden, mit starker Abwanderung der Hochqualifizierten aus dem Süden.

Zur Zeit werden weitere Gesetzesinitiativen zur De-regulierung des Arbeitsmarktes ins Parlament eingebracht. Die Prekarisierung hat jedoch bereits jetzt massiven Einfluss auf andere Arbeitsverhältnisse. Die Gewerkschaften sind „besiegt“ worden. Ein Grund mehr, dass sie den engen Bezug zu sozialen Bewegungen suchen, deren Kämpfe den Handlungsspielraum für kritische Positionen erweitert, andere Themen auf die Agenda setzt, neue politische Formen inspiriert. Eine klare Trennung zwischen der Sphäre der Arbeit und des Lebens und assoziierten politischen Forderungen kann ohnehin nicht gezogen, im Prozess der Prekarisierung schon überhaupt nicht. Die Entgrenzung der Arbeit macht es möglich, die Frage nach einer selbstbestimmten Arbeits- und Lebensweise überhaupt wieder ansatzweise zu stellen. Besonders die CGIL gilt nicht als Gewerkschaft mit nur engen korporatistische Interessen, vielmehr als wirksame politische Kraft, die den breiten gesellschaftlichen Protest vieler artikuliert.

Die Vielfalt prekärer Existenzen nimmt rasant zu. Doch so unterschiedlich die neuen Identitäten in der Arbeitswelt auch sein mögen, sie alle haben eines gemeinsam: den Ausschluss aus dem System der Arbeitsrechte und deren Schutz. Es wäre schön, wenn das alte Prinzip »ein Betrieb, eine Gewerkschaft« verfolgt werden könnte, aber es gilt die unterschiedlichen Interessen nicht zu verwischen und organisationell Ausdruck zu verleihen. Andernfalls blieben die Konkurrenzen zwischen den Arbeitskräften unausgesprochen. Die Aktivitäten der NidiL richten sich aber nicht gegen die Muttergewerkschaft, sondern werden an die CGIL rückgekoppelt. Die Unternehmen werden bei Arbeitskämpfen nun „von zwei Seiten in die Zange genommen“. Beider Gruppen von Beschäftigten können so unabhängig voneinander ihre jeweiligen Interessen formulieren,

angestrebt werden jedoch gemeinsame Tarife, gegen eine „ökonomische Zersplitterung“. Die NIdiL-Tarife und die Branchentarife der CGIL werden miteinander koordiniert. Die eigenständige Struktur der NIdiL, zum Teil aus Prozessen der Selbstorganisation hervorgegangen, verleihen atypischen Arbeitskräften eine größere Anerkennung. „Die Überlegung neue übergreifende Gewerkschaften für atypische Arbeitskräfte zu gründen und nicht in einzelnen Projekten zu unterschiedlichen Arbeitsformen zu arbeiten, entsprang der Erfahrung, dass die Gemeinsamkeiten in Bezug auf Prekarität die Differenzen zwischen den Branchen überwiegen.“ (Choi 2004) Die deutsche Verdi geht anders vor...

Projekte für Prekäre

Peter Bremme (Verdi, Fachbereichsleiter besondere Dienstleistungen) sieht die Hintergründe der Entwicklung in Italien und Deutschland ähnlich, doch die gewerkschaftliche „aufstellung ist anders“. Die Vielfalt prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse ist ähnlich – undokumentierte Landarbeiter, prekär Beschäftigte in Hotels, abhängig selbständige Kurriere, Mini-Jobber als Auffüller im Supermarkt, Dateneingabe in Heimarbeit etc.

Sofern diese Menschen überhaupt organisiert sind, gehören sie unterschiedlichen Branchengewerkschaften innerhalb des DGB an. Es gibt zwar einen vom DGB mit formulierten allgemeinverbindlichen Tarifvertrag für Leiharbeiter, dieser führt allerdings eher zur Vertiefung der Spaltung zwischen Prekären und Kernbelegschaften, da Niedriglöhne nun tariflich festgeschrieben wurden. Auch die christliche Gewerkschaft hat einen solchen Tarifvertrag entwickelt, der weiteres Lohn-Dumping durch den Einsatz von Leiharbeitern legitimiert. Bremme sieht derzeit keine Grundlage für allgemeinverbindliche Regelungen, es gebe bisher keine breite innergewerkschaftliche Diskussion, wie mit dem Thema Prekarisierung politisch umzugehen sei. Verdi geht daher den Weg über einzelne Projekte und Initiativen. Bremme bezeichnete den italienischen Ansatz als Versuch, „Gesamtantworten“ auf die Umwälzung und zunehmende Prekarisierung aller Arbeits- und Lebensbereiche zu finden, während in Deutschland eher an „Teilantworten“ gearbeitet werde. Er berichtete aus einer ganzen Reihe vielversprechender speziell auf einzelne Berufsgruppen zugeschnittener Projekte, etwa für Call-Center-Beschäftigte, Facility Management (Reinigungskräfte), Objektschützer (Bewachungsgewerbe), abhängig Selbständige in der Medienbranche, undokumentierte Arbeiterinnen oder Prostituierte. Auch in anderen Gewerkschaften gäbe es einige solcher Projekte. Im Baugewerbe hat die IG Bau mit der Gründung der Europäischen Wanderarbeitergewerkschaft Neuland beschritten. Bremme hat selbst den »Arbeitskreis undokumentiertes Arbeiten« mitbegrün-

det, ebenso setzt er sich für die den Schutz und die Organisation von Frauen am »Arbeitsplatz Prostitution« ein usw. Bremme will künftig in Bündnissen arbeiten, Netzwerke schaffen und über verschiedene Kontakte eine neue Attraktivität für Gewerkschaft vermitteln. Dafür sind ein verändertes Selbstverständnis und die Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen unverzichtbar (als Beispiel wurde die Initiative »Kein Mensch ist illegal« genannt).

Die kleinen Projekte können sehr differenziert auf die Bedürfnisse und Probleme der spezifischen Beschäftigtengruppen eingehen. Sie bleiben innerhalb der Gewerkschaften jedoch randständig. Es gelingt nicht, Verknüpfungen über das Partikulare hinaus herzustellen. Machtvolle Interessen stehen dagegen. So gilt die Organisation von Prekären aus Sicht der Apparate aufgrund ihrer starken Zersplitterung, hoher Fluktuation, schlechten Arbeitsbedingungen etc. als besonders schwierig, erfordert erhöhten Personaleinsatz, verspricht aber auf der Gegenseite kurzfristig wenig Erfolge, leitet Mittel von der »Kernaufgaben« ab, bringt gleichzeitig aufgrund der geringen Löhne kaum Mitgliedsbeiträge ein. Gewerkschaften und Kernbelegschaften „sperrten sich“. Auch bei den Themen Frauenpolitik, Migranten, Schwule taten sich die Gewerkschaften schwer, sie in ihre alltägliche Arbeit zu integrieren. Als sog. »weiche« Themen geraten sie in konkreten Auseinandersetzungen immer wieder aus dem Blick.

Die politischen Richtungsgewerkschaften Italiens oder auch Frankreich hätten es einfacher branchenübergreifend politische Initiativen anzustossen. Die Struktur der Einzelgewerkschaften führt auch zur Zersplitterung der prekär Beschäftigten, verweist sie auf marginale Positionen am Rande hochorganisierter Kernbelegschaften. Bremme regt daher die Einrichtung der Möglichkeit individueller Mitgliedschaft im DGB an, statt eines Zwangs sich für eine Einzelgewerkschaft zu entscheiden. So könnte eine Spaltung des DGB durch Gründung einer neuer Gewerkschaft nach italienischem Vorbild vermieden werden. Ob der DGB dafür die richtige Anlaufstelle ist, ohne die einzelgewerkschaftlichen Strukturen zu verändern, bleibt fraglich. Bisher fördert der Druck auf die Hochburgen der international vergleichsweise starken deutschen Gewerkschaften eher den Rückzug auf Verteidigung alter Errungenschaft und korporativistisch verengte Interessen. Um wirksam ihre Interessen zu vertreten scheint es notwendig, die Frage nach einer möglichen Selbstorganisation jenseits der bestehenden Gewerkschaftsstrukturen in aller Schärfe zu stellen.

Selbstorganisation und Bewegung

Eine Schwierigkeit der Debatte sind die Widersprüche im Prozess der Prekarisierung selbst. Gemeinhin diskutieren wir Prekarisierung als Angriff des Neoliberalismus

ralismus von oben. Prekarisierung ist aber mehr als rechtliche, soziale und finanzielle Unsicherheit. Gefragt ist auch die Fähigkeit, sich selbst kreativ zu entwerfen und neue flexible Formen von Kollektivität zu entwickeln. Hierin befreien sich die Einzelnen nicht selten aus rigiden Vorstellungen von patriarchal-fordistischer Normalität. Alternative Wünsche – vorangetrieben durch migrantische und feministische Theorie wie Praxis – fließen in prekäres Arbeiten und Leben ein. Paradoxerweise sind diese Praxen zugleich Teil einer gesellschaftlichen Entwicklung, in der die individuelle Lebensqualität immer stärker an den persönlichen Erfolg auf freien Märkten geknüpft ist. Der ebenfalls von der Luxemburg Stiftung organisierte Workshop „InSourcingOut! Innenansichten, Potenziale und Widersprüche von Prekarisierung“ auf dem 28. Bundeskongress der BuKo am 6. Mai 2005 in Hamburg, stellte sich die Frage, wie sich unterschiedliche Gruppen von Prekarisierten in diesen Widersprüchen bewegen und welche verallgemeinerbaren Momente von Handlungsfähigkeit, die über ein Selbstmanagement hinaus gehen, daraus entwickelt werden können?

Aneignung des Raums als Ausgangspunkt politischer Organisation

Ausgehend von der Arbeits- und Lebenssituation von Migrantinnen in Österreich und Hongkong wurde nach kollektiven Formen gefragt, in denen sie ihren Alltag organisieren und politisch handlungsfäh werden. Die Komplexität ihres prekären Alltags hatte die Künstlerin Moira Zoitl in einem 10-minütigen Video einzufangen versucht.

Sie zeigte wie philippinische Hausarbeiterinnen in Hongkong zu tausenden dazu übergangen an ihrer freien Tagen auf Plätzen in der City zu versammeln, nicht um zu demonstrieren, sondern vielmehr um sich einen öffentlichen Raum anzueignen, auf dem sie sich treffen, miteinander sprechen, austauschen, ihre knappe Freizeit verbringen können. Etwa 250.000 migrantische Hausarbeiterinnen gibt es in Hongkong. Zwischen den Philippinen und Hongkong besteht ein offizielles Abkommen, welches die Migration von Arbeitskräften regelt. Die philippinische Regierung betreibt eine regelrechte globale Vermarktung von Arbeitskräften – mehr als 10% der Philippinos arbeiten im Ausland. Um nach Hongkong zu kommen mussten die Frauen hohe Beträge an staatliche Vermittler leisten. Die Einreiseerlaubnis ist dann jedoch an einen bestimmten Arbeitsplatz gebunden, der Wechsel in andere Bereiche ist ausgeschlossen. Damit besteht eine massive Abhängigkeit vom ›Arbeitgeber‹. Die meisten müssen als sog. ›live ins‹ 24 Stunden parat stehen, die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt 12 bis 16 Stunden. Meist sind die philippinischen Frauen hoch qualifiziert, häufig besser als ihre ›Arbeitgeber‹, oft haben sie eine akademische Ausbildung. Doch schon die vereinbarten Löhne

werden nicht gezahlt, Arbeitsverträge, soweit existent gebrochen, die Betroffenen durch jüngere, schlechter ausgebildete Frauen aus anderen Ländern ersetzt. Nach einer Kündigung bleiben nur zwei Wochen, um sich einen neuen Job zu suchen. Die permanente Nähe zum ›Arbeitgeber‹ und engste räumliche Wohnverhältnisse ohne Rückzugsräume führen nicht nur dazu, dass Hausarbeiterinnen keine eigene Privatsphäre halten können, sondern auch zu sexuellen und gewaltsamen Übergriffen. Staatlich verordnete Lohnkürzungen in Folge der Asienkrise von 1998 sollten absichern, dass Hongkonger nach der Entwertung ihrer Einkommen sich weiterhin eine Putzfrau und/oder Kinderbetreuung leisten konnten und verschlechterten damit die Situation der Hausarbeiterinnen weiter. Hongkonger Frauen können sich von alten Geschlechterrollen lösen, indem sie auf die billige Arbeitskraft von Migrantinnen für die häusliche Reproduktionsarbeit zurückgreifen – eine Entwicklung, die den hiesigen Verhältnissen nicht unähnlich ist.

Die sonntägliche Besetzung der Nobel- und Finanzmeilen Hongkongs als Ort der Zusammenkunft dient in diesem Zusammenhang als Ort des Zusammentreffens sonst voneinander isolierter Frauen und wird so auch zum Ort ihrer Politisierung. Wie der Film zeigte werden hier offen die Erfahrungen sexueller Übergriffe ausgetauscht und ein wechselseitiges unterstützendes migrant empowerment gepflegt. Know your rights Seminare, Rechtsbeistand oder Demonstrationen werden organisiert. Diese Zusammenkünfte bieten die Basis einer Vielzahl von Migrantinnenorganisationen, die die Öffentlichkeit auch suchen. Zwar gibt es Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Organisationen, sie sind jedoch vornehmlich nach ethnischen Kriterien strukturiert.

Die Migrantinnen verstehen sich explizit als Arbeiterinnen, um eine Verbindung zu anderen gesellschaftlichen Gruppen zu betonen und gegenüber ihren ›Arbeitgebern‹ aber auch dem Staat ihre Position deutlicher zu machen. Der Ausbruch aus der häuslichen Isolation und die Sichtbarmachung ihrer massenhaften Anwesenheit verunmöglicht ein Verschweigen ihrer spezifischen Situation von Migrantinnen. Es gelingt ihnen damit gesellschaftliche Diskurse zu verschieben und sager erste parlamentarische Erfolge konnten erzielt werden. Darüber hinaus ermöglicht ihnen der kärgliche Lohn, der trotz allem deutlich über den philippinischen Löhnen liegt, Geld anzusparen und auf den Philippinen Land zu kaufen, sich ein kleines Häuschen zu bauen. Die Unterwerfung unter die hyperausbeuterischen Verhältnisse eröffnet ihnen zugleich verbesserte Lebensperspektiven. Ihre ökonomische Selbständigkeit als Hausarbeiterinnen ermöglicht ihnen aus alten patriarchalen Familienverhältnissen auszubrechen. Mit einem eigenem Einkommen und dem Kauf von Land stellen sie in einem Land mit hoher Arbeitslosigkeit

und Unterbeschäftigung (v.a. bei Männern) die tradierte Geschlechterhierarchie auf den Kopf.

Störung der Harmonie

Luzenir Caixeta (Linz) stellte diese Beschreibung der Verhältnisse in Hongkong ihre Erfahrungen aus Österreich gegenüber. Sie arbeitet beim Projekt MAIZ (www.maiz.at) mit, einem autonomen Zentrum für Migrantinnen in Linz, das vor über zehn Jahren selbst von Migrantinnen gegründet wurde. Die Frauen, die sich an MAIZ wenden, leben anders als in Hongkong überwiegend illegal in Österreich. Sie arbeiten auch als Putz- und Pflegekräfte in Privathaushalten, ein anderer (großer) Teil ist in der Sexindustrie tätig. Die Arbeitsverhältnisse von Migrantinnen sind überwiegend im „Kontinuum Sex-Fürsorge-Pflegearbeit“ angesiedelt. Die konkrete Situation der Migrantinnen ist nicht nur durch rechtliche Regulierung bestimmt. Vielmehr sind auch diskursive und wirtschaftliche Faktoren zentral. Caixeta beschrieb die in Österreich vorherrschende Haltung zu Migrantinnen dahingehend, dass diese schon durch ihre pure Anwesenheit als Bedrohung wahrgenommen werden, wobei diffus bleibt, worin genau diese Bedrohung eigentlich liegen soll. Die Gewerkschaften setzen entsprechend auf eine Vermeidung von Arbeitsmigration, auf restriktive Aufenthaltsregeln und Einschränkung der Mobilität auf einzelne Bundesländer.

MAIZ zeichnet sich dadurch aus, dass es auf all diesen Ebenen versucht, in gesellschaftliche Auseinandersetzungen einzugreifen. So gehören bspw. auch künstlerische Projekte zum Tätigkeitsfeld, in denen sich die Migrantinnen zunächst kollektiv über ihre jeweiligen Lebenssituationen und Beschränkungen ihrer Handlungsfähigkeit austauschen, um dann in einem kollektiven Prozess zu erarbeiten, wie man diese Erfahrungen der österreichischen Mehrheitsbevölkerung präsentieren möchte. Auf diese Weise sollen Migrantinnen die Möglichkeiten erhalten, aus ihrem Status als Objekt, über das politisch verhandelt wird, herauszutreten und eigene Artikulationsformen zu entwickeln, um in die Diskurse über sie einzugreifen und diese zu verschieben. Um sichtbar zu werden will MAIZ auch provozieren, mit den tradierten Repräsentationsstrukturen brechen, eine „Störung der Harmonie“ bewirken, um das Nachdenken anzuregen: „Austria we love you und wir bleiben bestimmt!“ - „Gleiche Privilegien für alle!“

Auf dem Weg zur kollektiven Organisation zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Migrantinnen gibt es allerdings Widersprüche zwischen Interessen und Haltungen der einzelnen Migrantinnen und der allgemeinen Zielsetzung, bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen: Die Migrantinnen kommen im Regelfall nach Österreich, um möglichst schnell viel Geld zu verdienen, egal mit welcher Form von Tätigkeit. Sie haben zunächst kein Interesse an einer kollek-

tiven Organisation, da sie sich nicht mit ihrer Tätigkeit etwa als Haus- oder als Sexarbeiterin identifizieren, sondern diese als vorübergehenden Zustand betrachten, um dessen Verbesserung im Kollektiv zu streiten sich daher nicht lohnt. Hier gelte es Zusammenhänge zwischen der individuellen Situation, in der die Migrantinnen ihre jeweiligen Träume nicht verwirklichen können, und der Regulierung bestimmter Arbeitsbereiche deutlich zu machen. Zum Alltag von MAIZ gehöre insofern auch viel Auseinandersetzungen mit den Migrantinnen selbst, etwa wenn diejenigen, die bereits in Österreich leben, sich gegen die Einwanderung von Rumäninnen nach Österreich wenden, weil dies verstärkte Konkurrenz nach sich ziehen könnte. Darin unterscheidet sich der Ansatz auch zunächst vom ethnisch/nationalen Herangehen der philippinischen Frauen in Hongkong. MAIZ versucht eine kollektive Organisation von verschiedenen Migrantinnengruppen zu erreichen.

Neue Produktionsweise, neue Widersprüche

Wir haben gesehen, dass bspw. in der Prekarisierung von Migrantinnen, etwas aufscheint, was oft als »Autonomie der Migration« bezeichnet wird, einer Art Prekarisierung von »unten«, in die die Wünsche der Einzelnen nach besseren Lebensperspektiven eingehen; die die Einzelnen neuen Zwangsverhältnissen unterwirft, zugleich aber erweiterte Handlungsspielräume bietet. Schon das Ausbrechen aus elenden ökonomischen Verhältnissen und patriarchalen Strukturen hinaus in die Lohnarbeit im Ausland ist kann bereits eine erste Erfahrung von Selbstermächtigung sein. Auch in den überausbeuteristischen Strukturen finden sich diese Momente, die Ausgangspunkt von Widerständigkeit werden können. Wie können wir solche und andere Widersprüchlichkeiten begreifen jenseits eines simplen Verelendungsdiskurses, bei dem immer alles nur schlechter wird und der damit die Subjektivität und Eigenaktivität der Einzelnen in der Prekarisierung unsichtbar werden lässt? Die flexible Gestaltung der alltäglichen Reproduktion etwa betrachten wir nicht nur als eine Folge neuer ökonomischer Zwänge. Die Frage ist, inwiefern das Aufbegehren gegen patriarchal-fordistische Normalität und die (massenhafte) Suche nach alternativen Lebensweisen eine Bedingung für die Durchsetzung neuer Arbeits- und Produktionsverhältnisse darstellen und wie sie in kollektive Strategien überführt werden können. Aber auch wie neue Formen der Arbeit und der Arbeitsteilung sowohl die Grundlagen für transnationale Organisation als auch neue Spaltungen schaffen?

Ursula Huws erinnerte, dass an die Entwicklung der Produktivkräfte, v.a. Computer und Internet, sich von Seiten liberaler Feministinnen seit den späten 1970er Jahren Befreiungshoffnung knüpften, durch verbesserte Möglichkeiten der flexiblen Verbindung von

Erwerbsarbeit und »Familienleben« – z.B. durch Teleheimarbeit. Doch die Anfechtung der herrschenden geschlechtlichen Arbeitsteilung und die tendenzielle Selbstverständlichkeit weiblicher Berufstätigkeit traten zeitgleich mit der Verknappung der Arbeitsplätze aufgrund struktureller Arbeitslosigkeit und damit verschärfter Konkurrenz auf den Arbeitsmärkten auf. Die neue Produktionsweise bietet einer Gruppe von Arbeitskräften, die sich durch seltene Fähigkeiten auszeichnen, die von Arbeitgebern stark nachgefragt werden und damit eine starke Verhandlungsposition auf dem Arbeitsmarkt einnehmen, Chancen auf interessante Jobs mit guten Arbeitsbedingungen und relativ hohen Einkommen. Grundlage dafür wird eine neue »innergeschlechtliche« Arbeitsteilung zwischen den Frauen selbst: Hochqualifizierte sind auf die Unterstützung von Frauen aus ärmeren Verhältnissen, meist Migrantinnen, für die Kinderbetreuung und den Haushalt angewiesen. Die Reorganisation der Reproduktionsarbeit wird zur Voraussetzung der Einbeziehung hochqualifizierter weiblicher Arbeitskraft in die kapitalistische Produktion.

Mit der neuerlichen Ausbreitung transnationaler Produktionsnetze, die die Vorteile einer konkurrenzzielen und zugleich komplementären Differenzierung von Produktions- und Arbeitsformen kombinieren, ist die Auflösung der Fabrik als Ort der Konstitution des Gesamtarbeiters verbunden. Die neuen Unternehmensstrukturen ermöglichen nicht nur den Abbau von Hierarchien und die Bildung von Teams, sondern auch die Zersplitterung der Belegschaften und ihre Prekarisierung in befristeten Arbeitsverhältnissen, Heimarbeiter oder als selbständige Ein-Personen-Unternehmen ohne soziale Sicherung, über große Distanzen, z.T. ganze Kontinente hinweg. Eine permanente Verschiebung von Tätigkeiten, etwa im Bereich der Software-Programmierung von England (25 \$/Stunde), nach Indien (15\$) und von dort nach Rumänien (7\$). Die Dateneingabe bei Lufthansa z.B. wurde von Deutschland nach Indien und von dort nach Namibia verlagert. Dies führt zu einer deutlich erhöhten Mobilität von Arbeitsplätzen und damit von Menschen und umgekehrt. Jedoch: zwar wird heute eine weitgehende Mobilität des Kapitals gewährleistet, dies gilt jedoch nicht für Arbeitskräfte. Der ständige Umbau der Beschäftigtenstrukturen durch das Wechselspiel von In/Outsourcing und transnationaler Restrukturierung gewährleistet verbesserte Kontrolle der Arbeiterschaft und möglicher Gegenbewegungen. Das Ergebnis ist eine komplexe Überlagerung veränderter nationaler Arbeitsteilung infolge von Verwissenschaftlichung und Flexibilisierung der Arbeit mit einer Umwälzung der geschlechtlichen Arbeitsteilung und der Rekombination des globalen gesellschaftlichen Gesamtarbeiters im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung.

Die globale Ausdehnung und Rekombination der ver-

änderten Lohnarbeitsformen schaffen, so Huws, ein globales »Kybertariat« mit gemeinsamer gesellschaftlicher Lagen und damit möglichen Gemeinsamkeiten für grenzüberschreitende Organisationsversuche. Die Prekarisierung insbesondere »von Migranten führt zur Prekarisierung von »einheimischen« Arbeitern«, die einem erhöhten Druck ausgesetzt sind. Das Ergebnis ist aber weniger eine Solidarisierung, sondern verstärkte Rassismen. Diese begreift Huws als eines der größten Hindernisse der Solidarisierung. Zwar ist die globale Expansion des Kapitals kein Null-Summen-Spiel was die Zahl der Arbeitsplätze betrifft, quantitativ hält sich die Verlagerung in Grenzen, die qualitativen Folgen führen aber zu Spaltungen des Kybertariats. Es kommt zur Etablierung einer »globalen Reservearmee« von Arbeitskräften, die auch dazu dient, »Organisierte« immer wieder durch »Nicht-Organisierte« zu ersetzen. Es überlagern sich ethnisch/nationale Spaltungen, Geschlechterdifferenzen sowie Spaltungen zwischen Kybertariat, Proletariat und Prekariat.

Differenz und Verallgemeinerung

Prekarisierung wird in den Bereichen des Kybertariats meist in Begriffen der »Entgrenzung von Arbeit« diskutiert. Nicole Mayer-Ahuja erläuterte das mit der Krise der New Economy die ehemals vorhandene Autonomie im Bereich der Computer- und Internet-Industrie zunehmend eingeschränkt werden, sich mit konsequenterer Arbeitsteilung neue Hierarchien ausbilden. Im Tausch für eine striktere Kontrolle der Arbeitsprozesse werden Freelancer vermehrt durch feste Arbeitsverhältnisse ersetzt. Die die Ausdehnung der Arbeitszeit wird zwar tendenziell eingeschränkt, dafür häufen sich Klagen über eine extreme Verdichtung der Arbeitszeit: Nun ist es möglich »mit der Hälfte der Truppe den gleichen Umsatz zu machen«.

Um die anfallenden Arbeitsaufgaben zu bewältigen und Termine einzuhalten (die weniger vom Chef als von den Kunden gesetzt werden), wird (angesichts verbreiteter Konkurrenz um die weniger gewordenen Arbeitsplätze) weitverbreitet »freiwillig« unbezahlte Mehrarbeit geleistet. Trotzdem kann oft das geforderte Qualitätsniveau nicht gehalten werden, der Zeitdruck produziert Fehler, das Selbstwertgefühl leidet. »Es ist fraglich, ob diese Art, die eigene Arbeit zu regulieren, sinnvoll als »autonom« bezeichnet werden kann.« Die konkrete Organisation der Projektarbeit bleibt aber weitgehend den Beschäftigten selbst überlassen, was weiterhin gewisse erweiterte Spielräume eröffnet. Selbstmotivierung, Kreativität, Autonomie werden immer noch für hochqualifizierte Arbeit eingefordert, »aber gleichzeitig durch neue Hierarchien, strengere Kontrollen sowie die Unterordnung unter ökonomische Imperative eingedämmt« – der klassische Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen auf Niveau der hochtechnologischen Produktionsweise.

Obwohl Mayer-Ahuja kaum Vergleichbares zwischen Hightech-Industrie und den Verhältnissen im Reinigungsgewerbe sehen konnte, zeigten sich bei aller Differenz implizit durchaus Ähnlichkeiten. Auch in der „doppelte Privatisierung“ vom Putzen im öffentlichen Dienst, über dessen Outsourcing an private Reinigungsunternehmen bis zum Putzen in Privathaushalten, zeigen sich Tendenzen widersprüchlicher Verknüpfung von vertiefter Unterwerfung und erweiterter Autonomie: im Reinigungsgewerbe erhalten die Einzelnen oder die Teams die Säuberung ganzer Objekte überantwortet, die Arbeit wird eigenverantwortlich organisiert, der Chef ist meist nicht vor Ort. Ganz ähnlich in Privathaushalten, die meist (nicht immer) in den Zeiten gereinigt werden, in den die Auftraggeber nicht zu Hause sind. Ständige Arbeitsverdichtung und Erhöhung der Leistungsvorgaben machen jedoch die qualifizierte Erfüllung der Arbeitsaufgaben zur Unmöglichkeit bzw. ist nur durch »freiwillige« Mehrarbeit oder den unentgeltliche Unterstützung von Familienmitgliedern möglich. Ein „ganzes System von Mehrfachkontrollen“ durch Auftrag- und Arbeitgeber wird nötig, „zumal Betriebsverbundenheit als Grundlage von »Kontrolle durch Selbstkontrolle« in den instabilen Belegschaften“ kaum noch vorhanden ist. Als „effektivstes Kontrollregime“ erweist sich „das System gegenseitiger persönlicher Verpflichtung“ in Privathaushalten (verstärkt durch die vollständige Vereinzelung der Hausangestellten und illegalisierten Status bei Migranten). Das durch die Produktionsverhältnisse bedingte verminderte Niveau der Arbeitserfüllung begründet zugleich die Niedrigstlöhne.

In der Diskussion betonte Caixeta die Notwendigkeit unterschiedliche Lagen und Differenzen scharf herausarbeiten, um voreilige Verallgemeinerungen zu vermeiden. Von dort aus liessen sich dann eher gemeinsame Forderungen und Positionen formulieren. Bei aller Unterschiedlichkeit lassen sich mögliche Punkte der Verknüpfung identifizieren und politisieren. Auch Nicht-Prekarierte dürften wenig Interesse daran haben, wenn der pflegebedürftige Opa von dafür nicht qualifizierten und wenig motivierten 1-Euro-Jobbern betreut wird. Ein weiterer Aspekt ist das allgemeine Problem der Vereinbarkeit von Produktion- und Reproduktionsarbeit – gemeint sind nicht »nur« Erziehung oder Haushalt, sondern auch die Reproduktion der eigenen individuellen Arbeitskraft, die angesichts von burn-out-Syndromen und psychischen Erkrankungen ein wesentliches Element von Prekarisierung darstellen. Überbeanspruchung der Arbeitskraft und immer drohender Verlust von Arbeit verallgemeinert auch das Problem der Absicherung diskontinuierlicher Lebensläufe. Die Illegalisierung von Migranten und Prekarisierung von Leiharbeitern und befristeten zersetzt auch die scheinbar sicheren Bedingungen tarifliches geregelter »Normalarbeit«. Diese Form der Thematisierung von Prekarisierung als allgemeiner zielt nicht auf

die Restauration des fordistischen Arbeitsverhältnisse auf vielmehr auf die Neuaufgabe einer Debatte über gesellschaftlich notwendige Arbeit.

Das erfordert keine vermeintliche Vereinheitlichung in einer bestimmten Organisation als vielmehr neuartige Vermittlungen zwischen diversifizierten Bewegungen, Organisationen und ihren jeweiligen politischen Formen. Die besonderen Lagen spezifischer Gruppen erfordern besondere Antworten. Um nicht in partikularen Lösungen stecken zu bleiben, durch Zersplitterung sich selbst zu schwächen, bedarf es jedoch ebenso der Entwicklung übergreifender politisch-ethischer Positionen, um Kämpfe nicht als korporative innerhalb der herrschenden Ordnung, sondern als Hegemonialkonflikte um die gesellschaftliche Anordnung selbst zu führen.

Die schlichte Integration eines noch nicht konstituierten Prekariats in etablierte Institutionen ist dabei wahrscheinlich kein günstiger Weg, auf ihre Unterstützung kann dennoch nicht verzichtet werden. Die Betonung der Differenzen kann so zum Medium der Verallgemeinerung und der Stärkung des Zusammenhalts werden. Doch dieser Prozess ist selbst umkämpft. Anders als in Italien ist im Juli 2005 der amerikanische Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO auseinandergebrochen. Die durch die Janitors-Kampagne bekannt gewordene Service Employees International Union (SEIU) und andere haben ihren Austritt erklärt, weil im Dachverband noch immer die Interessen der Industrie- und Handwerker-Gewerkschaften dominieren, obwohl sie nur noch einen geringen Teil der Beschäftigten vertreten (nur noch ca. 12% sind in der AFL-CIO organisiert). Die Erneuerung der Gewerkschaften war ins Stocken geraten. Die »Abtrünnigen« versuchen, durch diesen Schritt den Differenzen Ausdruck zu verleihen und dadurch eine strategische Neuausrichtung zu erzwingen, die aus der Subalternität durch Vertretung von Sonderinteressen hinausführt. Organisierung kann sich dabei nicht länger auf den Arbeitsplatz beschränken, vielmehr wird versucht etwa über workers centers neue Orte dafür zu schaffen. Hierin ähneln sie dann doch wieder den philippinischen Hausarbeiterinnen oder den Migrantinnen bei MAIZ. Die Ereignisse in den USA sollten den noch immer vergleichsweise mächtigen Gewerkschaften in Deutschland zu denken geben und den Blick stärker auf die bislang randständigen Projekte und zarten Pflänzchen der Selbstorganisation richten.

(Selbst-) Organisation der Unorganisierbaren. Prekäre zwischen Gewerkschaft und Bewegung

Mit: Emilio Viafora (Italien), Peter Bremme (Hamburg). Moderation: Iris Nowak, Silke Veth. 23.07. 11.30-13.30 Uhr.

InSourcingOut! Innenansichten, Widersprüche und Potenziale von Prekarisierung.

EuroMayday in Hamburg

Mayday, Maday

Arndt Neumann

„Mailand, Barcelona, Helsinki, Dublin, Amsterdam und andere europäische Städte sind Stationen des EuroMayday 2005. Hamburg ist dabei.

Was ist EuroMayday?

Ein echtes Antidepressivum zum 1. Mai. Abschiebungen, Arbeitslosigkeit, Bildungsmisere, Elend – es ist zum Verzweifeln und es reicht. Zeit für eine ermüdende Depression? Nein. Wir haben ausgeschlafen. Der 1. Mai ist unser Wecker. Zeit für einen echten Mayday – und damit es auch alle mitkriegen – in ganz Europa. Der Funke ist übergesprungen für einen Austausch von Ideen und Alternativen rund um die Krise der Sozialversicherung, der Familien, des Nationalstaats und der traditionellen Arbeitswelten. Uns fasziniert ein Horizont jenseits von Arbeiten um jeden Preis und abseits des neuen Managements von Entrechtung und Ausbeutung, das durch die neue Verfassung der Europäischen Union (EU) besiegelt und etabliert werden soll.“

Diesem Aufruf schlossen sich eine Woche vor dem BUKO 28 bis zu 4000 Menschen in Hamburg an. In ganz Europa beteiligten sich Prekarisierte an Paraden und Aktionen. Allein in Mailand gingen 100.000 Menschen auf die Straße. In Hamburg thematisierten zahlreiche Kostüme, Transparente und Sketche Migration, Prekarisierung und Aneignung. Auf einem Hochzeitswagen wurde die Schutzheirat als Antwort auf Illegalisierung offensiv vertreten, das Bolzenschneiderballett machte auf praktische Ansätze gegen Lager aufmerksam. Während eines Redebeitrages zu den Arbeitsverhältnissen bei der Einzelhandelskette Lidl wurde ein Transparent auf dem Dach einer Filiale des Discounters enthüllt. „Wie streike ich als Ich-AG?“, „Kein Bock auf noch 'n Minijob? Klau zurück“, „No lager“. For freedom of movement“ - so lauteten zahlreiche Slogans. Die Spitze der Parade bildeten AktivistInnen aus dem NoLager-Spektrum, vor allem der Flüchtlingsinitiative Brandenburg, die gegen Residenzpflicht und Lager protestierten. Auffällig war auch die zahlreiche Beteiligung von Studierenden. Ihr „Summer of resistance“ richtete sich gegen die geplante Einführung von Studiengebühren und gegen den zunehmenden Druck, schlecht bezahlte und unsichere Jobs annehmen zu müssen.

So stand der Workshop auf dem BUKO 28 ganz im Zeichen der ersten Mayday-Parade in Deutschland.

Im Mittelpunkt der Diskussionen stand aber auch die Frage, wie der EuroMayday-Prozess über das Ereignis des 1. Mai hinausgehen kann. Diesem Anspruch war im Vorfeld der Parade mit einem Veranstaltungsprogramm rund um Prekarisierung, Armut, Migration und gewerkschaftliche und andere Organisationsformen Rechnung getragen worden. Diese Diskussion um prekarierte Arbeits- und Lebensformen und welche Antworten im Alltag auf diese gefunden werden können, wurde auf dem Workshop auf dem BUKO 28 fortgeführt. Weiterer Diskussionspunkt waren Experimente mit neuen politischen Formen, die Entwicklung populärer Formate. Dieser Prozess hat unter anderem einem Workshop auf dem Sozialforum in Erfurt und auf einem europaweiten EuroMayday-Treffen in Hamburg seine Fortsetzung gefunden. Für das nächste Jahr sind bereits Paraden in Berlin und Hamburg geplant.

Weitere Informationen findet ihr unter www.euromayday.tk

Der Kapitalismus bietet uns keine Arbeit mehr, organisieren wir unser Leben selbst!

Uli Barth

Karriere machen im System, prekäre Arbeitsverhältnisse oder die Abhängigkeit von Arbeitslosengeld II stellen für uns keine befriedigende Lebensperspektive dar. Unter welchen Bedingungen können autonome Alternativen zur Fiktion der Arbeitsgesellschaft funktionieren? Ausgehend von der Praxis der Kommune Niederkauungen suchen wir Antworten auf diese Frage.

Vollbeschäftigung ist das Ziel, Wachstum der Weg, für die Politiker der neoliberalen Einheitspartei.

Real ist eine Zunahme der Produktivität verbunden mit einer Abnahme des gesamtgesellschaftlichen Arbeitsvolumens. 1960 wurde in der BRD 58 Milliarden Arbeitsstunden bezahlt, 2003 46 Milliarden Stunden (beide Zahlen beziehen sich auf Westdeutschland). Dieser Trend ist unabhängig von kurzfristigen Konjunkturzyklen und sogar unabhängig von so historischen Ereignissen wie dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus.

Wenn in unserer Gesellschaft von Arbeit gesprochen wird, geht es um einen verkürzten Arbeitsbegriff, es geht um Erwerbsarbeit, es geht um die Arbeit, die sich kapitalistisch nutzen lässt, wobei der Expansionszwang des Kapitals versucht möglichst viele Bereiche den Interessen der Kapitalverwertung einzuverleiben.

Trotzdem kommen existentielle Bereiche in der gesellschaftlichen Diskussion um die Arbeit nicht vor, weil noch keine Wege gefunden wurden sie dem Kapital nützlich zu machen. Kinderbetreuung, Hausarbeit, häusliche Pflege, Nachbarschaftshilfen und Eigenarbeit sind wesentliche Bereiche des Lebens, die Arbeit die hier geleistet wird geht in die Messgrößen (Sozialprodukt), die die gesellschaftlichen Diskussionen bestimmen, nicht ein.

Kommunen gehen Wege, die auf diese Fragen und Probleme Antwortmöglichkeiten aufzeigen. Wir leben zwar bewusst in diesem System, Kommune kann den Kapitalismus nicht überwinden, intern haben wir aber sehr wohl wesentliche Faktoren des Kapitalismus überwunden.

Was ist anders bei der Arbeit in der Kommune?

1. In einer Kommune ist eine Entkopplung von individueller Arbeitsleistung und materiellen Lebensbedingungen auch auf einer solidarischen Grundlage möglich. In unserer Gesellschaft sind Herrschafts-

und Ausbeutungs-verhältnisse in der Regel die Grundlage für die Entkopplung von Arbeit und Einkommen. Umgesetzt wird dies bei uns zum Beispiel durch das Bedürfnisprinzip innerhalb der gemeinsamen Ökonomie. Eine Erfolgsbedingung für dieses Prinzip ist eine Offenheit der Personen und eine Überschaubarkeit bzw. ein Minimum an persönlicher Nähe zwischen den Beteiligten.

2. Machtverhältnisse (Macht, im Sinne von Max Weber), lassen sich in kollektiven Arbeitszusammenhängen überwinden, was nicht heißt, dass Kollektive hierarchiefrei sind. Niemandem kann etwas entgegen seinem/ihren Willen aufgezwungen werden. Dies wird durch das Konsensprinzip gewährleistet. Die Unterschiedlichkeit der, Erfahrungen und Kenntnisse, der physischen und psychischen Kräfte, sowie der sozialen Fähigkeiten, zwischen den Einzelnen lässt sich aber nicht leugnen und nur bedingt ausgleichen.
3. Herrschaftsausübung und Ausbeutung über Eigentumsrechte kann es bei uns nicht geben. Weil das gesamte Eigentum kollektiviert ist. Keiner hat mehr Rechte über Eigentum zu verfügen wie einE andereR.
4. Strukturell ist die Trennung der Geschlechter in den Produktions- wie auch in den Reproduktionsbereichen aufgehoben. Das heißt allerdings noch nicht, dass wir damit unsere geschlechtsspezifische Sozialisation überwunden haben. Die, nicht in Arbeitsbereichen organisierte Arbeit wird, soweit strukturell erfasst, gleichmäßig unter allen aufgeteilt. In der Gesellschaft typische Reproduktionsarbeit ist teilweise mit Produktionsarbeit strukturell gleichgesetzt.
5. (Betriebs-) Wirtschaftlichkeit hat in unseren Arbeitsbereichen nicht die absolute Priorität. Reproduktionsarbeiten, politische Arbeit und persönliche Entwicklung können durchaus einen höheren Rang bekommen. Erwerbsarbeit hat keine automatische Priorität, der/die Einzelne und das Kollektiv können andere Prioritäten setzen. Bedingung dafür ist die Existenzsicherung, die über die gemeinsame Ökonomie hergestellt wird und Freiräume eröffnet.
6. Wir haben intern die Trennung von Kapital und Arbeit überwunden. Die gleichen, die über das Kapital verfügen, machen auch die Arbeit. Es gibt (intern) kein Lohnarbeitsverhältnis im eigentlichen Sinn. In sozialversicherungsrechtlichem Sinn gibt es zwar Anstellungsverhältnisse, diese Angestellten sind aber gleichzeitig Kollektivmitglieder und damit mitentscheidungsberechtigt (per Konsensprinzip) über die Kapitalverwertung
7. Strukturell versuchen wir die Unterschiedlichkeit von Fähigkeiten und Bedürfnissen anzuerkennen.

Es gibt keine Gleichmacherei, gleiches Taschengeld ist kein Ausdruck von Verteilungsgerechtigkeit. Unterschiedliche Leistungsfähigkeit wird akzeptiert, die Entnahme aus der gemeinsamen Kasse ist, entsprechend der Unterschiedlichkeit der Bedürfnisse verschieden. Auseinandersetzungsbereitschaft und passive wie aktive Kritikfähigkeit sind wichtige Bedingungen für das Funktionieren dieser Prinzipien.

8. Kommune konfrontiert im Alltäglichen mit Solidaritätsforderungen und schafft damit ein Gegengewicht zum Individualismustrip. Der Mensch ist ein soziales Wesen. Gemeinschaft kann nur funktionieren, wenn die Selbstverwirklichung nicht permanent und schrankenlos die oberste Priorität genießt.
9. Das Kollektiv wirkt auch als Kontrollinstanz gegenüber dem Individualismus, wobei über das Konsensprinzip die Unterdrückung des Individuums verhindert/erschwert wird.
10. Im Kollektiv werden Auseinandersetzungen und Konflikte, die auch auf gesellschaftlicher Ebene eine Rolle spielen, konkret. Hat Solidarität Grenzen? Ist Solidarität nur auf Gegenseitigkeit denkbar? Wie gehen wir mit Missbrauch der Solidarität um?
11. Die Selbstbestimmung der Arbeitsbedingungen wird begrenzt durch die kapitalistischen Marktbedingungen. Arbeitszeiten, Arbeitsintensitäten, Arbeitsbedingungen allgemein können zu einem guten Teil selbst bestimmt werden. Trotzdem unterliegend wir den Bedingungen des Marktes, weil dieser den Preis der Ware vorgibt. Wir produzieren zwar auch für unseren eigenen unmittelbaren Bedarf, sind aber auch auf Warenproduktion angewiesen, um viele unserer Bedürfnisse befriedigen zu können. Aber auch die Selbstversorgungsproduktion ist nicht frei von den Bedingungen des Marktes, weil auch für diese Produktion Waren auf dem Markt gekauft werden müssen.
12. Einerseits bestimmen wir unsere Arbeitsbedingungen, -zeiten, -intensitäten selbst andererseits müssen wir auch alleine die Konsequenzen aus diesen Entscheidungen tragen. Es gibt keine Angestellte, die bei uns die Konsequenzen aus unseren Entscheidungen tragen müssten.
13. Der Trennung von Hand- und Kopfarbeit versuchen wir zu begegnen. Dies spricht einerseits wieder die Machtebene an, andererseits aber auch die Frage wie viel Befriedigung mensch in der Arbeit finden kann. Als Beispiel das Tagungshauskonzept, das beinhaltet, dass die BildungsarbeiterInnen auch das Haus putzen und renovieren.

Arbeitsmigration in Südspanien

Sandra Blessin

Als referierende Gäste sind Kathi Hahn aus Österreich und Raymond Getaz aus der Schweiz, beide vom Europäischen BürgerInnenforum, angereist. Das Europäische BürgerInnenforum kümmert sich seit vielen Jahren um das Thema der ArbeitsmigrantInnen in Südspanien und unterstützt die lokale Gewerkschaft Sindicato de Obreros del Campo (SOC). Anfang März diesen Jahres sind sie auf eine Delegationsreise nach El Ejido und Huelva gefahren, um sich die Situation vor Ort anzuschauen. Sandra Blessin von der BUKO Agrar Koordination war als Delegierte dabei und hat folgende Reportage verfasst:

Bittere Erdbeeren

Auf dem Weg zum Runden Tisch der Saisonarbeiter und Saisonarbeiterinnen in den Räumen einer kleinen gewerkschaftlichen Vereinigung fahren wir an Erdbeerfeldern vorbei. Die Pflanzen sind in geraden Reihen angeordnet und sorgfältig mit Plastikfolie überdeckt, die in der Sonne glitzert soweit das Auge reicht. Allmählich nähern wir uns der andalusischen Stadt Huelva, deren Industrieschornsteine in beeindruckender Größe in den blauen Himmel ragen. Kurz vor den Toren der Stadt begrüßt uns eine zehn Meter hohe Kolumbusstatue, die scheinbar sinnend übers Meer in Richtung des afrikanischen Kontinents blickt. Auch Christina schaut Richtung Meer, als sie beginnt, ihre Geschichte zu erzählen.

Sie ist seit zwei Monaten in Südspanien. Sie kommt aus Rumänien und hatte das Glück, unter 500 AnwärtInnen eine Arbeitsgelegenheit in der spanischen Erdbeerernte nahe der andalusischen Stadt Huelva zu bekommen. Mit dem verdienten Geld will sie versuchen, einen Teil ihres Studiums der Rechtswissenschaften in Bukarest zu finanzieren. Zwar hat sie einen Arbeitsvertrag in Form eines Herkunftslandvertrages mit dreimonatiger Laufzeit erhalten, doch Geld bekommt Christina nur für die Tage, an denen sie auch gearbeitet hat. In den letzten zwei Monaten hat sie von dem Plantagenbesitzer nur Arbeit für fünf Tage bekommen, da dieses Jahr wieder mehr Arbeiterinnen ins Land geholt wurden als tatsächlich Arbeit vorhanden ist. So kann der Patron immer zwischen den Arbeiterinnen auswählen. Für jede tatsächlich gearbeitete Stunde auf dem Erdbeerfeld erhält sie 3,50 Euro. So steht es zumindest im Kollektivvertrag. Mit fünf Tagen Arbeit hat sie noch nicht mal die Kosten für die Hinreise wieder raus. Der Herkunftsvertrag, der ihr genau für drei Monate eine Arbeitserlaubnis und Aufenthaltsberechtigung in

Spanien erteilt, gilt nur für die Arbeit bei einem speziellen Arbeitgeber, so dass sie auch nicht woanders Arbeit suchen kann. Auf die vorsichtige Nachfrage, ob er ihr denn nicht mehr Arbeit geben könne, entgegnet ihr Chef, sie könne ihm ja nachts ihren Dienst erweisen, dann habe sie Arbeit. Als sie sich daraufhin Hilfe suchend an eine Gewerkschaft wendet, wird sie von einem Tag auf den anderen gefeuert.

So wie Christina geht es vielen Saisonarbeiterinnen im südlichen Spanien am Rande Europas. Hier in der Erdbeerernte um Huelva herum sind es vorwiegend Frauen aus Rumänien, Bulgarien und aus Polen, wo trotz EU Beitritt die Möglichkeit zur freien Wahl des Arbeitsplatzes erst mit einer Übergangszeit von 7 Jahren eintritt.

Am Ufer des Plastikmeeres

In Almería, weiter östlich, sind dagegen in der Gemüseproduktion hauptsächlich männliche Saisoniers aus Marokko, Algerien, Kolumbien, Mali und Senegal anzutreffen. Die meisten von ihnen haben keine Papiere, weder Aufenthaltsgenehmigungen noch Arbeitserlaubnisse, auch Herkunftslandverträge sind eine Seltenheit. Sie arbeiten unter prekären Arbeitsbedingungen bei bis zu 60 Grad Hitze unter riesigen Plastikplanen, sind nahezu schutzlos Pestiziden ausgesetzt und leben in sogenannten „Chabolas“, 2 mal 2 Meter langen Verschlängen aus altem Plastik und einer notdürftigen Pritsche. Der Hälfte von ihnen stehen weder Trinkwasser noch sanitäre Anlagen zur Verfügung. Hier arbeiten sie teilweise jahrelang in der Hoffnung, irgendwann einmal eine Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis zu bekommen, denn dann können sie woanders hingehen, in die Baubranche oder gar in ihren Berufen arbeiten. „Bleiben will hier niemand, deshalb geben sie uns auch keine Papiere“, gibt Ahmed zu. Er ist 28 Jahre alt und kommt aus Marokko. Er hat das Studium als Agraringenieur in seinem Heimatland abgeschlossen und kann wie viele Akademiker in Marokko keine Arbeit finden. Mittlerweile hat sich in Marokko herumgesprochen, dass es in Spanien Arbeit in der Landwirtschaft gibt. Die Überfahrt mit den Schleppern hat ihn 3000 Euro gekostet. Die ganze Familie, sogar Freunde und Bekannte haben Geld dazu gegeben oder etwas geliehen. Alle Hoffnungen konzentriert sich nun auf ihn. Man erwartet, dass er in Europa Arbeit finden und von dort aus die Familie unterstützen wird. Der Devisenzufluss durch die beinahe eine Millionen in Europa lebenden ArbeitsmigrantInnen ist die wichtigste Einnahmequelle Marokkos. Ahmed arbeitet in den Gewächshäusern in der Nähe von der kleinen andalusischen Stadt El Ejido. Sie reichen von den Ausläufern der Sierra Nevada bis zur Küste. Hier werden Tomaten, Paprika, Auberginen und Erdbeeren für die nordeuropäischen KonsumentInnen im Winter angebaut.

Der Standort erklärt sich nicht mit einer besonders gu-

ten Bodenbeschaffenheit. Was es hier gibt, sind Sonne, Platz und billige Arbeitskräfte. Die Pflanzen wachsen in einem zuvor sterilisierten Substrat und werden über Schläuche per Computer mit einer Lösung aus Wasser und Nährstoffen versorgt. Wegen der hohen Luftfeuchtigkeit sind die Pflanzen besonders anfällig für Pilzkrankheiten. Häufiges Besprühen mit Pestiziden soll dem vorbeugen. Arbeitsschutzmaßnahmen für ImmigrantInnen sind hier eher die Ausnahme. Die Plastikfelder bei Almería erstrecken sich über eine Fläche von 35.000 Hektaren und sind vom Mond aus zu sehen.

Die zu den Plastikfeldern nächst gelegene Stadt heißt El Ejido. Sie hat vor 4 Jahren traurige Berühmtheit erlangt, weil infolge eines Mordes an einer jungen Spanierin durch einen psychisch kranken Marokkaner über drei Tage marokkanische Landarbeiter durch die Straßen der Stadt gejagt und ihre Hütten abgebrannt wurden. Ein solcher Ausdruck von Ausländerfeindlichkeit erschütterte die europäische Öffentlichkeit, geriet aber schnell wieder in Vergessenheit. Damals fingen die Immigranten an zu streiken und erreichten den Abschluss eines Übereinkommens, in dem ihnen nicht nur von Seiten der Lokalregierung die Aufklärung und Bestrafung der Täter und angemessene Entschädigung, sondern auch legalisierter Aufenthalt versprochen wurden. Von diesen Versprechungen wurde lediglich ein Bruchteil der geforderten Entschädigungen erfüllt. Von über 600 Strafanzeigen wurden nur zwei eingehender geprüft und zu einer Legalisierung ist es auch nicht gekommen.

Kein Zurück

Wie viele andere arbeitet Ahmed jetzt schon seit 3 Jahren unter den Plastikplanen bei El Ejido und konnte noch so gut wie kein Geld nach Hause schicken. Längst ist ihm klar, dass seine Hoffnungen von einem besseren Leben hier nicht erfüllt werden. Das Verdiente reicht meist gerade zum Überleben. Er deutet auf den kleinen schuttbeladenen Platz neben den Gewächshäusern, wo er sich zusammen mit anderen Landarbeitern eine Plastikbehausung gezimmert hat. Der Anblick ist trostlos. Die gut aufgeräumten Hütten mit den notdürftig zusammengehaltenen Wänden und dem Lehrbuch zur spanischen Grammatik verstärken den Eindruck, dass hier jemand auf bessere Zeiten hofft. Doch zurückkehren kann er nicht. Unerträglich wäre das Eingeständnis gescheitert zu sein, wo so viele Hoffnungen in ihn gesetzt wurden. Außerdem könne ja immer noch das Wunder geschehen, plötzlich Papiere zu bekommen und legal in Spanien arbeiten und leben zu dürfen. Dann könne er auch mehr verdienen und wäre der Willkür der Arbeitgeber nicht schutzlos ausgeliefert. Außerdem würde er mit Papieren wahrscheinlich woanders Arbeit suchen - in Madrid oder Barcelona.

Die Arbeitslosigkeit liegt in dieser Region Andalusiens bei über 14 Prozent und gehört damit zu der höchsten Rate des Landes. Trotzdem sagt Mercedes García von den Progressiven Frauen, einer kleinen Nicht-regierungsorganisation, die sich für die Rechte der Immigranten und Immigrantinnen einsetzt, dass die fremdenfeindlichen Übergriffe vorwiegend von Jugendlichen aus besseren Verhältnissen kämen. Doch sie greifen nur auf, was an ausländerfeindlicher Stimmung in der Luft hängt. „Das wirklich Gefährliche sind die schweigende Masse und die Diffamierungskampagnen der Lokalregierung“, sagt García. So tue der Bürgermeister von El Ejido, Juan Enciso, alles dafür, dass ImmigrantInnen nicht in das normale Leben integriert werden. Ihre Wohnungen werden geräumt, und es wird kein Hehl daraus gemacht, dass man sie in der Stadt nicht haben will. Seine Ausgrenzungspolitik begründet der Bürgermeister mit den Worten: „Wenn sie direkt bei den Gewächshäusern leben, sparen sie sich das Geld für den Transport.“ Enciso hat Mercedes García und ihren Mitkämpferinnen öffentlich vorgeworfen sich am Drogenhandel und an der Prostitution zu beteiligen. In derselben Zeit wurde ihr Büro in El Ejido von Unbekannten zerstört. Mittlerweile wohnt keine von den AktivistInnen mehr dort. Es ist einfach zu gefährlich geworden.

Im Februar diesen Jahres wurde der Marokkaner Azouz Hosni auf offener Straße erstochen. Die Hintergründe der Tat sind unklar. Die Lokalregierung ist um den Ruf der Region besorgt und versucht keinen Verdacht einer ausländerfeindlichen Motivation aufkommen zu lassen. Sie beeilte sich, noch bevor irgendwelche Untersuchungen anliefen, die Tat als eine unter rivalisierenden Drogenbanden zu bagatellisieren. Eine geplante Demonstration von Seiten einer kleineren Gewerkschaft, die sich für die ImmigrantInnen einsetzt, wurde an die Tore der Stadt verlegt und musste demzufolge abgesagt werden. Die Stimmung in den Straßen El Ejidos ist gespannt wie vor dem Ausbruch eines Bürgerkriegs. Spanier und Marokkaner stehen in Grüppchen zusammen und jeder Schritt der anderen Seite wird kritisch verfolgt. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann es wieder zu gewalttätigen Ausschreitungen kommt.

Gebraucht und doch verschwiegen

Auch wenn man die ImmigrantInnen eigentlich nicht haben will, werden sie gebraucht, und es werden gute Geschäfte mit ihnen gemacht. Schon 1998 haben die Landwirte in Almería auf 28.000 Hektar 1,7 Milliarden Euro Umsatz und etwa die Hälfte davon Gewinn gemacht. Auf das ganze Land gerechnet, sind 23 Prozent des spanischen Wirtschaftsaufkommens den Papierlosen zu verdanken. Allein in Almería arbeiten 75.000 ImmigrantInnen in den Gewächshäusern, wovon nur 18.000 in irgendeiner Form eine Arbeitserlaubnis ha-

ben. Die tatsächliche Zahl der Papierlosen wird von den Behörden bewusst gering eingeschätzt. Solange man nicht aufmuckt, kann man fast sichergehen, zumindest in der Erntezeit nicht ausgewiesen zu werden. Denn die billigen Arbeitskräfte werden gebraucht, wenn auch das Angebot immer größer wird. Früher kamen die LandarbeiterInnen nur aus Afrika und Marokko, heute sind viele LateinamerikanerInnen und vor allem OsteuropäerInnen unter ihnen. Sie sind beliebter, weil sie noch nicht so gut organisiert sind und keine großen Ansprüche haben. Gerade aus Lateinamerika sind unter den ArbeiterInnen viele ehemalige ecuadorianische Kaffeebauern, die durch den weltweiten Verfall der Kaffeepreise ihre Arbeit und ihr Land aufgeben mussten. „Die Mauren“ wie die Marokkaner hier immer noch genannt werden, als lebe man noch zu Zeiten der Reconquista, „sind schwierig, sie haben weder unsere Sprache noch unsere Religion“, sagt ein spanischer Landwirt, der vorzugsweise Lateinamerikaner einstellt. „Aber ohne die Ausländer könnte man hier gar nicht mehr produzieren“.

Trotzdem nimmt die Diskrepanz zwischen wirtschaftlich gewolltem und rechtlich ungeregeltem Status der ArbeitsimmigrantInnen zu und wird immer augenfälliger. Zwar hat fast jedes nordeuropäische Land mit Arbeitsmigration aus dem Süden und Osten zu tun, doch ist dort der Aufenthalt meist über Herkunftslandverträge geregelt. In Spanien entbehrt die Arbeit und der Aufenthalt der ArbeiterInnen häufig jeglicher Rechtsgrundlage.

Die neue spanische Zentralregierung versucht mit einem neuen Ausländerrecht Licht ins Dunkel zu bringen. Doch der Versuch ist recht halbherzig. Im Rahmen eines sogenannten „Normalisierungsprozesses“ können ImmigrantInnen in der Zeit vom 7.02.2005 bis zum 7.05.2005 unter bestimmten Voraussetzungen Arbeits- und Aufenthaltserlaubnisse beantragen. Was von den übrigen Staaten des Schengen-Abkommens kritisch beäugt wird, ist jedoch nur für einen kleinen Teil der papierlosen LandarbeiterInnen hilfreich. Zwar werden anders als zu Zeiten der konservativen Partido Popular die Genehmigungen bei vorliegenden Voraussetzungen auch erteilt, doch sind diese für weniger als 30 Prozent zu erfüllen, wie der Anwalt Federico Pacheco von der kleinen gewerkschaftlichen Vereinigung Sindicato de Obreros del Campo bestätigt. So muss ein sechsmonatiger Aufenthalt in Spanien anhand eines Wohnsitznachweises bewiesen werden. Diesen Nachweis erhält jedoch nur der eingetragene Mieter einer Wohnung. Da jedoch häufig 8-10 Personen in einer Wohnung wohnen, wird nur einer von ihnen berücksichtigt, ganz zu schweigen von denen, die in Plastikhütten wohnen. Auch die weitere Voraussetzung eines vom Arbeitgeber unterzeichneten Arbeitsvertrages über 6 Monate Laufzeit ist den meisten ImmigrantInnen nur ein müdes Lächeln wert. Welcher Landwirt

würde schon einen Arbeitsvertrag unterschreiben, wenn er daraufhin mehr Lohn zahlen muss oder andere arbeitsrechtliche Vorschriften einhalten soll?

Auch die spanischen Landwirte sind in einem Dilemma. Noch vor wenigen Jahren haben in Südspanien spanische LandarbeiterInnen gearbeitet. Mit wenigen Ausnahmen wurden diese von ausländischen LandarbeiterInnen ersetzt, als die Preise der Konkurrenz zu niedrig wurden. 1995 unterzeichnete die EU mit einigen südlichen Mittelmeerstaaten, darunter Marokko, ein Abkommen über einen Zollverzicht auf bestimmte Waren, darunter Tomaten, Gurken und Erdbeeren. Da wegen der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse in Marokko dort für noch weniger Lohn gearbeitet wird und der Produktionspreis daher niedrig ist, drückt das wiederum auf die Preise in Europa. Die großen Handelsketten Edeka, Rewe, Lidl und Aldi, die nahezu alleinige Gewinner dieser Rechnung sind, haben die Preise fest in der Hand.

Auf die Frage, woher er denn die ArbeiterInnen holen wird, wenn Rumänen und Polen volle Freizügigkeit in der EU besitzen und demzufolge mehr Rechte einfordern, antwortet Eduardo Dominguez von der andalusischen Bauernorganisation in Huelva ohne lange nachzudenken: „Naja, dann kommen die halt von woanders. Irgendwo gibt es immer billige Arbeitskräfte.“

Die Kriminalisierung von Arbeitsmigration als „Menschenhandel“

Juanita Henning (Doña Carmen e.V.)

Mindestens jede zweite in Deutschland arbeitende Prostituierte ist eine Migrantin. Einer offiziell und über die Medien verbreiteten Sichtweise zufolge sind sie mehrheitlich „Zwangsprostituierte“, die - so die neueste Sprachregelung - in „sklavereiähnlichen Verhältnissen“ leben. Diese durch empirische Studien nicht belegbare Sichtweise erfreut sich dennoch breiter Akzeptanz und hat gegenwärtig Hochkonjunktur. Welche Interessen bedienen sich dieser Sichtweise? Und mit welchem Ziel? Zur Beantwortung dieser Fragen ist eine Beschäftigung mit der Politik der EU zum „Menschenhandel“ hilfreich.

Einstieg über „Frauenhandel“

Der Kampf gegen Menschenhandel wurde in der ersten Hälfte der 90er Jahre auf die politische Agenda der EU gesetzt. Interessanterweise ging es zunächst nicht um „Menschenhandel“, sondern nur um den sogenannten „Frauenhandel“. Diese damals ganz bewusst vorgenommene „Beschränkung“ (1) wird zur Zeit fallen gelassen.

Die Kampagne gegen „Frauenhandel“ bediente ein gegen Prostitution gerichtetes tradiertes Verständnis sexueller Selbstbestimmung, deren Kern die Notwendigkeit der Einheit von Sexualität und Liebe ist. Die in der Prostitution praktizierte Trennung beider Aspekte wird ausgegrenzt und kriminalisiert. Damit waren die konservativen europäischen Eliten und die Kirchen mit im Boot. Die Kampagne gegen „Frauenhandel“ schrieb Migrantinnen im öffentlichen Bewusstsein zudem eine „Opferrolle“ zu und bediente so die patriarchalische Grundausrichtung des europäischen Establishments mit ihren tradierten Vorbehalten gegen jede eigenständige weibliche Migration. Gleichzeitig gelang es damit auch, verbliebene Teile der feministischen und der Dritte-Welt-Bewegung in eine konservativ dominierte Interessenallianz einzubinden.

Diese konservative Allianz nahm Gestalt an in Form der institutionalisierten Einbindung von NGOs in eine europaweite Kampagne zum Kampf gegen Frauenhandel. Die Behauptung, es ginge dabei um den Schutz der „Opfer“ von Frauenhandel, legitimierte in Wirklichkeit die Vernetzung repressiver Polizeiapparate durch internationale Zusammenarbeit. Zur Erinnerung: 1998 wurde Europol gegründet.

Es wäre töricht zu glauben, eine mit soviel Aufwand

auf die europäische Agenda und in Szene gesetzte, gut finanzierte Kampagne würde allein dem Schutz einiger weniger tatsächlicher Opfer des Migrationsprozesses dienen. Nein, „Frauenhandel“ war nur das ideale Einstiegsthema, um leicht mobilisierbare Beschützerinstinkte gegenüber potentiellen weiblichen „Opfern“ auf die Mühlen des Kampfes gegen sogenannte Schlepper und Schleuser zu lenken. Dabei handelte es sich im Fall von Prostitution um einen Bereich, von dem sich viele ohnehin nur schwer vorstellen können, dass man hier freiwillig arbeiten könne. „Zwangsprostitution“ und „Frauenhandel“ erwiesen sich vor diesem Hintergrund sehr schnell als mediale Selbstläufer.

Paradigmenwechsel: Vom „Frauenhandel“ zum „Menschenhandel“

Die Instrumentalisierung der „Anti-Frauenhandels-Kampagne“ für sexualpolitisch konservative Interessen war nur die eine Seite. Die andere war ihre Funktionalisierung zur Bekämpfung von Einwanderung schlechthin. Ein Indiz für diese Tatsache war stets das Fehlen zuverlässiger Daten über das Ausmaß des angeblich florierenden Frauenhandels sowie das Fehlen einer großen Masse vorzeigbarer Opfer, sodass man immer nur mit der Verallgemeinerung von Einzelfällen aufwarten konnte.

Den Beweis für die Instrumentalisierung der Kampagne gegen Frauenhandel haben die EU-Politiker mittlerweile aber selbst erbracht. Sie haben in ihrem „Vorschlag für einen Rahmenbeschluss zur Bekämpfung des Menschenhandels“ vom Januar 2001 in Anlehnung an Vorgaben der UN zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität (Palermo-Protokoll aus dem Jahr 2000) Menschenhandel nunmehr als „Straftatbestand“ fixiert und dabei neu definiert. Und zwar in einer Weise, die zum Ausdruck bringt, dass bei aller Prostitutionsfeindlichkeit der etablierten politischen Klassen das entscheidende, übergreifende Ziel die Migrationskontrolle als Ganzes ist. Darin ist die Kontrolle der internationalen Prostitutionsmigration zukünftig nur noch ein Punkt unter anderen. Der nun in verschiedenen EU-Dokumenten (2) deutlich werdende Paradigmenwechsel beinhaltet einige zentrale Aspekte, von denen mir die folgenden wichtig erscheinen:

Neben den Straftatbestand des „Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung“ tritt ein Straftatbestand des „Menschenhandels zum Zwecke der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft“. „Menschenhandel“ (als Verbringung in ausbeuterische Beschäftigungsverhältnisse) unterscheidet sich von „Schleusung“ (als Unterstützung beim illegalen Grenzübertritt). Zentrales Kriterium für Menschenhandel ist nicht mehr die „Grenzüberschreitung“, sondern die „Ausbeutung“ von Menschen sowohl hinsichtlich der Herstellung von Waren wie hinsichtlich der Erbrin-

gung von Dienstleistungen. Von „Menschenhandel“ wird zukünftig auch innerstaatlich bei illegaler Beschäftigung an der Sozialversicherung vorbei die Rede sein. (Nach den neuen Menschenhandelsparagrafen des bundesdeutschen Strafrechts ist „Grenzüberschreitung“ kein notwendiges Moment mehr.)

Um den Eindruck einer marxistischen Unterwanderung der EU-Kommission zu zerstreuen, wird „Ausbeutung der Arbeitskraft“ festgemacht an der Verletzung arbeitsrechtlicher Normen betreffend Arbeitsbedingungen, Entlohnung, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz. „Ausbeutung“ innerhalb des Rahmens vorhandener arbeitsrechtlicher Normen ist also kein Thema. Von „Menschenhandel“ soll die Rede sein, wenn sich die dabei unterstellte Ausbeutung mit Schuldknechtschaft, insbesondere aber mit der „kontinuierlichen Verwehrung der Grundrechte“ und mit einer Ausnutzung von Schutzbedürftigkeit verbindet. Wie bei Prostitutionsmigrantinnen wird zukünftig auch bei anderen (illegalen) Einwanderern nicht mehr nur „Gewalt“ oder „Täuschung“, sondern auch „Missbrauch von Macht und Autorität“ zugrunde gelegt, um Migrantinnen als Opfer von „Menschenhandel“ einstuft zu können.

Neue Strafbestimmungen gegen eine auf Freiwilligkeit basierte Migration

Mittlerweile hat auch die Bundesregierung ihre Strafbestimmungen zum Menschenhandel im Sinne der Vorgaben von UN und EU novelliert. Eine Allparteien-Koalition verhalf im Oktober 2004 im Bundestag und im Dezember 2004 im Bundesrat diesen neuen Strafbestimmungen zur Mehrheit. (3) Sie werden von der politischen Klasse verkauft als Parteinahme für „Opfer“, für Frauen, Kinder und arme Schlucker, als Kampf gegen eine „organisierte Kriminalität“, die sich auch auf Kosten von Migranten/innen eine goldene Nase verdienen wolle.

Das eigentliche Problem der politischen Klasse aber ist das Einverständnis der „Gehandelten“ mit ihren „Händlern“: „Es ist davon auszugehen, dass aus Sicht vieler Betroffener die Täter zumindest über weite Strecken willkommene Unterstützer bei Migration, Arbeitssuche, Unterbringung und/oder Prostitutionsaufnahme sind, wodurch das Zusammenwirken von Tätern und Betroffenen häufig (zumindest phasenweise) einverständlich zu sein scheint“, erklärte die vom Bundesinnenministerium mit einem Gutachten zum Menschenhandel beauftragte Annette Hertz vom Freiburger Max-Planck-Institut. (4) Von „Menschenhandel“, mit dem Otto- und Emma-Normalverbraucher eigentlich gegen den Willen der Betroffenen ausgeübten Zwang und Gewalt verbinden, bleibt hier wenig übrig.

Die Befürworter der neuen Strafbestimmungen zum Menschenhandel kommen nicht als konservative Hardliner, sondern als Wölfe im Schafspelz des „Opferschutzes“ daher. Die ganze Verlogenheit des sogenannten „Opferschutzes“ im Kontext von „Menschenhandel“ besteht darin, freiwillige Migration in eine zwangsweise umzudeuten und im Anschluss daran die betroffenen Migrantinnen/innen zu Opfern zu deklarieren. Laut UN-Protokoll zum Menschenhandel Art. 3a (Palermo-Protokoll) ist die Einwilligung eines „Opfers“ von Menschenhandel in die „beabsichtigte Ausbeutung“ unerheblich, wenn Gewalt, Nötigung, Entführung, Betrug oder ein „Missbrauch von Macht oder Ausnutzung besonderer Hilflosigkeit“ vorliegen. Wenn aber Zwang und Gewalt einerseits, „Machtmissbrauch“ und „Ausnutzung besonderer Hilflosigkeit“ andererseits gleichermaßen konstitutiv für Menschenhandel sind, wird die Unterscheidung zwischen „Zwang“ und „Freiwilligkeit“ systematisch eingeebnet. Was bleibt ist der Zwang und der Vorwurf des „Menschenhandels“, um freiwillige Migration zu kriminalisieren. Welche Migrationsbewegung in der Geschichte war jemals frei von der „Ausnutzung einer Position der Schwäche“? Hätte man sie deshalb eindämmen und bekämpfen sollen?

Der EU-Rahmenbeschluss von 2002 hält es in Art. 1 Abs. 2 genauso: „Das Einverständnis eines Opfers vom Menschenhandel zur beabsichtigten oder tatsächlich vorliegenden Ausbeutung ist unerheblich“, wenn eine Anwerbung bzw. Beförderung unter „Missbrauch einer Machtstellung oder Ausnutzung einer Position der Schwäche“ erfolgt.

Im kürzlich novellierten deutschen Strafrecht zum Menschenhandel reicht die Ausnutzung einer „Zwangslage“, einer „Hilflosigkeit, die mit ihrem Aufenthalt in einem fremden Land verbunden ist“ oder die Verbringung in Arbeitsbedingungen, die in auffälligem Missverhältnis zu vergleichbaren Arbeitsverhältnissen stehen, um trotz Einvernehmlichkeit „Menschenhandel“ zu konstruieren. Zwang, Täuschung und Gewalt sind mithin keine notwendigen Voraussetzungen für das Erfüllen des Tatbestands „Menschenhandel“, der damit bewusst niedrigschwellig definiert ist.

Eine „persönliche Zwangslage“ besteht bereits bei Wohnungslosigkeit oder persönlichen „Ausnahmesituationen“ wie Scheidung und Arbeitslosigkeit. Bei illegal in Deutschland sich aufhaltenden Prostituierten begründet schon die „Furcht vor Ausweisung und Abschiebung“ eine „Zwangslage“, die ja vor allem durch die staatliche Ausländergesetzgebung hervorgerufen wird. Hinzu kommt: „Die Zwangslage muss nicht objektiv bestehen, wohl aber von den Opfern subjektiv empfunden werden.“ (5) Die sogenannte „auslandspezifische Hilflosigkeit“ liegt auch schon vor bei mangelnden Sprachkenntnissen oder wenn die Betroffenen hinsichtlich Unterkunft und Verpflegung auf die „Täter“ angewiesen sind.

Solche Deutungen verkehren den behaupteten „Opferschutz“ in eine Kriminalisierung der Vermittler. Damit werden nicht Opfer geschützt, sondern „Opfer“ produziert: durch Straftatbestände, die eine freiwillige Migration kriminalisieren. Es ist nichts anderes als eine Form von staatlichem Rassismus, wenn Migrantinnen in ein verlogenes Opfer-Täter-Schema gepresst und Migrationsbewegungen als Ausdruck „organisierter Kriminalität“ bekämpft werden. Nach solch einer Logik hätte man getrost sämtliche Gastarbeiter der 50er Jahre als „Menschenhandelsopfer“ und den damaligen deutschen Staat als Verbrechersyndikat bezeichnen können.

Strafbestimmungen gegen einheimische Bevölkerung gerichtet

Wer glaubt, es ginge hier bei Menschenhandel allein gegen Migrantinnen/innen, irrt sich. Der Kampf gegen „Menschenhandel“ richtet sich im Kern immer deutlicher gegen die inländische Bevölkerung. Migrantinnen/innen, die zunächst im Niedriglohnsektor Fuß fassen, werden zu „Opfern“ von Menschenhandel deklariert, weil sie für wenig Lohn arbeiten, nicht aber weil sie gegen ihren Willen „gehandelt“ werden. Sie sollen nun aber nicht höhere Löhne, mehr soziale Sicherheit und einen legalen Aufenthaltsstatus bekommen. Weit gefehlt. Vielmehr hat die hiesige Bevölkerung ihre sozialen Standards soweit abzusenken, dass man auf die illegalen Arbeitsmigrantinnen verzichten kann. So jedenfalls Ann D. Jordan, Direktorin der „Initiative Against Trafficking in Persons / International Human Rights Law Group“ in ihrem „Handbuch zum Menschenhandelsprotokoll der Vereinten Nationen“, wo sie dessen sozialen Sinn treffend zum Ausdruck brachte:

„Fast alle Personen, die von Menschenhandel betroffen werden, sind zu Beginn Migrantinnen auf Arbeitssuche. Sie werden durch die Nachfrage nach Arbeitskräften in anderen Ländern in den Migrationsstrom hineingezogen. Diese Nachfrage gibt es, weil sich die Bürger und Menschen mit Aufenthaltserlaubnis vieler Länder weigern, Niedriglohnarbeit anzunehmen. Es gibt Arbeit, doch niemand außer den Migrantinnen möchte sie tun... Um es MenschenhändlerInnen zu erschweren, in ArbeitsmigrantInnen leichte Opfer zu haben, sollten die Regierungen ‚gesetzgeberische oder sonstige Maßnahmen treffen oder verstärken...‘, um der Nachfrage ‚nach undokumentierten, hilflosen, ausbeutbaren Arbeitsmigrantinnen ‚entgegenzuwirken‘.“ (6)

Genau dies passiert gegenwärtig in der Bundesrepublik. Dass Menschen hier sich fortan nicht länger weigern, Niedriglohnarbeit anzunehmen, dafür sorgen u. a. 1-Euro-Jobs im Rahmen von Hartz IV. Die neuen Strafbestimmungen gegen „Menschenhandel“ flankieren somit die Hartz-Gesetze: Der Niedriglohnsektor soll fortan nicht mehr den (illegalisierten) Arbeitsmigrantinnen, sondern den in Deutschland legal lebenden

Arbeitslosen zustehen, um deren staatliche Alimentierung zu verringern. Das ist der gegen die eigene Bevölkerung gerichtete Kern der neuen Strafbestimmungen.

Ausbau des Überwachungsstaates

Es ist zu erwarten, dass Methoden wie die menschenverachtenden Razzien, mit denen schon lange gegen Prostitutionsmigrantinnen und ihr gesellschaftliches Umfeld vorgegangen wird, nun verstärkt auch gegen andere Einwanderer eingesetzt werden. Dies wird verbunden sein mit einem beschleunigten Ausbau des Überwachungsstaates:

„Mitarbeiter von Polizei-, Gesundheits- und Beratungsdiensten, andere betroffene Beamte sowie das Personal zwischenstaatlicher und Nichtregierungsorganisationen sollten zusammenarbeiten, um die Sex- und Arbeitsmärkte einer deutlich sichtbaren Überwachung zu unterstellen und internationale Informantennetze aufzubauen, die als Frühwarnsysteme für den Menschenhandel dienen.“ (7) Und: „Wesentliches und gemeinsames Ziel der Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels sollte die Verringerung der Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen und billigen Arbeitskräften sein“, heißt es in der von EU und IOM verfassten ‚Brüsseler Erklärung‘. (8) Dabei fällt Anti-Frauenhandels-NGOs zukünftig die Aufgabe zu, nicht mehr nur sogenannte „Opferzeuginnen“ zu betreuen, sondern Spitzel zu rekrutieren: „Opfer als Zeugen oder Informanten können für die Bekämpfung des Menschenhandels von enormen Nutzen sein.“ Das „Opfer“ müsse dann entscheiden, „ob es sich als Zeuge oder Informant zur Verfügung stellt.“ (9)

Mit der Erweiterung der Definition sowie der Verschärfung des Straftatbestands „Menschenhandel“ geht es fortan nicht mehr nur um die Bekämpfung von Prostitutionsmigration, sondern um die nachhaltige Bekämpfung der Migration von Papierlosen generell, bei deren „sozialverträglicher Rückführung“ sich die EU als ihr natürlicher Verbündeter präsentieren möchte.

Anmerkungen:

- 1 Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament zum Thema „Frauenhandel mit dem Ziel der sexuellen Ausbeutung“, Brüssel 1996, S. 4;
- 2 „Rahmenbeschluss“ und „Brüsseler Erklärung“ von 2002;
- 3 siehe dazu: die von Doña Carmen herausgegebene Zeitung „La Muchacha“ 5/2005 bzw. www.donacarmen.de.
- 4 Anhörung Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages, Strafrechtsänderungsgesetz zum Menschenhandel, Juli 2004, S. 52;
- 5 Tröndle/Fischer, Kommentar zum Strafgesetzbuch, 2001;
- 6 Ann D. Jordan, Handbuch zum Menschenhandelsprotokoll der Vereinten Nationen, 2002, S. 21;
- 7 Brüsseler Erklärung 2002, S. 9;
- 8 ebenda, S. 6;
- 9 ebenda, S. 9;

Prekäre Perspektiven?

Beitrag zum Abschluss-Podium „Arbeit, Migration, Subjektivität“

Kirsten Huckenbeck

Einleitend ein paar Bemerkungen zur Vorstellung und zu meiner Tätigkeit bei der Zeitschrift „express“, die sich im Untertitel „Zeitschrift für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit“ nennt und nun schon mehr als 40 Jahre zwar nicht mit gleichem Untertitel, aber ähnlichem Programm erscheint: Der express befasst sich, anders, als es der institutionelle Bezug des Untertitels nahe legen mag, mit dem Thema Organisation und Selbstorganisation von und in prekären Beschäftigungsverhältnissen seit vielen Jahren, weil wir denken (und unsere Vorgänger in der Redaktion dachten), dass hier nicht nur noch viele „weiße Flecken“ auf der vermeintlich vermessenen und kartierten Landkarte der Lohnarbeit bestehen, sondern dass diese „weißen Flecken“ sich ausbreiten und eine solche Entwicklung Folgen hat für alle diejenigen, die in irgendeiner Weise von Lohnarbeit abhängig sind: Allgemeine (und das heißt immer: mühsam im Laufe der Geschichte verallgemeinerte) Standards des Arbeitens und seiner Absicherung kommen ins Rutschen – und die klassischen Interessenvertretungsformen haben es, vielleicht gerade wegen der Organisationsformen, die in jener kurzen historischen Entwicklungsphase entwickelt wurden, die den Gewerkschaften in der Rede vom „Zeitalter des Fordismus“ oder des „Rheinischen Kapitalismus“ als „Erfolg“ angerechnet wird, immer schwerer, mit dieser Entwicklung mitzukommen – wie gesagt: sofern solche Interessenvertretungsstrukturen überhaupt existiert haben innerhalb prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Die Zeitungsarbeit ist dabei allerdings nur ein Teil unserer Tätigkeit. Ein wesentlicher Teil unserer Aktivitäten besteht darin, gemeinsam mit dem tie-Bildungswerk e.V. (transnationals information exchange), einem „internationalen Netzwerk von gewerkschaftlich organisierten und unorganisierten Lohnabhängigen“ nach Ansatzpunkten, Strategien und Formen der selbstbestimmten Organisation in und gegen die vielfältigen Zumutungen der Lohnarbeit zu suchen. Und insofern nehmen wir auch an dem sozialen Experiment der Entwicklung eines „Workers Center Rhein-Main“ teil.

Von den Moderatoren und Initiatoren dieses Plenums hatten wir die strikte Direktive erhalten, uns nicht mit den analytischen Bestimmungen des Prekarisierungsbegriffs aufzuhalten bzw. das geneigte Auditorium damit zu langweilen, sondern ausschließlich über das zu reden, was wir denken, wollen und tun mit unse-

rem Workers Center-Grüppchen – und das wiederum, ohne dabei in den Gestus einer Verkündigung positiver Modelle bzw. eines Universalschlüssels für eine angemessene Praxis zum Umgang mit Prekarisierung zu verfallen. Das ist gar nicht so einfach, wie vielleicht verständlich sein dürfte, denn die Idee eines Workers Centers fällt nicht vom Himmel, selbst in den USA nicht, wo dieses „new organizing model“ kürzlich entdeckt worden und herzukommen scheint. Sie ist Resultat und Reaktion der Auseinandersetzung mit Veränderungen in den Arbeitsverhältnissen und einer spezifischen Praxis der Gewerkschaften.

Ich bitte daher um Entschuldigung, wenn ich trotz der gestrengen Direktive, immer nur in der ersten Person zu sprechen, ein paar Überlegungen zum Begriff der Prekarisierung vorweg schicke, die für unsere Praxis allerdings nicht unwichtig sind:

Die seit den 90er Jahren gebräuchliche Rede von der Prekarisierung meint wörtlich zunächst nur Unsicherheit, meist in Abgrenzung zum Begriff des Normalarbeitsverhältnisses verwendet, womit eine neue Qualität in den Arbeitsverhältnissen bezeichnet werden soll. Vielfach ist zu hören, dass das Normalarbeitsverhältnis mit dem „goldenen Zeitalter des Fordismus“ an ein Ende gekommen sei, dass an seine Stelle „atypische“, „irreguläre“, „entgarantierte“ Beschäftigungsformen getreten seien. Die Rede ist gar von „Prekarität als neuem Normalarbeitsverhältnis“. Wenn man dann nicht zu den Anhängern der These zählt, dass Prekarität schon der Übergang zu neuen, freieren, vernetzten, assoziierten Formen der Produktion und Reproduktion auf internationalem Niveau darstellt, wie dies manchmal im Gefolge einer euphorisierenden Empire-Rezeption passiert, dann wird doch oft so getan, als ob mit diesem Begriff auch schon ein neues Gemeinsames und eine neue Praxis gefunden sei: das „Prekariat“, das scheinbar unendlich mobil und doch überall zu Hause und zugleich universell „anschlussfähig“ sei. Das schöne Bild vom Migrant als Nomade, der überall andocken kann und sich holt, was er will, stand hier wohl Pate.

Ich denke, dass diese plakative Art des Umgangs mit dem Problem die Wirklichkeit nur unzureichend trifft.

Zum einen: Unsicher ist der vorherrschende Typus von Arbeitsverhältnissen, in denen wir stecken, auf einer prinzipiellen Ebene immer unter kapitalistischen Bedingungen: Wir sind abhängig von Arbeitsplätzen – nur ein euphemistisches Wort für das, was im Kern „Produktionsmittel“ meint - über die wir nicht verfügen, und zwar um an Geld als immer noch zentrales Reproduktionsmittel zu kommen, letztlich um damit am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Aus dieser Perspektive ist es schwierig, von den „Prekären“ hier und den „Normalos“ dort, von „Kernen“ und „Rändern“ oder von den Beschäftigten und den Erwerbslosen, oder von Arbeitsmarktinländern und -ausländern zu reden.

Zum anderen blendet eine solche Beschreibung aus, dass im historischen und internationalen Maßstab, aber auch innerhalb der Bundesrepublik nur relativ wenige ArbeitnehmerInnen je unter den Bedingungen des vermeintlich idyllischen Normalarbeitsverhältnisses gearbeitet haben: d.h. in einem sozialversicherungspflichtigen, tariflich geregelten Vollzeitarbeitsverhältnis mit klaren, kontrollierbaren Arbeitszeiten, Zuschlägen für Überstunden und Wochenendarbeit, Weihnachts-/Urlaubsgeld, Schutz vor Vorgesetztenwillkür, Schutz vor ungerechtfertigter Leistungsverdichtung, unbezahlter Ausbeutung etc. – und das alles zu einem Auskommen, das eine materiell relativ uneingeschränkte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Abgesehen davon, dass solche Zustände auch bei Daimler, GM, VW und anderen „Weltkonzernen“ schon lange ins Rutschen gekommen sind: Die Mehrheit der Beschäftigten hat nie so gearbeitet:

- Von 2.800 Tarifverträgen in Deutschland beinhalten 130 Stundenentgelte von sechs Euro und weniger – das liegt zum Bsp. deutlich unter den von der IG BAU für Entsendearbeiter auf Baustellen tariflich vereinbarten 10,36 brutto für einfache Arbeiten.
- Frauen im Einzelhandel haben im Prinzip nie mehr als „Zuverdienst“-Gehälter erzielt
- MigrantInnen haben sich meist in Arbeitsverhältnissen befunden, die jenseits solcher „Privilegien“ waren, eher am unteren Ende der Produktionsketten und der Qualifikationspyramiden lagen; in Arbeitsverhältnissen, die vielfach wesentlich durch personale Abhängigkeiten statt durch Verträge gekennzeichnet waren – und sie haben sich dafür als Schmutzkonkurrenz beschimpfen lassen müssen.

Insofern geht es darum, genauer zu untersuchen, was sich geändert hat, was neu ist, was für uns jeweils das Problem ist, wenn wir von Prekarisierung reden und erst recht wenn wir, wie einige aus der Workers Center-Gruppe, behaupten, dass migrantische Arbeitsverhältnisse Prototypen für die Entwicklungen im Bereich der sog. Normalarbeitsverhältnisse seien.

Wir denken, dass die Unterschiede vor allem deshalb wichtig sind, weil an ihnen entlang Hierarchisierungen und Spaltungen verlaufen, die das, was Grundlage von Solidarität in den Arbeitsverhältnissen und erst Recht darüber hinaus sein könnte, stets auf's Neue sehr handfest unterlaufen: Mitnichten ergibt sich ein gemeinsames Interesse an der Aufhebung von Konkurrenz aus der abstrakten Einsicht, dass Lohnabhängigkeit ein strukturelles Gemeinsames ist. Und: solange Arbeitsmärkte kein homogenes Ganzes bilden, sondern schon immer hochgradig differenziert und segmentiert einerseits und in jüngerer Zeit auch zunehmend räumlich-zeitlich entgrenzt andererseits funktionieren, wird es auch gute Gründe geben, an dem, was auch Gewerkschafts-Bosse wie Frank Bsirske u.a. immer noch als zentrale Auf-

gabe gewerkschaftlicher Organisierung begreifen, festzuhalten, nämlich, um seinen etwas technischen Jargon für einen im Kern höchst voraussetzungsvollen sozialen Prozess zu zitieren, in der „sozialen Schließung von Teilarbeitsmärkten“, z.B. über Branchen-Tarifverträge, nationale Standards zur Regulierung von sog. „Lohnnebenkosten“ via Sozialversicherung etc. Ein zentrales Problem für jegliche Solidaritätsarbeit besteht nämlich genau darin, dass das Angebotsmonopol, das Lohnabhängige sich schaffen mussten, um auf das existentiell bedrohliche Problem der ökonomischen Konkurrenz auf „dem Arbeitsmarkt“ zu reagieren, in bestimmten Bereichen noch nie existiert hat, in vielen anderen Bereichen dagegen aufgrund ausgeweiteter Radien unternehmerischer Tätigkeit nicht mehr greift: Man könnte zugespitzt sagen: Während das Kapital sich längst von allen möglichen Grenzen (auch nationalen) emanzipiert hat, gilt dies für Lohnabhängigen erst in Ansätzen. Diese Form von teil-regulierter Konkurrenz hebt man nicht einfach durch einen Begriff wie „Prekariat“ oder ein gemeinsames Label „Prekarität“ auf.

Die damit verbundenen Spaltungen führen entsprechend auch dazu, dass es - wie z.B. aktuell zwischen den Saisonarbeitskräften aus den MOE-Ländern und deutschen Arbeitslosen - keinen gemeinsamen Aufschrei von - in diesem Fall - Saisonarbeitskräften und ALG II-BezieherInnen gibt, wenn der Vizepräsident der Bundesagentur für Arbeit sagt, dass künftig erwerbslose Deutsche 10-12 Stunden täglich bei der Spargel- oder Erdbeerernte „helfen“, d.h. dazu abkommandiert werden sollen, und ihm sein Chef entgegnet, das sei eine unmenschliche Arbeit, die für Deutsche „zu hart“ sei. In der Tat wird hier bislang relativ erfolgreich Konkurrenz geschürt, mit dem Resultat, z.B. den heimischen Arbeitsmarkt abzuschotten, Kontingente für ausländische Arbeitskräfte zu begrenzen, sie „draußen“ zu halten, anstatt die „Unmenschlichkeit“ solcher Arbeit als gemeinsames Problem zu begreifen, denn letztlich geht es dann auch für die Arbeitsmarktinländer darum, zu diesen Konditionen arbeiten zu müssen. Dass diese Spaltung bislang so erfolgreich ist, das liegt auch an der unterschiedlichen sozialen Wirklichkeit derjenigen, die von dieser Arbeit abhängig sind: Was ist für wen erträglich und warum?

Wir stehen also praktisch (nicht nur mit unserem workers Center Rhein-Main) noch relativ am Anfang in der Frage, wie die unterschiedlichen Formen von Prekarisierung als Ausdruck gemeinsamer Problemlagen begriffen werden könnten.

Diese Unterschiede erkennen, d.h. unsere unterschiedlichen Wirklichkeiten, wenn wir von Prekarisierung reden, überhaupt erst einmal in den Blick nehmen und vermitteln zu können, ist also nicht zuletzt auch deshalb wichtig, weil nur so auch ihre möglichen Gemeinsamkeiten in den Blick kommen können. Das wäre ein erster und zugleich sehr langwieriger Schritt,

um aus der Vielzahl von Einzelbaustellen, an denen bislang noch jede Belegschaft „einzeln stirbt“ (so der Kommentar der Opel-Kollegen nach ihrem Streik im letzten Herbst), ganz zu schweigen von den vielen, die noch nie eine Belegschaft waren, eine gemeinsame, auf der viele arbeiten, werden zu lassen. Mit Sicherheit wird sich dabei auch die Art der Baustellen, das Wie, Was und Wozu da gebaut wird, ändern...

Doch von so viel Metaphorik zurück zum Handfesten: Mit dem Workers Center Rhein-Main, genauer, der Gruppe, die sich nun seit Ende 2003 regelmäßig monatlich trifft, wollten wir daher versuchen, in einem ersten Schritt eine Bestandsaufnahme zu machen und Kontakte vor Ort zu knüpfen: Was heißt Prekarisierung für uns jeweils, an den Orten, wo wir arbeiten? Wer sind eigentlich all die anderen, die in solchen Verhältnissen arbeiten? Und was sind für uns die jeweils zentralen Probleme und Konflikte? Wir haben das als Untersuchungsaufgabe bezeichnet, wobei wir schnell gemerkt haben, dass dies - im Unterschied etwa zum operaitischen Konzept der militanten Untersuchung, wo dies meist mit dem Anspruch auf Mobilisierung verbunden wird - erstens ein Selbstaufklärungsprozess ist und zweitens ein Prozess, in dem es darum geht, verschiedene soziale Realitäten überhaupt zur Kenntnis zu nehmen und - viel schwieriger noch - aufeinander zu beziehen. Wie schwierig das ist, mag eine kleine Anekdote erhellen. Anlässlich einer sehr gut besuchten Diskussion mit VertreterInnen der IG BAU aus dem Reinigungsgewerbe, WissenschaftlerInnen, Autonomen aus dem antirassistischen Spektrum, VertreterInnen von div. Sozialbündnissen etc. entspann sich eine Debatte über den Einfluss der Sozialgesetzgebung auf die Bedingungen im Reinigungsgewerbe. Ein IG BAU-Sekretär aus dem Reinigungsbereich verwies darauf, dass der Verdrängungswettbewerb durch die Hartz-Gesetze (Ersatz von Vollzeitstellen durch Mini-Jobs, Änderungen im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz), Wegfall des Meisterzwangs, Verzicht auf Tariftreuegesetz bei Vergabe öffentlicher Aufträge etc. noch verschärft worden sei und forderte entsprechend gesellschaftlichen Druck für gesetzliche Initiativen zur sozialstaatlichen Absicherung. Daraufhin entgegnete ihm eine offenbar eher aus dem universitären Spektrum stammende, regulationstheoretisch geschulte junge Dame, was er denn mit dem Sozialstaat wolle, der sei doch schon mit dem Ende des Fordismus in den 70er Jahren untergegangen und ohnehin kein Bezugspunkt für emanzipative Bewegungen...

Der Untersuchungsprozess hat sich hier sehr deutlich auch als Suche nach gemeinsamen Kommunikationsformen erwiesen - und man kann sich etwa vorstellen, was es bedeutet, wenn so unterschiedliche soziale Realitäten und politische Vorstellungen aufeinanderprallen wie: IG BAU-Sekretäre aus dem Bauhauptgewerbe, IG BAU-Sekretärinnen aus dem Reinigungsgewerbe, Ver-

treter antirassistischer Initiativen, Studentinnen, VertreterInnen von Erwerbslosen- und Sozialbündnissen, MigrantInneninitiativen etc. pp.

Unser Fazit: Wir machen das zum Programm, veranstalten einen „Workers Center Day“ unter dem Titel „Kein Ort – nirgends? viele Orte – überall?“, zu dem wir offen einladen: MigrantInnenorganisationen und Kulturvereine, Gewerkschaftsvertreter von ver.di, IGM, IG BAU, Wanderarbeiterverband der IG BAU, ZAPO (als quasi deutsch-polnisches Workers Center in der BRD, Prostituierten-Beratungsstellen Dona Carmen und FiM in Frankfurt am Main, Kanak Attak, kein mensch ist illegal etc.

Unsere gemeinsame Hintergrundannahme bei der Planung: Es gibt in all diesen Organisationen jeweils spezifische Kompetenzen und Betroffenheiten im Umgang mit prekären Beschäftigungsverhältnissen, es gibt also vielfältige „Orte“ – und es gibt zugleich keinen Ort in dem Sinne, dass der Betrieb, die Produktionsstätte nicht mehr als der zentrale Ort der Herstellung von Gemeinsamkeit, von dem, was Negt mal einen „proletarischen Lebenszusammenhang“ genannt hat, fungiert. Unsere Frage war also: Wo könnten Gemeinsamkeiten liegen, die wir vor Ort in fruchtbare Kooperationen verwandeln könnten. D.h. auch zu fragen, wo welche Kompetenzen liegen, wer was kann und macht, um so voneinander lernen zu können.

Bevor ich im Folgenden genauer auf „unser“ Workers Center Rhein-Main eingehe, ein paar Bemerkungen zur Frage, was ein Workers Center ist und woher dieser Ansatz (eigentlich sind es viele) kommt.

Dabei geht es mir zunächst um Desillusionierung:

- 1.) Es handelt sich bei unserem Zugang nicht darum, positive Modelle aufzugreifen und diese einfach zu übertragen – was schon deshalb unmöglich ist, weil Workers Center in den USA keineswegs homogen arbeiten. Doch dazu unten mehr.
- 2.) Gegen den Hype, dass dies etwas völlig Neues sei, will ich auf eine Publikation von Ulla Pruss-Kaddatz verweisen. Ihr geht es unter dem programmatischen Titel „Wortergreifungen“ um „Konstitutionsmomente der Arbeiterbewegung“, und zwar in einem nicht-objektivistischen Sinn. Sie untersucht im nachrevolutionären Frankreich Mitte des 19. Jhrtds, wie aus Formen der sozialen Selbsthilfe – Unterstützungskassen, die dann zu Widerstandskassen wurden, Bildungsveranstaltungen, Selbsthilfvereinen etc. – eine Form der proletarischen Selbsthilfe wurde. Sie untersucht also, wie aus der Reaktion auf soziale Notlagen Formen der politischen Artikulation und zugleich einer anderen Produktion und Reproduktion wurden, ohne dass zwischen beidem ein automatischer Zusammenhang

unterstellt werden könnte. Pruss-Kaddatz schildert, wenn man so will, die Anfänge einer Bewusstseinsbildung und Emanzipationsbewegung, die schließlich weit mehr beinhaltete als die wechselseitige Hilfe in Notlagen, und dies ist durchaus vergleichbar mit dem, was Aktivisten aus US-Workers Centers berichten. Damit wären wir bei den Entstehungsbedingungen von Workers Centers in den USA.

- 3.) Übereinstimmend wird in der Literatur und in Berichten von Aktivisten aus der Workers Center-Bewegung davon ausgegangen, dass Workers Center eine Reaktion auf das Fehlen gewerkschaftlicher oder überhaupt von Interessenvertretungsstrukturen von und für vor allem MigrantInnen, aber auch genereller für NiedriglohnarbeiterInnen darstellen. In den Worten von Janice Fine, Mitarbeiterin der Zeitschrift Labor Notes und Gewerkschaftsforscherin: „Es ist wahrscheinlicher für ArbeiterInnen im Niedriglohnbereich, vom Blitz getroffen als von einer Gewerkschaft angesprochen zu werden.“

Warum ist das so? Im Folgenden einige wesentliche Momente zur Begründung dieses Sachverhalts:

Hintergründe zur Entstehung von Workers Centers in den USA

Mitgliederstruktur: Traditionell überwiegen in den Mitgliedsgewerkschaften der AFL-CIO – und zwar sowohl in den ehemals handwerklich, zünftisch und ständisch orientierten Gewerkschaften der American Federation of Labor als auch in den industriell geprägten Gewerkschaften des Congress of Industrial Organizations die vielzitierten „weißen männlichen Facharbeiter“.

Business Unionism: US-Gewerkschaften haben sich – früher noch als in der BRD – zunehmend als „Dienstleister“ für die jeweils eigene Mitgliedschaft, d.h. für die Mitglieder des jeweiligen „locals“ (Gewerkschaftsbüro) bzw. eines einzelnen Betriebs, und nicht für alle Lohnabhängigen einer Branche, eines Landes etc. begriffen. (Nebenbei: Ein solches Verständnis findet sich nun als Reformvorschlag auch im sog. „Turnaround-Papier“ des DGB vom Frühjahr dieses Jahres.) Meist ging dies einher mit einem ausgeprägten Verständnis von „Co-Management“ als „sozialpartnerschaftlichem“ Verhandlungsauftrag gegenüber dem Unternehmen – wohlgernekt auf der Ebene von Einzelbetrieben oder Unternehmen. Sozialpolitische Aspekte wie etwa im bundesrepublikanischen Modell der Sozialpartnerschaft sind hier aus Gründen der Gewerkschaftsgeschichte und damit verbundener Strukturen wenig bis gar nicht entwickelt: Schon vor dem zweiten Weltkrieg hatten sich die frisch fusionierten Dachverbände des AFL und des CIO darauf verständigt, jegliche Einmischung in die Sozialgesetzgebung zu unterlassen und stattdessen auf „Voluntarismus“ gesetzt. Diese „Nicht-Einmischungs“-Haltung setzt sich bis heute weitgehend fort.

Pattern Agreements: Traditionell wurden in den USA quasi „Muster-Tarifverträge“ bei den „Großen Drei“ (GM, Chrysler, Ford) abgeschlossen, die dann auf Zulieferer, kleinere Auto-Hersteller und andere Unternehmen der selben Branche übertragen wurden. Flächendeckende Tarifaueinandersetzungen gab und gibt es kaum, in kleineren Betrieben kam und kommt es kaum zu eigenständigen Arbeitsauseinandersetzungen und betrieblichen Aktivitäten, mobilisierende Effekte, die zu neuen Erfahrungen hätten führen können, gingen von den Verhandlungen um die „Patterns“ nicht aus. Auch eine betriebsrats-unabhängige Vertrauensleutarbeit – ein zentrales gewerkschaftliches Interessenbildungsinstrument, das allerdings auch hierzulande im Schwinden begriffen ist – gab und gibt es in den USA nicht – ein weiteres Moment der extremen Einzelbetriebsorientierung und gering ausgeprägten Idee einer überbetrieblichen Interessenvertretung. Repressive Arbeitsgesetzgebung: Diese sorgt in den USA für extrem erschwerte Organisationsbedingungen und trägt maßgeblich zu einem vergleichsweise niedrigen Organisationsgrad bei:

- a) So müssen für die Durchführung sog. Anerkennungswahlen mindestens 30 Prozent einer „Tarifeinheit“ innerhalb einer Belegschaft schriftlich ihren Wunsch nach einer Vertretung zum Ausdruck bringen, erst dann können überhaupt Wahlen durchgeführt werden, in denen die Belegschaft entscheidet, ob sie eine Vertretung will oder nicht. Alternativ kann (muss aber nicht) das Unternehmen eine Interessenvertretung der Beschäftigten als Tarifpartner akzeptieren, wenn min. 50 Prozent der Beschäftigten der jeweiligen Tarifeinheit diesen Wunsch zum Ausdruck bringen. Innerhalb eines Betriebes sind also – selbst im Falle eines Erfolgs – nicht alle Beschäftigten von einer Gewerkschaft vertreten. Die „Koalitionsfreiheit“ ist in den USA also, wie viele andere ILO-Konventionen, nur sehr bedingt umgesetzt.
- b) Erschwerend kommt hinzu: Im Prinzip darf seit dem National Labor Relations Act von 1935 das Unternehmen nichts gegen den Versuch einer gewerkschaftlichen Organisierungskampagne machen, aber: Seit dem Taft Hartley Act von 1947 sind die Bestimmungen zu möglichen Formen der Einflussnahme seitens der Unternehmen gelockert, was den „Union Busters“ – ein mittlerweile breites Business von „Unternehmensberatungen“ zur Verhinderung von Gewerkschaften im Betrieb – ein einträgliches Geschäft sichert. Die Entscheidung über Verstöße gegen den NLRA liegt beim – seit Jahrzehnten konservativ besetzten – National Labor Relations Board, es handelt sich also um Richterrecht mit entsprechend langwierigen Entscheidungsverfahren.
- c) Speziell im Süden der USA verhindert die „Right to work“-Gesetzgebung gewerkschaftliche Organisierung

Beim sog. „Recht auf Arbeit“ handelt es sich mitnichten um selbiges, sondern um ein indirektes Verbot des „closed shop“, d.h.: Unternehmen können gezielt „Nicht-Gewerkschaftsmitglieder“ einstellen, um so einmal erreichte Organisierungserfolge zunichte zu machen oder den Betrieb von vornherein gewerkschaftsfrei zu halten.

Senioritätsprinzip: Die starke Geltung des Senioritätsprinzips – d.h. lediglich die Dauer der Betriebszugehörigkeit entscheidet über Urlaubsansprüche, Lohnhöhe und jegliche andere Formen der Änderung in Arbeitsverhältnissen – führt selbst innerhalb organisierter Betriebe zu extremen Spaltungen zwischen kurzzeitig Eingestellten und langfristig Beschäftigten, die sich vor allem entlang rassistischer Kriterien darstellt.

Affirmative Action: Gegen diese und viele andere Formen rassistischer Spaltung hilft auch die ausgeprägte Politik der „kompensatorischen Bevorzugung“, die sich in den Affirmativ Action-Programmen niederschlägt, nur bedingt weiter, insofern diese Programme zunehmend unterlaufen werden durch ein Richterrecht, das sich auf eine „Diskriminierung durch Quoten“ beruft.

Fazit: Interessenvertretungs- und Artikulationsmöglichkeiten von vor allem „Farbigen“, aber auch von MigrantInnen insgesamt in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse waren in den USA traditionell beschränkt, und sie werden zusätzlich erschwert durch die Zunahme von gewerkschaftlich kaum organisierten Dienstleistungs-jobs, Contract Manufacturing und eine entsprechende Zerschlagung von Produktionsketten und -prozessen, Verlagerung von Produktion in den weitgehend unorganisierten Süden der USA sowie dem Umstand, dass der Betrieb – neben der erwähnten repressiven arbeitsrechtlichen Situation aus vergleichbaren Gründen wie in der BRD – nicht mehr der selbstverständliche „Ort der Organisierung“ ist bzw. dies noch nie war.

In dieser Kombination aus Niedriglohnarbeit und rassistischer Segmentierung liegt einer der zentralen Ansatzpunkte für die Gründung der Workers Center: Sie verstehen sich als Anlaufstelle und Organisationsangebot für „Schwarze“ (die „Black Workers for Justice“ stellen eine der frühesten Varianten einer community-orientierten Organisierung für ArbeiterInnen in der Landwirtschaft und in der Geflügelproduktion dar), für „resident aliens“ und „illegal aliens“ und im weiteren vor allem für migrantische NiedriglohnarbeiterInnen. Auf einen entscheidenden Unterschied zur bundesrepublikanischen Problematik der Vertretung von Sans Papiers gilt es dabei einschränkend hinzuweisen: Die Unterstützung von „Illegalen“ ist in den USA insofern leichter – und die Grenzen zwischen Illegalität und Legalität in Bezug auf den Aufenthaltsstatus fließender –, als für den Erwerb einer Aufenthaltserlaubnis der Nachweis eines fünfjährigen Aufenthaltes mit festem Wohnsitz in den USA ausreicht, um den Status eines „resident alien“ zu erlangen.

Das Problem: Der Nachweis muss in der Regel über den Arbeitgeber geführt werden...

Ziele von Workers Center sind dementsprechend:

- Organisierung der „unsichtbaren“ ArbeiterInnen im Niedriglohnbereich, der ArbeiterInnen ohne irgendeine Vertretung am Arbeitsplatz
- Organisierung entlang der „Lebenslagen“, d.h. vor allem entlang des „prekären“ Aufenthaltsstatus'. Dies kann die fehlende soziale Absicherung in Bezug auf Löhne, auf Krankheitsfälle, Arbeitslosigkeit oder auch in Bezug auf juristische Auseinandersetzungen sein. In solchen Hinsichten agieren und fungieren Workers Center als „Selbsthilfe“-Vereine.
- Bildungsarbeit und Vermittlung von Kenntnissen über die jeweiligen Rechte, die auch MigrantInnen in den USA zustehen, aber auch von Sprachkenntnissen etc.
- Politische Arbeit im Rahmen von Community-Netzwerken und auf US-Ebene, wie zuletzt z.B. in den – schließlich auch von der AFL-CIO mitgetragenen – Legalisierungskampagnen.
- Coalition Building – teils mit, teils ohne Gewerkschaften, oft mit Kirchen (als wichtigen Anlaufstellen für MigrantInnen aus Lateinamerika), Bürgerrechtsorganisationen u.a.

Entsprechend dieser Vielzahl von Gründungsmotiven und Zielen finden sich Workers Center, die als Gründung aus migrantischen Communities heraus erfolgten, aber auch solche, die von Gewerkschaften „installiert“ bzw. getragen werden. Es findet sich eine Vielzahl von unterschiedlichen „Typen“ und Konzepten – so z.B. von monolingualen bis multilingualen Ansätzen. Und es findet sich durchgängig das Problem, wie die Orientierung an „ethnischen Communities“ und deren spezifischen Problemdefinitionen mit der jeweiligen Vertretung am Arbeitsplatz, die meist einen allgemeineren Zugang erfordert, zusammen gedacht und in praktische Verbindung gebracht werden kann. In gewisser Weise wiederholt sich damit ein zentrales Problem der Arbeiterbewegung, nämlich die Frage, worauf Solidarität sich – jeweils neu – gründet und wie es gelingt, Konkurrenz – auch zwischen den diversen „communities“ und durchaus im übertragenen Sinne – zu begrenzen.

Ohne diese Frage hier abschließend beantworten zu können und ohne anzunehmen, dass sie sich apodiktisch beantworten ließe, hat das Workers Center Rhein-Main sich seit seiner „Gründung“ 2003 primär als „Suchprozess“ in diese Richtung verstanden. Aus einer gut besuchten Veranstaltung mit Kimi Lee (Garment Workers Center, Los Angeles), initiiert von „kein mensch ist illegal“ und damals noch „kanak atak“ sowie verschiedenen Einzelpersonen, resultierte

zunächst vor allem das Bedürfnis nach regelmäßigeren Treffen, um sich gemeinsam schlau zu machen über den „Stand der Dinge“. Die höchst heterogene Zusammensetzung der Gruppe führte dazu, sich überhaupt erst einmal einen gemeinsamen Kenntnisstand zu verschaffen, wer in unserer Region in welchen Branchen wie und mit welchen Ansätzen zum Thema Prekarisierung/Migration arbeitet – und was es ggf. schon gibt an Ansätzen und Organisationsformen in diesem Bereich, also Untersuchungsarbeit. Außerdem luden wir Monica Santana vom Latino Workers Center in New York ein und diskutierten mit ihr über das Verhältnis des LWC zu Gewerkschaften, das Problem der „Identität“ „migrantischer Communities“ und die Schwierigkeiten, Interessenvertretung am Arbeitsplatz und Community-Arbeit unter einen Hut zu bringen u.v.m. Gemeinsame Aktivitäten wie z.B. die Aktion gegen einen Spargelbauern in Lampertheim, der seine rumänischen Arbeiterinnen nicht entlohnte und sich durch die Ankündigung einschüchtern ließ, dass wir von der „Initiative für die Rechte von WanderarbeiterInnen in Frankfurt“ ihn juristisch unter Druck setzen und ggf. vorbeikommen würden, blieben bislang die Ausnahme. Im Falle einer möglichen Beteiligung am europäischen Aktionstag gegen die Hotelkette Accor, mit dem damals KollegInnen der französischen Gewerkschaft SUD versuchten, die Kündigung einer Reihe von senegalesischen „Putzfrauen“ in Paris, die sich gegen die Arbeitsintensivierung zur Wehr gesetzt hatten, rückgängig zu machen und Druck für die Umsetzung von deren Rechten zu entwickeln, entschlossen wir uns sogar gegen eine Beteiligung, weil es uns nicht gelang, Kontakt zu Beschäftigten bei Accor in Frankfurt am Main aufzubauen.

Im Vordergrund steht nach wie vor die Idee, Gruppen gemeinsam an einen Tisch bringen, deren soziale und politische Realitäten so weit auseinander liegen, dass sie unter gegebenen Umständen nicht ohne Weiteres miteinander reden würden: Prostituiertenvereine, türkische, kurdische, iranische Menschen aus Bildungsverein und politischen Grüppchen, Uni-Leute, GewerkschafterInnen von der IGM über ver.di und NGG bis zur IG BAU, Autonome aus dem antirassistischen bzw. antifaschistischen Bereich u.v.a. Kommunikation zwischen diesen verschiedenen „Bereichs-Gärtnern“ scheint uns nach wie vor ebenso unerlässlich wie ergiebig, und sie ist und bleibt ohnehin Voraussetzung für gemeinsame Aktivitäten.

Ps.: Über den Ausgang unseres Workers Center-Days und damit des Experiments, verschiedene soziale Realitäten „an einen Tisch“ zu bringen, lässt sich nachlesen in dem Bericht von Nadja Rakowitz im express (s. Literaturempfehlungen). Für die nächste Zukunft haben wir eine Veranstaltung mit dem Europäischen Verband der Wanderarbeiter geplant, bei dem es um eine Bilanz von dessen bisheriger Arbeit und um mögliche Koope-

rationen vor Ort gehen soll („Mit transnationalen Gewerkschaften für die Rechte von ArbeitsmigrantInnen und gegen Lohndumping?“, Diskussionsveranstaltung mit Matthias Kirchner vom Europäischen Verband der Wanderarbeiter am 16. November 2005). Des Weiteren wollen wir versuchen, NGG und ver.di zu einer gemeinsamen Demonstration vor den Toren des Streikbrecher-Betriebs von Gate Gourmet in Kelsterbach zu bewegen. Von dort aus wird Gate Gourmet Düsseldorf (Gate Gourmet ist ein Luftfahrt-Caterer, der durch den Streik in Heathrow in die Schlagzeilen geriet und auch in Deutschland äußerst rabiat mit seinen meist migrantischen Beschäftigten umspringt) derzeit beliefert. Das Pikante an der Auseinandersetzung: Ein Teil der Gate Gourmet-Betriebe wird von der NGG, ein Teil von ver.di organisiert, und ein Teil (wie die Niederlassung in Kelsterbach) ist eben überhaupt nicht organisiert.

Anmerkungen

- 1 Pruss-Kaddatz: „Wortergreifung. Zur Entstehung einer Arbeiterkultur in Frankreich“, Frankfurt am Main 1982
- 2 Vgl. express, Nr. 8/2003
- 3 Vgl. Arranca, Januar 2005 sowie die Film-Dokumentation „Spargel-Ernte. Von 18 Frauen aus Arad, die ihr Recht erstritten“, Dokumentation von Gerda Heck und Hagen Kopp, 2004
- 4 Diese Auseinandersetzung, die immer noch andauert, soll allerdings Thema in einer weiteren Veranstaltung sein, die wir gemeinsam mit dem tie-Bildungswerk für Januar 2006 geplant haben. Dort wird eine Gruppe von TeilnehmerInnen an einem Bildungsurlaub in New York zum Thema Workers Center über ihren Austausch berichten, und es wird nach Möglichkeiten gesucht, Beschäftigte entlang der von Outsourcing und Leiharbeit geprägten Zulieferstrukturen im Putzbereich miteinander in Kontakt zu bringen.

Literatur:

Lüthje, Boy/Scherrer, Christoph: „Rassismus, Immigration und Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten“, in: Prokla, Nr. 130, März 2003, S. 97-118

Lüthje, Boy/Scherrer, Christoph (Hg.): „Zwischen Rassismus und Solidarität. Diskriminierung, Einwanderung und Gewerkschaften in den USA“, Münster 1997

Rakowitz, Nadja: „Kein Ort – Nirgends? Viele Orte – überall? Eine Veranstaltung der Workers Center-Gruppe Rhein-Main“, in: express, Nr. 4/2005

Forum B: B wie Biopolitik

oder: Wenn Leben zur Ressource wird

Vorbereitungsgruppe Forum Biopolitik

Biopolitik ist ein Sammelbegriff für alle Formen, in denen auf menschliches, tierisches und pflanzliches Leben gesellschaftlich zugegriffen wird – und damit auch eine Überschrift für die immer exzessiver werdende ideologische wie ökonomische An- und Enteignung von Wissen, Ressourcen, Genen, Körpersubstanzen oder Lebensstilen: Die Fülle der biopolitischen Landnahmen ist immens. Das Forum Biopolitik hat aus dieser Fülle zwei Schwerpunkte (s.u.) gewählt, zwischen denen es vielfältige Verbindungen und Überschneidungen gibt und geben soll. Welche Formen von Widerstand wir der umfassenden Produktivmachung von Leben entgegensetzen können und wollen – diese Frage ist die gemeinsame Klammer aller Veranstaltungen im Forum.

Gentechnologie, Landwirtschaft, Ernährung

Konflikte um Naturressourcen sind nichts Neues. Öl, Holz oder Erze werden seit Jahrhunderten extrahiert oder gefördert, geraubt oder gekauft, dann auf den Weltmärkten gehandelt werden. Auch landwirtschaftliche Produkte wie Kaffee oder Bananen werden für den Weltmarkt produziert, völlig unabhängig von den Bedürfnissen der vor Ort lebenden Menschen. Im Kapitalismus wird Natur“ im Sinne konkreter Menschen und Arbeitskraft, aber auch als externe, materielle Ressource ausgebeutet. Eine extensive Zerstörung von Menschen, Gesellschaften und Natur war und ist die Folge.

Neu ist jedoch die Qualität, die seit etwa 20 Jahren mit der Aneignung von außermenschlicher Natur verbunden ist. Ermöglicht durch Gen- und Biotechnologie und gestützt auf die Informationstechnologien werden „Ressourcen“ wichtig, die vormals nicht „inWert“ gesetzt werden konnten. Unternehmen und Forschungsinstitute treiben diese Technologien aus ökonomischen Interessen voran. Politisch werden diese Prozesse über Gesetze abgesichert, die meist die Interessen der Stärkeren bevorzugen. Hinter dem neutral klingenden Begriff der „Wissensgesellschaft“ verbergen sich also massive Konflikte. Einen weiteren Schritt stellt die noch kaum diskutierte Nano-Technologie dar, die derzeit entwickelt und in den kommenden Jahren immer mehr gesellschaftliche Bereiche betreffen wird.

Alles kann Wert haben und zur Ware werden, von Stücken des eigenen oder fremden Körpers bis zur Leiche, unentdeckten pflanzlichen Inhaltsstoffen bis zum Wissen um ihren Standort und ihre Wirkungsweise. Wenn

es dem „Fortschritt“ und der „Wettbewerbsfähigkeit“ dient, dann scheint alles erlaubt. Ethische und Machtfragen sind dem nachgelagert. Natur, lokale Gemeinschaften und indigenes oder traditionelles Wissen werden als Quelle und ProduzentInnen von Wert gesehen und nicht als Menschen, Pflanzen oder Tiere in ihren kontextabhängigen Wechselbeziehungen.

Lässt sich bereits von einer Kolonialisierung der Innenräume von Lebewesen durch Gen- und Biotechnologie mit Hilfe des westlichen Systems geistiger Eigentumsrechte (z.B. Patente, aber auch Sortenschutz) sprechen, wie es etwa Vandana Shiva oder auch die BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie tun? Oder eröffnen die neuen Technologien Möglichkeiten, um die enormen Probleme der Gegenwart anzugehen? Taugt der Begriff der Biopiraterie, um sich kritisch auf die dominanten Entwicklungen zu beziehen? Gibt es Verbindungen und Überschneidungen der Kämpfe gegen Patente auf Leben, gegen Patente auf Software und für informationelle Selbstbestimmung, die – produktiv zusammen gedacht – das herrschende Paradigma in Frage stellen können?

Gesundheit – zwischen Markt, Ideologie und Kampf um soziale Rechte

„Gesundheit“ ist mehr als ein individueller Wunsch, den fast alle hegen, und ein definierbares Ideal, das in einem Arzt-PatientInnen-Verhältnis hergestellt werden soll. Wir haben es inzwischen mit einer Gesundheitsindustrie zu tun, die international und wachstumsorientiert ist. Ein kaum überschaubarer medizinischer Komplex aus Pharmaindustrie, privaten Dienstleistern, staatlich sanktionierten Institutionen wie Krankenkassen und Forschungseinrichtungen ist entstanden. Laufend werden Innovationen, Waren, Mythen, Ideologien und (Bio-)Technologien produziert, die gleichzeitig Sozialwerkzeuge sind: Mit Hilfe molekulargenetischer und medizinischer Diagnosen lassen sich Urteile über Existenzberechtigungen von unheilbar Kranken oder über Fortpflanzungsberechtigungen von „genetisch Riskanten“ fällen und Versicherungsleistungen wie Arbeitsplätze zuteilen oder verweigern.

Zeitgleich werden Heilungsmythen und marktgerechte Vorstellungen einer auf Gesundheit, Fit- und Wellness zielenden Lebensführung mobilisiert, um Bedürfnisse nach neuen Dienstleistungen und Produkten zu erzeugen. Es dominiert die Ideologie einer individuell herstellbaren Gesundheit, sei es über disziplinierte Lebensstile, über Prävention oder über biomedizinische Intervention. Über Organtransplantationen und Reproduktionsdienstleistungen werden sogar Körpersubstanzen in die Warenproduktion und in die kapitalistische Eigentumsordnung integriert und kursieren weltweit – wie, oder genauer gesagt: als Kapital.

Gleichzeitig sollen insbesondere die „genetisch Ris-

kanten“ und die „noch Gesunden“ zunehmend privat versorgen und konsumieren. Wenn es aber um Pflegebedürftige, um wenig kaufkräftige Arme hierzulande, in Osteuropa oder im globalen Süden geht, dann sind Kostendämpfung und Rationierung die Mittel der Wahl. Multinationale Konzerne und internationale Agenturen forschen, entwickeln und profitieren. Biotechnologische Forschung wird zum Standortfaktor auf dem Weltmarkt – ohne Rücksicht auf gesundheitliche Versorgungsprobleme verarmter Bevölkerungen oder Bevölkerungsgruppen.

Welche Machtwirkungen haben Gesundheitsideale? Welche Formen des Ausschlusses von Gesundheitsversorgung sind weltweit an der Tagesordnung? Nach welchen Regeln zirkulieren Körperstoffe und -substanzen auf dem globalisierten Markt? Welche Rolle spielen Forschungspolitiken und -programme? Gehört der Kampf um gute Lebensbedingungen allein in den Verantwortungsbereich der Medizin? Welche Kämpfe mit welchen Zielen fanden und finden um die Gesundheitsversorgung und gegen normative Vorstellungen von Gesundheit statt? Gibt es ein soziales oder individuell einklagbares „Recht auf Gesundheit“? Gibt es nicht auch ein „Recht auf Kranksein“? Vorbereitungsgruppe Forum Biopolitik

Podium: Auftakt Biopolitik

Erika Feyerabend

Unter dem Oberbegriff „Biopolitik“ wollen wir uns mit den Themenfeldern „Landwirtschaft, Biomedizin und Gesundheitssystemen sowie Nanotechnologie“ beschäftigen. „Biopolitik“ ist mittlerweile ein Allerweltswort geworden. Der schillernde Begriff ist in der FAZ, in Regierungsverlautbarungen und Stellungnahmen von Kirchen oder Verbänden in Gebrauch. Ob Gentests bei Kranken, Sterbehilfe oder Patente: gesellschaftlich wird das biopolitische Terrain durchaus kontrovers diskutiert. Aber: Hier stehen sich nicht einfach neoliberale BefürworterInnen und gesellschaftskritische AktivistInnen antagonistisch gegenüber. Zwar erklären die neoliberalen Welterneuer im Namen „des“ Menschen oder gar der „Menschheit“, ihrer „Gesundheit“ und ihrer „Ernährung“ die biowissenschaftliche Aufrüstung von Landwirtschaft und Medizin als notwendig. Ganz wirtschaftsliberal sollen globale Märkte der Gesundheitsindustrie, der Körperstoffe, der agro-bioindustriellen Produktion wachsen – wie üblich mit erheblichen Subventionen von der EU und den nationalen Forschungsetats. Als modernisierungsbedürftig sehen die Welterneuer aber auch „kulturelle Restbestände“ an: zum Beispiel die „Sonderstellung des menschlichen Körpers“ oder das Verhältnis von „gegebenen Natur“ und einer „geschaffenen Kultur“. Vor allem im Feld der Biomedizin zeigen sich ihre dominierenden Antagonisten als Weltbewahrer. Sie mobilisieren wertkonservative Ideologien, zum Schutz von „Natur als Schöpfung“, von „Familie“ als christlicher Eckpfeiler des Abendlandes. Beide Fraktionen rufen eine „humanistische Tradition“ als fraglose Errungenschaft bürgerlicher Aufklärung an, um ihre Politik zu unterfüttern. Im parlamentarischen Alltagsgeschäft erweisen sich die Wertkonservativen meist als kompromißfähig. Auch ihre Welt soll modernisiert werden, um internationaler Konkurrenzfähigkeit und politischer Dominanz willen – allerdings ohne „Werteverlust“. Diese „liberale“ und diese „christliche“ Linie sind im Spätkapitalismus fest eingespannt und besonders dann wirksam, wenn der Warenverkehr in Bereiche vorstößt, die ihm zuvor verschlossen waren oder schienen.

In dieser Diskursökonomie ist ein linker Begriff von „Biopolitik“ wichtig wie nie. Der kann aber weder materielle Gefahren noch wertkonservative Projekte bemühen, um die neuen (oder neu erscheinenden) technologisch-wissenschaftlichen, ideologischen und rechtlichen Ordnungen im Sektor Ernährung und Gesundheit zu kritisieren. Vielmehr müssen die Macht- und Herrschaftsbeziehungen, die sozialen und gesellschaftspolitischen Dimensionen im Mittelpunkt stehen – und die Suche nach widerständigen Perspektiven. Bei

der Problematisierung können u.a. Michel Foucault's Begriff der Biomacht und seine Analysen zum Verhältnis Wissen – Macht helfen; Negri und Hardt's Begriff des Empire und ihre These vom biopolitischen Epochenbruch und sicher auch Paul Rabinow's Anthropologie des „Zeitgenössischen“. Diese Denkanstöße und Theoriewerkzeuge werden in einigen AGs sicher anwesend sein und die Suche nach Problembeschreibung und linker Praxis außerhalb der vorhin beschriebenen Diskursökonomie platzieren. Dazu ein paar abschließende Fragen:

Schon vor der Karriere des Begriffs „Biopolitik“ waren landwirtschaftliche Arbeits- und Eigentumsverhältnisse hier wie in den Ländern des Südens technologisch-wissenschaftlich überformt, von multinationalen Konzernen und willigen politischen Akteuren dominiert. Auch Gesundheitssysteme und Medizin sind nicht erst seit kurzem Märkte, die zum Teil von den gleichen Multis gestaltet und international wie national als bevölkerungspolitische Handlungsfelder gelten. Reproduzieren sich mit der Arbeit an „Genen“ und „Nanostrukturen“ die bekannten kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse? Ergeben sich auch neue Qualitäten der Ausbeutung, wenn Mikroorganismen, Pflanzen, Tiere, Menschen- und Bevölkerungskörper in den ökonomischen Wert einer „Ressource“ überführt werden können, ausgedrückt in Geldeinheiten und in juristischen Formen des Eigentums? Welche Subjekte mit ihren Verhaltens- und Wahrnehmungsweisen entstehen in der Sphäre des Biopolitischen? Und vor allem: Wo stecken die Widerständigkeiten im Alltag, in Perspektiven gesellschaftlicher Gestaltung (von Eigentum, Technik, Gesundheitsversorgung, Ernährung), und in der sprachlichen Problematisierung, um einen erneuten Versuch zu starten, die bestehenden Verhältnisse zum Tanzen zu bringen?

Einführungspodium: Gentechnik

Werner Rätz

1. Der Traum von der genetischen Gestaltung, sozusagen der Neuerschaffung der Welt, wird sich zumindest vorerst so nicht erfüllen.

Es gibt zwar immer noch einzelne Pläne oder Versuche Bilder von gewünschten „Produkten“ zu entwerfen und anschließend zu realisieren, aber gewöhnlich ist die Praxis erheblich trivialer: Es wird schlicht das gemacht, was klappt. Irgendetwas gelingt ja meistens. Wie sollte auch gar nichts dabei herauskommen, wenn derart viel Geld und Kompetenz gebündelt wird wie in der Gentechnologie? Und wenn das etwas völlig Anderes ist als vorgesehen war, was soll's. So wird aus dem „Tumor-Nekrose-Faktor“ (der, wie der Name verrät, ein Medikament gegen Krebs hatte werden sollen) eben ein Haarwuchsmittel. Und wenn die öffentliche Debatte kritisiert, dass bisherige gentechnische Veränderungen von Pflanzen im Wesentlichen keine Vorteile für die VerbraucherInnen sondern lediglich für die Industrie gebracht hätten, dann wird eben behauptet, man baue Vitamin A in den Reis ein, ohne dass das jemand braucht oder es jemandem nützt – wieder außer der Industrie. Gentechnologie ist praktisch nach wie vor die Antwort auf nicht gestellte Fragen. Ökonomisch ist sie die Bedienung nicht allzu öffentlich auftretender Interessen. Und gesellschaftspolitisch ist sie immer noch der Versuch der Neudefinition der Welt. Das gilt für „rote“ wie „grüne“ Gentechnik, die Trennung dient lediglich der Akzeptanzbeschaffung.

2. Hinter der Technologie und ihrer Entfaltung steckt kein Masterplan, keine finstere Verschwörung zur Machtübernahme. Aber sie ist der Macht vielfach nützlich und fähig sich deren Bedürfnissen regelmäßig anzupassen.

Die Technologie hat eine grundsätzliche Richtung, sie zielt auf die Aneignung von allem und jedem: Alles unter der Sonne könnte auch von uns gemacht worden sein oder irgendwann von uns gemacht werden. Und alles, was wir heute schon machen können, wollen wir auch umfassend kontrollieren und besitzen. Die Zurichtung von „Bevölkerung“ liegt also weniger in ihrer realen Gestaltung, in ihrer technischen Neuproduktion als in der Ausrichtung auf eine Welt des Privatbesitzes, der privaten Interessen, der privaten (Daseinsvor)Sorge. Diese Ausrichtung ermöglicht in einem immer stärkeren Maße auch den Einfluss auf gesellschaftliche Definitionen von höchst privaten Zuständen, z. B. von Krankheit. Krank ist nicht mehr, wer bestimmte unschöne Symptome hat, sondern wer eine

Genmutation aufweist oder irgendwelche Grenzwerte überschreitet. Scheinbar wissenschaftlich wird so definiert, was den Individuen fehlt. Und das „Fehlen“ ist wörtlich zu nehmen: Es „fehlt“ ein Mittel, das jemand produziert. Wissenschaftliche Erklärungs- und Definitionsmacht von Krankheit und Mangel lassen sich durch technologische Vermittlung mit Ernährung und Gesundheit koppeln.

Damit diese Verbindung stabil wird und Gestaltungsmacht gewinnt, muss sie politisch und rechtlich kodifiziert werden. Das geschieht in vielfachen Reglementierungen innerhalb verschiedener Rechtssysteme. Im Blick der Öffentlichkeit befindet sich dabei vorwiegend die Patentierung von Besitzansprüchen. Sie ist tatsächlich entscheidend um die Verwandlung von so vielem in Waren zu ermöglichen, was wir bisher unter anderen Titeln kannten, als pflegerische oder ärztliche Sorge, als medizinisches oder heilendes Wissen, als angenehme menschliche Umgebung. Aber Patente sind nicht das alleinige Mittel bei der Privatisierung von Hilfe und Zuwendung bei Krankheit. Behandlungsrichtlinien der Ärztekammern, der „Stand der Wissenschaft“, die Verfügbarkeit von Medikamenten auf dem Markt, die Existenz von Arztpraxen als Privatunternehmen und manches andere gehören dazu. Und wenn PatientInnen Kostenbewusstsein zeigen oder Unfruchtbarkeit als Krankheit und ein behindertes Kind als wirtschaftlichen Schaden begreifen, dann ist ihr Denken im privaten biomedizinischen Komplex angekommen.

3. In diesem Geflecht von Technologie, rechtlicher Kodifizierung und gesellschaftlicher Neudefinition muss Widerständigkeit anders gefasst werden als bisher.

Widerständig ist nicht mehr nur, wer sich wehrt. Der oder die sowieso, aber eben auch jedeR die/der nicht passt ins neue glatte Verwertungssystem. Das Opfer-schema stimmt nicht mehr, Individuen können „Opfer“, „MittäterInnen“ und Störfaktoren gleichzeitig sein. Damit ist auch jede Möglichkeit eines („linken“) Paternalismus verschwunden. Nicht „Solidarität mit ‚den‘ Opfern“ ist angesagt, sondern die Klärung unserer je eigenen Rolle und Stellung im System.

Einführungspodium: Gesundheit

Uta Wagemann

Interventionsfelder

Wir haben uns längst an sie gewöhnt, die kleinen Nachrichten aus der Welt der Biowissenschaften: Genetische Grundlagen von Depression oder Schizophrenie, Gene für Homosexualität, Alkoholismus oder Hyperaktivität – Molekularbiologie und Genetik liefern nicht nur Modelle und Denksysteme, mit denen unangepasste Lebensweisen zu medizinischen Problemen undefiniert und Krankheiten zu biologischen Phänomenen reduziert werden. Die so genannten Lebenswissenschaften stellen in den letzten zwanzig Jahren auch immer ausgefeiltere Instrumente zur Verfügung, mit denen mehr und mehr als Abweichung definiert und klassifiziert wird.

Das an Genen und Molekülen orientierte Krankheitsverständnis vergrößert das Interventionsfeld der Medizin in vielerlei Hinsicht. Nicht nur tauchen neue Klassifizierungen auf, denen Krankheitswert beigegeben wird (Stichwort: Aufmerksamkeits-Defizit- oder Hyperaktivitäts-Syndrom); auch werden Menschen ohne Krankheitssymptome zu Interventionsobjekten der Medizin. Niemand kann sicher sein vor genetischen Risiken, das ist die Botschaft der molekular aufgerüsteten, prädiktiven Medizin. Genetische Tests versprechen ein besseres Risikomanagement, indem individuelle Erkrankungswahrscheinlichkeiten errechnet und Vererbungsrisiken beziffert werden. Die mit „ihren“ Risiken konfrontierten Individuen sind dann aufgerufen, Entscheidungen zu treffen und präventiv tätig zu werden.

Das Beispiel Brustkrebs

Das betrifft nicht nur die so genannte pränatale Diagnostik, also Entscheidungen über Abbruch oder Fortsetzung einer Schwangerschaft nach festgestelltem Risiko des Fötus. Ein Beispiel: Mitte der 90er Jahre wurden zwei Gene für Brustkrebs „entdeckt“ und als „Schlüssel zur Bekämpfung der Krankheit“ gefeiert. Zwar sind Zusammenhänge zwischen Veränderungen der beiden Gene und Brustkrebs nur bei der sehr seltenen, familiär gehäuft vorkommenden Form der Erkrankung erkennbar. Trotzdem wird seitdem viel Geld investiert, um statistische Zusammenhänge zwischen Genveränderungen und Krankheitsausbruch herzustellen. Dabei hat sich die Anzahl der Genveränderungen vervielfacht, der Zusammenhang zwischen Genveränderungen und Erkrankung ist weniger eindeutig und zudem kann im Ergebnis dieser Anstrengungen Frauen aus so genannten Hochrisikofamilien bei Fest-

stellung einer Genveränderung heute allenfalls mitgeteilt werden, wie hoch ihr Risiko in Abhängigkeit vom Alter ist. Das sieht dann bspw. so aus: Bis zum Alter von 80 Jahren liegt es bei 80 Prozent, bis zum Alter von 50 bei 40 Prozent etc.

In der Bundesrepublik wird den betroffenen Frauen angeboten, sich vierteljährlich Vorsorgeuntersuchungen zu unterziehen, was auch fast alle machen – das Risiko verlangt nach beständiger Kontrolle, denn es handelt sich ja um eine statistische Möglichkeit, nicht um ein am Individuum festgestelltes Symptom. Diese Wahrscheinlichkeit erscheint in Form der Genveränderung aber als Bestandteil des eigenen Körpers.

Wie es sich mit solchen „engmaschigen Früherkennungsuntersuchungen“ lebt, brachte eine 23jährige Frau drastisch zum Ausdruck. Sie ließ sich prophylaktisch Brust und Eierstock entfernen, um „endlich ohne ständige Früherkennungsuntersuchungen einfach leben (zu) können“. Von der präventiven Amputation machen in den USA sehr viel mehr Frauen Gebrauch, aber auch in der Bundesrepublik steigt die Anzahl der Frauen, die sich vorsorglich Brust und Eierstöcke entfernen lassen. Mittlerweile sind das etwa 5 Prozent der Frauen mit Genveränderung. Bedingung für die Teilnahme an dem Vorsorge- und Testprogramm ist außerdem, an einer genetischen Beratung teilzunehmen. Hier werden auch die Vererbungsrisiken besprochen. Viele Frauen sehen sich vor die Frage gestellt, ob sie Nachwuchs haben sollen, der die Genveränderung eventuell erbt.

Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik

Die Förderung der Biowissenschaften wird als Standortpolitik verstanden, aber nicht nur. Es liegt auf der Hand, dass Genetik und Molekularbiologie auch gesundheitspolitisch hoch interessant sind. Nicht zufällig steht die Erforschung molekularer und genetischer Grundlagen für weit verbreitete, so genannte Volkskrankheiten im Zentrum diverser Förderprogramme des BMBF und der EU-Kommission. Denn so gern und oft von „Krankheitsbekämpfung“ und „künftigen Therapien“ im Zusammenhang mit genetischer Forschung gesprochen wird – es geht um Vorhersage, um Vorsorge und um Vermeidung teurer Krankheiten.

Wie kosteneffektiv genetische Prädiktion und Prävention sind, wird derzeit in einem Forschungsverbund, gefördert von Deutscher Forschungsgemeinschaft und BMBF, untersucht. Unter dem Titel „Public Health Genetics“ – in der Bundesrepublik wird gern von Public Health gesprochen, weil die korrekte Übersetzung (Volksgesundheit) unerwünschte Assoziationen weckt – soll herausgefunden werden, inwieweit flächendeckende genetische Test- und Beratungsangebote die Volksgesundheit verbessern können. Es ist anzunehmen, dass das Forschungsprojekt – ähnlich

wie im Übrigen bereits vor einigen Jahren die Weltgesundheitsorganisation – flächendeckende Test- und Beratungsangebote empfehlen wird. Die Strategien der Individualisierung, über die sich gesundheits- und bevölkerungspolitische Zielsetzungen heute durchsetzen, sind effektiver und vor allem auch weit reichender als alle politischen Programme der Vergangenheit. Denn die kosteneffektive Bewirtschaftung und Verwaltung des „Volkskörpers“ kommt heute im Gewand von Selbstbestimmung, von Risikovorhersage und Gesundheitsvorsorge daher.

Ein „Recht auf Gesundheit“ einzufordern, ist da wohl kaum der Ansatz für Widerstand. Gerade dieses „Recht“ ist es ja, das Wissenschaft und Politik in einem sehr umfassenden Sinne für die Legitimation biomedizinischer Forschung reklamieren. Eher wäre schon ein „Recht auf Behandlung“ zu fordern. Vor allem sollten wir aber darüber nachdenken, wie die von Wissenschaft und Politik immer wieder animierte und ins Spiel gebrachte Hoffnung auf Heilung entzaubert und das Gesundheitsideal unterlaufen werden kann.

Gesundheit als Markt

Erika Feyerabend

Das Handlungsfeld von Pharmaunternehmen wird von der europäischen Politik aktiv mit gestaltet. Das 7. Europäische Forschungsprogramm finanziert kräftig, um die europäische Industrie an die Weltspitze zu führen. Die Buko-Pharmakampagne und ihre Partnerorganisationen analysieren diese Politik kritisch und fragen: Gibt es dennoch politische Gestaltungsräume, um die Entwicklung von Medikamenten und Therapien nicht am Profit, sondern an Bedarf und Bedürftigen zu orientieren?

In der „Gesundheitsindustrie“ zirkulieren nicht mehr allein Geld, sondern auch Organe und Körpersubstanzen wie bzw. als Kapital. Ist der internationale Organhandel, sind Eizellmärkte und Befruchtungstourismus eine logische, oder eine vermeidbare Konsequenz der hiesigen Transplantations- und Fortpflanzungssektoren?

Dieser Frage möchte ich im folgenden nachgehen und meine These zur Diskussion stellen: Die angesprochenen Sektoren der Gesundheitsindustrie kapitalisieren den Körper als Substanz. Im Zeitalter überflüssig werdender Arbeitskraft betritt der Substanzkörper die gesellschaftliche Bühne, wird in das Feld der Warenproduktion überführt und in eine rechtliche Zone, in der neue Eigentums-, Vermarktungs- und Zugriffsrechte entstehen. Dieser Prozess – vom Arbeitskörper zum Substanzkörper – verstehe ich als ein Epochenbruch. Er findet also nicht in einzelnen, allein der Technologie geschuldeten Bereichen der Biomedizin statt, sondern erfasst die gesamte Wissenschaft vom Menschen, sowohl die Biomedizin und Biowissenschaften, die regenerativ orientiert sind, d.h. auf Interventionen mit körpereigenen Stoffen setzen; der angewandten Philosophie, die entsprechende Ideologien favorisieren, die die Körpervorstellungen und die „Identitätspolitik“ betreffen.

In Ländern wie diesen dominiert die Fremdvermarktung. D.h. Forschungsinstitute, Kliniken, Firmen greifen auf diesen Substanzkörper zu – entweder in einer rechtlichen Grauzone oder nach internationalen Regeln – um ihre Klinikabteilungen und Unternehmen zu betreiben. Ideologisch wird das Modell der altruistischen Abgabe von Körperteilen favorisiert – zum Wohle Kranker und zur Verbesserung der Gesundheit. Im öffentlichen Diskurs weltweit, und praktisch in den Armutszonen Osteuropas wie des Südens wird die Selbstvermarktung normal. Das ist überall dort möglich, wo die bioindustriellen Standards der Krankenbehandlung und Wissensproduktion erreicht sind. Und das wird zunehmend auch möglich durch die weltweite Mobili-

sierung von PatientInnen in Form des Medizintourismus, der (schematisch gesprochen) Zahlungskräftige in hiesige Kliniken spült und Mittelstandsangehörige in die Billiganbieterländer des Südens. Organhandel und Eizellmärkte, also die Selbstvermarktung, ist logische Konsequenz des vorhin erwähnten Umbruchs und wird den bekannten innergesellschaftlichen wie globalen Armutsgefällen folgen. D.h. Wer über den Skandal des Organhandel und der Eizellmärkten spricht, muss auch die reguläre Transplantations- und Befruchtungsmethoden mit ihrer Wachstums- und Vermarktungslogik als Teil einer Gesundheitsindustrie in den Blick nehmen. Kritik an Selbstvermarktung als „Fehlentwicklung“ einer an sich lobenswerten Medizin greift zu kurz.

Wie sehen die konkreten Vermarktungszonen aus?

Seit mehr als dreißig Jahren werden Organe transferiert, mit stetig steigender Tendenz. Was bei Nieren und Herzen begann, ist zum Normalfall im medizinischen System geworden: Der Tod kann produktiv gemacht werden, im Dienste des Lebenszeitgewinns. Der Körper wird zu einem Ensemble transplantierbarer Organe, dessen Wert ökonomisch und symbolisch taxiert werden kann. Etabliert werden konnte das Transplantationssystem dank neuer biomedizinischer Fertigkeiten und durch eine internationale Expertenrichtlinie, die den „Tod“ neu definierte (1): Seit Ende der 60er Jahre werden beatmete, durchblutete, ausscheidende, schwitzende und teils bewegungsfähige PatientInnen im irreversiblen Koma offiziell zu Toten erklärt.

Den Umgang mit Organen regelt ein Verteilungssystem zwischen Transplantationszentren und halbstaatlichen Agenturen. Krankenkassen verhandeln über Vergütungen, medizinische Kodizes sichern Todesdefinition und Organverteilung ab. Parlamentarische Mehrheiten verabschiedeten ein Transplantationsgesetz, in dem nicht Zwang, sondern Möglichkeit dominiert. BürgerInnen sollen zu Lebzeiten „freiwillig“ und mehrheitlich der Weitergabe ihrer Körperteile im Falle des „Hirntodes“ zustimmen.

Doch das Angebot an Überlebensressourcen reicht nicht aus – weder für die betriebswirtschaftlichen Rechnungen der Transplantationszentren, noch für die WartelistenpatientInnen. Die Organentnahme bei „gesunden SpenderInnen“ wird kontinuierlich ausgebaut. Wenn „enge persönliche Bindungen“ zwischen Organgeber und Empfänger plausibel gemacht werden können, wird die Verletzung gesunder Menschen als medizinisch möglich und die Organabgabe als „Nächstenliebe“ sanktioniert. Ob diese persönlichen Bindungen tatsächlich bestehen und welche Abhängigkeitsverhältnisse existieren, all das entzieht sich der Kenntnis der beteiligten Institutionen. D.h. verdeckter Organ-

handel kann auch hierzulande stattfinden. Der Organhandel in Osteuropa und in den Ländern des Südens ist längst gesellschaftliche Realität. Jetzt verschieben sich die Sagbarkeitsgrenzen erneut. Die Debatte um reguläre Bezahlungen für Organe wird gehäuft in internationalen Transplantationskongressen propagiert. Um den Schwarzmarkt für Organe kontrollieren zu können, so der Chikagoer Ökonom Gary Becker, dürfe der Transplantationmarkt nicht künstlich beschränkt werden. „Eine maßvolle Bezahlung“ könne die Lücke zwischen Organangebot und Nachfrage schließen. In den internationalen Debatten werden die Körperteile aber nicht nur in Geldwert verrechnet. Als Gegenwert werden auch vorgeschlagen: eine Krankenversicherung für den/die VerkäuferIn, die Übernahme von medizinischen Behandlungen erkrankter Familienangehöriger, eine Schulausbildung, Lebensmittel über eine garantierte Zeitperiode; schließlich könnten eine Aufenthaltsgenehmigung oder ein bewilligtes Asyl für den Organverkäufer aus dem Süden „wie ein Ausweis für ein neues Leben“ sein. Nicht nur in Indien ist der Organhandel eine Realität, sondern zunehmend auch in den Armutszonen Osteuropas – in Moldawien, Rumänien und der Ukraine beispielsweise. Organhändler – oftmals früher selbst Organverkäufer – vermitteln illegal Arme in die Kliniken (vor allem nach Istanbul). Mittlerweile gibt es aber auch Länder, die einen regulären Organhandel betreiben. Im Iran vermitteln staatlich geförderte NGOs die Nieren – meist junger, männlicher Iraner – an Organbedürftige für ein Jahreseinkommen. Israelische PatientInnen kaufen Organe in Estland, Bulgarien, Türkei, Russland, Rumänien oder Moldawien. Die Operation selbst sollen auch in den großen Transplantationszentren der USA, in Großbritannien oder Deutschland durchgeführt werden. Den PatientInnen kosten diese Dienstleistungen ungefähr \$ 150.000. Transaktionen wie diese haben mittlerweile einen halböffentlichen Charakter. Das Israelische Verteidigungsministerium und die Krankenkassen zahlen \$ 40.000 an jene BürgerInnen, die sich im Ausland Organe beschaffen – mittlerweile 25% aller im jerusalemmer Klinikum versorgten NierenpatientInnen. (Lancet vol 395 March 16, 2002, p 972)

Nun soll diese Praxis per Gesetz legalisiert werden.

Die Vorwürfe gegen Prof. Christoph Broelsch vom Transplantationszentrum Essen legen nahe, dass auch deutsche Chirurgen am internationalen Organgeschäft partizipieren könnten. Vor einiger Zeit stellte sich ein israelischer Patient mit seinem vermeintlichen Vetter aus Moldawien bei der hauseigenen Lebendspende-Kommission vor. Die hatte Zweifel an den verwandtschaftlichen Beziehungen und lehnte die Transplantation ab. Die eigentlich zuständige Lebendspende-Kommission der Ärztekammer Nordrhein will den Fall nicht mehr selbst geprüft haben und lehnte die Operation ebenfalls ab. Die Transplantation fand dennoch statt – am

Klinikum in Jena. Einer der Operateure war Christoph Broelsch. Die Ermittlungen der Essener Staatsanwaltschaft sind mittlerweile eingestellt, trotz erdrückender Indizien, die die Journalistin Martina Keller zutage förderte: „Nach der Statistik des israelischen Krankenkassen-Managers Rosenfeld wurden in den vergangenen zwei Jahren sieben gekaufte Nieren in Deutschland transplantiert, alle in Essen. Die Patienten hätten gegenüber einem Notar oder Anwalt erklärt, dass sie an die 145.000 Dollar an ihren Vermittler gezahlt hätten, so Rosenfeld.“ (Martina Keller, Operation Niere in: Die Zeit 5.12.02)

BioethikerInnen begründen auf internationalen Kongressen die Notwendigkeit regulierter Organmärkte: Prof. Janet Radcliffe-Richards vom University College London beispielsweise: Weltwirtschaftsordnung und das vorherrschende Verbot des Organhandels schaffe illegale Schwarzmärkte. Wer hier keine Alternativen zu bieten habe, werde mitverantwortlich – für den Tod der Armen wie der Organbedürftigen: „Wir, die Reichen und Gesunden möchten unsere unangenehmen Gefühle los werden, indem wir über die Leute, die aufgrund des Organmangels sterben und jene die aufgrund des Geldmangels sterben, einfach hinwegsehen.“

Oder Abdallah Daar von der Universität Toronto. „Wir können den Organhandel nicht stoppen, indem wir sagen: Das ist falsch.“ Vielleicht sei ein legalisierter Handel in Deutschland nicht nötig, so Darr. „...Auch sind die Deutschen recht vertraut mit dem Konzept des Schmerzensgeldes. Das ist keine Bezahlung, sondern Entschädigung innerhalb der geltenden Richtlinien.“

Das Schlüsselwort der Transplantationsmedizin heißt „Organmangel“, der behoben werden müsse. Die Zahl derer, die nach den jeweils geltenden Hirntod-Kriterien versterben stagniert. Angebot und Nachfrage klaffen weit auseinander. Bislang wurden vor allem zwei Rhetoriken bemüht, um den selbst provozierten Mangel zu bewältigen. Zum einen eine „Betroffenheits-Entgrenzung“, die Organtransplantation zu einem Thema für jeden macht, denn man könnte schon morgen selbst organbedürftig werden. Zum anderen der „Tod auf der Warteliste“: Menschen sterben nicht mehr an ihren Krankheiten, sondern an der mangelnden Spendebereitschaft einer Bevölkerung. Ihr Tod gilt als gesellschaftlich verursacht und wird jenen angelastet, die Organabgaben verweigern oder keinen Organspendeausweis ausfüllen. Die offene Kommerzialisierung wird hierzulande vereinzelt gefordert, favorisiert wird aber vor allem die Sozialpflicht zur Organabgabe im Falle des Hirntodes, zunehmend auch die Lebendspende im Familien- und Freundeskreis, von der Bundesärztekammer auch die anonyme Lebendspende. Die Debatten um nicht-monetäre Vergünstigungen wie Steuerfreibeträge, Versicherungsverträge und Krankenkassen-Bonus erweitern die Sagbarkeitsgrenzen und lassen zunehmend normal werden, dass der Kör-

per ein Ensemble wertvoller Organressourcen ist – für den Lebenszeitgewinn und den eigenen Geldbeutel.

Die Kapitalisierung von Körperstoffen möchte an einem weiteren Beispiel erläutern, dem Einzellhandel zwischen UK und Rumänien:

In Großbritannien wurde mit dem Fortpflanzungsgesetz von 1990 auch eine Aufsichtsbehörde ins Leben gerufen: die Human Fertilisation and Embryology Authority (HFEA). Sie lizenziert Kliniken, die In-vitro-Befruchtung, Ei- und Samenspende anbieten sowie Embryonenforschung betreiben. Gespendete Eizellen gelten als Mangelware. Nach offiziellen Verlautbarungen warten Paare zwischen fünf und sieben Jahren auf Eizellen. Frauen, die keine Eierstöcke mehr haben, Keimzell-schädigende Krebsbehandlung hatten, als genetisch belastet gelten oder in bzw. nach der Menopause schwanger werden wollen, fragen diesen Service nach. Über eine nationale Öffentlichkeitskampagne, in die erstmalig auch die Regierung Geld investiert, soll die Spendebereitschaft angekurbelt werden - unter dem Werbeslogan „Give Life, Give Hope“. Ähnlich wie bei der Organtransplantation werden Praktiken der Belohnung und Bezahlung im nationalen wie internationalen Kontext üblich.

Discount-Behandlung oder Direktvermarktung

Bislang bekommen Spenderin in England 15 Pfund Aufwandsentschädigung. In vielen Kliniken gibt es aber so genannte „egg-sharing-Programme. Das Angebot: Wer selbst einen Befruchtungszyklus über sich ergehen läßt, kann gegen „Spende“ von sechs und mehr Eizellen die eigenen Behandlungskosten mindestens halbieren. Das mag zum Teil erklären, warum rund 1.100 Frauen pro Jahr Eizellen abgeben, aber nur 250 Männer ihr Sperma. Wer nur die Hälfte der durchschnittlich 5.000 Euro bezahlen muss, kann das aktuelle Preisniveau eine Befruchtung in Ungarn oder Slowenien erreichen. Im britischen Gesundheitswesen gibt es für verschiedenste Behandlungen Wartelisten. Pflegepersonal berichtete dem BBC, das Frauen ihre Wartezeit für eine gewollte Sterilisation gegen Eizell-Abgabe verkürzen.

Die britische Aufsichtsbehörde hat aber noch mehr im Sinn. Sie hat eine öffentliche Konsultation zur „Spender-assistierten Befruchtung“ angeschoben - mit vorformulierten Lösungsoptionen“. Neben medizinischen Fragen spielen auch Bezahlung und Importe aus dem europäischen und außereuropäischen Ausland eine Rolle: Soll für die Abgabe von Samen, Eizellen oder Embryos Geld fließen oder unentgeltliche Vorteile gewährt werden? Soll nach Marktlage bezahlt werden oder Geldwerte im Verhältnis zu den Gefahren der medizinischen Prozeduren stehen? Wer könnte maximale Preise festlegen? Oder soll es keine Gegenleistungen geben? Sollen Kliniken zukünftig die Zirkulation von

Keimzellen unter einander selbst organisieren? Nach welchen Regeln dürfen sie bei Bedarf Eizellen oder Embryonen importieren?

Fragen wie diese machen nicht nur Inwertsetzungen von Körpersubstanzen öffentlich verhandelbar. Und im Neuland des Bio-Rechts wird diese Inwertsetzung beispielsweise über die EU-Richtlinie zu Qualitäts- und Sicherheitsstandards für den Umgang mit Zellen und Gewebe aller Art etabliert. Hier geht es nicht allein um Sperma, Eier, sondern auch um Stammzellen, Nabelschnurblut, fötales Gewebe, Knochen, Knochenmark, Nerven- und Hirnzellen, Hornhaut, Haut, Muskeln und Muskelgewebe, Venen und Arterien. Die EU-Kommission sagt, dass der Bedarf weltweit exponentiell wächst und reguliert werden muss. Die Richtlinie muss nun bis 2006 in nationale Gesetzgebungen der EU-Staaten integriert werden. Es geht also auch um einheitliche Normen im europäischen Rechtsraum, in dem keineswegs Verbote und Schutz der körperlichen Integrität dominieren, sondern das Gebot von Wachstum und internationaler Konkurrenzfähigkeit. Im Artikel 12 der Richtlinie heißt es interpretationsoffen: „Die Mitgliedsstaaten streben danach, freiwillige und unentgeltliche Spenden von Geweben und Zellen sicherzustellen.“ Im Sektor „Eizelltransfer“ präferiert die britische HFEA die „Entschädigung für entstandene Ausgaben und Unannehmlichkeiten“ in Geldwert – und das ist durchaus kompatibel mit dem neuen EU-Reglement. Für die operative Eizell-Entnahme inklusive schädigender Hormonbehandlungen sollen rund 1.500 Euro an verarmte Frauen in England oder in Osteuropa gezahlt werden können. Neben Prostitution oder Heiratshandel verspricht auch die Hergabe von Eizellen wenigstens kurzfristig Konsum oder Ausbildung oder Überleben.

Das Londoner Bridge Fertilitätszentrum betreibt bereits ein „Internationales Eispende-Programm“ in Partnerschaft mit dem GlobalArt-Center in Bukarest. Aus dessen „vielfältigen Pool junger, kaukasischer Spenderinnen“ können britische Nachfragerinnen auswählen. Nach Überweisung von ca. 8000 Pfund, wird die Frau in London hormonell auf den Embryotransfer vorbereitet. Das Sperma ihres Partners wird tiefgefroren nach Bukarest verschifft. Synchron wird die rumänische Frau mit Hormonen behandelt. Nachdem möglichst viele Eizellen operativ entnommen wurden, beginnt die Produktion von Embryonen, die in flüssigem Stickstoff haltbar gemacht werden. Die Empfängerin kann dann ihre Reise nach Bukarest für den Transfer planen – oder die tiefgefrorenen Embryonen ins heimische Befruchtungszentrum schicken lassen. Überzählige Embryonen werden für sie ohne weiteren Aufpreis für ein Jahr konserviert. Im Sommer letzten Jahres bekam die Bukarester Klinik Besuch – von Bediensteten der HFEA. Sie wollten sich über den medizinischen Standard und die Rekrutierung der

„Spenderinnen“ informieren. Das Urteil war positiv. Die britische Behörde erklärte auf Nachfrage, dass die Londoner Klinik versichert habe, dass kein Geld an rumänische Frauen geflossen sei. Die Verträge zwischen britischen Kliniken und ihren Patientinnen über egg-sharing oder andere Kompensationen will die HFEA nicht kontrollieren können: „Der Großteil der Behandlung, der im privaten Sektor stattfindet, wird essentiell durch Marktkräfte bestimmt.“ Wie soll dann die Kontrolle dieser „Kräfte“ in osteuropäischen Kliniken aussehen?

Das Eizellspende-Zentrum in Bukarest ist Teil eines Reproduktionsimperiums. Das Internationale Fertility Medical Center (IFMC) besteht aus dem Fertility Medical Center, das fünf Kliniken in Israel unterhält und von Dr. Ilya Barr geleitet wird. Der israelische IVF-Spezialist hat 1993 das IFMC gegründet und leitet seit 1999 auch die Aktivitäten des Bukarester Eizell-Zentrums. Verschiedene Kliniken in den USA, in Europa und im Nahen Osten pflegen Geschäftskontakte und nutzen Reproduktionsdienste von 300 registrierten rumänischen Frauen.

Nicht nur Billigangebote und lange Wartezeiten treiben den Eizell-Tourismus an. Die rumänischen Frauen kommen „unglücklicherweise“ als „Quelle für Eizellen von schwarzen und asiatischen Spenderinnen“ nicht in Frage, ist auf der Homepage von GlobalArt zu lesen. Doch es gibt für alle „Wünsche“ ein marktförmiges Angebot: Ein medizinisches Touristik-Unternehmen in Südafrika wirbt mit „Frauen aus einem vielfältigen ethnischen Hintergrund. (...) Wählen sie zwischen weißen, farbigen Frauen oder schwarzen Spenderinnen.“ Gesetzliche Verbote der „Eizellspende“ beispielsweise in Deutschland oder Österreich machen nicht allein die befruchtungswilligen Paare mobil. Professoren wie der Österreicher Herbert Zech leiten gleich mehrere IVF-Institute, zum Beispiel in Tschechien, wo die „Eizellspende“ erlaubt ist. Der Essener Gynäkologe Thomas Katzorke fordert nicht nur liberale Regeln für ganz Europa, sondern überweist schon heute deutsche Paare nach Polen und Tschechien. IVF-Experten aus Baden-Württemberg begleiten ihre „Patientinnen“ ins Fertilitätszentrum Valencia. Dort bekommen die Eizell-Lieferantinnen 600 Euro „Entschädigungsleistung“. Umgekehrt werben osteuropäische Kliniken mit „deutscher Qualität zu tschechischen Preisen“ – und hoffen mit dem EU-Beitritt auf Verträge mit deutschen Krankenkassen. Kliniken und europäische Gesundheitspolitik schaffen jene Marktplätze, auf denen sich Frauen zu behördlich festgelegten oder frei verhandelten Preisen verdingen.

Ähnlich wie im Gebiet des Organhandels schafft der „Mangel“ an Körpersubstanzen im wachstumsorientierten Fertilitätssektor internationalen Handelsbeziehungen, zunächst illegale und in rechtlichen Grauzonen, zunehmend aber auch international und

europäisch reguliert. Der Markt der Körpersubstanzen erweitert nicht nur den Warenverkehr, sondern erfasst auch Körpervorstellungen und Wahrnehmungen. Der „kulturelle Restbestand“, dass der menschliche Körper etwas Besonderes ist, ist im Verschwinden begriffen und sein Warencharakter tritt hervor.

Probleme der Kritik:

Im kritischen Diskurs sind nicht die Vermachtungsprozesse auf der Ebene des Rechts, der Ökonomie und der Körperideologien im Zentrum, sondern eher „ethische Bedenken“ und wertebezogene Argumente. (Unantastbarkeit des Körpers, der Eizelle etc.) Mit anderen Worten: Das Feld wird nicht als ein biopolitisches begriffen, sondern als ein ethisches, dem es an humanistischen und christlichen „Werten“ mangelt. Nicht Strukturen und soziale Kontexte werden berücksichtigt, sondern „Einstellungen“ (von Ärzten, Patienten und Angehörigen) angerufen.

Die Heilungsversprechen und Fortschrittsmythen wirken. Kritik am Organhandel oder Eizelltransfer gibt es ebenso wie die Suche nach Verbotsregeln. Eine grundsätzliche Absage oder Problematisierung des Transplantations- und Befruchtungssektors ist marginal.

Mit welchen, auch theoretischen Analysen kann der Umbruch im Produktionsprozess und in der sozialen Arbeitsteilung erfasst werden? Was unterscheidet den produktiv gemachten Arbeitskörper vom produktiven Substanzkörper? Anders gefragt: Was unterscheidet den Verkauf einer Niere vom Verkauf der Arbeitskraft?

Wie können konkrete Kampagnen beispielsweise gegen die Legalisierung von Körpermärkten verknüpft werden mit der Kritik am biopolitischen Projekt der Gegenwart?

Gesundheit als Menschenrecht

Politische Entscheidungen am Beispiel Arzneimittelforschung

Christian Wagner
(Texte aus der Powerpoint-Präsentation)

www.buko.info/kongress/buko28/materialien/doku.html

Gesundheit ist ein Menschenrecht

- Der höchstmögliche Gesundheitszustand ist ein fundamentales Menschenrecht (Universale Erklärung der Menschenrechte §25,1 1948, WHO)
- Der Zugang zu unentbehrlichen Arzneimitteln und Gesundheitsdiensten ist ein Menschenrecht (§ 12 Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1966)
- Der Zugang zu Forschungsergebnissen ist ein Menschenrecht (§ 15 Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte)

Zugang zu Medikamenten als Teil der Gesundheitsversorgung

- Genug Arzneimittel für alle Menschen
- Bezahlbare Medikamente
- Medikamente für alle wichtigen Krankheiten

Gesellschaftsvertrag:

Pharmaindustrie entwickelt wirksamen Medikamente. Dafür wird sie mit Patentschutz belohnt. Dieser ermöglicht hohe Preise für die Refinanzierung der Forschungskosten. Zugang zu Medikamenten als Teil der Gesundheitsversorgung

These 1:

„Patentschutz verhindert für viele Menschen den Zugang zu Medikamenten“ (Bsp.: AIDS)

HIV-Infektionen 2002

Sub-Saharan Afrika 28.1 Mio. - weltweit: 40 Mio.

Unbezahlbar krank

Medikamente für eine Jahrestherapie:

10.000 US \$ pro Person (Markenprodukte, USA, Dreier-Kombinationstherapie)

Zur Verfügung stehen im südlichen Afrika:

8 US \$ durchschnittlich pro Jahr/Person

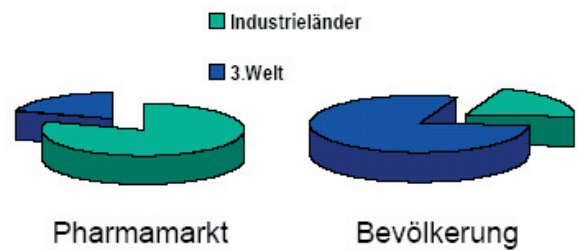
Ursache:

- Monopol führt zu hohen Preisen
- TRIPS-Abkommen der WTO: 20-jähriger Patent-

schutz auf Medikamente

- Preissenkung auf 200\$ durch indische Generika

Weltweiter Pharmamarkt: 400 Milliarden Dollar



These 2:

„Die Pharmaindustrie forscht nur an Pillen, mit denen viel Profit gemacht werden kann. Der wahre medizinische Bedarf ist irrelevant.“ (Bsp.: Schlafkrankheit)

Vernachlässigte Krankheiten

- Sind kein Thema für die Arzneimittelforschung
- „Tropenkrankheiten“= Infektionskrankheiten: Malaria, Tuberkulose, Schlafkrankheit, Chagas, Leishmaniose
- Betreffen Regionen mit großer Armut
- Unzureichende Behandlung
- Therapiemethoden veraltet, unwirksam oder gefährlich
- In Afrika zusammen 12 % der Todesfälle

Nichts Neues für die Armen:

1400 neue Wirkstoffe 1975 bis 1999 entwickelt:

davon 3 gegen Tuberkulose, 13 gegen Tropenkrankheiten

Schlafkrankheit

- Erreger befallen Nervensystem und Gehirn => Schlafstörungen, Verwirrung, Tod
- Behandlung mit Melarsoprol: giftig, arsenhaltig, führt bei 10% der Behandelten zum Tod

Der Kampf um ein neues Medikament

- 1990 Eflornithin als „Auferstehungsmedikament“
- 1995 vom Markt genommen: „unrentabel“
- Ab 1995: WHO sucht Hersteller (vergeblich)
- 2000 USA: Enthaarungscreme Vaniqa® kommt auf den Markt (Wirkstoff: Eflornithin)
- 2001 Wiederaufnahme der Produktion gegen Schlafkrankheit

Lifestyle Medikamente

„Jeder gesunde Mensch ist ein Kranker, der es noch nicht weiß“

- Kaum Betroffene
- Schönheitsideale
- Befindlichkeitsstörungen

Forschungspipeline

Was wird gerade in den Labors entwickelt?

„Von den 137 Medikamenten gegen Infektionskrankheiten, die im Jahr 2000 entwickelt wurden, war nur eines für Schlafkrankheit und eines gegen Malaria vorgesehen. Gegen Tuberkulose und Leishmaniose befanden sich keine Produkte in der Entwicklung. Dagegen befinden sich in der Entwicklung: 8 Arzneimittel gegen Impotenz, 7 gegen Fettleibigkeit und 4 gegen Schlafstörungen.“ (Ärzte ohne Grenzen 2001)

These 3:

„Die gewinnorientierte Produktentwicklung der Pharmaindustrie liefert kaum therapeutischen Fortschritt“

Was bietet die Industrie dafür?

- Die meisten „Innovationen“ bringen keinen therapeutischen Fortschritt
- Pseudo-Innovationen = „neue Mischung“ bekannter Wirkstoffe; Beimischung von Vitamin C; andere Zubereitungsform (Sirup statt Tablette) usw.

Eigentliche Innovation kommt selten aus der Industrie:

- Die 20 wichtigsten therapeutischen Innovationen basieren auf Entwicklungen aus öffentlichen Labors (FDA 2003)

Fazit: Kommerzielle Pharmaforschung versagt

Arme Länder: Kein Absatzmarkt, keine Forschung

Industrieländer:

- Pharmaunternehmen investieren ihren Umsatz zu 10% in Forschung, zu 20% in Werbung (Love 2003)
- Pseudoinnovation: nur 10% der neuen Medikamente bringen therapeutischen Fortschritt (Prescrire 2004)
- Forschung nicht bedarfs-, sondern gewinnorientiert
- Die 20 größten Fortschritte für medizinische Behandlung stammen aus öffentlichen Labors der USA (FDA 2003)

These 4:

„Forschungspolitik könnte einen Richtungswechsel einleiten: Arzneimittelforschung als öffentliche Verantwortung“ (Bsp.: aktuelle Diskussion um 7. Forschungsrahmenprogramm)

7. Forschungsrahmenprogramm

- Zielsetzung europäischer Forschungspolitik 2007-2013: Europäische Industrie im weltweiten Wettbewerb an die Spitze bringen („Lissabon Agenda“)
- Verdoppelung der Forschungsförderung auf 3% des BSP
- Gesundheitsforschung: jährlich 1,2 Mrd. Euro
- Methode: Technologietransfer öffentliche Grundlagenforschung → Industrie

Alternative

Arznejmifforschung als non-profit-Aufgabe in öffentlicher Verantwortung

- F&E am Bedarf orientiert
- Was mit öffentlichen Geldern finanziert wurde, muss für alle Menschen zugänglich sein
- keine Patentierung der Ergebnisse → Wissenschaft im öffentlichen Interesse

Vorteile

finanziell:

- Forschung effizienter
- Werbeausgaben fallen weg
- Keine Monopole: Wettbewerb verschiedener Hersteller senkt Preis
- billige Medikamente

ethisch:

- Vermeidung unnötiger klinischer Studien
- Forschungsergebnisse kommen allen Menschen zu gute

wissenschaftsinhärent:

- Keine Geheimhaltung aus kommerziellen Gründen
- freier Austausch von Information und Wissen erwünscht und gefördert

Drug for neglected diseases initiative (dndi)

- Weltweite Kooperation mehrerer Forschungsinstitute zu vernachlässigten Krankheiten
- Non-profit Forschung
- Öffentliche Ausschreibung von Teilprojekten
- Keine Patentierung der Ergebnisse
- Arzneimittel als öffentliches Gut

Paradigmenwechsel

Wissenschaft im öffentlichen Interesse

- Computersoftware: Open source Bewegung
- Wissenschaftliche Publikationen: Open Access Journals, Public Digital Libraries

Gene, Geld und Nahrungsmittel – die Kolonialisierung der Welternährung

Ein Workshopbericht

Jutta Sundermann und Uli Eder

Ankündigungstext:

Gentechnologie ist Herrschaftstechnologie. Durch die Agro-Gentechnik wird kleinbäuerliche Landwirtschaft kostenintensiv, kontrollierbar und abhängig gemacht. Regierungen, transnationale Konzerne und internationale Institutionen sind dabei, die weltweite Nahrungsmittelproduktion zu monopolisieren. Im Süden gibt es Proteste gegen diese Dominanz von Politik und Konzernen und Kämpfe um „Ernährungssouveränität“. Der Workshop soll die Herrschafts- und Machtaspekte der Agro-Gentechnik beleuchten und diskutieren, inwiefern Ernährungssouveränität ein emanzipatorischer, widerständiger Begriff sein kann.

Mit Dr. Ricarda Steinbrecher (EcoNexus), Emmanuel Yap (Ex-Koordinator von MASIPAG), Bernd Horneburg (Dreschflegel)

Ablauf:

Der Workshop war mit über 20 Leuten gut besucht. Zu Gast waren drei ReferentInnen.

Eingangs erläuterte Dr. Ricarda Steinbrecher von der Organisation EcoNexus aus England die wichtigsten Prinzipien der Gentechnologie und die Politik der wichtigsten Akteure. Ricarda hat jahrelang als Genetikerin gearbeitet und verfasst heute regelmäßig Gutachten zu Folgen und Risiken von GMO (genetically modified organisms). EcoNexus ist weltweit eine der wenigen Organisationen, die die rasante Entwicklung in der Gentechnologie (vor allem im Agrarbereich) mit kritischer Forschung begleiten und dabei in engem Kontakt mit Organisationen und Leuten im Süden steht. Dadurch ist es möglich auch die sozialen Auswirkungen dieser Technologie auf Menschen im globalen Süden zu beobachten und zu dokumentieren.

Eine zentrale Beobachtung, die Ricarda den TeilnehmerInnen des Workshops nahebrachte:

Die Gentechnologiekonzerne setzen voll auf ihre Technologie und unterlassen – vor allem, wenn ihr Technikeinsatz finanziell lukrativ zu sein verspricht – eine umfangreiche Analyse der Situation, der Problemlage und der möglichen Lösung. Auf die Spitze getrieben wird diese Technik-Fixierung mit der sogenannten Terminator-Technologie: Die Konzerne be-

gründen diese Technologie, die Pflanzen durch den Einbau eines „Selbstmordgens“ steril macht, damit, die Auskreuzung anderer gentechnisch manipulierter Eigenschaften von Nutzpflanzen zu verhindern. Zumindest in jüngster Zeit. Denn ein zentraler Gedanke ist, immer mehr Kontrolle über den weltweiten Saatgutmarkt zu erlangen.

www.econexus.info

Emanuel Yap fügte eine Perspektive des Südens hinzu. Jahrelang arbeitete er für das BäuerInnennetzwerk MASIPAG auf den Philippinen und ist nun als Berater für Misereor in Aachen tätig. Die Gen- und Biotechnologie wird im Süden als ein Schachzug der großen Konzerne wahrgenommen, sich die Märkte des Südens zu sichern und Bauern und Bäuerinnen in Abhängigkeit zu bringen.

Am Beispiel der sogenannten Grünen Revolution erzählte Emanuel von den Folgen der Industrialisierung der Agrarwirtschaft: unzählige Bauern und Bäuerinnen haben ihre Existenz aufgeben müssen, wenige wurden reich, viele sehr arm und abhängig von Konzernen und Kreditgebern. Durch massiven Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden ist die Diversität drastisch zurückgegangen, der Einfluss der Agrarkonzerne enorm gestiegen. Die Gentechnik bedeutet nun den nächsten Schritt in diesem Wahnsinn und eine Fortsetzung der drastischen Auswirkungen der Grünen Revolution. Die Wut der Betroffenen ist groß.

www.masipag.org; www.misereor.org

Bernd Horneburg ergänzt aus der Perspektive der Saatgut-Kooperative Dreschflegel, wie vielfältig Widerstand aussehen kann. In Deutschland haben die Menschen den Zugang zu Saatgut und zur landwirtschaftlichen Produktion sehr weitgehend aufgegeben. „Wer weiß noch, dass und wie es möglich ist, eine besonders leckere Tomate im eigenen Garten nachzuziehen?“, fragt er und gibt etwas Nachhilfe im Lesen einer Saatguttüte: Längst sind Gemüsesamen Objekte globalisierter Wirtschaftsabläufe. Billig-Arbeitskräfte im fernen Osten bestäuben von Hand Pflanzen, deren Samen später wieder nach Europa zurückkehren. Immer strengere Sortenschutzrechte aber auch Hybridsorten verhindern, dass GärtnerInnen und BäuerInnen in den Industrieländern zur Selbst-Nachzucht zurückkehren.

www.dreschflegel-saatgut.de

In zwei Arbeitsgruppen wurden diese Perspektiven vertieft.

Die Gruppe: „Blick aus dem Norden“ diskutierte Konzerneinflüsse und mögliche Ansatzpunkte für Kritik. Sie forderte eine Vernetzung von KritikerInnen an Gentechnologie und Agrarkonzernen in Süd und Nord.

Die Gruppe „Blick aus dem Süden“ arbeitete an Emanuels These weiter, dass die Menschen im Süden nicht auf Mitleid und westliche NGO-Strategen zur Unterstützung ihrer Kämpfe gegen Monsanto und Co warteten, sondern darauf setzen, dass sich die BewohnerInnen der Industrieländer selbst empören und den Konzernen vor ihrer Tür auch aus dem eigenen Bedürfnis nach mehr Unabhängigkeit und aus Wut auf die Machtinteressen des Agrobusiness etwas entgegensezten. Viele kreative Ideen kamen zusammen zu kleinen Ausbrüchen aus der entfremdeten Agrar-Wirtschaft. Widerstand beginnt im Blumentopf auf dem Balkon, fanden Mitglieder der Kleingruppe.

Fazit

Der Workshop bekam ein sehr gutes Feedback von den TeilnehmerInnen. Methodisch aufgelockert durch Spiel am Anfang und Kleingruppen in der Mitte war er sehr EinsteigerInnenfreundlich, aber auch spannend für „alte Hasen“ durch die intensiven Beiträge der ReferentInnen und die Dynamik der Gruppenarbeit.

impacts of agro-gene- technology on the south

The role of GMOs

Emanuel Yap

Introduction

Objective of my presentation: to present an analysis of the present situation in so called “Third World Countries” focusing on the impacts of agro-genetechnology on food sovereignty of the people in the south.

I shall present my analysis in two ways: first, by explaining how GMOs will weaken further small farmers control of his food production and his life; and the second by sharing briefly the story of Bt corn commercialisation in the Philippines to demonstrate how agrobiotech companies and other GMO advocates were able to forced Bt corn (GMO corn) commercialisation despite massive resistance from civil society. This story highlights how GMO issue is tied to the larger politics of control of powerful countries such as the US over smaller countries in the south like the Philippines.

How GMOs weaken further small farmers control of their food production

Let me begin by reviewing quickly small farmer’s situation before GMO introduction.

Victims of the Green Revolution, many small farmers have lost or are losing control of their land due to indebtedness from rising cost of production inputs (fertilizers and pesticides); declining overall farm yields with destruction of soil and pest infestation and rapid growth of more virulent forms of pest and diseases; loss of freely available and nutritious food sources (crabs, fishes and shrimps, diverse source of fruits and vegetables) in the farms due to monocropping and chemical pollution from inorganic inputs; growing health cost with pesticide related illnesses and poor diet. In addition they have lost control of their genetic resources as traditional and locally adapted varieties were rapidly replaced by modern and expensive seeds. In many instance the farmers have effectively become agricultural labourers not able to decide what crops to grow and how to grow these crops. Many have lost faith in themselves, lost their culture and have become dis-empowered.

Will GMO address the problems of billions of small farmers in the south brought about by the Green Revolution? It is not difficult to see that GM seeds will only worsen the farmer’s situation and problems.

And coupled with damping of highly subsidized and

low priced agricultural products from the north under current unfair global trading system, many more are expected to be economically dislocated and will give up farming and join the ranks of the urban poor.

How will/could GMO worsen small farmers situation in the south?

- GMO seeds are more expensive than existing hybrids and commercial seed counterparts
- Farmer will not be able to use or will be restricted in using farm-saved seeds with patenting and strong plant breeders rights being forcefully legislated and with terminator technology; historic farmers rights will be violated. They will be forced to buy seeds every crop season.
- Unsustainable use of expensive fertilizers and perhaps even pesticides are expected to continue
- Development of virulent forms of pest and diseases is expected to become more rapid leading to more crop losses (farmers can not afford refugia recommended to farmers in the north)
- Other environmental problems are predicted to appear which will affect farming (superweeds, more virulent pest and diseases, etc.)
- Farmers who decides not to use GMO or who will grow crops organically for better price and for health reasons will have difficulty to do so because their farms will easily be contaminated (farms are too close to each other because of small size)
- GMO seeds are likely to contaminate and destroy integrity of land races/farmers collective heritage; farmer-led breeding like that done by MASIPAG farmers in the Philippines will be affected and restricted.
- Worse, small farmers in the south are will left more vulnerable to the ill effects of GMO because southern government have hardly any capacity to implement biosafety rules and protocols and no capacity for bio-clean-up or other mitigating measures if needed
- Feared GMO associated health problems will be impossible for small farmers and poor consumers in the south to deal with

It is no wonder that many small farmers who are well aware of the ill effects of the Green Revolution are very worried of GMOs. They know they are dealing with the same companies and the same international agricultural research institutions who promised 50 years back that pesticide was safe and that farmers income would improved with Green Revolution package of technology and seeds. To date none of these company and research institutions have been made accountable for the destruction wrought by the Green Revolution in their farms and their lives.

The Case of Bt corn Commercialisation in the Philippines

Bt corn was introduced even if not needed.

First, corn borer has never been a big problem for corn farmers in the Philippines. Farmers are able to deal with the corn borer by detassling (feeding the tassles on their carabaos and cows), by using more resilient corn varieties and by adjusting their planting schedule to avoid the destructive period of the life cycle of the corn borer. Organic farmers used Bt in its more natural form if corn borer posed serious crop damage. In fact in the field trials of Bt corn prior to commercialization in the Philippines, the company had to introduce corn borer artificially to simulate corn borer infestation.

Second, corn importation in the Philippines has never had to do with low production caused by the corn borer destruction. In fact, two years prior to field testing of BT corn, there was a bumper harvest of corn in the Philippines but because of very low market price (due to importation and damping of cheap chicken meat from the US, dislocation of local poultry industry, entry of cheap corn and alternatives feeds to the country with forced liberalization of its market) much of this corn were left by farmers to rot in the fields and in storage houses. Thereafter farmers planted less areas to corn resulting to much lower local production volumes. The problem of corn farmers in the Philippine never was the corn borer but the unfairly low price of corn grains.

Strong Opposition

There was strong opposition against field trials of Bt corn and its commercialisation. Most small peasant organizations in the country opposed it. Catholic church (Catholic Bishops Conference of the Philippines) called for a moratorium. Many NGOs petitioned against the field trials and commercialisation. There were even direct actions to uproot the field trials. Some local government even tried to block and stop the field trials. Some passed resolution for moratorium of its field release. There was even a hunger strike by some activists. Commercialization was delayed by five years..... But the powerful biotech companies in the end had their way:

1. They got IRRI and its scientists to support field trials of GMOs and to assure the public of the safety of GMOs.
2. They got top and renown scientist from the agricultural universities in the Philippines to support the field trials who assure the public of its safety
3. In collaboration of the scientist involved in the field trials, they fooled the public about how productive GM corn was by unfairly comparing its yields with traditional corn varieties planted alongside it during the field trials; the scientist and the company denied

validity of production data obtained from commercial production of corn in the US which showed that there was hardly any difference in yield between GM hybrids and their non GM counterparts.

4. The company forced the conduct of its field trials in a municipality even if there was a standing municipal government order not to conduct the trial. The municipal officials then ordered the company to uproot the Bt corn under field trials. However, using court injunction and delaying tactics in the court proceedings, the company managed to complete their field trials. The Bt corn under field trials were harvested before the court could reach a verdict. The legal case then became moot and academic.
5. They brought journalist, local government officials and leaders from big farmers organization to a free and guided tour to the US and allegedly bribed them to get them on their side
6. During the height of resistance and deliberation over Bt corn commercialisation, the US government intervened. US scientists were brought by US Embassy officials to congressional hearings and in one instance brought congressmen and congresswomen to the US Embassy itself to participate in a video conference where top US scientist and US government officials assured them of the safety and benefits of GMO and Bt corn commercialisation.

Concluding Statement

This case of forced commercialisation of a GM product in the Philippines is typical of what is happening in many third world countries in the world today. The politics of GM is played out in the same political arenas where the rich and powerful agro-chemical companies and imperialist governments like the US dominate. Any successful resistance to GM therefore has to be linked and tied to broader political struggle of local and international mass movements the world over against imperialist globalization. The GMO issue can help strengthen this broader struggle to gain further ground.

Nanotechnik

Die Technik des 21. Jahrhunderts

Niels Boeing

(Texte aus der Powerpoint-Präsentation)

www.buko.info/kongress/buko28/materialien/doku.html

Was ist Nanotechnik?

Alle technischen Verfahren, die gezielt Objekte oder Strukturen von unter 100 Nanometern Ausdehnung erzeugen oder nutzen

Eckdaten der Nanotechnik

- | | |
|------|--|
| 1959 | Richard Feynman hält seine berühmte Rede |
| 1974 | Norio Taniguchi benutzt erstmals den Begriff |
| 1981 | Erfindung des Rastertunnelmikroskops |
| 1985 | Entdeckung der Buckyballs |
| 1986 | Erfindung des Kraftmikroskops; Assembler-Utopie |
| 1989 | Gezielte Verschiebung einzelner Atome |
| 1991 | Entdeckung der Nanotubes; Prototyp der Grätzelzelle; funktionale Schichten |
| 1994 | Erster Quantenpunkt-Laser |
| 1997 | Tumorbehandlung mit magnetischen Nanopartikeln |
| 1998 | Erster Nanotube-Transistor |

Nanobausteine

Neue Moleküle

z.B. Kohlenstoff-Nanotubes, Buckyballs

Nanopartikel

z.B. Titandioxid

Nanostrukturen

z.B. Quantenpunkte

Biomoleküle

z.B. DNA, RNA, Proteine

Nano-Werkzeuge

Neue „Mikroskope“

z.B. Kraftmikroskop (1986)

z.B. Rastertunnelmikroskop (1981)

Eine weitere Zufalls-entdeckung 1989:

Mit dem Rastertunnel-mikroskop kann man auch Atome bewegen...

Lithographie-Techniken

z.B. EUV-Lithographie (1990er)

Selbstorganisation

z.B. Sol-Gel-Prozess (1930er)

z.B. DNA-Synthese (1990er)

Self-Assembly mittels DNA

Kurze DNA-Stränge werden z.B. zu Kreuzen verbunden („Holliday-Junction“), die als Baustein für ausgedehnte DNA-Gerüste dienen soll.

Geforscht wird hieran u.a. an der Columbia University New York und der Uni München.

Einige Anwendungen der Nanotechnik

Neue Materialien, Nanosensoren, Nanoelektronik,

Nanosolarzellen, Nanomedizin

Nanotechnik im Alltag...



- 1 Displays aus organischen Leuchtdioden
- 2 Nanosolarzelle
- 3 Kratzfeste, selbst-reinigende Fenster
- 4 Schmutzabweisende Textilien
- 5 Textilien, die Puls und Atmung messen
- 6 Stuhlrahmen aus Kohlenstoff-Nanotubes verstärktem Kunststoff
- 7 Künstliches Hüftgelenk aus biokompatiblen Nanomaterialien
- 8 Antirostlack mit Nanopartikeln
- 9 Thermochromes Glass zur Regulierung des Lichteinfalls
- 10 Kompakter Datenspeicher aus Magnetschichten
- 11 Brennstoffzellen mit Kohlenstoff-Nanotubes
- 12 Nanotechnisch optimiertes Hörgerät-Implantat

Nanoelektronik

Die Transistorteile in den modernsten Chips haben eine Breite von 90 nm. Bei ca. 40 nm geht es mit heutigen Techniken nicht mehr kleiner. Mögliche Auswege:

- 1 „Millipede“ (IBM), Loch für ein Bit: ≈ 15 nm
- 2 „Crossbar Latch“, (Hewlett-Packard)

3 Nanotube-Transistoren

Nanosensoren

Winzige Strukturen reagieren auf wenige Moleküle:

- 1 Hebelchen („Cantilever“) die sich ebenso für einen Cola-Test wie für medizinische Tests nutzen lassen
- 2 „Quantenpunkte“ als B-Waffen-Detektoren

Nanobiotechnik: Viren als Drahtzieher

In dem von Angela Belcher, MIT, entwickelten Verfahren werden Viren (Bakteriophagen) genmanipuliert, so dass sie in ihrer Hülle Proteine ausbilden, an die sich Halbleiter anlagern.

Nanomedizinische Therapien

Mit Biomolekülen umhüllte superparamagnetische Nanopartikel werden in Tumorzellen geschleust. Durch Einschalten eines Wechsellagerfeldes vibrieren sie. Die dadurch entstehende Wärme tötet die Zellen ab.

Dieses von Andreas Jordan, Charité Berlin, entwickelte Verfahren ist bereits in der klinischen Testphase.

Nanomedizinische Utopien

Künstliche Rote Blutkörperchen, „Respirozyten“

Durchmesser: 1 μm

Theoretischer Entwurf von Robert Freitas (1999)

Risikofelder der Nanotechnik

1. „niedere“ Nanotechnik
Nichtbiologische Werkstoffe und Verfahren zu ihrer Verarbeitung. Risiko: Nanopartikel, Nanostäube
2. „mittlere“ Nanotechnik
Biomoleküle und Verfahren zur Manipulation biologischer Systeme. Risiko: Zellschäden, Infektionen
3. „komplexe“ Nanotechnik
Nanomaschinen, Nanoassembler, Nanoreplikatoren. Risiko: „Grey Goo“

Links und Texte zur NT...

...gibt es im Web unter <http://nano.bitfaction.com>,

der Site zum Buch „Nano?! Die Technik des 21. Jahrhunderts“ (Rowohlt Berlin)

Kontakt: nbo@bitfaction.com

Neue Technik, alte Versprechen

Wirtschaftliches Wachstum und medizinischer Fortschritt – Hoffnungen und Visionen der Nanotechnologen

Gregor Kaiser

(BioSkop Nr. 30 • Juni 2005, S. 14/15, www.bioskop-forum.de)

Die Vorsilbe »Nano« ist heute zu einem Lieblingswort vieler WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen geworden. Mit »Nano« lassen sich Fortschrittshoffnungen, Wirtschaftsboom,

Arbeitsplätze und Lösungen für viele Weltprobleme verknüpfen – oder auch einfach Forschungsgelder beantragen. 2003 wurden weltweit rund drei Milliarden Euro in nanotechnologische Forschung investiert, 2004 mehr als doppelt so viel. 1981 entwickelte der Physiker Gerd Binnig das Rastertunnelmikroskop, ein wichtiges Werkzeug, will man in kleine Strukturen vorstoßen. »Jetzt bricht ein neues Zeitalter an, das war mir plötzlich klar. Man wird Atome manipulieren können und natürlich auch DNS. Das erinnert mich an Frankenstein.« Ein solches Zitat eines Physikers, dessen Profession gemeinhin als nüchtern, theoretisch und wenig euphorisch gilt, hätte schon vor einem Vierteljahrhundert zu denken geben können. 1986 erschien dann Eric Drexlers Buch *Engines of Creation*. Die futuristische Vision einer auf nanotechnologischen Entwicklungen aufbauenden Zukunft brachte viel Schwung in ein sich entwickelndes Forschungsgebiet, ohne jedoch gesellschaftliche Breitenwirkung zu erlangen. Und das, obwohl Drexler die Vision »sich selbst replizierender Assembler« entwickelte. Gemeint ist damit eine hypothetische Maschine, die Atome beliebig zusammenbauen können sollte – und im schlechtesten aller Fälle alles organische Leben auf der Erde vernichten könnte. Erst Mitte der 1990-er Jahre entwickelte sich etwas, was sich als Nanotech-Boom beschreiben lässt. Inzwischen ist Deutschland nach den USA und mit Japan der wichtigste Standort nanotechnologischer Forschung und Entwicklung. Selbst zur Einhaltung der Millennium Development Goals, also den im Jahr 2000 von den Vereinten Nationen verabschiedeten Zielen der Entwicklungspolitik bis 2015, wird die Nanotechnologie mittlerweile in Stellung gebracht – u.a. zur Armutsbekämpfung, Wasseraufbereitung, Lebensmittelproduktion oder Energiegewinnung. Doch worum handelt es sich eigentlich? Was ist Nanotechnologie? Wo wird sie angewandt? Wer sind die richtungsweisenden Akteure?

Als Nanotechnik werden alle technischen Verfahren

bezeichnet, die gezielt Objekte oder Strukturen unter 100 Nanometer Größe erzeugen, bearbeiten oder nutzen. Ein Nanometer (nm) entspricht einem Milliardstel Meter. Zum Vergleich: Der Durchmesser eines Haars beträgt ca. 50.000 nm. Nanotechnik ist somit keine Technologie als solche, sondern umschließt alles, was sich im Nanokosmos abspielt. Wichtige Anwendungsfelder sind die Nanoelektronik, die Herstellung von Nanomaterialien und perspektivisch auch die Nanobiotechnologie. Im wesentlichen gibt es heute Anwendungen in den Materialwissenschaften, etwa Titandioxidpartikel in Sonnenmilch oder kratzfeste Autolacke.

Auch im medizinischen Bereich versuchen WissenschaftlerInnen, mit nanotechnischen Verfahren neue Wege zu gehen. Zum einen gilt es, Krankheiten schneller und sicher diagnostizieren zu können, zum anderen soll es darum gehen, unheilbare Krankheiten heilen zu können. Wieder steht das große Versprechen im Raum, Krebs, Alter und Tod auf der molekularen Ebene besiegen zu können. Dies erinnert fatal an Versprechungen und Debatten, die sich seit über 20 Jahren um gentherapeutische Ansätze ranken.

Medizinische Versuche

Erste klinische Erprobungen gibt es schon. Am Berliner Uniklinikum Charité soll mit Hilfe von Nanopartikeln aus Eisenoxid Krebs bekämpft werden. Seit Beginn der 1990-er Jahre ist Andreas Jordan dabei, eine besondere Eigenschaft der Nanopartikel auszunutzen: Im Nanokosmos gelten nicht mehr die Gesetze der »normalen« Physik, sondern die Gesetze der Quantenmechanik greifen: Die Eisenpartikel sind supraparamagnetisch, durch ein von außen an- und abzuschaltendes Magnetfeld können die Teilchen in Schwingungen versetzt werden, so dass sie Wärme erzeugen. Wird das Magnetfeld abgeschaltet, werden die Partikel wieder nicht-magnetisch, d.h. es bleiben im Körper keine kleinen Magneten zurück. Jordan ist es gelungen, nanoskalige Eisenoxidpartikel in Krebszellen zu platzieren. Werden diese dann einem magnetischen Wechselfeld ausgesetzt, wärmen sich die betroffenen Zellen auf und sterben ab. Zellen, die keine Partikel aufgenommen haben, im Regelfall die gesunden, erwärmen sich nicht und bleiben unbeschädigt. Das tote Gewebe wird vom Körper entsorgt und abgeschieden.

Diese und ähnliche Ansätze gehen anderen Forschern jedoch nicht weit genug. So genannte Transhumanisten um den Physiker Robert A. Freitas scheinen in den Menschen »eine Ansammlung von Fehlern auf zwei Beinen« zu sehen und verorten die Befreiung der Menschen von diesen Lastern in ihrer Symbiose mit Maschinen. Ihre Vision sind künstliches Blut und Nanobots, kleine Nanoroboter die durch die Blutbahn flitzen und den fleischlichen Anteil reparieren, wo es nötig zu sein scheint. Forscher wie der Berliner Jordan halten dies jedoch für unrealistisch – die Frage bleibt: Warum?

Denn ähnlich wie bei der Atom- und Gentechnologie scheinen sich ihre Protagonisten vor einer breiten Diskussion möglicher Folgen zu fürchten. Jedenfalls betreiben sie eine regelrechte Vogel-Strauß-Politik – auch wenn zum Beispiel die Dechema, Branchenverband der chemischen Industrie und Biotechnik, 2003 den »Dialog ankurbeln« wollte.

Gentests und Nanotechnik

Die genetische Disposition aller möglichen und unmöglichen Dinge wird derzeit behauptet, erforscht, berichtet und erwogen. Auch hier soll die Nanotechnik helfen. Hermann Gaub, Biophysiker an der Uni München, geht davon aus, dass die Nanobiotechnologie eine schnelle vollständige DNA-Aufschlüsselung »in absehbarer Zeit« ermöglichen werde. Detaillierte Bilder angeborener »Defekte« wären die Folge; Gesunden, die als genetisch »krank« gelten, würde jegliche Lebensfreude genommen und Versicherungswirtschaft, Pensionsfonds und Arbeitgeber würden technisch in die Lage versetzt, angebliche Risikofaktoren frühzeitig auszusortieren.

Die Folgen der Nanotechnologie werden auf wissenschaftlicher Ebene kaum erörtert. Dass sich mittlerweile auch ein kritischer Blick zu etablieren beginnt, ist besonders der kanadischen Nichtregierungsorganisation ETC group zu verdanken, die seit gut vier Jahren versucht, toxikologische, ökologische, gesundheitliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen zu untersuchen und aufzuzeigen. Mit Hilfe ihrer Analysen kommt sie zu dem Schluss, dass eine öffentliche Auseinandersetzung über Nanotechnologie dringend notwendig ist. „Derzeit wissen wir praktisch nichts über die möglichen kumulativen Effekte von künstlich erzeugten Nanopartikeln“, so Pat Mooney von ETC, weshalb seine Organisation ein internationales Moratorium für die Produktion dieser Nanopartikel fordert. Kritische Analyse notwendig Dies ist eine erste Forderung, um Zeit zu gewinnen. Die grundlegenden Problematiken geraten so aber nicht in den Blick. Denn die konkreten Folgen solcher Nanopartikel sind nichts dezidiert Neues, sondern vergleichbar etwa mit den Fragestellungen rund um Asbest. Asbestfasern können durch Einatmung Krebs verursachen, Nanoröhren aus Kohlenstoff, eines der Lieblingsobjekte der Nano-MaterialwissenschaftlerInnen, ähneln den Asbestfasern und sind so ebenfalls eine Gefahr für die Gesundheit. Bei Asbest ist das Problem bekannt und durch Sanierung beherrschbar, ähnliches ist auch für Nanoröhren denkbar. Anders sieht es aus mit den oben geschilderten nanobiotechnologischen Entwicklungen – inwiefern diese Wege überhaupt weiter verfolgt werden sollen, ist aus gesellschaftspolitischer Perspektive dringend zu hinterfragen.

Anfang Mai beschäftigte sich ein Workshop auf dem Hamburger Kongress der Bundeskoordination Inter-

nationalismus (BUKO) mit dem Thema. Ein wichtiges Ergebnis: Diese »Technik« sollte weniger als eine Art hochentwickeltes Werkzeug sondern als Diskurs begriffen werden, wo unterschiedliche Menschen Unterschiedliches interpretieren, damit verknüpfen und abweichende Absichten verfolgen. Es geht darum, die mit der Vorsilbe Nano versehenen Techniken in den Blick zu nehmen, zu erkennen, dass es sich um eine technologische Plattform und eine neue, industrielle Strategie zur Kontrolle aller Materialien handelt.

Technologien werden zusammengedacht und nähern sich an; die Global Player der Pharma-, Chemie- oder Autoindustrie versuchen, ihre Machtansprüche neu abzustecken. Durch den Prozess des Zusammenbaus Atom bei Atom wird die Grenzziehung zwischen belebter und unbelebter Materie aufgehoben. Für 2015 wird der Nanotechnologie ein Markt von einer Billion US-Dollar vorausgesagt. Die Prognose wird weitere wissenschaftliche wie ökonomische Akteure mobilisieren.

Im Gegensatz dazu gilt es die noch nicht in Wert gesetzten Räume politisch zu verteidigen. Dabei sind nicht allein die Folgen nanotechnologischer Verfahren für Ökologie und Gesundheit kritisch zu analysieren, sondern auch die Wirkungen auf gesellschaftliche Machtstrukturen und Kontrollmechanismen.

Prognosen, Szenarien

»Die Nanotechnologie wird die Medizin bereits in den nächsten 20 bis 30 Jahren deutlich verändern, sowohl in der medizinischen Forschung, in der Diagnose wie auch in der Therapie. Diagnosen werden schneller, können deutlich stärker zur Prävention eingesetzt werden, liefern spezifischere und genauere Resultate. Nanobasierte Therapien werden neue Therapiemöglichkeiten eröffnen, werden wirksamer sein als konventionelle Therapien und weniger Nebenwirkungen aufweisen. (...)

Wissen über individuelle Krankheitsdispositionen, physiologische Besonderheiten usw. dürfte, von gesetzlichen Beschränkungen abgesehen, frei verfügbar werden. Es dürfte zusehends schwieriger werden, das verfügbare Wissen vor sich selbst aber auch vor der Gesellschaft zu verbergen. (...)

Die Fortschritte der Nanotechnologie in der Medizin dürften mindestens mittelfristig kaum eine Entlastung bei den Gesundheitskosten bringen; und der Trend zur Zweiklassenmedizin dürfte eher verstärkt werden. (...)

Bestehende Konfliktpotenziale, wie sie sich vor allem im Zusammenhang mit der Gentechnologie bzw. ihren direkten und indirekten Anwendungen in der Diagnose und der Therapie gezeigt haben, werden sich verstärken.«

(Thesen des Berner Zentrum für Technologiefolgen-Abschätzung)

Seine 124-seitige Studie »Nanotechnologie in der Medizin«, veröffentlicht im November 2003, stützt sich im wesentlichen auf eine Befragung von »70 internationalen ExpertInnen verschiedener Fachrichtungen«.)

Tipps zum Weiterlesen

Eine allgemeinverständliche Einführung zum Thema »Nanotechnologie« bietet der Journalist Niels Boeing. Sein Buch "Nano?! – Die Technik des 21. Jahrhunderts« erschien im Frühjahr 2004 (Rowohlt-Verlag, 189 Seiten, 16,90 Euro).

Im Juli 2003 veröffentlichte das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag einen 447 Seiten dicken Arbeitsbericht zur Nanotechnologie (Bundestagsdrucksache 15/ 2713);

das schweizerische Pendant »Nanotechnologie in der Medizin« datiert vom November 2003 (Siehe Randbemerkung auf Seite 15).

Wer sich aus kritischer Perspektive über die Nano-Welt informieren will, sollte die Analysen der kanadischen Initiative ETC group im Auge behalten. Ihre Publikationen gibt es gratis im Internet:

www.etcgroup.org

Nanotechnology

Implications for development, human rights, trade etc

*Jim Thomas - ETC Group
(Texte aus der Powerpoint-Präsentation)*

www.buko.info/kongress/buko28/materialien/doku.html

Disruptive technologies – Technology waves:

eg. Writing, irrigation, Steam, Electricity, computing, biotech and now Nanotechnology.

Nanotechnology = Technological Tsunami!!

Manufactured Wave

Nanotech is not a single technology - "nano-scale technologies"

More correctly:

1) it's a technology platform (like genetics, electricity, digital)

... Common unit = atom.

2) it's an industrial strategy

... to control manufacture from the atomic level

Fundamental Wave

"Nanotechnology has given us the tools... to play with the ultimate toy box of nature - atoms and molecules. Everything is made from it... The possibilities to create new things appear limitless"

(Horst Stormer. 1998 Physics Nobel prize winner)

Biotech broke the species barrier. Nanotech breaks the life/nonlife barrier

Well Funded Wave

\$8.6 billion per annum investment.(2004)

Government Nano race:

USA - NNI - \$3.7 billion over next 4 years

Japan - €1.16 billion (estimate) 2003

EU - Framework 6 - €1.3 billion

plus national research. - €4.8 billion over 6 years

Plus China, Australia, Korea, Taiwan etc..

Wave of hype?

"But when we launched the NNI, another equally important factor came into play to spur policymakers to make these substantial investments: nanotechnology's potential to achieve the nearly miraculous."

"On a human level, nano's potential rises to near Bibli-

cal proportions. It is not inconceivable that these technologies could eventually achieve the truly miraculous: enabling the blind to see, the lame to walk, and the deaf to hear; curing AIDS, cancer, diabetes and other afflictions; ending hunger; and even supplementing the power of our minds, enabling us to think great thoughts, create new knowledge, and gain new insights.

“On a societal level, nanotechnology will deliver higher standards of living and allow us to live longer, healthier, more productive lives. Nano also holds extraordinary potential for the global environment through waste-free, energy-efficient production processes that cause no harm to the environment or human health. And nano is already showing great potential for repairing existing environmental damage as well.”

(Philip J Bond, US Undersecretary of State for Commerce and Tech (2003))

Industrial Wave

Corporations expected to spend \$3.8bn

„If a company does not enter nanotechnology now - in five years it will be too late - it will be out of business.“

(Mike Roco, Senior Advisor, US National Science Foundation and Head of the US Government's National Nanotechnology Initiative (2003))

E.g.

Food: “every major food corporation has a program in nanotech or is looking to develop one.” Jozef Kokini, the Director of the Center for Advanced Food Technology at Rutgers University (New Jersey, USA),

Drugs: 50% of pharmaceutical sales will be based on nanotech by 2010 - according to NSF.

Profitable Wave?

“1 trillion dollar industry by 2015” (now 2011) [US National Science Foundation]

2001 volume of nano sales was estimated at somewhat more than €50 billion (Nano Business Alliance 2001, DG Bank).

Worldwide market for nanotechnology-related products at around £105 billion by 2005

50% of Pharma profits based on nano by 2010

Nanobubble already underway:

Nanogen Inc.: up 183 percent since the first of December and 503 percent since the beginning of 2003.

Altair Nanotechnologies Inc.: up 502 percent since early 2003.

Nanometrics Inc.: up 347 percent since early 2003.

Nanoparticles: quantum effects

Fixed Matter > Flexible Matter

Properties of element can be tuned by size and shape

Nanocapsules - active nanostructures

(also nanoliposomes, colloidosomes, nanospheres, nanocochleates, microcapsules etc)

Nanocapsule Pesticides:

- Flamel/Monsanto - Roundup ‘Agsome’ (1997)
- “The aim of the Flamel-Monsanto agreement is to develop an improved, less-costly version of the Roundup herbicide that will allow Monsanto to secure a patent for another 17 to 20 years, said Flamel spokesman George Anania”
- Pharmacia Slow release nanocapsules (2002)
- “for biologically active agents such as drugs, insecticides, fungicides, pesticides, herbicides and fertilizers”
- Syngenta - Microcapsule insecticide
- breaks down in stomach of lepidoptera (butterflies and moths)
- Syngenta - “Quick Release” Microcapsules (on market)

Eg. Karate with Zeon Technology - rice, peppers, tomatoes etc.

Nanocapsule Vaccines

1. Functionalized for targeted delivery.
2. DNA Vaccines.

Eg. Clear Spring Foods/USDA - ultrasound mediated nanoparticle mass vaccination of fish (Idaho)

US produces 60 million tonnes of farmed trout - a third of this by Clear Spring Foods

Nanocapsules/Microcapsules in food

FUNCTIONAL FOODS:

- Smart Drinks (Kraft) - Nano Colloidosomes

„Imagine that you and I buy exactly the same beverage, but you want to have one today that is red and tastes like cherry and I decide that I want green and lemon,“ explained co-researcher Manuel Marquez, a physical organic chemist at the Nanotechnology Lab of Kraft Foods in Glenview, Ill. „If you have cherry flavor and a red color in a capsule that can be activated by a specific frequency, you can personalize your interactive beverage.“

- Fishy Bread (George Weston) - Tip Top-up with Microcapsules of Tuna oil

- Nestle and Unilever also interested - ice creams and spreads.

Regulatory Vacuum:

- No Nanotech control regulations anywhere in the world.
- Strange properties of nanoparticles not considered by existing chemical safety regulations. Substantial Equivalence mk II!
- Not even agreed protocols on safe laboratory handling of nanoparticles
- Not even agreed testing protocols for assessing safety and full properties of nanoparticles
- Not even on the radar of most CSO's/ IGO's or UN bodies.

Yet probably hundreds of nanoparticle products in or close to marketplace.

Nano-particles and Toxicity

(Dr Vyvyan Howard, Toxicopathologist, University Liverpool, April 2003)

Conclusions:

- Size Matters - smaller is usually more reactive/more toxic.
- Shape also matters.
- Immune system has poor defense against nanoparticles, often not recognised (eg under 70nm not recog on lung, 50nm cells)
- Nanoparticles can get across skin, eyes, lung, around the body, intestine, blood/brain barrier and possibly placenta.
- Nanoparticles under 50nm can easily enter cells and can migrate to nucleus (eg nanotubes).

Growing consensus on Nanotoxicity:

- Concern from Rice, Oxford, Leuven, Edinburgh etc
- Nanotox 2004 - January UK
- UK Study into Nanotech Royal Society/RSE
- Bundestag study.
- Nanosafe Project (EU)

“We consider that producers of nanomaterials have a duty to provide relevant toxicity test results for any new material, according to prevailing international guidelines on risk assessment. Even some ,old‘ chemical agents may need to be reassessed if their physical state is substantially different from that which existed when they were assessed initially.”

(Nature Biotech Report to European Parliament - published feb)

“The release of nano-particles in the environment should be avoided. The state of research concerning [sic]...the behaviour of nano-particles is actually rather limited, preliminary as well as contradictory. Nevertheless, the advice to avoid the release of nano-particles to the environment might be appropriate and would be in accordance with the Precautionary Principle.”

(Haum, Petschow, Steinfeldt, Nanotechnology and Regulation within the framework of the Precautionary Principle. Final Report. Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) gGmbH. Berlin)

Toxic fish study - Buckyballs

FIRST EVER WILDLIFE TOXICITY STUDY

March 2004 - Dr. Eva Oberdörster reports to American Chemical Society meeting that buckyballs cause brain damage within 48hrs in juvenile fish along with changes in gene function. They also are toxic to small crustaceans (water fleas) at the base of the food chain.

„Given the rapid onset of brain damage, it is important to further test and assess the risks and benefits of this new technology before use becomes even more widespread.“

(Dr. Eva Oberdörster.)

Swiss ReInsurance:

“Nanomaterials are already contained in numerous products worldwide and occur in various applications. There are indications that certain nanomaterials are potential health hazards. The danger is most probably not of an acute but chronic nature and it could be some time before it manifests itself. This is where the real risk for insurers lies, and the comparison with asbestos should be seen in this light.”

“In view of the dangers to society that could arise out of the establishment of nanotechnology, and given the uncertainty currently prevailing in scientific circles, the precautionary principle should be applied whatever the difficulties”

(Nanotechnology, Small Matter, Many Unknowns (May 2004))

Royal Society (UK) Report:

“There is virtually no information available about the effect of nanoparticles on species other than humans or about how they behave in the air, water or soil, or about their ability to accumulate in food chains. Until more is known about their environmental impact we are keen that the release of nanoparticles and nanotubes to the environment is avoided as far as possible. Specifically we recommend as a precautionary measure that factories and research laboratories treat manufactured nanoparticles and nanotubes as if they were hazardous waste streams and that the use of free nanoparticles in environmental applications such as remediation of groundwater be prohibited.”

(“Nanoscience and Nanotechnologies: Opportunities and uncertainties” Royal Society and Royal Academy of Engineering, July 2004)

UK Government (in Response to RS/RAE report):

„The government.. accepts that safety testing on the basis of a larger form of the chemical cannot be used to infer the safety of the nanoparticulate form of the same chemical and therefore individual regulations within the existing framework will need to be reviewed to reflect the possibility that nanoparticulate material may have greater toxicity than material in the larger size range“ - para 22

„Their properties will be dependent upon both their size and shape and of the material of which they are made“ - para 14

„There is some evidence that some materials are more toxic in a nanoparticulate form, possibly because of their greater surface area“ - para 14

„The government accepts that a precautionary approach should be taken [to deliberate release for environmental remediation] - para 46

„Exposure in the workplace and releases to the environment should be minimised until the possible risks posed by nanoparticles and nanotubes are better understood“ - para 17

„The government agrees that ingredients in the form of manufactured free nanoparticles should undergo a through safety assesment by the relevant scientific advisory body before they are used in consumer products“ - para 24 and 62

„The government recognises.. that there is much base-line fundamental science to be done“ - para 33

„The government agrees that there is a need for further work on environmental fate and potential bioaccumulation of nanoparticles and nanotubes, „ - para 40

Unexamined safety questions:

- Could nanoparticles interfere with Protein Folding?
- Other biological interactions at the nanoscale - eg what happens to nanotubes/particles inside cells, in the nucleus etc.
- transport and fate of particles in soils? Initial concerns.
- Nanoparticles in the brain.

Other Nanoparticle Concerns:

- o Nanocapsules as Bioweapons.
- o Nanoparticles as explosives - e.g. aluminium oxide
- o Nanocapsule/Microcapsules for exercising control enforcing IP - like Terminator/ Microsoft.

Patents on Nature: Nanopiracy and Matter Monopolies

- o Around 80,000 nanopatents exist so far - on nanostructures, molecules, processes and elements:

Glen Seaborg - patented Americium and Curium

Yang Mengjun - 466 nanopatents on chinese herbs

“It is true that one cannot patent an element found in its natural form; however, if you create a purified form of it that has industrial uses – say neon- you can certainly secure a patent.”

(Lila Freisee, Director for Government relations and intellectual property, Biotechnology Industry Organisation. April 11 2001.)

BROAD PATENTS > MATTER MONOPOLIES - across sectors.

E.g. IBM/NEC fighting over Carbon Nanotubes.

NEC licenses nanotubes to pharma, materials, electronics

Impact on trade and lifelihoods:

“I was sitting in my office thinking one (synthetics) is strong and cheap while the other (cotton) looks good but isn't robust,” [Nano-Tex founder] Soane said. He began to imagine a hybrid, a synthetic core such as nylon with cotton-like nanomaterials that molecularly cross-link onto and around the core. The cotton-like outer layer is what the wearer will feel, he said. “This will be our blockbuster.”

Commodity Disruption:

Cotton vs Nanofibres

Rubber vs Nanoparticles/ Nanogels

Copper vs Nanotubes

Dyes/Inks vs Quantum Dots

Tropical flavourings vs Nanoflavourings

Impact of nanopackages on storage/price

Smart materials replace human labour - eg cleaning services,

Nanofabrication

Assembling more complicated, functional nanostructures eg nanodevices or nanostructured materials .

One of the most significant areas is NANOSENSORS

- Nano-cantilever arrays
- Microfluidics - thin channels in silicon
- Handheld Diagnostics (lab on a chip)
- Wireless remote sensor networks.

Wireless remote sensor networks..

„The impact of sensors will be as surprising in the decade ahead as microprocessors were in the 1980s and lasers in the 1990s...Now, in this decade, we are hanging eyes, ears and sensory organs on our computers and our networks. We're asking them to observe the physical world on our behalf and to manipulate it. This decade will be marked by a sensor revolution – a big leap in automation that will have a far-reaching influence on business and society.”

(Paul Saffo, Director of Silicon Valley's Institute for the Future.)

From battle fields to farm fields- and everywhere!

- SMART DUST (DARPA)- sense movement, contaminants. Replace soldier reconnaissance as part of Precision Warfare.
- LITTLE BROTHER PROJECT (USDA) - sense nitrogen, water, pests (“Smart Fields”) disease, animal health, movement (“Smart Herds”). Replace farmer scouting as part of Precision Agriculture.
- FUEL INJECTION PRINCIPLE - in Drugs, Animal Health and Crops. Ultimately replace farmer/doctor altogether?
- Factories, production, energy network etc

Nanosensor concerns..

- Loss of control/knowledge/skill - e.g. plantations.
- Civil liberty/Surveillance - esp SensorNet (US)
- Consumer surveillance/ Worker surveillance
- Ability to spy (e.g. on competitor agriculture.)
- Not a pro-poor/appropriate technology for South.
- Ethical concerns - “2nd nature”

NANOBIOTECH

- Interface of nanotech and biology.
- Altering and manipulating living structures from the atoms up.
- Harnessing nanoscale biological mechanisms/ processes - especially self assembly.
- Reconfiguring life to serve the needs of industry

“Our thirty-year goal is to have such exquisite control over the genetics of living systems that instead of a growing a tree, cutting it down, and building a table out of it, we will ultimately be able to grow the table. “

(Rodney Brooks, director of Artificial Intelligence Laboratory at the Massachusetts Institute of Technology)

Nanobiotech Rice - Thailand

“In the nanotechnology-based study, physicists need to make a hole through a rice cell with a width as tiny as a nanometre scale. A nitrogen atom will then be gunned through the hole to stimulate the rearranging of base

substances in a rice DNA, which controls its genetic characteristics...”

„The technique is not GMO [genetically modified organism]. At least we can avoid it,“ said Prof Thiraphat Vilaithong, director of the Fast Neutron Research Facility of Chiang Mai University, as he compared it with the controversial GM know-how, that adds alien genes to plant species to gain desired qualities.”

(Thailand embarks on new technology development path Bangkok Post - Thailand; Jan 21, 2004)

J Craig Venter - IBEA

- \$3 million - Dept of Energy
- Synthesised virus in 14 days
- Now working on Mycoplasma Genitalium to create new life form. Reducing 600,000 nucleotides

„Synthetic genomics will become commonplace and will provide the potential for a vast array of new and complex chemistries altering our approaches to production of energy, pharmaceuticals, and textiles.“

DNA and Nanotechnology

Price of DNA Synthesis:

2000 - \$10 - \$12 per base pair

2004 - \$2 per base pair

By 2007 - 1 cent per base pair

Ie. \$10 per gene, only thousands of dollars per genome.

If current acceleration continue:

“by 2010 a single lab worker would be able to synthesise a couple of human genomes from scratch every day” (Wired (Jan 05))

DNA's fifth letter.. F

Fluorobenzene (or Floyd?)

Increases possible arrangements from 256 combinations to 3125 combinations

- greater diversity? Novel proteins. Novel life forms.
- And sixth letter?
- ++ “Big Genes” - XDNA larger molecules > new genetic system.

“I suspect that in five years or so, the artificial genetic systems that we have developed will be supporting an artificial life form that can reproduce, evolve, learn and respond to environmental change”

(Professor Steve Benner University of Florida)

“If Biologists are indeed on the threshold of synthesizing new life forms, the scope for abuse or inadvertent disaster could be huge”

(Philip Ball, Deputy Editor of Nature.)

Will we see digital storage of diversity?

Nano cloning?, New Biosafety threats?

NANOBIO just part of TECHNOLOGICAL CONVERGENCE:

(GRN, GRAIN, Singularity, NBIC, BANG)

- NBIC: Nano - Bio - Info - Cogno
- CTEKS - Converging Technologies for European Knowledge Society
- BANG: Bits Atoms Neurons Genes

Examples of BANG technologies:

- Human Enhancement
- artificial eyes, ears, legs, muscle – transhumanist
- brain/machine interface - Braingate (Cyberkinetics)
- Fuel injected people/workers (sensors/devices)
- Super Soldiers (MIT inst of Soldier Nanotech)

“Nanotechnology is a ‘force multiplier.’ It will make us faster and stronger on the battlefield.”

(Clifford Lau, senior)

Major Implications for Disability Rights:

‘Fix the disabled’ rather than build inclusive society.

Existing struggles by Disabled Rights activists:

Cochlear implants, Genetech change definition of ‘normal’ we all become subnormal/disabled

So what are the Concerns.

- Patents on nature and wide matter monopolies.
- Massive shifts in trade/commodities and livelihoods.
- Impacts on labour - inc farmers. Esp self-assembly/ sensors/ enhancement.
- Potential for new nanobioweapons/ surveillance overwhelming military superiority, crushing dissent.
- Cultural, Ethical considerations - especially for indigenous and non-western worldviews.
- Human rights impacts - eg Disability Rights, surveillance
- Impact on indigenous technology systems - water, energy, farming, medicine etc.

New Paradigm for Technopolitics

POLITICS -Technologies are inherently political and involve exercising powerl. - The neutrality of technology is a myth.

JUSTICE - Technology introduction can exacerbate Injustice/ widen the gaps between the powerful and the marginalized - inc access issues.

RISKS - Some technology risks are unacceptable and not to be simply ‘managed’. New attitudes to risk - precautionary principle. intergenerational equity.

KNOWLEDGE - Scientific experts are no longer sovereign.. R-eemphasis on lay knowledge, democratic technologies and open innovation (eg open source)

MONOPOLY - Corporate technology agendas are not welcome. Rejection of commercial/monopolistic science and technology - inc patenting, university capture, corporate agenda setting.

SOLUTIONS - We need Social change not technofixes. Liberation theology before liberation technology. New technologies do not solve old injustices.

INDIGINOUS TECHNOLOGY - Appropriate technology comes from those who are going to use it. Valuable indigenous technology systems often get sidelined and replaced by new tech. REALISM - Technologies should be viewed sceptically - pragmatic use of new tech - eg ICT, cars shouldn’t be confused with endorsement

BIG PICTURE - stop chasing individual technologies (GM crops, nanoparticles) - technologies are embedded in technosystems and platforms- can’t just pick and choose within a platform.

Some positive principles:

Open innovation - user led, unpatented, driven by needs (not profit)

Precautionary Principle - taking action on early warnings

Technology Democracy - ‘upstream’ public participation/governance in innovation. TechnoDiversity - maintain existing technological systems - as backup/ alternatives

Kontraste im Süden

Gesundheitsversorgung in Malawi und Chiapas

Klaus Pedersen

(Texte aus der Powerpoint-Präsentation)

www.buko.info/kongress/buko28/materialien/doku.html

	Malawi	Chiapas
Fläche:	118 484 km ²	74 000 km ²
Bevölkerung:	11 Mio.	3.3 Mio
Lebenserwartung:	38 Jahre	67 Jahre
Kindersterblichkeit:	22 %	3.1% (5.6%*)
HIV-Prävalenz:	20... 30 %	keine Angaben
Einw./ Arzt#:	50 000	17 900 (25 000**)

* In Chalchitlan (Landkreis mit hohem % indigener Bevölkerung)

** Landkreise mit >70% indigener Bevölkerung

UNO-Empfehlung: 1 praktischer Arzt+2 PflegerInnen/1000 Einw.

Malawi

Zomba Central Hospital

Funktion

Stadt Krankenhaus: 80 000 Einw.

Distrikts Krankenhaus: 650 000 Einw.

Maximalversorger: 3,5 Mill Einw.

2004

- 346 Betten
- Bettenauslastung 134 %
- Jahresbudget theoretisch 500 000 \$

Personalbestand

Fachärzte 3 - 4

Ärzte/Zahnärzte 0 - 1

Clinical Officer 15 - 22

Medical Assistants 5 -10

Schwester 18-25

Schwester 18-25,

d.h. 1 pro Schicht für 60 Patienten

Zomba Hospital Projekt e.V.

seit 1996 58 Mitglieder

Ausgaben 2003: 21 000 Euro

Aktivitäten:

Bisher 4 Hilfscontainer, Neubau KfW 3 Mill €

Probleme bleiben:

Personal

- Motivation
- Aus- und Weiterbildung
- AIDS

Medikamente, Verbrauchsgüter, Korruption

Chiapas

Chiapatistisches Gesundheitssystem

Struktur

- Klinik (JBG-Ebene)
- Mikrokliniken (Municipio-Ebene)
- Casas de Salud (Gemeinde-Ebene)
- „Formadores“ = Promotores de Salud der 3. Stufe (JBG-Ebene)
- Promotores de Salud 2. Stufe (Municipio-Ebene)
- Promotores de Salud 1.Stufe (Gemeinde-Ebene)

Wo kommt das Geld her ?

- Spenden (national, international)
- Gebühren (für Arzneimittel)
- Selbst Erwirtschaftetes (zapatistische Kooperativen)

keine Regierungsgelder !!

Was wird finanziert ?

- Material zum Bau von Kliniken etc.
- Ausstattung/Ausrüstungen
- z.T. Arzneimittel
- AUSBILDUNG von Promotores de Salud

Was wird NICHT finanziert ?

- Arbeitsleistung zum Bau von Kliniken etc.
- Arbeit der Promotores

Cargo-System

Spezielle Probleme

- Cargo-System
- Rotationsprinzip bei den JBGs (Juntas de Buen Gobierno)
- Derzeit noch herrschende Vorauswahl bei der Promotores-Ausbildung nach Spanisch- Kenntnissen

Projekt „Salud para tod@s“

Von der Idee einer Arzneimittelspende für Oventik zum Projekt in der Zona Norte:

- Sommer 2003:

Aufruf zu Arzneimittelspenden für Klinik in Oventik

- Oktober 2003:

Chiapas-Treffen, Gießen – Diskussion „Direkter Solidarität

- März 2004:

Projekt-Vorbereitungstreffen in Köln / Konsultation mit medico international, „Selbstverpflichtung“ – mindestens 4000, EUR/Jahr über 4 Jahre

- März – Juni 2004:

Kontaktaufnahme zur JBG in Roberto Barrios
Schwerpunkt. Ausbildung von Ges.-Promotoren

- Juni 2004:

Erste Rate an JBG übergeben

- Bis April 2004:

5850,- EUR übergeben (Beitrag zu Ausbildung bisher 270 PromotorInnen der Stufe 1)

(Unterstützung bei) Mangelbeseitigung Humanitäres Projekt

- von „außen“
- wirkt für die Dauer des Projekts
- Politischer Kontext spielt nur eine marginale Rolle oder wird ignoriert

Solidaritätsprojekt

- von „innen“/gemeinsam
- Fortwirken nach Abschluss des Projekts
- Politischer Kontext spielt eine zentrale Rolle, ist oftmals der Auslöser; permanente Auseinandersetzung mit dem politischen Kontext ist essentiell

Konflikte um Geistige Eigentumsrechte

IPR

Christiane Gerstetter und Andreas Riekeberg

Geistige Eigentumsrechte (IPR) sind keine Dinge, es sind nur Rechte – Eingriffsrechte, Kontrollrechte, Ausschlussrechte. Sie trennen Menschen von verschiedenen Möglichkeiten des Handelns: von der Möglichkeit Musik zu hören und Filme zusehen, von der Möglichkeit mit vorhandenen Computerprogrammen zu arbeiten und neue zu erstellen, von der Möglichkeit zu heilen und geheilt zu werden, von der Möglichkeit zu säen, zu ernten, und die Produkte zu verarbeiten.

Die Etablierung dieser Ausschlussrechte verlief in den Feldern musikalischer Produktion und Konsumtion, Programmierung und Datenverarbeitung, Landwirtschaft und Pharmazie unterschiedlich. Christine von Weizsäcker (Biologin), Christiane Gerstetter (BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie), Frieder Hirsch (Open Source Bewegung) und Oliver Moldenhauer (attac-WAFI) werden darstellen, welche Konflikte es gab und gibt, wer die wichtigsten Akteure sind (insbesondere auch, welche Rolle staatliche und überstaatliche Organe spielen) und wie Kontrolle und Macht im jeweiligen Feld ausgeübt werden.

In der anschließenden Diskussion sollen je nach den Interessen der Workshop-TeilnehmerInnen die einzelnen Themen vertieft und Parallelen in der Entwicklung aufgesucht werden.

Im zweiten Teil werden soziale Bewegungen und ihre AkteurInnen im Mittelpunkt stehen.

Welche Beiträge können die oben genannten und andere leisten, damit sich die Welt verändert:

- damit kreative Macht sich ausbreitet und
- damit instrumentelle, kontrollierende und verbietende Macht gebrochen oder nicht mehr neu geschaffen wird?
- Welche neuen Verflechtungen und Zusammenhänge sind möglich und wünschenswert?
- Wie lässt sich herrschaftliche Kontrolle verringern?

Ablauf

I Definition:

was meinen wir von der Kampagne mit Biopiraterie und was meinen andere damit: –aus Sicht der Kampagne ist das entscheidende Kriterium NICHT die Legalität der Aneignung von „Ressourcen“

II Geschichte:

kurzer Hinweis darauf, dass es so etwas wie eine Aneignung und Ausbeutung von Natur immer schon gab; neu im gesellschaftlichen Naturverhältnis ist nun, dass es verschärft um genetische Ressourcen, um Ideen und Wissen darum geht und dies ist ein Unterschied zum Pfund Kaffee

III wesentliche Konfliktlinien:

private Aneignung von Wissen und genetischen Ressourcen vs. Interesse der „Allgemeinheit“ an deren Nutzen bzw. Interesse der „EntdeckerInnen“ an Beteiligung

ggf. wichtige geistige Eigentumsrechte in diesem Kontext, kurz Beispiel

häufig: nord-süd-Komponente, darum herum viele andere Konfliktlinien: z. B. Verschwinden der biologischen Vielfalt wg. vieler Ursachen, Konflikte zwischen Naturschutz und Interessen von der Natur lebender Menschen

III AkteurInnen.

Forschungseinrichtungen und Konzerne (meist aus dem Norden)

Staaten, die die entsprechenden Gesetze und Regelwerke verabschieden, jedoch auch teilweise mit unterschiedlichen Interessen zwischen Nord und Süd

Gemeinschaften und die Bevölkerung des Südens

NGOs und andere Gruppen, die Protest und Widerstand organisieren

IV Kontrolle und Macht

Wer kontrolliert gesellschaftlich nützliches Wissen und wer profitiert davon?

Beispiele Landwirtschaft und Pharma

„Macht“ derzeit vor allem bei den Industrieländern, die in den letzten Jahren rechtlichen Rahmen für Biopiraterie geschaffen haben eigene Empörung: dass sich koloniale Strukturen immer und immer wiederholen; dass es so sinnlos ist, denn gute Ideen könnten mensch teilen und dann würden sie allen helfen, es gibt in diesem Sinne keine „Knappheit“

Zum Thema Widerstand und Protest (2. Teil)

Was gibt es an Widerstand und was für unterschiedliche Strategien stecken dahinter?

Wenn der Kapitalismus auf der Negation der kreativen Macht, der Kreativität, der Würde basiert (John Holloway) – wie lässt sich dann im Kampf gegen die kapitalistische Herrschaft in den verschiedenen Kampffeldern die reale und materielle Existenz der kreativen Macht stärken und daraus Hoffnung gewinnen und eine allgemeine Suchbewegung hin zur Realisierung der menschlichen Würde anstoßen?

Erste Beobachtung: die Kämpfe gegen Biopiraterie sind zumeist „Abwehrkämpfe“ in dem Sinne, dass es hier oft um Fälle geht, in denen Wissen, pflanzliche und genetische Ressourcen kollektiv genutzt wurden, oft genug in einem Subsistenzkontext

Kampf gegen Privatisierung heißt in diesem Falle daher nicht Ruf nach dem Staat als dem „Wahrer eines Gemeinguts“, der bestimmte öffentliche Dienstleistungen zur Verfügung stellen soll, sondern gerade nach einem „don't meddle“ des Staates – das hat emanzipatorisches Potenzial!

Zweite Beobachtung: Biopiraterie ist auf bestimmte rechtliche Rahmenbedingungen angewiesen, daher werden viele Kämpfe auf juristischem Terrain ausgefochten

Einzelstrategien umfassen:

- Kampf mit juristischen Mitteln in Einzelfällen (z. B. Ölmaispaten, Cupuacu etc.)
- Rütteln an den entsprechenden Abkommen (zB Biopatentrichtlinie, teilweise auch Linie der Entwicklungsländer z. B. in Verhandlungen zu TRIPS)
- „defensiver“ Schutz des Wissens z. B. durch Veröffentlichung wie in Indien mit Digital Library oder in Peru (?) mit öffentlichen Registern
- weitergehende Modelle zum Schutz von z. B. traditionellem Wissen (# Beispiel) und auch zu Forschungsförderung ohne private geistige Eigentumsrechte

Weniger auf juristischem Terrain:

- Öffentlichmachen von besonders skandalösen Fällen z. B. durch Captain Hook Award
- Stopp von Bioprospektionsprojekten z. B. ICGB Maya
- Projekte zum Erhalt biologischer Vielfalt, z. B. Indien, aber auch hier z. B. VEN

Entlang der 5 Punkte zur „Abwicklung des Nordens“ (BUKO 20 Heidelberg) könnte gefragt werden: was kann die jeweilige Bewegung mit anderen dazu beitragen, dass

1. die Interventionen (der Herrschenden) unterbunden werden;
2. der Weltmarktsektor zurückgedrängt wird;
3. die Privilegierung der formalen Erwerbsarbeit (und damit der im Regelfall weißen und männlichen Profiteure) aufgehoben wird;
4. die direkte Aneignung von Räumen und Organisationsformen (sowie Land und Kapital) gefördert wird; sowie
5. Maßnahmen zur direkten Überlebenssicherung begonnen werden?

ad 1 und 2:

Hierzu: von einer regelrechten „Bewegung“ ist hier nicht zu sprechen, dazu sind die Kämpfe zu vereinzelt und u.U. auch zu speziell; dort, wo gegen Biopiraterie vorgegangen wird, geht es oft darum, dass traditionelle Lebensformen, die teilweise jenseits des Weltmarkts-sektors existieren oder parallel dazu geschützt werden sollen; teilweise werden aber auch nur die normalen Profitchancen der Länder des Südens auf dem Weltmarkt gemindert und die Kämpfe richten sich indirekt dagegen

ad 3:

teilweise in dieser traditionellen Lebensweise besondere Rolle der Frauen bei Nutzung und Schutz der biologischen Vielfalt, aber sicherlich nicht überall

ad 4:

Aneignung von Räumen und Organisationsformen: damit hat Biopiraterie und der Kampf nur sehr partiell zu tun: allerdings hat das Nachdenken darüber, wie Wissen allen zur Verfügung stehen kann und gleichzeitig gegen private Aneignung geschützt werden kann, durchaus utopisches Potenzial

ad 5:

direkte Überlebenssicherung: diese ist teilweise – in Form von Subsistenzlandwirtschaft oder traditioneller Medizin gefährdet durch IPR

Softwarepatente - Konflikte um geistige Eigentumsrechte im globalen Kapitalismus

Frieder Hirsch

(16. November 2005, Version 0.7,

<http://www.cercos.de/cercosnew/pmwiki.php?n=Cercos.SwPat>)

1 Vorbemerkung

Der folgende Text entstand im Kontext eines Kurzreferates und vieler Gespräche zum Thema »Softwarepatente« im Workshop »Konflikte um geistige Eigentumsrechte im globalen Kapitalismus« des BUKOKongresses vom 6. - 8. Mai 2005 in Hamburg [<http://www.buko.info/>]. Er ist auch zu sehen als vorläufiges Ergebnis eines Lernprozesses zum Thema Softwarepatente, mit dem sich sonst üblicherweise Juristen, Ingenieure und Manager beschäftigen. Der Verfasser hat Sympathien für Philosophie, Organisation und Arbeitsweise der Freien-Software-Bewegung, [Free-Software-Foundation (1991); FSFE <http://www.fsfeurope.org/>], nutzt deren Programme mit Gewinn und hat sie mit Übersetzungen von Programm-Dokumentationen auch aktiv unterstützt. [<http://www.kde.de>] Es wäre sehr bedauerlich, wenn Softwarepatente Freie Software behindern oder ernsthaft in Gefahr bringen würde. Damit würde ein globales Projekt gefährdet, das auf hohem technischen Niveau arbeitet und das in einigen Aspekten (Selbstverständnis, Organisation und Arbeitsweise) Merkmale aufweist, die über die kapitalistische Produktionsweise und deren Grenzen hinausweisen. Deshalb gilt es diese Bewegung freundlich zugewandt, aber auch kritisch zu begleiten. Für kritische und hilfreiche Kommentare zu diesem Text danke ich Eva-Maria Bach.

2 Einleitung

Gegenstand des Textes sind Softwarepatente. Ein Thema, von dem man annehmen könnte, dass es eher für Experten und Patentanmelder von Interesse ist. Dabei gibt es Hinweise und Befürchtungen, dass die Patentierung von Software und/oder die Durchsetzung von Urheberrecht und Copyright bis in den privaten Lebensbereich hinein nicht nur Forschung und Entwicklung, sondern auch die Informations- und Meinungsfreiheit bedroht. Dem kurzen Blick auf die Geschichte der Computertechnologie, folgt eine ebenso kurze Darstellung des Konflikts um Softwarepatente und Urheberrecht und deren Implikationen für Freie Software und eine ergänzende Betrachtung der Analogien von Bio- und Softwarepatenten. Schließlich wird der theoretische Hintergrund dieser Vorgänge, die kapitalistische Expansion und die sie begleitenden Me-

chanismen skizziert, gewissermaßen als Beschreibung des gesellschaftlichen Hintergrundes in dessen Kontext das Thema Softwarepatente selbst steht. Diese Vorgehensweise erlaubt es – so meine ich - das Thema besser zu verstehen und die notwendige kritische Distanz zum Thema herzustellen. Da die kapitalistische Produktionsweise in der aktuellen Form des Neoliberalismus sich als global dominierend durchgesetzt zu haben scheint, andererseits aber die selbst gegebenen Versprechen auf größeren Wohlstand für immer mehr Menschen nicht eingelöst, sondern tendenziell in sein Gegenteil verkehrt hat, ist eine nicht-immanente, kritische Betrachtung dieser Vorgänge von einem anderen Bezugsrahmen aus notwendig.

3 Kurzer Rückblick auf eine technologische Erfolgsstory

Es ist gerade mal 10 Jahre her, dass Computer und das »Internet« begonnen haben, die weltweite Kommunikation und Kooperation auf eine neue Stufe zu heben. Zuvor, etwa ab 1983, waren Computer und vernetzte Kommunikation ein Nischenphänomen, vor allem im Bereich militärisch-wissenschaftlicher Forschung. Der »Siegeszug« dieser Maschinen begann erst, als sie auf Schreibtischen platziert und auch von nicht speziell - wissenschaftlich/technisch - vorgebildeten Menschen bedient werden konnten (z.B. »Atari« und »Commodore« Computer). Einen wesentlichen Beitrag zur Popularisierung des Personal-Computers lieferte die Firma Microsoft mit ihrer Strategie zur Durchsetzung ihres Betriebssystems im Konsumentenmarkt, die so erfolgreich war, dass die »Windows«-Betriebssysteme heute nahezu eine Monopolstellung erhielten. Diese Strategie ging einher mit einer rücksichtslosen Verdrängung und Behinderung von Konkurrenten. Microsoft gelang es bis heute soviel Kapital zu akkumulieren, dass seine Masse allein ausreicht, als Waffe im Kampf um Märkte und Einfluss, Wettbewerber daran zu hindern ernsthaft Widerstand zu leisten. Die massenhafte Verbreitung der Universalmaschine Computer im Konsumentenmarkt gelang auch deshalb so gut, weil es gelang

- eine ständig wachsende Zahl von - vorwiegend männlichen - Menschen mit Bildern und Videos (u.a. Erotik/Pornografie), Musik (Download, Tauschbörsen) und Email-Kommunikation zu faszinieren
- dem männlichen Spieltrieb ein ideales Objekt (Kombination von Werkzeug- und Produktionsmaschine) anzubieten
- die Nachfrage vor der Fertigstellung und Auslieferung des Produkts anzuheizen (es gab einst Szenen vor Computergeschäften wie heute bei der Ankündigung eines neuen »Harry Potter« Buches)

Praktisch parallel zum Siegeszug der kapitalistisch produzierten und verbreiteten Software der Firma Mic-

rosoft entwickelte sich ab 1984 mit der Free Software Foundation und ab 1991 mit »Linux« und Anderen eine freie, nicht-kapitalistisch entwickelte und verbreitete, Software die heute auf einem guten Weg ist der Firma Microsoft Marktanteile abzunehmen. [zur Geschichte der Freien Software siehe Meretz (2000)] Mit steigender Akzeptanz in den Gesellschaften wurden Computer (-Software) und Internet auch für Unternehmen interessant. Von besonderem Interesse waren die mit dem Einsatz von Computer (-Netzwerken) verbundene Möglichkeit zur Rationalisierung von Produktion (Produktentwicklung, Steuerung von Prozessen) und Verwaltung (Finanzen / Personal / Kommunikation / Controlling), sowie der Einsatz als Instrument für internationalen Einkauf und Vermarktung von Waren (Rohstoffe, Güter, Dienstleistungen, Wertpapieren und Arbeitskräften). Heute sind Computer und Netzwerke wichtige Instrumente der kapitalistischen Expansion, der Kriegsführung sowie staatlicher Überwachung und Kontrolle. Bemerkenswert dabei ist, dass sich viele Staaten, voran die USA - in Bezug auf Software / Betriebssysteme - von einer einzigen kapitalistischen Firma abhängig gemacht haben.

4 Der Kampf um Softwarepatente in Europa

Die »RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über die Patentierbarkeit computerimplementierter Erfindungen«, die sogenannte »Softwarepatent - Richtlinie« der Kommission der Europäischen Gemeinschaft [EU-Kommission-Richtlinie (2005)] wurde am 6. Juli 2005 in 2. Lesung durch das Parlament mit großer Mehrheit abgelehnt. Gegner und Befürworter dieser »Softwarepatent-Richtlinie« waren mit dem Ergebnis dieser Abstimmung mehr oder weniger zufrieden. Die Befürworter, weil deshalb die gegenwärtige Praxis des Europäischen Patentamts, d.h. die tatsächliche Patentierung von Software, fortgesetzt werden kann. Die Gegner, weil diese »Softwarepatent-Richtlinie« vorläufig verhindert ist, bis zur Vorlage einer neuen »Patentrichtlinie durch die EU-Kommission, oder einer neuen Vorlage des Parlaments. Zumindest von fachlich einschlägig interessierten Menschen wahrgenommen, [vgl. dazu auch Letschert (2004)] tobte in Europa bis zum Zeitpunkt der Abstimmung ein heftiger Streit um Softwarepatente. Die Abstimmungsniederlage der Patentbefürworter wird diesen Streit nicht beilegen. Er wird in aller Schärfe weitergehen, allerdings mit veränderter Intensität, auch anderen Schauplätzen und Methoden. Vermutlich wird diese Auseinandersetzung verstärkt hinter verschlossenen Türen und in der Lobby stattfinden. So wird z.B. berichtet, dass die »European Software Association« [EuropeanSoftwareAssociation <http://www.heise.de/newsticker/meldung/65179>] als angeblich »trojanisches Pferd« der Firma Microsoft in der Auseinandersetzung um Softwarepatente in Europa funktionieren soll.

4.1 Urheberrecht / Copyright und Softwarepatente

Eine nicht unerhebliche Rolle in der Auseinandersetzung um Rechte an geistigem Eigentum spielen die unterschiedlichen Rechtssysteme des anglo-amerikanischen (common law) und des kontinental-europäischen Rechts (civil law). Es ist der Unterschied zwischen einer »utilitaristisch- nutzungsrechtlichen (common law)« und einer »naturrechtlich- persönlichkeitsrechtlichen (civil law)« Auffassung von »Eigentum« an einer Sache oder an einem immateriellen Gut. [vgl. Grassmuck (2002), Sakowski (2005)]. In den USA sind alle Produkte des menschlichen Geistes und der Erfindungsgabe grundsätzlich »public domain«, d. h. sie können frei genutzt werden. Ein Schutz der Güter vor freiem Gebrauch ist nur dann möglich, wenn ein Schutzanspruch formell angemeldet wird (Copyright / Patent). In Kontinentaleuropa dagegen sind Produkte menschlichen Geistes grundsätzlich durch das an den Urheber gebundene Urheberrecht geschützt.

4.1.1 Software Quellcode - Urheberrecht und Patente

Software - Quellcode in einer eindeutigen und besonderen Form z.B. als Schriftstück oder Textdatei ist, wie andere vergegenständlichte intellektuelle Leistungen z.B. in Wissenschaft, Literatur und Kunst, durch das Urheberrecht geschützt. Nicht aber eine möglicherweise verallgemeinerungsfähige Idee, die der Leistung zugrunde liegt. »Bisher fiel Software unter das Urheberrecht, wodurch zwar der Quelltext an sich geschützt wurde, nicht aber die Idee, die dahinter steckte. Die Implementierung eines alternativen Programms zur Bearbeitung eines Problems, das bereits durch ein ähnliches Programm gelöst wurde, verletzt kein gültiges Recht. Das Urheberrecht schützt also die konkrete Ausdrucksform einer Lösung, Patente hingegen eher die Lösungsidee an sich.« [Luther (2005)] [zur Überführung Quelltextes eines Computer Programms in seine -vom Computer - lesbare Form als Binärcode siehe ein Beispiel bei Kristian Köhntopp (2000)] Wenn also das Urheberrecht eine bestimmte Form einer Idee und den in ihr eingeschlossenen Inhalt schützt, macht eine Patent nur Sinn, wenn die Idee unabhängig von Form und Inhalt so abstrakt formuliert wird, dass sie auf eine Vielzahl von Anwendungen und Verfahren anwendbar wird. Der Kern des aktuellen Streits ist genau diese abstrakte »Lösungsidee«, deren Schutz durch ein Patent nur dann Sinn macht, wenn sie verallgemeinert werden kann. Bei Software handelt es sich letztendlich einfach um Texte, die eine – entsprechend der verwendeten »Sprache« (z.B. Basic, C++, PHP, Perl, Ruby) - systematische, strukturierte und sprachimmanente logische Abfolge von Buchstaben und/oder Zeichen/Symbolen enthalten. Vergleichbar damit sind die Noten eines Musikstücks. Wäre die »Erfindung« der Wiederholungszeichen ||: ... :|| für eine Notenfolge pa-

tentiert, könnte künftig 20 Jahre lang kein Musikstück mit Wiederholungszeichen geschrieben werden, ohne dieses Patent zu verletzen. [einen Vergleich mit Literatur bzw. Film siehe bei Müller (2005a), mit Sprache und Lernen vgl. Gerwinski (2002)] »Wenn manche Leute verstanden hätten, wie Patente erteilt werden würden, als die meisten, der heutigen Ideen erfunden wurden, und wenn sie sich dann Patente geholt hätten, wäre unsere Branche heute im kompletten Stillstand. Bill Gates (1991)« [zit. nach: Müller (2005b)] Gewöhnlich wird das Urheberrecht / Patentrecht dazu benutzt wirtschaftlichen Nutzen aus geschützten Werken zu ziehen. In vielen Fällen übernimmt eine Firma (Verlag / Verwertungsgesellschaft) die wirtschaftliche Verwertung des Werkes und erhält somit das Copyright / Patent an dem Werk. Dazu werden mit den Autoren Verträge geschlossen, die üblicherweise den Firmen weitgehende Verwertungsrechte einräumen. Die Verwertung geschieht nicht zuletzt durch Vergabe von Lizenzen, die die Verwertungsbedingungen für Dritte festlegen. Diese Lizenzen müssen restriktiv eingesetzt werden, damit die Kapitalverwertung funktioniert. Obwohl Software schon immer durch das Urheberrecht geschützt war, befürchten die Gegner der Patentrichtlinie nun, dass mit ihr Software und »Wissen« patentfähig und somit Patenten im klassischen Bereich der Technik und der Chemie gleichgestellt werden. Dabei war für sie das Urheberrecht als Schutz (und Verwertungsmöglichkeit) bisher völlig ausreichend und sie würden das auch gerne haben, dass es so bleibt. Patente auf Software würden es nämlich ungleich schwerer, wenn nicht sogar unmöglich machen, Software weiterhin zu Bedingungen des Urheberrechts zu entwickeln. Der Grund dafür ist die dann notwendige aufwändige Patentrecherche und die Möglichkeit von Regressansprüchen der Patentinhaber sollte die entwickelte Software bestehende Patente verletzen. Darüber hinaus besteht die Befürchtung, dass mit der Durchsetzung der Patentierbarkeit von Software auch andere »Schöpfungen des menschlichen Geistes« (sogenannte Immaterialgüter) insgesamt patentfähig werden. Diese Befürchtung ist nicht unbegründet, gibt es doch in den USA eine aktuelle Patentanmeldung für die Handlung einer Geschichte [siehe Knight (2005)]

4.2 Softwarepatente

Es liegen derzeit mehr als 30.000 Software Patente in Europa bei den Patentämtern, die teilweise schon Patente erteilt haben, darunter so genannte Trivialpatente wie den Fortschrittsbalken von IBM. [vgl. Richard Stallman´s Analyse eines Trivialpatents Stallman (2000), die Patentbeispiele bei PatinfoFFIIorg-2: (2005)]. Die Gegner von Softwarepatenten [siehe <http://swpat.ffii.org/>, <http://nosoftwarepatents.com> u.a. Kleine und Mittlere Software Unternehmen (KMU) und Vertreter der Freien Software [FSFE <http://www.fsfeurope>

org/] in Europa befürchten aus dem Markt gedrängt zu werden durch die voraussehbaren hohen und von ihnen kaum bezahlbaren Aufwendungen für Patentrecherchen (und ggf. kaum kalkulierbare Patentstreitigkeiten vor Gericht), durch die großen Software Konzerne und deren Patentanwälte sowie durch Firmen, die sich auf Sammlung und Verwertung von Patenten spezialisiert haben. Wissenschaftler befürchten, dass durch Softwarepatente die Forschung behindert und die Innovationsfähigkeit und Forschungstätigkeit insgesamt abnehmen wird, bzw. der Einfluss von Patentinhabern auf die Forschung noch mehr zunimmt. Entwickler von Freier Software stellen fest, dass Patente dazu benutzt werden, Freie Software ausdrücklich von der Nutzung des Patents auszuschließen. [siehe Gerwinski (2005)] Patente können - aufgrund ihrer Eigenschaft als Ausschlußrechte - also nicht nur dazu benutzt werden, ein Produkt gewissermaßen »monopolistisch« profitabel zu verwerten, sondern sie können auch einfach dazu benutzt werden die Konkurrenz zu behindern. Dies hat zur Folge, dass Innovation behindert wird und der mit der Patenterteilung theoretisch verbundene Nutzen für die Gesellschaft gar nicht erst entsteht.

5 Urheberrecht, Softwarepatente und Freie Software / Open Source

Anders als bei kapitalistisch vertriebener Software (z.B. Microsoft) ist der Quellcode der Programme bei Freier Software und Open Source Software offengelegt, von jemensch einsehbar, sodass prinzipiell nachvollzogen und verstanden werden kann wie das Programm funktioniert. Freie Software und Open Source Software unterscheiden sich aber teilweise wesentlich durch die Lizenzen an die sie gebunden sind.

5.1 Freie Software ist frei und unfrei zugleich

Freie Software ist grundsätzlich frei bezüglich Bezug, Verteilung und Bearbeitung, aber mit folgender Einschränkung: sie darf nicht unfrei gemacht werden. Diese Freiheiten und die besonderen Beschränkungen zum Schutz der Freiheiten sind in der grundlegenden Lizenz für Freie Software, der General Public License festgehalten. Diese Lizenz und die daran gebundenen Freien Software Programme sind der Stachel im Fleisch all jener, die mit ihren Programmen selbst Geheimhaltung und Ausgrenzung praktizieren und sie dazu benutzen mit ihnen selbst Profit zu machen, mehr Kapital anzusammeln und damit Ausbeutung zu praktizieren. Dabei ist festzuhalten, dass auch die General Public License die kommerzielle Nutzung der Programme zulässt, nicht aber deren Bearbeitung, Einbeziehung und Verknüpfung mit anderen Programmen, die selbst nicht frei sind, mit dem Ziel, diese als neue, unfreie Programme als Waren auf dem Markt zu verkaufen

5.1.1 Die Lizenz: GNU General Public License

Die Prinzipien der GNU General Public License [Free-Software-Foundation (1991)] können kurz folgendermaßen beschrieben werden:

- das Programm kann frei benutzt werden
- es können beliebig viele Kopien des Programms erstellt und verbreitet werden
- das Programm kann beliebig verändert werden
- veränderte Programme können beliebig verbreitet werden

ALLERDINGS GELTEN GLEICHZEITIG DIE FOLGENDEN EINSCHRÄNKUNGEN:

- der Quelltext muss jederzeit frei verfügbar sein und bleiben
- die an das Programm gebundene GPL-Lizenz darf nicht geändert werden
- das an die GPL gebundene Programm darf nicht Bestandteil nicht-freier (kommerzieller) Software werden

5.2 Gefährdung von Freier Software und Freien Gütern durch Patente

Patente auf Software erweisen sich als wirksame Waffen im Kampf gegen alle Initiativen, die sich einfach der kapitalistischen Verwertungs- und Marktlogik nicht unterwerfen wollen. So schreibt Stefan Kreml:

»Open Source ist im Kern durch Softwarepatente gefährdet. Microsoft: bis 2004 rund 4500 erteilte Patente, ca 5000 weitere anhängig Heute schon können einige patentierte Algorithmen aus Kryptographie, Multimedia und Datenformate in freier Software nicht genutzt werden« [vgl. Kreml (2005, S. 236 ff),] Auch Richard Stallman, Mitgründer der Free Software Foundation, weist auf die Gefahren für die Freie Software hin, die durch Patente, insbesondere Patente des Quasi-Monopolisten Microsoft entstehen:

So habe Microsoft 1998 in einem internen Papier gesagt, dass das GNU/Linux (»Linux«) Betriebssystem der Hauptkonkurrent von Windows sei und davon gesprochen, Patente und geheime Dateiformate dazu benutzen zu wollen GNU/Linux zurückzulassen. Vor einigen Jahren habe Microsoft sein dokumentiertes Format zur Speicherung von Dokumenten aufgegeben und sei zu einem neuen, geheimen Format übergegangen. Es sei den Entwicklern Freier Software zwar gelungen, in jahrelanger Arbeit das Format zu entziffern, sodass die Programme jetzt die meisten Word-Dateien lesen können. In der nächsten Version von Microsoft Word werden aber Formate verwendet werden, die eine patentierte Technik beinhalten sollen.[vgl. Stallman (2005)]

6 Patente auf Wissen und Gene

Die Enteignung der indigenen Bevölkerung der südlichen Hälfte dieser Planeten von tradiertem Wissen um Pflanzen - deren Eigenschaften und Anwendungsmöglichkeiten - durch Chemie-, Bio- und Agrarkonzerne läuft parallel zu der Entwicklung der Patentierung im Bereich technischer und immaterieller Güter. Die Vorgehensweisen sind durchaus ähnlich und die Organisationen, die dazu benutzt werden, das kapitalistische Eigentumsregime weltweit durchzusetzen, sind dieselben: WIPO, TRIPS, Weltbank, G7, EU-Kommission und andere, ohne demokratische Legitimation und Kontrolle agierende »überstaatliche« Organisationen. Aber nicht nur die Organisation der Enteignung hat Ähnlichkeiten mit dem Bereich der Informations- und Computertechnologien. Es gibt durchaus analoge technische Verfahren, die die Kapitalverwertung sichern helfen sollen:

- Die Gentechnik im Agrarbereich arbeitet ihrerseits daran gentechnisch modifiziertes Saatgut mit »Killer- Genen« auszustatten, die verhindern sollen, dass die Ernte erneut als Saatgut verwendet werden kann. (mündliche Mitteilung im Workshop)
- Es werden ebenso digital nutzbare Produkte entwickelt, die für den Konsumenten eine zuvor festgelegte und in das Produkt integrierte Kontrolle der Nutzungsdauer haben, nach der der Käufer erneut bezahlen muss oder die weitere Nutzung verhindert wird (»Killer-Programme«). Beispiel: CD der Firma Sony, mit einem - versteckt installierten - sogenannten »Rootkit« zum Verhindern von unerwünschten Kopien. [siehe <http://www.heise.de/security/news/meldung/65602>]

Die Anstrengungen der Kultur- und Softwareindustrie bestehen darin, Kopierschutzmethoden und Kopierverbote im Soft- und Hardwarebereich - die für die Erhaltung der Warenförmigkeit digitaler Produkte notwendigen technischen und juristischen Regelungen und Techniken - durchzusetzen. Verbote sind ohne Sanktionsmöglichkeit sinnlos. Deshalb muss zu ihrer Durchsetzung die Möglichkeit bestehen, die verursachende Person zu identifizieren oder die Nutzung zu verhindern bzw. zeitlich zu begrenzen. Bildhaft ausgedrückt bedeutet das die Einbindung des Personalausweises, der Registrierkasse und eines »Killer - Programms« in das Produkt selbst. Das wäre etwa so, als würde im Auto der Preis für jeden gefahrenen Kilometer sofort vom Konto des Fahrers abgebucht und das Auto nach 3 Jahren automatisch stillgelegt.

7 Computer, Warenproduktion und Geistiges Eigentum im Kapitalismus

Die oben geschilderten Vorgänge spielen sich nicht in »überhistorischen« gesellschaftlichen Verhältnissen ab. Das Privateigentum an Produktionsmitteln ist

die Grundlage der kapitalistische Produktionsweise. Ohne eine Analyse und Kritik dieser Produktionsweise bleibt die Kritik des kapitalistischen Eigentumsregimes hinsichtlich Patenten und Geistigem Eigentum eine systemimmanente Kritik auf dem Niveau von Auseinandersetzungen zwischen konkurrierenden Warenproduzenten. Zum besseren Verständnis ist also ein Blick auf den politisch-ökonomischen Hintergrund der Konflikte um Softwarepatente und geistiges Eigentum notwendig. Joachim Hirsch hat den Zusammenhang von (National-) Staaten, Imperialismus und kapitalistischer Expansion in seinem neuesten Buch »Materialistische Staatstheorie - Transformationsprozesse des kapitalistischen Systems« [Hirsch (2005)] umfassend dargestellt. Auf dieses Buch stützen sich die folgenden Ausführungen zum politisch-ökonomischen Hintergrund.

7.1 Politisch-Ökonomischer Hintergrund

7.1.1 Das Problem: Kapital muss expandieren

Kapitalistische Produktion bedeutet immer, dass - vermittelt durch den Warenaustausch - mehr Wert (Mehrwert) angesammelt werden muss, als Wert (Kosten) in die erzeugten Waren oder Dienstleistungen eingesetzt wurde. Einzelne Unternehmen können in der Konkurrenz mit anderen Unternehmen nur überleben, wenn sie ihre Waren vergleichsweise kostengünstiger herstellen, Dies können sie durch vermehrten Einsatz besserer Technologie, Arbeitsorganisation, Verminderung der Lohnquote, und/oder durch Erschließung neuer Märkte innerhalb oder außerhalb der Standorte der Unternehmungen erreichen. Der so akkumulierte Mehrwert muss also immer wieder dafür eingesetzt werden, kostengünstiger zu produzieren als die Konkurrenz. Es ist vorteilhaft, wenn es dem Unternehmen besonders gut gelingt die Lohnkosten - die Lohnsumme und/oder die Zahl der Beschäftigten - zu senken, oder den Ausstoß und Absatz von Waren oder Dienstleistungen durch Investitionen (z.B. in bessere Technologien oder neue Rechte) kostengünstiger und/oder effektiver zu gestalten. Wenn aber das so akkumulierte Kapital (Mehrwert) nicht mehr profitabel - mehrwertzeugend - eingesetzt werden kann, kommt es zur Überproduktion von Kapital: durch Konsumverzicht der Massen oder Investitionsunlust der Unternehmen wegen fehlender Profitchancen . Die Kapitalakkumulation stockt dann und es entsteht eine Wirtschaftskrise. [zur »krisenhaften Akkumulationsdynamik des Kapitals« [vgl.Hirsch (2005, S.174 f)] Anzeichen dafür sind Massenarbeitslosigkeit, Lohndumping, Konsumunlust der Verbraucher, Börsencrash´s (z.B. Aufstieg und Zusammenbruch der »New Economy«), die gigantische Blase überschüssigen Kapitals das durch die Börsen der Welt vagabundiert. Begleitet wird die Unterkonsumtionskrise durch allgegenwärtige, aggressive Werbung für den Konsum von Waren: „Geiz ist geil“

/ Umkehrung des Begriffs Sparen in sein Gegenteil: Kaufen. [Beispiele zur Umkehrung »zentraler Begriffe des politischen Diskurses in ihr Gegenteil« [vgl. Hirsch (2005, S.213)]

7.1.2 Methoden zur Lösung des Problems

Nachfolgend werden hauptsächlich jene Formen und Aktionen der kapitalistischen Expansion behandelt, die auf Gemeineigentum, Wissen und Immaterialgüter - gerichtet sind. Für die oben beschriebenen Probleme der Akkumulations- und Expansionsdynamik des Kapitals gibt es verschiedene mehr oder weniger friedliche (teilweise kräftige, staatliche Unterstützung genießende) Strategien zur Krisenbewältigung:

1. KAPITALEXPORT in sogenannte »Billiglohnländer«
2. KAPITALVERNICHTUNG (z.B. Rüstung)
3. LOHNSENKUNG
4. TECHNISCHE INNOVATION und RATIONALISIERUNG

7.2 Äußere und Innere Expansion

Diese Strategien können wiederum als »ÄUSSERE (FORMELLE und INFORMELLE) EXPANSION« und als »INNERE EXPANSION« erscheinen. Allerdings können sie sich aber auch wechselseitig bedingen, ergänzen und überlagern [siehe dazu Hirsch (2005, S. 173 ff)]

ÄUSSERE EXPANSION:

»... geschieht im Wesentlichen durch Kapitalexport und damit verbinden die Rekrutierung billiger Arbeitskräfte sowie die Erschließung billiger Rohstoffquellen. Sie setzt nicht zuletzt die Verfügung über entsprechende Gewaltmittel und bestimmte technologische Kapazitäten (Kommunikations- und Verkehrsmittel) voraus. Sie kann auch darauf gerichtet sein, die bestehenden Märkte zu erweitern, was die technische Umwälzung der Produktionsprozesse und damit verbundene Rationalisierungseffekte begünstigt«

INNERE EXPANSION :

»... durch technische Umwälzung der Produktionsprozesse (»Rationalisierung«) sowie durch die Einbeziehung bislang nicht kapitalistisch durchdrungener gesellschaftlicher Sektoren (z.B. Land- und Hauswirtschaft) in den unmittelbaren Kapitalverwertungsprozess (»Kommodifizierung«, »Innere Landnahme«).(Hirsch, 2005, S. 174 f) Es ist jedoch zu bedenken, dass »äußere« und »innere« Expansion letztlich nicht einfach voneinander abgegrenzt werden können. Dies gilt besonders für den Bereich der Computernetzwerke (Internet) und die in sie eingebundenen Programme und digitalisierten Produkte. Handelt es sich hierbei doch um einen Bereich, der nur schwer abzugrenzen und

zu kontrollieren ist. Für die Nationalstaaten und die »Global Player« des postfordistischen Kapitalismus hat das Internet (derzeit noch) ähnliche Eigenschaften wie »Neue und unbekannte Welten« [vgl. die Fernsehserie »Star Trek«] im Universum.

8 Die Eroberung »neuer Welten« mit Patenten und Urheberrecht

Der Computer als Universalmaschine zur Herstellung und - grundsätzlich nicht beschränkten – Verteilung digitalisierbarer Güter (Produkte) eröffnet dem Kapital neue Welten, die zu erschließen und für die Kapitalverwertung geeignet zu machen sind. Das global agierende Kapital sieht dies als dringliche Aufgabe. Die besondere Eigenschaft des Computers, Kopien von Daten in unbeschränkter Anzahl, bei ganz geringen Kosten und in gleicher Qualität wie das Original herstellen und verteilen zu können ist Chance und Bedrohung für das Kapital zugleich. Zunächst war das Urheberrecht / Copyright und das verwendete, frei verfügbare öffentliche Wissen (Gemeineigentum an Immaterialgütern), die Grundlage für den Erfolg der Software-Industrie bis zu Beginn der 90 er Jahre des letzten Jahrhunderts. Die explosionsartige Ausdehnung des Internet eröffnete dem Kapital einen theoretisch riesigen Markt, vorausgesetzt es gelingt, diesen Markt so zuzurichten, dass Produkte mit digitalisierbarem Inhalt als Waren auch über das Internet verkauft werden können. Diese Waren müssen deshalb eine Form bekommen, die die Besitzübertragung – vermittelt durch Geld - sicherstellt. Darüber hinaus müssen die einzelnen Kapitale versuchen sich Vorteile gegenüber der Konkurrenz, tendenziell monopolartige Marktmacht, zu sichern. Der »immaterielle« Charakter von Software und digitalen Produkten erzeugt in diesem Zusammenhang den Zwang, Immaterialgüter (Wissen) patentierbar zu machen um sie im Machtkampf um Markt und Profit einsetzen zu können. Es zeigt sich, dass Gemeineigentum / Allmende, Immaterialgüter, Privatsphäre nur solange vor dem Zugriff des kapitalistischen Verwertungsinteresses geschützt sind, als sie bedeutungslos oder nicht profitabel verwertbar erscheinen. Wenn das kapitalistische Verwertungsinteresse erst einmal geweckt ist, werden alle Argumente die Gemeineigentum, öffentliche Güter, Wissen vor privater und ausschließender Verwertung schützen wollen vom Tisch gewischt. Notfalls mit Bestechung, Erpressung oder Gewalt.

9 Copyright und Lizenz

Copyright (c) 2005 Frieder Hirsch

Permission is granted to copy, distribute and/or modify this document under the terms of the GNU Free Documentation License, Version 1.2 or any later version published by the Free Software Foundation; with no Invariant Sections, with no Front-Cover Texts, and

with no Back Cover Texts. A copy of the license is included in the section entitled „GNU Free Documentation License“.

Deutsche Übersetzung (nicht autorisiert):

Das kopieren, verbreiten und / oder bearbeiten dieses Dokuments ist unter den Bedingungen der GNU Free Documentation License, Version 1.2, oder einer neueren Version, veröffentlicht von der Free Software Foundation, erlaubt. Es gibt keine unveränderlichen Abschnitte, keinen vorderen Umschlagtext und keinen hinteren Umschlagtext. Eine Kopie der Lizenz ist in dem mit „GNU Free Documentation License“ bezeichneten Abschnitt enthalten.

9.1 GNU Free Documentation License

Eine Kopie des Lizenztextes finden Sie bei <http://www.gnu.org/licenses/fdl> oder bei <http://www.cerocos.de>.

Literatur

[EU-Kommission-Richtlinie 2005]

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Patentierbarkeit computerimplementierter Erfindungen. Version: 2005. http://europa.eu.int/comm/internal_market/en/indprop/comp/com02-92de.pdf. – Online-Ressource. – zuletzt besucht: 01.04.2005

[Free-Software-Foundation 1991]

FREE-SOFTWARE-FOUNDATION: General Public License Version 2, June 1991. Version: 1991. <http://www.gnu.org/licenses/gpl>. – Online-Ressource. – zuletzt besucht: 01.01.2005

[Gerwinski 2002]

GERWINSKI, Markus: Die Gedanken sind frei? Nein: patentiert! - Software Patente gefährden freie Software. Version: 2002. <http://www.pl-berichte.de/edit/nov2002a.html>. Pro-Linux. – HTML. – zuletzt besucht: 07.11.2005

[Gerwinski 2005]

GERWINSKI, Peter: Die Gedanken sind frei? Nein: patentiert! - Software Patente gefährden freie Software. Version: 2005. <http://patinfo.ffii.org/freie-software.de.html>. Peter Gerwinski. – HTML. – zuletzt besucht: 07.11.2005

[Grassmuck 2002]

GRASSMUCK, Volker: Freie Software - Zwischen Privat- und Gemeineigentum. ISBN 389331-435-6 : Bundeszentrale für Politische Bildung, 2002

[Hirsch 2005]

HIRSCH, Joachim: Materialistische Staatstheorie - Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems. Hamburg : VSA-Verlag, 2005

[Knight 2005]

KNIGHT, Andrew F.: United States Patent Application 20050244804 - Process of relaying a story having a unique plot. Version: 2005. [http://appft1.uspto.gov/netacgi/nph-Parser?Sect1=PTO2&Sect2=HITOFF&u=/netahtml/PTO/searchadv.html&r=1&f=G&l=50&d=G01&p=1&S1=\(knight%20AND%20andrew\)](http://appft1.uspto.gov/netacgi/nph-Parser?Sect1=PTO2&Sect2=HITOFF&u=/netahtml/PTO/searchadv.html&r=1&f=G&l=50&d=G01&p=1&S1=(knight%20AND%20andrew)). US Patent Office. – Online-Ressource. – zuletzt besucht: 06.11.2005

[Krempf 2005]

KREMPF, Stefan: Der Kampf um Softwarepatente - Open Source im Auge des Sturms. Version: 2005. http://www.opensource-jahrbuch.de/2005/pdfs/OpenSourceJahrbuch2005_online.pdf. In: MATTHIAS BÄRWOLF, Bernd L. (Hrsg.): Open Source Jahrbuch 2005 – Zwischen Softwareentwicklung und Geschäftsmodell. – Online-Ressource. – zuletzt besucht: 29.04.2005

[Kristian Köhntopp 2000]

KRISTIAN KÖHNTOPP, Andreas P.: Sicherheit durch Open Source? - Chancen und Risiken. Version: 2000. http://marit.koehntopp.de/publikationen/opensource/KoeKP_00SicherheitOpenSource.pdf. – Online-Ressource. – zuletzt besucht: 15.04..2005

[Letschert 2004]

LETSCHERT, Philipp: Auswirkungen von Softwarepatenten auf Forschung und Lehre an Universitäten und Schulen. Version: 2004. <http://www.uni-koblenz.de/~phil/index.orig.de.html>. – Online-Ressource. – zuletzt besucht: 06.11.2005

[Luther 2005]

LUTHER, Katja: Von Lizenzen und Patenten. Version: 2005. http://www.opensourcejahrbuch.de/2005/pdfs/OpenSourceJahrbuch2005_online.pdf. In: MATTHIAS BÄRWOLF, Bernd L. (Hrsg.): Open Source Jahrbuch 2005. – Online-Ressource

[Meretz 2000]

MERETZ, Stefan: Freie Software - Ideen für eine andere Gesellschaft. Neu Ulm : AG SPAK Publikationen, 2000

[Müller 2005a]

MÜLLER, Florian: Die Gedanken. Version: 2005. <http://www.nosoftwarepatents.com/de/m/basics/thoughts.html>. www.nosoftwarepatents.com. – Online-Ressource. – zuletzt besucht 31.10.2005

[Müller 2005b]

MÜLLER, Florian: Die Gefahren. Version: 2005. <http://www.nosoftwarepatents.com/de/m/dangers/index.html>. – Online-Ressource. – zuletzt besucht 31.10.2005

[PatinfoFFIIorg-2: 2005]

Beispiele für Software-Patente. Version: 2005. <http://patinfo.ffii.org/patentet.de.html>. – Online-Ressource. – zuletzt besucht 06.11.2005

[Sakowski 2005]

SAKOWSKI, Klaus: Urheberrecht II Rechtliche Grundlagen. Version: 2005. <http://www.sakowski.de/urheber2.html> (Juristische Lehrmaterialien). – Online-Ressource. – zuletzt besucht: 10.07.2005

[Stallman 2000]

STALLMAN, Richard: The Anatomy of a Trivial Patent. Version: 2000. http://linuxtoday.com/news_story.php3?tsn=2000-05-26-004-04-OP-LF. – Online-Ressource. – zuletzt besucht: 20.10.2005

[Stallman 2005]

STALLMAN, Richard M.: Microsoft's New Monopoly. Version: 2005. <http://www.fsf.org/licensing/essays/microsoft-new-monopoly.html>. Free Software Foundation. – HTML. – zuletzt besucht: 07.11.2005

„Rote“ und „Grüne“ Gentechnik

Gemeinsame Wurzeln, gemeinsame Ziele

Klaus Pedersen

(Texte aus der Powerpoint-Präsentation)

www.buko.info/kongress/buko28/materialien/doku.html

1901 – Edward Alsworth Ross:

Grundaussagen:

- Klassenkonflikt + Ungleichheit sind unumgänglich
- Gefühle, Ideen, Verhalten modifizieren, um sie mit der (herrschenden) Gesellschaft in Einklang zu bringen
- „Sozialisierung“ wird zum Schlagwort

Ross' Buch fällt in eine Zeit massiver Einwanderung und damit verbundener sozialer Instabilität in den USA

1904: Cold Spring Harbour (Carnegie-finanziert) wird zum Eugenik-Zentrum der USA

„Die Kapitäne der Wirtschaft, insbesondere Carnegie und die Rockefeller standen der Förderung der Grundlagenforschung aufgeschlossen gegenüber, aber nicht zum Selbstzweck, sondern als Investition in soziale Reformen.“ (L.E. Kay, 1993)

Rockefeller-Stiftung - kein eigenes Eugenik-Programm, aber kontinuierliche Co-Finanzierung (Arbeitsteilung mit Carnegie)

1910-1920: Carnegie- & Rockefeller-Stiftungen = hegemonialer Einfluss auf Bildung und Forschung in den USA

Seit den späten 20er Jahren:

Eugenik – wissenschaftlich diskreditiert (aber noch in den 30er Jahren in Lehrbüchern von US-Schulen und –Hochschulen)

30er Jahre:

Drang, der Eliten „atavistische soziale Reaktionen“ zu kontrollieren – Rockefeller-Stiftung fördert fortan ausschließlich „Human Sciences“ Programme

April 1933: Rockefeller-Stiftung inauguriert des strategischen Biologieprogramms „Science of Man“, mit der programmatischen Frage: „Can we develop so sound and extensive a genetics that we can hope to breed, in

the future, superior men?“

1938: Der Begriff „Molekularbiologie“ wird geprägt (von Warren Weaver, Direktor der Naturwissenschaftlichen Abteilung der Rockefeller-Stiftung)

„Er und seine Kollegen sahen in dem Programm die sicherste Basis zum Verständnis des menschlichen Körpers und seiner Psyche – und den ultimativen Weg zu einer rationalen sozialen Kontrolle.“ (L.E. Kay, 1993)

1950: Rockefeller-Stiftung schließt das Molekularbiologie-Programm

Life Science-Forschung erfolgte in der Nachkriegszeit stärker dezentralisiert, aber - laut L.E. Kay - „bemerkenswerte Linien der Kontinuität“

1963: Hochkarätige Konferenz der Ciba-Foundation

u.a. vertreten 4 Nobelpreisträger eindeutig eugenische Positionen (L. Pauling, F. Crick, J. Lederberg, H.J. Muller)

L.E. Kay's Schlussfolgerung:

„Molekularbiologie war an einem Auftrag orientierte Grundlagenforschung.“

1972: unter Nixon Bildung der Kommission „Bevölkerung und die amerikanische Zukunft“

Kommissionsvorsitzender John D. Rockefeller III

April 1974: NSSM 200 (National Security Study Memorandum 200) [Henry Kissinger]

NSSM 200: bis 1989 geheim; bis zur Amtszeit Bush jur. offiziell gültige, heute de facto gültige Richtlinie

NSSM 200:

„Hungrige Menschen hören nur auf solche, die ein Stück Brot haben. Nahrungsmittel sind ein Instrument. Sie sind eine Waffe im diplomatischen Arsenal der USA.“ (Earl Butz, U.S.-Ldw.-Minister zu Zeiten Kissinger's)

NSSM 200:

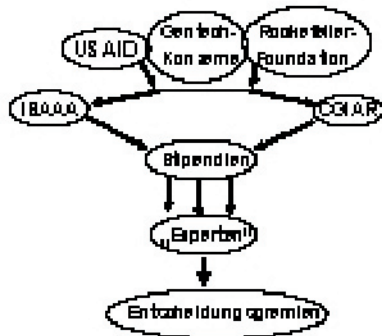
Bevölkerungswachstum in rohstoffreichen Ländern von strategischer Bedeutung – Sicherheitsproblem höchster Priorität

USA, IMF, WB – Kredite und Nahrungsmittelhilfe an Maßnahmen zur Kontrolle des Bevölkerungswachstums gebunden.

NSSM 200 gestern – Gentech-Pflanzen heute?

- Zur Zeit werden 70% aller genmanipulierten Pflanzen in den USA angebaut

- Hausaufgabe Nr. 1: genmanipuliertes Saatgut den Ländern des Südens aufzwingen
- Hausaufgabe Nr. 2: Verwendung genmanipulierten Saatguts strikt kontrollieren



„Terminator“-Technologie

- Gentechnische Sterilisierung von Saatgut
- Entwicklung unter Beteiligung der Rockefeller-Stiftung (N.B: über 100 Mio US\$ in den letzten 10 Jahren in Pflanzen-Biotech)
- 1998: „Terminator“ wird von Monsanto gepriesen
- 1999: Monsanto (und Syngenta) erklären „Terminator“-Moratorium (nach direkter Intervention durch Rockefeller-Stiftung)
- April 2003: „Terminator“ taucht wieder auf – kommerzielle Einführung in 3-4 Jahren möglich
- UN-Meeting Februar 2005 in Bangkok: Kanada, assistiert von Australien und Neuseeland

Alles Theorie ??

- Große Tetanus-Impfkampagnen der WHO in Mexiko und Philippinen in den 90er Jahren
- Von WHO bestätigt: Tetanus-Impfung wurde nur bei Frauen im Alter von 15-45 Jahren durchgeführt
- Impfstoff enthielt hCG (human Chorionic Gonadotropin), das in Kombination mit dem Tetanus-Impfstoff Antikörper gegen hCG bildete
- Die Kombination aus Impfstoff und Schwangerschaftsunterbrecher basiert auf 20 Jahren Entwicklungsarbeit, finanziert von WHO, Rockefeller-Stiftung, Ford-Stiftung, Weltbank u.a.

Querschnitt: AG „Ressourcenpolitik“

Erika Feyerabend

In dieser Arbeitsgruppen wollen wir uns kritisch mit der Kritik an der Patentierung von „Genen“ und zugehörigen Manipulationsverfahren auseinander setzen. Es geht dabei nicht um Diffamierung existierender politischer Bemühungen und Bewegungen, sondern darum die gängigen politischen Sprech- und Handlungsweisen auf ihren gesellschafts- und wissenschaftskritischen Gehalt hin zu prüfen. In Kampagnen dominiert schnell das politisch Machbare. Eine grundsätzliche Kritik an den Eigentumsverhältnissen und symbolischen Ordnungen bleibt dabei schnell auf der Strecke.

Erika wird sich mit den hiesigen Argumentationen der Patent-KritikerInnen beschäftigen und nachfragen, ob nicht auch diese Praxis das „Gen-Konzept“ bestärkt und eine kulturelle Neudefinition von „Natur“ und „Körper“ befördert, die geradezu notwendig ist, um kapitalistische Produktionsprozesse und entsprechende, soziale Arbeitsteilungen auch in diese Regionen zu tragen.

Uta wird sich mit den verschiedenen Modellen auseinandersetzen, die Zugriffe auf „Gene“ aller Art und Körperbestandteile einschließlich medizinischer Daten legitimieren – manche meinen auch zügeln – sollen.

Gregor wird die Patentierung im Nord-Süd-Kontext sowie die Kampagnen zur Biopiraterie vorstellen. Die Perspektive hier: Wirkung dieser internationalen Eigentumsordnung auf indigene Bevölkerungen einerseits, und die politischen Antworten nationaler Regierungen des Südens andererseits.

Problematisierung der Argumentation gegen Patente:

- Sind „Gene“ tatsächlich „Entdeckungen“? Erst ein epochen- und gesellschaftsgebundener Konsens in der Scientific Community führte zur Konstruktion des „Gens“. Bakterien, Pflanzen, Tiere, Menschen werden seither als molekulargenetisches „Leben“ verstanden, das sich in Anzahl und Kombination von Gen-Abfolgen unterscheidet. Was heute im System der Medizin oder Forschung „reales“ oder „wahres“ Wissen ist, das wohnt nicht den Körpern inne, sondern ist „nichts weiter als ein Indikator für erfolgreiche Konsistenzprüfung im System“ der Wissenschaft. Mittlerweile ist die DNA auch eine „populäre Tatsache“ geworden. Sie beherrscht die Wahrnehmungen und Vorstellungen, die individuell wie gesellschaftlich die Konzepte „Natur“

und „Körper“ inklusive „Gesundheit“, „Krankheit“, „Risiko“ bestimmen. Dieses Molekül ist zusätzlich auf den verschiedensten Ebenen Objekt juristischer und gesellschaftlicher Regulierung. Das „Gen“ ist zu einer Art Weltanschauung geworden.

- Paul Rabinow schreibt treffend dazu: „Im Gefolge der Risikokapitalisten, der Biotech-Start-Ups und der multinationalen Pharmaunternehmen sind heute ... mehr und mehr Menschen davon überzeugt, das sie (und ihre Haustiere und ihre Pflanzen und ihre Nahrungsmittel) ein Genom haben“. Diese enthalten, so wird geglaubt, wertvolle Daten, die Wahrheiten offenbaren über den Menschen, seine Haustiere und Pflanzen. Und immer mehr Menschen sehen sich dazu veranlasst, zu glauben, dass ihr Genom Informationen enthält, die ihnen besitzrechtlich zustehen. Sie sehen sich in ihrer individuellen – oder kollektiven – Identität nicht nur verletzt, sondern fühlen sich ihrer regelrecht beraubt. Sowohl multinationale Unternehmen als auch NRGs ... arbeiten darauf hin, diese Sicht des Körpers, des Selbst, des Eigentums und der Wahrheit fest zu etablieren.“ (Paul Rabinow: Anthropologie der Vernunft, Frankfurt/M. 2004, 43) Diese Sicht ist notwendig, um die zuvor verbindlichen Grenzen für die kapitalistische Umgestaltung in den Territorien „Körper“ und „Natur“ einzureißen. Die argumentative Unterscheidung zwischen „Erfindung“ und „Entdeckung“ negiert geradezu den historischen und kulturellen Konstruktionscharakter dieses modernen Objekts „Gen“. Das „Gen“ als „wahre Tatsache“ macht aber erst jene bioindustriellen Produktionen und sozialen Arbeitsteilungen möglich, die in der Patent-Debatte kritisiert werden. Zeitgleich wird eine klare Grenze zwischen „Natur“ und „Kultur“ beschworen, die es gerade wegen dieser Produktionen nicht mehr verlässlich gibt.
- „Der Mensch“ als abstraktes Ideal – vor allem als vernunftbegabter Bürger, aber auch als Träger von Arbeitskraft und heute eben als Träger von kapitalisierbarer Substanz – ist ein ebenso problematischer Begriff wie „das Leben“. Menschen im Plural existieren, sind Frauen, Männer, arm, reich, usw. „Der Mensch“ ist – wie das „Leben“ ein ideologischer Begriff, der durchaus wirksam sein kann - und das Verhältnis zu sich selbst und zur Welt bestimmt. Aber: Auch hier gibt es keine ewige, „natürliche“, überhistorische Wahrheit. „Der Mensch“ ist ständig im Werden. War noch vor 50 Jahren eine Fragmentierung des „Menschen“ in verwertbare Körpersubstanzen nicht denkbar, so ist diese Praxis mittlerweile üblich. Die konzeptionelle Einheit von Körper und Person ist zerfallen. Körpersubstanzen kommerziellen Zwecken zuzuführen bereitet noch

Schwierigkeiten. Doch wann und unter welchen sozialen Umständen kann von Kommerzialisierung gesprochen werden? Erst wenn Organe gehandelt und privat vermarktet werden? Erst wenn Körpersubstanzen zum Rohstoff oder Produktionsagenten internationaler Konzerne werden? Worin unterscheidet sich eigentlich die Praxis der Körpervermarktung von der Ausbeutung der Arbeitskraft und Lebenszeit unter üblichen Produktionsbedingungen? Sicherlich gibt es unter biopolitischen Verhältnissen neue Formen der Ausbeutung und des Warenverkehrs, die kenntlich gemacht werden können und sollten. Doch kommerziell war die Welt auch schon vor der Patentierung von Genen und vor dem Organhandel. Die Ausbeutung von Arbeitskraft und von Körpersubstanzen gehören der gleichen Ordnung an.

- Wann beginnt die Kommerzialisierung? Liegen Grundlagenforschungen von staatlichen Institutionen außerhalb der Verwertungszone? Das Argument von „Patenten als Forschungshindernis“ legt diese Sicht nahe. Die Genomforschung ist ein Unternehmen, das Wissenschaft, Technik, Natur, Kultur, Recht, Politik und Ökonomie umfaßt und die Kategorie des „Lebens“ modernisiert. Das ist aber kein rein universitär-akademischer Prozess, es bilden sich zeitgleich neue Wirtschaftszweige heraus. Auch in Universitäten entstandenes Wissen lässt sich vermarkten. Die Logiken von universitären Karrieren und Wissenszugewinnen einerseits und unternehmerischen Managerlaufbahnen sowie Vermarktungsambitionen andererseits, lassen sich gar nicht mehr von einander trennen. „gute, akzeptable“ Nutzung zielt die Rede vom Forschungshindernis „Patent“?
- Auch wenn das „Genom nicht privates Eigentum, sondern bei vielen KritikerInnen des Patentrechts als „Erbe der Menschheit“ bezeichnet wird, die Eigentumslogik wird auch durch diese Argumentationsfigur bestärkt. Der Begriff des „Erbes“ jedenfalls ist dort zu Hause. Der Unterschied: Es gibt nicht einen, sondern viele Patenhalter. Das Kollektivsubjekt „Menschheit“ wird durch Staat und Gesetz repräsentiert. Die Individuen haben/sollen sich im Namen der „Menschheit“ einer staatlich betriebenen Biopolitik zu unterstellen. Also: Für das „Gemeinwohl“, die „öffentliche Gesundheit“, die „zukünftigen Generationen“ kann und soll uneingeschränkt geforscht werden dürfen – auch wenn beispielsweise die Forschungsziele auf eugenische Bevölkerungsplanungen hinaus laufen?
- Was eigentlich repräsentiert ein „Gen“ oder eine

„Zellinie“? Den ganzen Körper? Die Person? Beide Objekte sind in artifiziellen Laborlandschaften entstanden, mittels technischer Verfahren sichtbar gemacht und manipuliert worden. Es ist ein langer Weg, der vom Patienten zur fabrizierten Zelllinie führt. Die Unterscheidung zwischen einem „Gen“ im Körper/oder Lebewesen, einem „Gen“ außerhalb des Körpers und einem technisch veränderten „Gen“ spielt eine Rolle in der Debatte. „Stoffpatente“ werden kritisiert. Sie machen ein isoliertes Gen eigentumsfähig. Verfahren zur Manipulation solcher Objekte sollen aber durchaus eigentumsrechtlich geschützt werden dürfen, einschließlich der daraus hergestellten Produkte, beispielsweise Medikamente. Gibt es nicht bessere Argumente, als die bestehende Eigentums- und Marktordnung beispielsweise im Pharmasektor zu bemühen, um den neuen Raum der Gen-Patente zurückzuweisen?

- Mit der besonderen Qualität von „Embryonen“ und Keimzellen ist lange Politik betrieben worden – gegen Frauen und für bevölkerungspolitische Planungen. Was macht diese Zellen so besonders? Es werden ja Kampagnen gegen die Patentierung von „menschlichen Embryonen“ oder embryonalen Zelllinien beispielsweise – und erfolgreich - von Greenpeace initiiert, die den besonderen „Wert“ dieser Zellen betonen. Auch hier ist die Frage: Liegt das Problem in der Qualität der embryonalen Substanz, oder in den Zielsetzungen und sozialen Konsequenzen der Forschung?

Podium Ressourcenpolitik

Uta Wagemann

Für die biomedizinische Forschung ist der Zugriff auf den Körper, auf Blut, Gewebe, Zellen und DNA essentiell. Das menschliche Genom ist „entschlüsselt“, nun geht es um die Korrelation genetischer Merkmale mit Eigenschaften und Symptomen. Seit Jahren wird intensiv nach den genetischen Grundlagen der so genannten multifaktoriellen Erkrankungen gefahndet, und vielen Krankheiten und Krankheitsrisiken wurden bereits Genveränderungen zugeordnet. Was die Genforschung jetzt braucht, sind bevölkerungsweite Studien. Dabei geht es darum

1. die statistischen Annahmen über Häufigkeit und Verteilung genetischer Veränderungen in der Bevölkerung zu überprüfen
2. sie mit Krankheiten zu korrelieren, um damit
3. Erkrankungsrisiken möglichst genau berechnen zu können
4. das Verhältnis zwischen genetischen und anderen, nicht-genetischen Faktoren (Umwelt, Ernährung, Lebensstil) in Bezug auf den Krankheitsausbruch zu untersuchen
5. Möglichkeiten der Prävention von Erkrankungen zu eroieren und
6. Medikamente zu entwickeln, die den verschiedenen Genotypen entsprechen.

Deshalb werden in den letzten Jahren immer mehr Biobankprojekte aufgebaut. 1998 machte Island den Anfang mit dem Aufbau einer bevölkerungsweiten DNA-Bank; 2000 folgten Estland und eine Region in Schweden, und in Großbritannien befindet sich seit drei Jahren eine nationale Biobank in Vorbereitung. Dort will man im Unterschied zu Island und Estland nicht nur Gewebeproben, sondern auch Daten zu Lebensführung, Ernährungsgewohnheiten, psychischen Problemen etc. sammeln. Es geht darum, alles, was irgendwie mit Krankheiten in Zusammenhang stehen könnte, möglichst umfangreich auszuleuchten.

Auch hierzulande ist vor zwei Jahren ein großes Biobankprojekt gestartet. In den ländlichen Regionen im Norden von Schleswig-Holstein sollen Blutproben und Daten zur Lebensstil und Ähnlichem von insgesamt 25.000 Menschen gesammelt werden. „Rekrutiert“ – so heißt das in der Sprache der biomedizinischen Forschung – werden die Teilnehmenden über die niedergelassenen Ärzte und die Krankenhäuser. „Popgen“ ist natürlich nur „der Gesundheit“ verpflichtet. Und selbstverständlich ist die Teilnahme, wie auch in den anderen Biobankprojekten freiwillig. Der freie Wille, die selbstbestimmte informierte Entscheidung – das sind Schlüsselbegriffe des biomedizinischen Zugriffs auf den Körper in den Industrieländern. Sie sind vor allem strategische, die Realität verschleiernde

Begriffe, Die Forschung braucht die Körpersubstanzen, Forschungs- und Gesundheitspolitik brauchen die Forschung, und so werden viele verschiedene Register gezogen, um an die begehrten Körpersubstanzen zu gelangen.

Sozialpflichtigkeit „Ich helfe, wo ich helfen kann.“ Das ist die Überschrift des Flyers, mit dem das Biobankprojekt Popgen für Teilnahme wirbt. „Ich helfe, weil ich weiß, wie wichtig es ist“, „ich helfe, weil ein gesundes Leben noch schöner ist“, „ich helfe, weil ich das Leben liebe“, „ich helfe, damit meine Kinder gesund bleiben“ – Blutprobe und Angaben über das eigene Leben, um beizutragen zur Gesundheit der Allgemeinheit. Wer kann sich dem schon entziehen, insbesondere als Patient?

(In Estland wird das nationale Biobankprojekt mit dem Slogan beworben: „Auch wir haben unser Nokia.“ – Biobankprojekt als gemeinsame Anstrengung, um ökonomisch auf die Beine zu kommen...)

Bonussysteme: In Großbritannien ist es bereits jetzt gängige Praxis, dass Frauen, die bereit sind, Eizellen für die Forschung zu spenden, auf den im britischen öffentlichen Gesundheitssystem in der Regel ellenlangen Wartelisten für eine Behandlung oder Operation nach oben rücken. (In UK wird intensiv mit embryonalen Stammzellen experimentiert, der Bedarf an Eizellen ist groß.) Kritiker der UK-Biobank gehen davon aus, dass dieses System auch für die „Rekrutierung“ von Teilnehmern am Biobankprojekt eingesetzt werden wird.

Begriffsveränderungen im „ethischen Diskurs“

„Informed consent“: die nach Aufklärung über Risiken, mögliche Komplikationen und Folgen der Teilnahme an einem Forschungsprojekt gegebene Zustimmung

- ist seit den Tagen der Menschenexperimente im NS international standardisierte Voraussetzung für die Teilnahme an einem Forschungsprojekt: Weltärztebund, andere Organisationen
- Bezugspunkt sind „illegale“ Praktiken der Materialbeschaffung (Stichwort Biopiraterie am Genom indigener Gruppen)
- wird in den letzten Jahren zunehmend in Frage gestellt, und zwar im Zusammenhang mit der Sammlung von Körpermaterialien für die Forschung

„blanked consent“: allgemeine Zustimmung zur Verwendung der Körpersubstanzen für Forschungsprojekte

- Argument: Spende von Körpersubstanzen für Biobanken setzt Teilnehmer keinen gesundheitlichen Risiken aus; außerdem sei es logistisch nicht zu bewältigen, für jedes Forschungsprojekt alle Spender aufzuklären und um Zustimmung zu bitten
- aktuell beispielsweise im Gendiagnostik-Gesetzentwurf

Die Frage, die sich stellt: Was können wir dem Forschungsmarkt, dem Zugriff auf den Körper als Ressource für die Bewirtschaftung und Verwaltung von Bevölkerungen, entgegen setzen?

Wenn Leben zur Ressource wird

Der Wettlauf um die Gene

Gregor Kaiser

(Artikel aus der ILA Nr. 263, März 2003, S. 4-5)

Konflikte um Naturressourcen sind nichts Neues im 21. Jahrhundert. Neu ist jedoch die Qualität, die seit ca. 20 Jahren mit der Aneignung von Natur verbunden ist. Die indische Umweltaktivistin Vandana Shiva beschreibt diesen Prozess als Kolonialisierung der Innenräume von Lebewesen durch Gen- und Biotechnologie mit Hilfe des westlichen Systems geistiger Eigentumsrechte (z.B. Patente, aber auch Sortenschutz). Zwar dient Kolonisierung immer bestimmten Interessen, aber nicht „dem“ Interesse des Kapitals. Auch zwischen den kapitalistischen Akteuren sind diese Prozesse z. T. umstritten.

In den letzten Jahren vollziehen sich fundamentale Veränderungen in der Art und Weise des gesellschaftlichen Zusammenlebens, die oft als Übergang vom „modernen“ zum „postmodernen“ Kapitalismus beschrieben werden. Diese Entwicklung lässt sich auf verschiedenen Ebenen nachvollziehen, ihre grundlegenden Wirkungsmechanismen können jedoch besonders gut an der Veränderung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse aufgezeigt werden. Dieser Erklärungsansatz stammt aus der Soziologie und geht davon aus, dass die Wahrnehmung der Natur immer von den jeweils gesellschaftlich und historisch vorliegenden Sichtweisen und Interpretationen abhängt. Für die Bearbeitung und Analyse von Umweltveränderungen und Umweltproblemen wird eine Integration ökologischer, sozioökonomischer, kultureller und politischer Herangehensweisen verlangt.

Im modernen Kapitalismus wird „Natur“ als externe, materielle Ressource ausgebeutet. Damit ist die Ausbeutung klassischer Rohstoffe wie Öl, Erze, Kohle gemeint, aber auch der menschlichen Arbeitskraft. Eine extensive Zerstörung von Mensch und Natur war und ist die Folge. Im postmodernen Kapitalismus findet nun eine neue Form von Aneignung und Ausbeutung statt. Ermöglicht durch Gen- und Biotechnologie und gestützt auf die Informationstechnologien werden Ressourcen entdeckt, die vormals nicht zur Verfügung standen. „Ressource“ ist dabei kein unschuldiges Wort. Oft müssen Ressourcen im wahrsten Sinne erst erfunden werden; Pflanzen, Tiere, Mineralien ebenso wie ihre Teile sind in ihrer Unmittelbarkeit eigenständig. Wir können sie beobachten, manipulieren, als Objekt behandeln oder in ihrer Eigenständigkeit belassen, aber sie bestehen aus sich selbst heraus. Um Ressour-

ce zu werden, dürfen sie nicht als sie selbst betrachtet werden, sondern sie werden neu definiert als etwas ausschließlich auf das Verwertungsinteresse Dritter Bezogenes, eben als „Ressource“: Gensequenzen oder Proteinstrukturen bekommen so erst ein ökonomisches Potential und werden wortwörtlich in Wert gesetzt.

Solche Ressourcen haben eine neue Qualität. Sie sind nicht mehr extern, denn zum einen haben wir alle unser persönliches Genom, das potentiell interessant für die Wirtschaft (aber auch für den Staat) ist. Zum anderen macht sie schon ihre reine Definition zu einem Teil unseres Handelns und Manipulierens. Und sie sind immateriell: Sind die Gene einer Pflanze erst identifiziert und isoliert, ist die Pflanze selbst nicht mehr von Interesse. Die Gewinnung weiterer Genabschnitte erfolgt nicht mehr aus der Pflanze selbst, sondern vielmehr im Labor durch Vermehrung des nützlichen Abschnitts in einem Produktionsorganismus (wie z.B. einem Bakterium). Durch diese Methode lässt sich dann der entsprechende Abschnitt beliebig häufig reproduzieren, ohne dass auf die Ausgangspflanze zurückgegriffen werden muss. Solange allerdings noch nicht alle potentiell vermarktungsfähigen Gensequenzen analysiert wurden, muss die Natur geschützt werden, der Verlust der biologischen Vielfalt käme sonst einem Verlust an potentiellen Geldquellen gleich. Grob vereinfacht lässt sich sagen, dass die Technik bisher auch bei der Entwicklung von Hochleistungssorten noch auf das Einkreuzen von ursprünglichen Pflanzen angewiesen ist. Diese können aber nur in der freien Natur gehalten werden, möglichst am Ort ihrer ursprünglichen Entwicklung (in situ). Dort ist die Artenvielfalt und die Anpassung an Umweltgegebenheiten am weitesten entwickelt und damit die größte Differenzierung erreicht. Schon an anderen Standorten (ex situ) geht davon einiges verloren, in Genbanken findet gar keine evolutive Anpassung an veränderte Umweltbedingungen mehr statt. So müssen diese traditionellen Sorten und Standorte (Diversifizitätszentren) weiterhin geschützt werden.

So gibt es also zwei Umgangsweisen mit Natur. Die eine, die Natur unmittelbar ausbeutende, ist verantwortlich für die zunehmende Naturzerstörung. Die andere, mehr die Natur durchdringende, beruht eher auf einer nachhaltigen Bewirtschaftung der Natur. Die gesellschaftspolitischen Konsequenzen sind bisher mehr oder weniger unbekannt, aber es lässt sich erahnen, dass es nicht folgenlos bleiben kann, wenn wir dazu übergehen, das Ganze der Natur nicht nur als gestaltbar zu begreifen – die Tatsache, dass bei praktisch allen gentechnischen Experimenten anderes herauskommt als erwartet, zeigt ein wenig von den katastrophalen Möglichkeiten. Der Zugriff auf alles Leben als Material technischer Gestaltung nimmt aber auch eigenständigen Entscheidungen von Individuen und Gruppen, sich nicht vergegenständlichen zu lassen, zunehmend die reale Basis.

Die postmoderne Betrachtungsweise normalisiert und verallgemeinert den Gedanken der Inwertsetzung von Mensch und Natur. Alles kann Wert haben und zur Ware werden, von Stücken des eigenen oder fremden Körpers bis zur Leiche, unentdeckten pflanzlichen Inhaltsstoffen bis zum Wissen um ihren Standort. So wird jetzt auch der Wert von indigenem oder traditionellem Wissen gesehen. Dabei handelt es sich um Wissen, das in den Köpfen von einzelnen Personen (Schamanen oder HeilerInnen) über externe Objekte (Pflanzen, Tiere) existiert und in bestimmte kulturelle oder gesellschaftliche Kontexte eingebettet ist. Natur und lokale Gemeinschaften werden als Quelle und Produzenten von Wert gesehen und nicht als Menschen, Pflanzen oder Tiere mit ihren kontextabhängigen Wechselbeziehungen.

Der in verschiedenen Artikeln dieser Ausgabe auftauchende Begriff der Biopiraterie bezeichnet den Vorgang der Aneignung dieser neu definierten Werte. Er ist somit ein Kampfbegriff sozialer Bewegungen, um auf eben diesen Diskurs von Inwertsetzung und folgender Aneignung der Natur durch dominante Akteure (Konzerne, Universitäten, nationale und internationale Forschungszentren) aufmerksam zu machen. In seiner ursprünglichen und herrschaftskritischen Bedeutung beinhaltet er nicht nur die Ablehnung von Patenten auf Leben, sondern Patentierung wird generell abgelehnt, weil die Unterscheidung, was Leben ist, eine reine Definitionsfrage ist. Schließlich entstehen Definitionen nicht im luftleeren Raum, sondern bewegen sich und werden entwickelt in Diskursen, also dem umfassenden gesellschaftlichen Reden von etwas. Diskurse sind herrschaftlich aufgeladen, sie begründen Verständnis von und Aneignung der Welt und sind zur Zeit von kapitalistischen Interessen dominiert. Daraus ergibt sich unser Problem betreffend eine sehr weite Definition von dem, was alles nicht Leben und somit patentierbar ist. So gibt es vor allem in den Rechtswissenschaften Diskussionen, was denn überhaupt ein Mikroorganismus sei – denn für diese schreibt das WTO-Recht Patentierungsmöglichkeiten zwingend vor. Obwohl biologisch definiert, wird versucht, all das als Mikroorganismus zu klassifizieren, was unterhalb der Sichtbarkeitsgrenze ist. Würde sich diese Position durchsetzen, wäre alles Leben, inklusive des Menschen, patentierbar. Die Auseinandersetzung darum, welche Diskurse geführt werden und wie sie aufgeladen sind, ist also eine eminent politische Frage.

Für soziale Bewegungen in Deutschland gibt es derzeit mindestens zwei Anknüpfungspunkte die Durchdringung der Natur und die Patentierung von Leben konkret vor Ort anzugreifen: Zum einem steht in diesem Jahr noch die Umsetzung der Europäischen Patentrichtlinie auf der Tagesordnung des Bundestages. Diese Richtlinie geht weit über die seitens der WTO geforderten Patentregelungen hinaus und erlaubt aus-

drücklich die Patentierung von Pflanzen und Tieren. Zweitens sind die seit 1998 geltenden Nachbaugebühren für wiederausgesätes Erntegut in Deutschland zu erwähnen. Sie werden in ihrer Tragweite häufig unterschätzt; sie verpflichten die Bauern und Bäuerinnen dazu, dafür zu bezahlen, dass sie selbst produziertes Getreide erneut aussäen. Ziel dieser Nachbaugebühren ist die vollständige Kapitalisierung der bäuerlichen Landwirtschaft und die Ablösung der LandwirtInnen von ihren Produktionsmitteln. Wenn Mensch Vielfalt erhalten will – Vielfalt der Pflanzen aber auch Vielfalt der Kulturtechniken – dann kann er/sie direkt vor der Haustür damit beginnen, sich den Biopiraten in den Weg zu stellen.

Wer nicht unmittelbar mit Landwirtschaft befasst oder in Kontakt dazu ist, kann immerhin einen Beitrag zur Politisierung der Probleme sowie der zugrunde liegenden Machtverhältnisse und strukturellen Rahmenbedingungen leisten.

Forum C: C wie Colonialism

Vorbereitungsgruppe Forum Colonialismus

„Wann, wenn nicht jetzt? Wo, wenn nicht in Hamburg?“ Der Vorschlag, das Thema Kolonialismus in den Mittelpunkt des nächsten Kongresses zu stellen, hat auf dem BUKO 27 in Kassel viel Zustimmung gefunden. Es ist ein Thema, das – zumindest in seiner deutschen Variante – auch in der internationalistischen Linken bisher wenig Beachtung gefunden hat.

Vor hundert Jahren begannen die großen Aufstände gegen die deutsche Kolonialherrschaft in Namibia (Herero- und Nama-Krieg ab 1904) und Tansania (Maji-Maji-Krieg ab 1905). Das sind Anlässe, sich endlich mit Deutschlands „kolonialem Erbe“, aber auch mit den europäischen kolonialen Hinterlassenschaften, auseinander zu setzen. Der Kongressort Hamburg als „Tor zur Welt“ und Kolonialmetropole des deutschen Kaiserreichs eignet sich dazu besonders gut.

In Kassel gab es aber auch Widerspruch: Der BUKO sei kein Geschichtsseminar, und das Thema Kolonialismus biete zu wenig Anknüpfungspunkte an die eigene politische Praxis. Auf dem BUKO 28 soll es nun trotzdem um Geschichte gehen, aber immer in Beziehung zu Gegenwart und Praxis. Worin liegt die Aktualität des Themas Kolonialismus? Diese Frage wird uns durch eine Reihe von Arbeitsgruppen, durch eine Ausstellung und durch zwei Buchpremierer begleiten.

Zwei AutorInnen stellen das neu erschienene Buch „Der Maji-Maji-Krieg in Deutsch-Ostafrika 1905-1907“ vor. 1905 hatten sich die Kolonisierten gegen die deutschen Besatzer erhoben. Die AutorInnen beleuchten die Ursachen und die gesellschaftlichen Bedingungen des Widerstands, den Verlauf und die langfristigen Folgen des Krieges. Mit ihnen wollen wir diskutieren, warum es heute, hundert Jahre später, bedeutsam ist, sich mit dem deutschen Kolonialismus auseinander zu setzen. Welche Diskurse und welche politischen Interessen prägen heute die Erinnerung an die koloniale Vergangenheit – in Tansania und in Deutschland? Warum werden in Hamburg heute die Denkmäler so genannter „Kolonialhelden“ wieder errichtet, während das Gedenken an die zivilen Opfer der Kolonialherrschaft keinen Platz findet?

Umverdrängte Erinnerung geht es auch in dem vom Rheinischen JournalistInnenbüro herausgegebenen Buch „Unsere Opfer zählen nicht – Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg“, das auf dem BUKO 28 in einer öffentlichen Podiumsveranstaltung vorgestellt wird.

In den zwei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg erlangten die meisten Staaten Afrikas, Asiens und der Karibik die formale Unabhängigkeit. Doch ist mit

dem Ende der Kolonien auch der Kolonialismus verschwunden? Oder begegnet uns der alte Kolonialismus heute in neuen Gewändern? Der Frage, ob der Begriff Kolonialismus noch zur Analyse heutiger Zustände taugt, wenden sich unsere Arbeitsgruppen auf unterschiedliche Weise zu.

Finden koloniale Herrschaftsverhältnisse der Vergangenheit heute ihre Fortsetzung in den europäischen Metropolen? Auf der Anticolonial Africa Conference in Berlin bezeichneten VertreterInnen afrikanischer Selbstorganisationen das deutsche System der Lagerunterbringung von Flüchtlingen und der durch die „Residenzpflicht“ eingeschränkten Bewegungsfreiheit als „kolonialistisch“ und sogar als „faschistisch“. Das hat einigen ZuhörerInnen Unbehagen bereitet. Sind Vergleiche zwischen Kolonialismus, Faschismus und heutiger „Zuwanderungspolitik“ Ausdruck einer wenig reflektierten Kampfrhetorik, oder steckt doch mehr dahinter?

Einen anderen, theoretischen Zugang zur Frage nach den Kontinuitäten und Brüchen bieten die Postcolonial Studies. Dieser in den letzten Jahren im angelsächsischen Sprachraum entstandene Forschungsansatz setzt sich mit den Spuren des Kolonialismus auseinander – allerdings weniger mit den physischen in Form von Denkmälern und Straßennamen, als mit den „Spuren des Kolonialismus im Werden und Machen von Welt, Menschen und Dingen“. (1) „Postkolonialismus“ impliziert hier, dass es zwar eine Befreiung von kolonialer Herrschaft gab, dass aber eine kulturelle, psychische und soziale Kolonialisierung in der Gegenwart weiterwirkt. Besonders deutlich werde dies im Verhältnis der (deutschen) Mehrheitsgesellschaft zu den MigrantInnen, die durch ungleiche Rechtstellung, aber auch durch rassistische Zuschreibungen in der Sprache fortwährend in eine „subalterne“ Position gedrückt werden. Eine Arbeitsgruppe wird sich mit der Frage beschäftigen, welche Bedeutung die Postcolonial Studies, die noch sehr dem universitären Milieu verhaftet sind, für eine Weiterentwicklung antirassistischer Politik spielen können.

Neben der Bezeichnung „Postkolonialismus“ erfreut sich auch der Begriff „neuer Kolonialismus“ seit einigen Jahren einer wachsenden Popularität. So fordern beispielsweise deutsche PolitologInnen einen „neuen Kolonialismus“ für Afrika, weil „die Afrikaner“ sich nicht aus eigenen Stücken aus dem Kreislauf von Bürgerkriegen, Staatszerfall und Hungerkatastrophen lösen könnten. Nicht selten mündet diese Sichtweise in die Forderung, die EU – und gerade auch Deutschland – solle eine größere Bereitschaft zeigen, sich an militärischen Interventionen auf dem afrikanischen Kontinent zu beteiligen. Hieß es noch vor einigen Jahren, Deutschland sei „relativ unbelastet“ von einer kolonialen Vergangenheit und gerade deshalb zu einem „größeren Engagement“ in Afrika berufen, ist es heute

die „besondere Schuld“, die Deutschland mit dem Völkermord an den Herero auf sich geladen habe, die zu mehr Engagement verpflichtete. Vor dem Hintergrund der kolonialen Vergangenheit wollen wir daher die aktuelle europäische und deutsche Afrikapolitik genauer unter die Lupe nehmen.

Viele GlobalisierungskritikerInnen wie etwa Martin Khor vom Third World Network in Malaysia, sagen: „Globalisierung ist, was wir in der DrittenWelt einige Jahrhunderte Kolonisierung genannt haben“. So einfach wollen wir es uns nicht machen – es hat sich schließlich einiges geändert. Aber was? Vielleicht sind wir nach dem BUKO 28 klüger.

Anmerkung:

1) Encarnación Gutiérrez Rodríguez in „Spricht die Subalterne deutsch?“, Unrast-Verlag, Münster 2003, S. 18

Decolonising the mind? Whiteness als Ansatzpunkt für postkoloniale Politik

Ein Workshopbericht

Ingmar Pech und Sonja Mezger

Überraschend – zu unserem Workshop kamen etwa doppelt so viele Leute wie wir eigentlich erwartet (und geplant) hatten und wir mussten flexibel darauf reagieren. Die Vorstellungsrunde allein dauerte eine Dreiviertelstunde – sie hat aber auch die verschiedenen Standpunkte, Zugänge zum Thema und die Diskussionsbereitschaft der Teilnehmenden gezeigt. Auf Grundlage des Impulsreferats hatten wir geplant, in zwei kleinen Arbeitsgruppen Aspekte des Whiteness-Ansatzes und politische Umsetzungsmöglichkeiten zu diskutieren. Durch die Anzahl der Teilnehmer/innen wurden daraus vier Arbeitsgruppen, so dass eine strukturierte Moderation aller Gruppen nicht möglich war. Deshalb entschieden wir uns, nicht als Moderatorinnen sondern als Teilnehmerinnen in zwei der Gruppen mitzudiskutieren. Gezeigt hat sich, dass eine Vorstrukturierung anhand konkreter Fragestellungen in einer nicht moderierten Gruppe viel zu einer tiefergehenden Diskussion hätte beitragen können. Dementsprechend blieben die Ergebnisse vage und für einige leider unbefriedigend und die Zeit reichte leider auch nicht dafür aus, in der Abschlussdiskussion Ansätze für die politische Praxis zu entwickeln. Ein Nachmittag war einfach nicht genug dafür.

Trotz aller Widrigkeiten und Einschränkungen scheint es, dass Whiteness als Ansatzpunkt für postkoloniale Politik bei vielen auf großes Interesse stößt. Deswegen gab es am Samstag Mittag ein weiteres Treffen interessierter Leute, die sich einen bundesweiten Arbeitszusammenhang zu diesem Thema schaffen wollen. Als erster konkreter Schritt wird ein Seminar für den Herbst vorbereitet, um sich weiter der Konzeption von Whiteness zu nähern und die begonnenen Diskussionen fortzuführen. Außerdem wurde inzwischen eine BUKO-Mailingliste Postcolonialism (POCO) eingerichtet, um den Austausch und die Vernetzung zu ermöglichen.

Whiteness und Antirassismus

Impulsreferat

Ingmar Pech 6.5.2005

Blues in Schwarz-weiß – May Ayim (1993)

“während noch immer und schon wieder
die einen
zerstückelt und verteilt und vertrieben werden
die einen
die immer die anderen sind
und waren und bleiben sollen
erklären sich die eigentlich anderen
noch immer und schon wieder
zu den einzig wahren
erklären uns die eigentlich anderen
noch immer und schon wieder
den krieg

es ist ein blues in Schwarz-weiß
1/3 der welt
zertanzt
die anderen
2/3
sie feiern in weiß
wir trauern in Schwarz
es ist ein blues in Schwarz-weiß
es ist ein blues

das wieder vereinte deutschland
feiert sich wieder 1990
ohne immigrantInnen flüchtlinge
jüdische und schwarze menschen...
es feiert in intmem kreis
es feiert in weiß

doch es ist ein blues in Schwarz-weiß
es ist ein blues
das vereinigte deutschland
das vereinigte europa
die vereinigten staaten
feiern 1992
500 jahre columbustag
500 jahre – vertreibung versklavung und völkermord
in den amerikas
und in asien
und in afrika

1/3 der welt vereinigt sich
gegen die anderen 2/3
im rhythmus von rassismus sexismus
und antisemitismus

wollen sie uns isolieren unsere geschichte
ausradieren
oder bis zur unkenntlichkeit
mystifizieren

es ist ein blues in Schwarz-weiß
es ist ein blues
doch wir wissen bescheid – wir wissen bescheid
1/3 der menschheit feiert in weiß -
2/3 der menschheit macht nicht mit.”

es ist ein blues in Schwarz-weiß
es ist ein blues
doch wir wissen bescheid – wir wissen bescheid
1/3 der menschheit feiert in weiß -
2/3 der menschheit macht nicht mit.”

Das Gedicht von May Ayim als Einstieg, weil es die Auseinandersetzung mit Whiteness gleich in einen richtigen Rahmen setzt – das rassistisches Machtverhältnis; weil es deutlich macht, dass eine Vorstellung von Whiteness für Weiße erst zugänglich geworden ist durch die beharrliche Kritik und durch Analysen von Nichtweißen, für die die Erfahrung von Whiteness alles andere als neu ist. Und nicht zu letzt war May Ayim eine der Afrodeutschen Frauen, die in der BRD Mitte der 1980er Jahre die Debatte um Rassismus, um das koloniale Erbe und um gegenwärtige Effekte durch ihre Einforderungen und Kritik geprägt und angeregt haben und damit postkoloniale Kritikansätze auch für den deutschen Kontext eröffneten.

Postkolonialität

Der Begriff Postkolonialität bezeichnet nicht nur die zeitliche Epoche nach der offiziellen Beendung der formalen kolonialen Abhängigkeitsstrukturen, sondern bezieht sich vielmehr auf die Auseinandersetzung mit den Spuren des Kolonialismus und im Westen vor allem bezogen auf die moderne Wissens- und Wahrheitsproduktion. Ausgangspunkt ist, dass es kein herrschaftsfreies Wissen gibt und das Werden und Machen von Welt, von Menschen und Dingen durch bestimmte Diskurse und in bestimmten Repräsentationsformen, in die koloniale Logiken eingewoben sind, gene-riert werden.

Eine Facette postkolonialer Kritik ist, dass die Konstruktion von sozialen Identitäten (wie z.B. ethnisierte, rassifizierte oder auch vergeschlechtliche Gruppen) als Grundlage für Diskriminierungspraxen entlarvt werden. Soziale Konstruktion bedeutet, dass es keinen essentialistischen Kern einer Identität an sich gibt, also nichts Wesenhaftes, sondern dass Positionen und damit soziale Eigenschaften/Identitäten in und durch gesellschaftliche Diskurse, Repräsentationsregime und auch konkrete gesellschaftliche Strukturen wie z.B. juristische erst entstehen (klassisches Beispiel: “Aus-länderIn” in BRD). Konstruktion heißt dabei nicht, dass

diese Identitäten keinerlei Bedeutung hätten oder beliebig wären und damit auch je nach Lust und Laune veränderbar, sondern sie haben eine geronnene Realität und Wirkungsmächtigkeit. In den Konstruktionsprozessen manifestieren sich gesellschaftliche Machtstrukturen und soziale Konstruktionen sind somit nie abgeschlossen, sondern immer Prozess und Ergebnis gleichzeitig. So findet z.B. in rassistischen Machtverhältnisse zunächst einmal eine Rassenkonstruktion (Individuen werden aufgrund beliebiger Merkmale und Zuschreibungen zu Gruppen zusammengefügt) statt, die dann über eine Naturalisierung oder andere universale Erklärungsmuster als gegeben erscheinen und darüber diese Aufteilungen und die damit verbundenen Abwertungen und Diskriminierungen rechtfertigen. Rassismus ist also nicht nur individuelle Meinung oder Fehlverhalten, sondern muss als gesellschaftliches Machtverhältnis verstanden werden, welches durch Differenzfestlegung alle beteiligten Identitäten hervorbringt und gestaltet (die Diskriminierten und diejenigen, die diskriminieren, weil sie quasi die Gegengruppe bilden).

Der Fokus vieler rassismuskritischer Analysen liegt auf den Herstellungsprozessen und Repräsentationsweisen von minorisierten Menschen und davon abgeleitete diskutierte Widerstandsstrategien beziehen sich oft auf Gegenrepräsentationen, auf das Erkämpfen der eigenen Definitionsmacht und vor allem auf das Aufdecken der Konstruktionsbedingungen von diesen Identitäten.

Seit ein paar Jahren hat hauptsächlich in postkolonialen und feministischen Ansätzen (im englischsprachigen Kontext) ein Perspektivewechsel – oder viel eher eine Perspektiveergänzung stattgefunden: der Blick wird nicht mehr nur auf die Differenz gelegt, also auf die Menschen, die als “die Anderen” gesetzt werden, sondern bezieht nun das Zentrum, “das Selbst” in eine kritische Analyse mit ein. Damit wird die Position, von der aus “die Anderen” erst definiert werden, ebenso als Konstrukt und als Inszenierung entlarvt. Und da es sich bei den westlichen rassistischen Gesellschaftsformationen zumeist um eine Weiße Vorherrschaft, also eine Gesellschaftsstruktur, die zum Vorteil von Weißen Menschen ausgelegt ist, handelt, wird diese Perspektive als Whiteness bezeichnet, als Weiße Dominanzposition. (analog zu Blackness).

Ich benutze auch im Deutschen den englischsprachigen Begriff, weil es keine gute Übersetzungsmöglichkeit gibt, Begriffe wie Weißsein oder Weißheit wirken eher unglücklich und essentialistisch.

Die Fokussierung auf Whiteness in kritischen Ansätzen ist nicht als verstärkender zuschreibender Prozess gemeint wie es in rassistischen, die Weiße Dominanzposition bejahenden Ansätzen gemeint ist, sondern es geht genau um das Gegenteil: Whiteness gibt sich unsichtbar, universal und unmarkiert, ist im normalen

Bewusstsein von Weißen Menschen nicht vorhanden und wird auch nicht in kritischen Gesellschaftsanalysen und Politikansätzen mitgedacht. Es muss also darum gehen, die Weiße Position zu markieren und ihr das Privileg der Universalität abspenstig zu machen – sie aus dem sicheren Weißen Raum herauszuholen, um sie nachhaltig angreifen zu können. Somit kann eine Möglichkeit aufgemacht werden, dass Widerstand gegen rassistische Strukturen nicht nur in einem talking back to the center besteht, sondern sich mit einem de-centering the center erweitern kann.

Whiteness

Eine erste (wissenschaftliche) Konzeptionierung von Whiteness tauchte in Kombination mit dem Begriff Blackness schon in den Schriften Franz Fanons in den 1950er Jahren auf, wurde aber danach weiter nicht verfolgt, wohingegen Blackness ein starker Bezugspunkt geworden ist. Erst über 40 Jahre später wurde der Begriff Whiteness wieder aufgegriffen wie z.B. von der Schwarzen US-amerikanische Literaturwissenschaftlerin Toni Morrison, die in ihren Analysen klar stellte, dass das Subject eines Traumes der Träumende und nicht der Traum ist (the subject of the dream is the dreamer), d.h. wenn es also um rassistische Stereotypen und Strukturen geht, dass sich dann nicht das Objekt, sondern die Position, die dieses hervorbringt angesehen gehört. Vielfältige Ansätze verfolgen seitdem die Perspektive auf die Weiße Position, wobei nicht alle Strömungen einen herrschaftskritischen Ansatz verfolgen wie z.B. die Critical Whiteness Studies, in denen mein Verständnis von Whiteness verankert ist. In diesem Rahmen wird Whiteness als soziale Konstruktion dahingehend analysiert, die versteckten und die Dominanzposition und damit das rassistische Machtverhältnis absichernden und stabilisierenden Mechanismen und Wirkungsweisen herauszuarbeiten. Es geht also um mehr als um eine Benennung oder Beschreibung der Weißen Position, es geht um eine kritische Analyse der Herrschaftsbedingungen, die diese hervorbringen.

So wird Weiß auch nicht als Hautfarbe/ Ausprägung der Hautpigmentierung verstanden – exakterweise müssten als Weiß beschriebene Personen eher mit den Farben Pink, grau oliv etc. treffender bezeichnet werden. Zusätzlich ist die Zuordnung zur Weißen Dominanzposition stark kontextabhängig. So galten z.B. Polen und Iren vor 110 Jahren noch nicht als Weiß in den USA. Weiß und Whiteness werden als sozio-politische Position verstanden, die auch nicht per se vorhanden ist, in gewisser Weise sich auch erst angeeignet werden muss – indem z.B. die Wirkungsweisen der Dominanz erlernt, angewandt, auf alle Fälle mitgetragen werden.

In einer Rassismusanalyse die Perspektive von Whiteness zu integrieren, ermöglicht alle Platzierungen innerhalb des Machtverhältnisses zu benennen und zu analysieren und es zeigt auf, dass es keineswegs nur

Nichtweiße Menschen sind, die von rassistischen Strukturen betroffen sind, sondern Weiße Menschen auch – auch wenn die Form und die Ausmaße völlig verschiedenen sind. Darüber hinaus fällt es Weißen auch schwerer, sich zu rassistischen Problemen zu distanzieren, denn es klingt viel weniger logisch zu sagen: “Whiteness geht mich nur indirekt etwas an, denn ich bin Weiß” als zu sagen “Rassismus geht mich nur indirekt etwas an, denn ich bin weiß”.

Im Großen und Ganzen kann sich Whiteness als eine Position vorgestellt werden:

- Mit strukturellen Privilegien und Vorteilen in der Gesellschaft, die sich nicht individuell herausgebildet haben, sondern aufgrund dieser Zuschreibungen
- Von der aus ein Standpunkt und Blickwinkel für Selbstbilder, Perspektive auf Andere und auf die Welt erfolgt
- Von der aus kulturelle Handlungsweisen und Identitäten herausgebildet werden

Und dabei ist es natürlich kein absoluter, statischer Ort. Whiteness ist eine stetig umkämpfte Position mit veränderbaren Grenzziehungen, wobei diese Verhandlungen sehr oft maskiert erfolgen. Außerdem ist diese Dominanz verflochten und durchzogen von den Strukturen anderer gesellschaftlicher Machtverhältnisse (Sexismus, Kapitalismus aber auch Behinderntenfeindlichkeit etc.) und besitzt keine allgemeingültige und transhistorische Essenz, sondern ist wie gesagt ein Konstrukt. Dennoch muss im Kopf behalten werden, dass dieses Konstrukt nachhaltige materielle und diskursive Effekte in der Realität besitzt, also ganz konkrete Auswirkungen auf der ökonomisch-materiellen, soziopolitischen und kulturellen Ebene bewirkt.

Mit der Perspektive von Whiteness sind Weiße Menschen demnach viel weniger als frei denkende, universal orientierte und sich selbst schaffende Individuen zu sehen, wie es ansonsten gerne hingestellt wird und wohl auch in vielen Selbstkonzeptionen vorhanden ist. Die Weltsicht von Weißen Menschen, ihre Handlungsoptionen, die Normen und Werte, die verfolgt werden, ihre Wahrnehmungen und Interessen, selbst Gefühle, Geschmacksrichtungen und Beziehungsstrukturen, die sie leben und haben, ebenso wie die Möglichkeiten und Denkstrukturen, die ihnen offen stehen, Politikansätze und -Formen all das wird von ihrer Whiteness, das heißt von rassistischen Machtverhältnissen hervorgebracht und konturiert: Weiße Menschen können nicht außerhalb von Rassismus stehen, sondern sind durch diesen hervorgebracht worden – und werden es immer wieder. Und das bedeutet auch, dass das Weiße Dominanzverhalten und die Privilegierung in ihr Alltagsverhalten und ihr Alltagsverständnis eingewoben ist.

Das mag zunächst einmal frustrierend und absolut klingen, und es nimmt vor allem jenen Personen, die

sich gegen Rassismus engagieren wollen vielleicht ein Stück Idealismus oder zumindest einen gute Portion Sicherheit - und vielleicht auch Handlungsmöglichkeiten. Aber meines Erachtens steckt in dieser Blickweise auch ein Potential, das es aufwiegt - und möglicherweise entstehende Verunsicherung kann durchaus konstruktiv für neue Schritte genutzt werden.

Denn es geht eigentlich darum, eine sehr unvertraute Sache zu erfinden, weil die Welt (wie es so schön heißt) keinen neuen Weißen braucht, sondern Weiße, die bereit sind zum Feind der Whiteness zu werden. Dafür ist es notwendig, sich dezidiert mit den Konstruktionsbedingungen und Ausprägungen von Whiteness auseinander zu setzen, um sie entlarven und bekämpfen zu können. Allein nur in Schuldgefühlen zu erstarren hilft dabei weniger. Vielmehr könnte die Perspektive auf Whiteness als Herausforderung für Veränderungen verstanden werden, um eine verantwortungsvolle und auch kollektive Auseinandersetzung mit der eigenen Weißen Positionierung anzugehen, trotz aller Stolpersteine und Hilflosigkeiten, die sich immer wieder in den Weg stellen wollen.

Wirkungsweisen und Herstellungsprozesse

Dominanzabsicherung

Auch wenn von Whiteness als von einer geronnenen Realität gesprochen wird, so ist es nicht als statisch und unveränderbar anzusehen, denn es benötigt permanent sich vollziehende Konstruktionsprozesse, die es stabilisieren und hervorbringen. Solange die rassistische Ordnung relativ intakt und stabil ist, sind diese Mechanismen für die NutznießerInnen dieser Ordnung, also für die Weißen, eher unbewusst, denn Weiße Dominanz kann sich in einer Weißen hegemonialen Welt ohne Zwang reproduzieren und muss nicht explizit verhandelt werden. Nur dann, wenn die Vormachstellung brüchig geworden, in Frage gestellt oder refiguriert worden ist, treten diese Anstrengungen deutlicher auch in Form von Gewalt hervor. Generell sind es jedoch weniger die manifesten Gewaltakte, die die Dominanz der Weißen Position absichern, als vielmehr die alltäglichen individuellen und kollektiven Handlungen und Ausschlussprozesse, gesellschaftliche Diskurse und Repräsentationsregime, die subtil und zumindest für Weiße unauffällig dieses durchführen. Das Kennzeichnende und Effektivolle dieser Mechanismen besteht genau darin, dass sie die Fähigkeit haben, Whiteness aus der Wahrnehmung von Weißen Menschen zu streichen, die eigene Position einer Reflexion zu entziehen und darüber auch die Dominanz individuell – und bestimmt in einigen Fällen auch ungewollt - auslebbar zu machen.

Wie gesagt finden diese Wirkungsmechanismen auf verschiedenen Ebenen statt und sind auch miteinander verknüpft. Als drei grundlegende Wirkungsweisen

werden die strukturelle Unsichtbarkeit, die eigene De-Thematisierung und die Normierung bzw. Normativität gesehen, über die Whiteness die eigenen Unmarkiertheit etabliert.

Normierung

In westlichen Gesellschaften gilt Whiteness als die Norm. Alles, was als Weiß wahrgenommen und eingestuft wird, muss nicht weiter in rassisierten Kategorien gedacht werden. Eine besondere Bezeichnung erschien nur dann notwendig, wenn von dieser Norm abgewichen wird, wie z.B. bei Deutschtürken, Afrodeutsche etc. aber es gibt keine richtige Entsprechung für Weiße Deutsche – selbst der sich langsam etablierende Begriff der Mehrheitsdeutschen benennt die Rassifizierung dieser Position nicht eindeutig. Geht eine Weiße Person zu einer Weißen Anwältin, hat einen Weißen Lehrer, eine Weiße Ärztin etc. wird kaum darauf hingewiesen werden, aber mit Gewissheit wird es Erwähnung finden, sollten diese Personen und vor allem in solchen Positionen Nichtweiß sein.

So findet jegliche Differenzmarkierung von oder zu dieser Weißen Position statt, also die Verschiedenheit aller jener Menschen, die als "Die Anderen" konstituiert werden – und Whiteness selbst konstituiert sich dabei als Unbenanntes, als Unmarkiertes (wie z.B. im Multikultidiskurs). Vor allem in der BRD findet darüber die Gleichsetzung von Deutsch=Weiß statt, so dass der Anspruch vorhanden ist, allein das nationale Kollektiv zu repräsentieren – wer nicht Weiß ist, kann im Umkehrschluss eigentlich auch nicht richtig deutsch sein und hat irgendwie weniger Berechtigung hier zu leben. Ist Whiteness die Norm und unsichtbar (in der eigenen Verortung), können Weiße ohne große Irritation den eigenen Standpunkt universalisieren und sich als das Bild des Menschen schlechthin verstehen. Aus feministischen Analysen ist diese Transformation ja schon hinlänglich bekannt: die Mutation des Mannes zum Prototyp des Menschen. Dieser Alleinvertretungsanspruch, d.h. die Selbstverständlichkeit die Norm zu sein, konform mit der Norm zu gehen, durchzieht alle gesellschaftlichen Bereiche, denn wie es Richard Dyer ausdrückte: "to be normal, even to be normally deviant (queer, crippled) is to be white". (Normal zu sein, selbst normal abweichend zu sein (queer, schwul oder behindert) bedeutet Weiß zu sein).

Weiß ist nicht nur die Normalität, sondern es wirkt auch normativ, weil es eben überall erwartet wird. Normativität ist eine subtile Machtausübung zur Dominanzsicherung, denn sie stützt Hierarchien und asymmetrische Verhältnisse, reguliert einen gezielten Ausschluss ohne als Gewalt auftreten zu müssen und entspricht damit eher den gegenwärtigen westlichen Gesellschaftsformationen mit ihrem Leugnen von Ungleichheit. Whiteness wird aber nicht nur über omnipräsente Repräsentationen, Ausschlussmechanis-

men und De-Fokussierungen als Norm konstituiert, sondern gleichzeitig erhält der normative Aspekt die scheinbare Unsichtbarkeit und die fehlende Thematisierung von Whiteness und erscheint als Natur und damit als unveränderbar.

De-Thematisierung

Außer in eindeutiger rassistischer Absicht oder in einer Situation, in der sie mit Nichtweißen konfrontiert sind, werden Weiße Menschen die Kategorie Weiß als Bezugspunkt und für eine Selbstbeschreibung eher wenig nutzen. Über ihre Whiteness wird normalerweise nicht geredet, und selten verstehen sich Weiße Personen als rassifiziert. Eigentlich ist es kein Thema für Weiße und sie haben auch keinen Begriff oder eine Vorstellung von der eigenen Whiteness – in der deutschen Sprache hat sich ja noch nicht einmal ein adäquater Begriff gebildet, und da Sprache auch Abbild von gesellschaftlichem Bewusstsein ist, kann es durchaus als bedeutsame Aussage für die hiesigen Zustände verstanden werden.

Diese Nicht-Thematisierung sollte aber nicht als Ausdruck verstanden werden, dass rassialisierte/rassifizierte Kategorien und Verortungen als unbedeutend angesehen werden, denn wenn eine Person Nichtweiß ist, wird das natürlich sofort registriert und als Eigenschaft dieser Person kommuniziert und ist zumeist mit Assoziationen, Bildern und Fragen beladen.

Als ein sehr plakatives und hochaufgeladenes Beispiel kann die Berichterstattung in den Medien betrachtet werden: zum Beispiel wird bei Kriminalitätsakten nie erwähnt, dass es sich bei dem/der TäterIn um eine Weiße Person handelt – aber es wird eindeutig angezeigt, wenn dem nicht so ist. Bei rassistischen Gewalttaten ist es sogar noch deutlicher – während das Opfer bestimmt über seinen/ihren Hintergrund charakterisiert wird, bleibt die Whiteness des/der Täters/Täterin unerwähnt: Nichtwhiteness wird thematisiert und Whiteness de-thematisiert und darüber findet ein Prozess der "Ent-Rassifizierung" statt: Whiteness verschwindet als Kategorie in einem rassifizierten Verhältnis. Bei rassistischen Gewalttaten lässt diese Nichtthematisierung sogar eine Distanzierung zu dem TäterIn und zu rassistischer Gewalt insgesamt zu.

Während also auf der einen Seite immer wieder Eigenschaften und Bedingungen von Nichtweißen, von Schwarzen, von MigrantInnen usw. Thematisierung finden, gibt es auf der anderen Seite keine explizite Beschäftigung mit Whiteness. Da Whiteness und Nonwhiteness/Blackness als dialektische Co-Konstruktionen verstanden werden müssen, d.h. als Gegensätze wechselseitig aufeinander bezogen hervorgebracht worden sind, heißt das, dass bei jeder Beschreibung, bei jeder Thematisierung von Nichtweißen Whiteness mitverhandelt wird und zumeist mit der ganzen Palette der im Laufe der Jahrhunderte als positive Selbstbil-

der angesammelten Eigenschaften (zivilisiert, rational, tugendhaft etc.). "Weiße müssen also nicht über sich als Weiße sprechen. Es genügt, wenn sie das Schwarz-Sein thematisieren, weil im Subtext ihr Selbstbild mit dargestellt wird." Und in dieser Koppelung von De-Thematisierung und Thematisierung ist immer eine Abwertung verknüpft, weil der Andere nur in seiner Differenz und Devianz erwähnt wird.

Strukturelle Unsichtbarkeit

So wie Whiteness für Weiße kein Thema ist, so scheint es auch nicht sichtbar zu sein. Tatsache ist aber, dass es sich nur um eine strukturelle Unsichtbarkeit handelt, um sich einer gewissen Wahrnehmung zu entziehen, gleichzeitig aber eine gesellschaftliche Bedeutsamkeit und Präsenz besitzt.

Zunächst ist Whiteness strukturell unsichtbar, weil es nur für Weiße schwer zu erkennen zu sein scheint. Von Weißer Dominanz betroffene Menschen werden garantiert ein schmerzhaft klares Bild von Weißer Vorherrschaft besitzen. Außerdem ist Whiteness auch nur in Interaktionen zwischen Weißen oder ohne direkten Bezug zu Nichtweißen unsichtbar, in der Gegenwart Nichtweißer kann die eigene Whiteness durchaus wahrnehmbar werden. Whiteness macht sich selbst genau darüber unsichtbar, dass es die eigene Normalität im Kontrast zu anderen behauptet. Dennoch scheint es für Weiße beinahe unmöglich zu sein, über ihre eigene Weiße Position Auskunft zu geben und diese in konkreten Situationen als strukturierend zu sehen. So werden unter rassistischen Vorfällen häufig nur Gewalttaten, konkrete Diskriminierungen und verbale Übergriffe verstanden, aber das Vorhandensein von rein Weißen Räumen in allen möglichen Lebensbereichen, sei es in einem Dorf, in einem Stadtteil, sei es in einem Uniseminar, auf einem Konzert, auf der letzten Demo oder in einer kleinen Politgruppe – diese Wohn-, Bildungs-, Arbeits-, Polit- und Freizeitsgregation wird selten als Ausdruck einer rassistischen Stratifikation identifiziert.

Diese Unsichtbarkeit kann auch nur dadurch aufrecht erhalten werden, weil Whiteness sich in den gegenwärtigen Kontexten nicht zeigen muss, sondern in diversen anderen Diskursen wie in nationalen Praxen, im Multikulturalismus oder in Einwanderungsdebatten mitverhandelt wird.

Strukturell wird die Unsichtbarkeit von Whiteness auch genannt, weil sie mit einer eindeutigen Notwendigkeit von Sichtbarkeit gekoppelt ist. In visuellen Kulturen ist Sichtbarkeit ein Grund für Wissen, Wahrnehmung und Einordnung. D.H. Soziale Gruppen müssen sichtbar und repräsentierbar sein, da dieses die Hauptkommunikation von Macht und Garant von Privilegien ist. Aber Looking relationships, Blickebeziehungen sind historisch gewachsene und kulturell erlernte Unterwer-

fungsbeziehungen (wer schlägt wann den Blick nieder, starrt weiter etc) und so funktioniert Rassismus stark über den kontrollierenden Blick – den einschätzenden, abschätzenden, ausgrenzenden, zurückweisenden Weißen Blick als einen Ort der Macht, der Kontrolle und der Objektivierung. Zu sehen und zeitgleich unsichtbar zu sein beziehungsweise sich zu geben, den anderen zu markieren und sich selbst einer Markierung zu entziehen, stützt das rassistische Machtgefüge. (Michel Foucaults Modell des Panoptikums).

So wie Whiteness die eindeutige Sichtbarkeit benötigt, um in der gesellschaftlichen Hierarchie wirken zu können, benötigt es gleichzeitig der Unsichtbarkeit, um die Herrschaft zu verschleiern und sich gegen (Selbst)Kritik zu immunisieren

Privilegierung

Sichert Whiteness seine bevorteilte Position ab, so ist auch immer die Weiße Privilegiertheit eine wichtige Stütze. In der Suche nach Widerstandsmöglichkeiten gegen rassistische Verhältnisse werden Machtstrukturen jedoch zumeist nur unter dem Aspekt von Dominanz und Unterordnung betrachtet. Der Bereich der Privilegien wird eher vernachlässigt, bleibt mal wieder unsichtbar, obwohl sie eigentlich ein Teil des Mechanismus sind, der Unterdrückung möglich und effizient gestaltet.

Weiße Privilegiertheit fängt zum Beispiel schon bei der Wahlmöglichkeit von Weißen an, wann und wie sie sich in welcher Form mit Rassismus auseinandersetzen wollen, oder dass sie relativ angstfrei öffentliche Räume nutzen können. Privilegien sind impliziter Bestandteil und unsichtbare Folge von gegenwärtigen und vergangenen rassistischen Diskursen, sie sind durch jahrhundertelange Weiße Vorherrschaft institutionalisiert und werden von Weißen eher als Selbstverständlichkeiten gesehen.

Im Alltag bieten sie Weißen ein hohes Maß an Sicherheit und Selbstbewusstsein (Vertrauen in eigene Wahrnehmung, in eine gewisse körperliche Integrität, Schutz vor aufdringlichen Blicken, Selbstwahrnehmung als Individuum etc.), so dass weniger Kraft und Energie aufgewandt werden kann für die Alltagsbewältigung (kein Sprüche aushalten, größeren Aktionsradius, nicht als Gruppenmeinung). Diese im Vergleich eingesparte Kraft kann dann wieder in eigene Projekte oder Möglichkeiten gesteckt werden und schafft somit wieder einen Vorteil.

Weil Weiße Privilegien stark in gesellschaftliche Strukturen eingebettet sind, erscheinen sie neutral oder werden von Weißen eher als persönliche Verdienste angesehen oder anderes legitimiert. Zumeist fällt nur in der Diskriminierung von Nichtweißen die eigene Privilegiertheit auf, aber auch hier fällt es schwer, den Bezug zur eigenen Position herzustellen und präsent

zu halten. So scheint für Weiße nicht nur das Erkennen von eigenen Privilegien schwer zu fallen, sondern auch die Suche nach einem herrschaftskritischen Umgang damit.

Die Weiße Privilegiertheit ist auch natürlich kein absoluter Ort, sondern wird von anderen Achsen geschnitten, dennoch neutralisiert diese Verhältnismäßigkeit ihn in keiner Weise. (klassisches Ausspielen von rassistischem gegen sexistisches Verhalten).

Abschließend lässt sich sagen:

Dieser kurze Einstieg in die Wirkungsmechanismen der Weißen Dominanzposition mag ja zunächst einmal sehr theoretisch-abstrakt klingen und eröffnet natürlich nicht auf den ersten Blick tausend Möglichkeiten mit einem antirassistischen Impetus die Feindschaft freudig aufzunehmen. Das vor allem vor dem Hintergrund, dass der Blick auf die Weiße Dominanzposition in der BRD als unwichtig oder eher unpassend bezeichnet wird, da die rassistische Stratifizierung in der BRD angeblich nicht entlang einer Schwarz/Weiß-Dichotomie verläuft. Meines Erachtens ist die scheinbare Bedeutungslosigkeit von Whiteness für den BRD-Kontext nicht ein Zeichen der Irrelevanz, sondern ein Ausdruck einer wenig brüchig gewordenen Hegemonie rassistischer Verhältnisse und verlangt eher eine Einbeziehung der spezifischen deutschen Geschichte in eine Weiterentwicklung der Whitenesskonzeption. (Denn Vorstellung eines Weißen Raumes ist omnipräsent, nichtgewünschte MigrantInnen sind nicht zufällig eher Nichtweiß)

Es ist notwendig, wie Adrienne Rich es schon 1979 sagte, "die Weiße Haut wahrzunehmen und zu sehen, an welchen Ort sie mich geführt hat und an welchen Ort sie mich nicht gehen ließ". Als wichtigstes Moment bleibt das Sichtbarmachen und die kritische Auseinandersetzung mit Whiteness, so schwierig und ambivalent das in einigen Bereichen auch sein mag. Deshalb soll es nachher kleinere Arbeitsgruppen geben, in welchen Ansatzpunkte und Interventionsmöglichkeiten konkreter diskutiert werden können, einmal bezogen auf Weiße Privilegiertheit und einmal bezogen auf die Wirkungsmechanismen der Dominanzabsicherung.

Aber auch schon aus der theoretischen Auseinandersetzung lassen sich einige Impulse mitnehmen:

First of all sollten Weiße Menschen aus dem sicheren Weißen Ort heraustreten und sich selbst verorten, damit die schweigende Weiße Mittäterschaft und Solidarität brechen und sich selbst durch Race denkend/lebend wahrnehmen und entsprechend auch eigene Wahrnehmungen und Gedanken einordnen. Das impliziert auch eine Auseinandersetzung mit der Geschichte des eigenen Kollektives, um die Herstellungsprozess

se der rassifizierten Position nach zu zeichnen und darüber die Konstruktionsbedingungen zu entlarven und wenn es möglich ist zu sabotieren. Insofern ist die Auseinandersetzung mit der eigenen Positioniertheit – so unpolitisch sie im ersten Blick einigen auch erscheinen mag – wichtig für eine langfristige kritische Handlungsfähigkeit, die äußere wie auch internalisierte Machtstrukturen anzugreifen vermag. Denn die Feindschaft zu Whiteness muss als Kampf nach Innen (im eigenen Kopf und Vorstellungswelten) wie auch nach Außen (in den eigenen sozialen Zusammenhänge und in die gesellschaftlichen Verhältnisse hinein) verstanden werden.

Das vielleicht etwas Missliche an diesem Ansatz besteht sehr oft darin, dass es keine eindeutigen Handlungsvorgaben gibt bzw. geben kann, denn sich in dieses Spannungsfeld zu begeben, bedeutet ja auch immer wieder über eigenen Rassismen und Widerstandswillen zu stolpern. Denn in einem Machtverhältnis von der Dominanzposition diese angreifen zu wollen, kann meines Erachtens nicht mit dilemmafreien Praxen erfolgen, da es eher ein Austarieren zwischen Dilemmata ist und eine beständige strategische Neuverortungen benötigen wird. Diese Spannung auszuhalten, sie konstruktiv zu nutzen und dennoch politikfähig zu bleiben ist dann auch eine große Herausforderung, die es anzudenken und auszuprobieren gilt, um das Konzept von Whiteness für antirassistische Politikansätze fruchtbar machen zu können.

Und im Sinne des Gedichts von May Ayim vom Anfang wünsche ich mir, dass damit eventuell ein Potential aufgemacht werden, dass von den 1/3 der Menschheit, die in Weiß ihre Überlegenheit feiern, diverse abspringen und– um zum Schluß auch mal einen Ausflug in eine idealistische Vision zu wagen – die Feier durch Fernbleiben stören/zerstören.

Literaturauswahl

Konkrete (historische) Studien zu Konstruktionsweisen

Allen, Theodore W.: Die Erfindung der Weißen Rasse. Rassistische Unterdrückung und soziale Kontrolle. Berlin (ID-Verlag) 1998.

Frankenberg, Ruth: White woman, Race matters. The social construction of whiteness. Minnesota (University of Minnesota Press) 1993.

Morrison, Toni: Playing in the dark. Whiteness and the literary Imagination. London (Picador) 1993.

López, Jan F. Haney: White by Law. The legal Construction of Race. New York, London (New York University Press) 1996.

Übersichtsartikel auf Deutsch

Frankenberg, Ruth: Die Politik der Whiteness. Ansichten von einer kulturellen Front. In: Set it off. Alaska-Materialien: Rassismus, Sexismus und Postkolonialismus., Jg. April 2000, S. 14-18.

Wachendorfer, Ursula: Soziale Konstruktion von Weiß-Sein. Zum Selbstverständnis Weißer TherapeutInnen und BeraterInnen. Aus:

Castro Varela, María del Mar; Schulze, Sylvia; Vogelmann, Silvia; Weiß, Anja (Hrsg.): Suchbewegungen. Interkulturelle Beratung und Therapie. Tübingen (dgvv-Verlag) 1998. S. 49-60.

Wachendorfer, Ursula: Weiß-Sein in Deutschland. Zur Unsichtbarkeit einer herrschenden Normalität. Aus: Arndt, Susan (Hrsg.): AfrikaBilder. Studien zu Rassismus in Deutschland. Münster (Unrast-Verlag) 2001. S. 87-101.

Sammelbände

Delgado, Richard; Stefancic, Jean (Hrsg.): Critical White Studies. Looking behind the Mirror. Philadelphia (Temple University Press) 1997.

Nakayama, Thomas K.; Martin, Judith N. (Hrsg.): Whiteness. The Communication of social Identity. Thousand Oaks, London. New Delhi (SAGE Publications) 1999

Rasmussen Brander, Birgit; Klinenberg, Eric; Nexica, Irene J. u.a. (Hrsg.): The Making and Unmaking of Whiteness. Durham, London (Duke University Press) 2001.

Weiß Privilegien

Bailey, Alison: Despising an Identity they taught me to claim. Aus: Cuomo, Chris J.; Hall, Kim Q. (Hrsg.): Whiteness. Feminist philosophical Reflections. Lanham, Boulder, New York (Rowman and Littlefield Publishers) 1999. S. 85-104.

McIntosh, Peggy: White Privilege and male Privilege. A personal Account of coming to see Correspondences through the Work in Women's Studies. Aus: Delgado, Richard; Stefancic, Jean (Hrsg.): Critical White Studies. Looking behind the Mirror. Philadelphia (Temple University Press) 1997. S. 291-299.

Rains, Frances V.: Is the Benign really harmless? Deconstructing some „benign“ Manifestations of operationalized White Privilege. Aus: Kincheloe, Joe L.; Steinberg, Shirley S.; Rodriguez, Nelson M.; Chennault, Ronald E. (Hrsg.): White Reign. Deploying Whiteness in America. London (Macmillan Press) 1998. S. 77-102.

Weiß Repräsentationsweisen

Dyer, Richard: White. London, New York (Routledge) 1999.

Whiteness und Antirassismus in der Diskussion

Bonnett, Alastair: Constructions of Whiteness in European and American Anti-Racism. Aus: Werbner, Pnina; Modood, Tariq (Hrsg.): Debating cultural Hybridity. London, Atlantic Highlands (Zed Books) 1997. S. 173-192.

Frankenberg, Ruth: Weiß Frauen, Feminismus und die Herausforderung des Antirassismus. Aus: Fuchs, Brigitte; Habinger, Gabriele (Hrsg.): Rassismen & Feminismen. Differenzen, Machtverhältnisse und Solidarität zwischen Frauen. Wien (Promedia) 1996. S. 51-67.

Weiß, Anja: Antirassistisches Engagement und strukturelle Dominanz. Was macht weißen Deutschen die Auseinandersetzung mit Rassismus so schwer? Aus: Castro Varela, María del Mar; Schulze, Sylvia; Vogelmann, Silvia; Weiß, Anja (Hrsg.): Suchbewegungen. Interkulturelle Beratung und Therapie. Tübingen (dgvv-Verlag) 1998. S. 275-286.

Der Konflikt in Darfur/ West Sudan

Hintergründe, aktuelle Lage und Lösungsmöglichkeiten

Abmed Musa

Im Sudan, flächenmäßig das größte Land Afrikas, tobte seit der Unabhängigkeit im Jahr 1956 im Süden des Landes, mit zwischenzeitlichen Unterbrechungen, einer der längsten Bürgerkriege des Kontinents. Dieser Krieg forderte bislang über zwei Millionen Tote und verursachte über fünf Millionen Binnenflüchtlinge. Die Konflikthintergründe sind u.a. Marginalisierung, Rassismus und religiöser Fanatismus der arabisch stämmigen Minderheiten gegen die schwarzafrikanische Mehrheit der Bevölkerung. Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen der islamistischen Regierung des Landes und der sudanesischen Volksbefreiungsbewegung SPLM/SPLA im Januar 2005 wurde der Bürgerkrieg im Süden des Landes faktisch beendet, wenn auch internationale Beobachter mit großer Skepsis die Umsetzung der Friedensvereinbarungen verfolgen.

Die Konzentration von Macht in Politik und Wirtschaft in den Händen der arabischen Minderheiten hat zur Folge, dass das Land an allen Ecken brennt. Im Osten wie im Westen des Landes brachen Bürgerkriege und Volksaufstände auf mit dem Ziel, die Gleichberechtigung, Gerechtigkeit und Mitbestimmung in Politik und beim regionalen Aufbau zu erlangen.

In Darfur, der an den Tschad grenzenden Provinz, brach der Krieg Ende 2002 aus. Zwei Rebellengruppen, die sudanesischen Befreiungsbewegung (Sudan Liberation Movement SLM) und die Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichheit (Justice and Equality Movement JEM), deren Mitglieder mehrheitlich schwarzafrikanische Ethnien angehören, stellten politische und wirtschaftliche Forderungen an die Zentralregierung. Sie verlangten u.a. mehr Autonomie, mehr Unterstützung beim wirtschaftlichen und infrastrukturellen Aufbau der Region und Staatsbürgertum als Maßstab statt Religion und ethnische Zugehörigkeit. Die Regierung bezeichnete die Rebellen als Banditen und Strassenräuber und begegnete dem Aufstand mit militärischer Härte. Ebenso wie im Krieg gegen die südsudanesischen Rebellengruppen verfolgte die Regierung eine Strategie des Teilens und Herrschens. Sie bewaffnete die arabischen Nomaden und versprach ihnen mehr Land und Zugang zu Ressourcen. So bombardierte die reguläre Armee die Dörfer mit Kampfflugzeugen und Artillerie und anschließend griffen Reitermilizen an, die sogenannten Janjaweed („Geister mit Gewehren“), töteten

was noch am Leben war und setzten Dörfer in Brand, auch heute noch.

Da die Regierung annimmt, dass die Zivilbevölkerung die Rebellen unterstützt bzw. mit ihnen sympatisiert, setzt sie auf Vertreibung. So wird von der Regierung und der mit ihr verbündeten Mordmilizen eine Politik der verbrannten Erde betrieben. Seit dem Ausbruch des Krieges in Darfur sind über 4000 Dörfer ausgelöscht, nach Schätzungen der UNO sind über 300.000 Menschen getötet und über zwei Millionen vertrieben. Der UN-Koordinator für humanitäre Hilfe im Sudan sprach im April 2004 von einem Genozid, einem gezielten Massenmord und der zur Zeit schlimmsten humanitären Katastrophe in der Welt. Betroffen sind besonders die schwarzafrikanische Ethnien, Fur, Masalit und Zaghawa, die die Mehrheit der Rebellen bilden. Die ehemalige Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Kerstin Müller, ließ nach ihrem Besuch der Flüchtlingslager an der Grenze zwischen Tschad und dem Sudan gleiches verlauten und forderte, dass bei Konsultationen des Sicherheitsrates zur Lage in der Darfur-Region mehr Druck auf die sudanesishe Regierung ausgeübt werden sollte.

Über zwanzig Jahre hat die Weltgemeinschaft über die Massentötung der arabisch islamistischen Regierungen im Süden des Landes hinweg geschaut. Die Folge sind über zwei Millionen Tote, die Vertreibung von fünf Millionen Menschen, die weitgehende Verbrennung der Landschaft, Raub von Vieh und Gütern der Menschen, zurückgeblieben. Damit wurden die Lebensgrundlagen und sozialen Strukturen der südlichen Zivilbevölkerung völlig zerstört.

Die heutige Situation in Darfur ist nicht anders. Wie oben bereits gesagt, wir stehen vor der zur Zeit schlimmsten humanitären Katastrophe der Welt. Seit Anfang 2003 sind über dreihunderttausend Menschen getötet worden, es gibt über zwei Millionen Flüchtlinge und überdies haben unzählige Vergewaltigungen stattgefunden.

Die sudanesishe Regierung betreibt eine Politik der systematischen Vertreibung. Die Bombardierung der Dörfer und der anschließende Einsatz von Bodentruppen mit paramilitärischen Mordmilizen, wie Janjaweed und Volksverteidigungskräften, wird weiterhin fortgesetzt. Mordmilizen sind nach wie vor aktiv und operieren mit der regulären Armee des Landes. Sie töten, plündern und verbrennen Dörfer. Frauen und Kinder werden nicht verschont. In den Flüchtlingslagern sind die Menschen weder sicher noch bekommen sie genug Nahrung. Abgestimmt mit den sudanesischen Sicherheitskräften umkreisen die Milizen die Flüchtlingslager. Frauen und Mädchen, die die Lager verlassen, um Brennholz zu sammeln oder Trinkwasser zu besorgen werden vergewaltigt und die Männer werden getötet. Transportwege werden gesperrt. Lebensmittelkonvois und Hilfsorganisationen werden oft daran gehin-

dert, ihre humanitäre Arbeit fortzusetzen.

Die sudanesishe Regierung ist auf keinen Fall an einer friedlichen Beilegung des Konflikts interessiert. Statt Entwaffnung der Mordmilizen, wie die Weltgemeinschaft gefordert hat, hat die Regierung sie in Polizeieinheiten umgewandelt. Nun laufen die Mordmilizen mit Uniform herum und werden als „Beschützer“ in den Flüchtlingslagern eingesetzt.

Auch die Friedensverhandlungen, die bislang stattgefunden haben oder noch stattfinden, werden von der sudanesischen Regierung nicht ernst genommen. Sie ist für eine perfide Politik bekannt. Ebenso wie im Konflikt mit dem Südsudan wird sie taktieren und alles unternehmen um Zeit zu gewinnen, damit die Weltgemeinschaft sich irgendwann auf ein anderes Problem in einer anderen Region der Welt konzentriert. Eine ihrer großen Täuschungserfolge war es, dass sie die Weltgemeinschaft überzeugen konnte, den Konflikt über die Afrikanische Union zu lösen. Sie tut das, weil sie im Grunde die Afrikanische Union nicht ernst nimmt. Im Club der Diktatoren möchte keiner etwas über Menschenrechte hören. Somit bekommt die sudanesishe Regierung keinen passenden Druck von der Afrikanischen Union um den Konflikt schnellstmöglich beizulegen. Auch die gesandten afrikanischen Soldaten sind keine zuverlässigen Truppen, auf die sich die Betroffenen verlassen können. Die Regierung wird das Spiel zu ihren Gunsten umdrehen. Und der Verkauf von Klein-Waffen wird in der Region florieren.

Die islamischen Staaten trafen sich im April 2004 in Kairo und verkündeten ihre „Solidarität mit dem sudanesischen Volk gegen fremde Aggression“, wie es hieß. Damit haben sie der sudanesischen Regierung den Rücken gestärkt und wieder freie Hand zum Morden und Vertreiben gegeben. Die arabische Liga hat sich nicht anders verhalten.

Militärische Unterstützung bekommt der Sudan von China, Russland und Weißrussland in Form von Kampfflugzeugen, Kampfpanzern, und sonstigen gepanzerten Fahrzeugen und militärischen Ausrüstungsgegenständen. Eine Vielzahl von Staaten exportiert weiterhin in den Sudan Gewehre, Pistolen und Kleinwaffen sowie die dazugehörige Munition. Indien, Malaysia, Russland, Weißrussland leisten darüber hinaus auch weitgehende militärische Zusammenarbeit und Ausbildungshilfe. Hinzu kommt, dass China stark in die Ölförderung im Sudan involviert ist, so dass China fast in allen Weltsicherheitsresolutionen gegen den Sudan ein Veto eingelegt hat. Dadurch verhinderte die Volksrepublik den nötigen Druck der internationalen Gemeinschaft gegen die sudanesishe Regierung, um den Völkermord zu stoppen.

Trotz der nahezu aussichtslosen Zukunft der Friedensverhandlungen, die durch die Vermittlung der Afrikanischen Union seit 2004 in Abuja/Nigeria stattfinden,

kann eine dauerhafte und für alle Konfliktparteien akzeptable Lösung nur durch Dialog gefunden werden. Wenn die internationale Gemeinschaft die humanitäre Katastrophe beenden will, muss sie

- Druck auf die sudanesisische Regierung auszuüben, damit die Mordmilizen völlig entwaffnet und ihre Anführer sich in fairen Prozessen verantworten müssen.
- Statt der Afrikanischen Union soll der Weltsicherheitsrat selbst zur Steuerung der Friedensverhandlungen beitragen und die Verantwortung zur Umsetzung der Vereinbarung übernehmen.
- Zusätzlich zu den afrikanischen Friedenstruppen sollen westliche Beobachter zur Sicherung und Erhaltung der unterzeichneten Vereinbarungen geschickt werden.
- Die Weltgemeinschaft muss für sichere und zuverlässige Rahmenbedingungen sorgen, damit die Flüchtlinge freiwillig und schnellstmöglich in ihre Dörfer zurückkehren können.
- Eine Reform durchsetzen, in der die Macht der Zentralregierung durch den Aufbau eines föderalen Systems begrenzt wird und die regionalen Bevölkerungsgruppen stärkeren Einfluss bekommen.
- Trennung von Religion und Staat durchsetzen. Dies ist eine nicht verzichtbare Voraussetzung für nicht muslimische Minderheiten im Süden des Landes und in der Region Südkordufan.
- Die Einführung eines funktionierenden Rechtssystems durchsetzen, damit willkürliche Verhaftungen und Verurteilungen beendet werden.
- Dafür sorgen, dass die Minen, welche die Regierung ebenso wie im Südsudan um die Dörfer verlegt hat, vor Rückkehr der Flüchtlinge beseitigt werden.

Wenn man das Ausmaß des Konflikts in Darfur betrachtet, ist das Engagement der Weltgemeinschaft zur Linderung des humanitären Desasters beschämend. In einer Region, flächenmäßig so groß wie Frankreich, wurden bislang nur über 3.000 Friedenssoldaten entsandt. Die Forderung an die sudanesisische Regierung, die Janjaweed zu entwaffnen, blieb ohne Wirkung. Die halbherzig verabschiedeten Resolutionen des Weltsicherheitsrates haben, wie erwartet, keine Wirkungen auf die sudanesisische Regierung gezeigt. Dies ermutigte sie, ihre Vertreibungs politik fortzusetzen. Die beauftragte Afrikanische Union ist weder finanziell noch logistisch in der Lage konsequente Konfliktlösungsmechanismen einzuleiten. Die entsandten Friedenstruppen haben die Aufgabe, den vereinbarten Waffenstillstand zwischen der Regierung und der Rebellengruppen zu beobachten. Schutz der Zivilbevölkerung vor Übergriffen der Mordmilizen gehört nicht zu ihren Aufgaben.

Die Zukunft sieht für die Menschen in Darfur nicht rosig aus. In den Flüchtlingslagern sind sie von Aussenwelt abhängig. Täglich werden sie von den internationalen Hilfsorganisationen ernährt, die auch durch Spendensammlung die Nahrungsmittelhilfen zustande bringen. Aber die Hoffnung stirbt zu letzt. Ende November 2005 werden die Friedensverhandlungen wieder aufgenommen. Die US Regierung hat die Konfliktparteien aufgefordert, dass bis Ende des Jahres die Verhandlungen mit Erfolg beendet sein sollen, wie auch immer.

Maji-Maji-Krieg 1905 – 1907:

In Deutschland vergessen – in Tansania ein Mythos

Sonja Mezger

Wie 2004, so lädt auch das Jahr 2005 zur Erinnerung an die deutsche Kolonialgeschichte ein: Vor 100 Jahren ergriffen in der damaligen Kolonie Deutsch-Ostafrika die Kolonisierten die Waffen gegen das deutsche Kolonialregime. Bekannt wurde der Kolonialkrieg, der von 1905 bis 1907/8 dauerte, unter dem Namen Maji Maji. Zu diesem Anlass erschien im Frühjahr ein Aufsatzband, in dem die Autor/innen Ursachen, Verlauf und Folgen wie auch die Darstellung des Krieges und die Erinnerung an ihn untersuchen.

Die Veranstaltung auf dem BUKO in Hamburg sollte allerdings nicht nur einen geschichtlichen Rückblick auf den Kolonialkrieg bieten, sondern auch die heutige Rezeption des Kriegs in Tansania und die deutsche Erinnerungskultur und -politik bezüglich der Kolonialzeit kritisch betrachten. Dieser Beitrag zur BUKO-Dokumentation soll einen Einblick in die Inhalte der Veranstaltung geben.

Maji Maji – geschichtliche Einführung

Maji – nach diesem Wort, das im Swahili für Wasser steht, wurde der Krieg benannt. Aber Maji war nicht einfach Wasser, Maji war eine Substanz, die sehr unterschiedliche Funktionen hatte: In der Landwirtschaft sicherte sie Fruchtbarkeit und bot Schutz vor den Verwüstungen der Felder durch Wildschweine. Im Vorfeld des Krieges allerdings wandelte bzw. erweiterte sich die Bedeutung dieses Mittels: Es versprach im Grunde eine Umkehrung der bestehenden Ordnung. Es machte wilde Tiere zahm, garantierte die körperliche Unversehrtheit gegenüber den Waffen von Feinden und diente der politischen Kommunikation ebenso wie der Verbündung verschiedener ethnischer Gruppen zum gemeinsamen Kampf gegen die Kolonialherrschaft. Die besondere Botschaft des Maji entstand durch das Wirken des Heilers Kinjeketile, der unterschiedliche traditionelle Vorstellungen so miteinander kombinierte, dass sie viele Menschen auf dem Gebiet der damaligen deutschen Kolonie ansprachen. Er wohnte in Ngarambe südlich von Dar es Salaam in den Matumbibergen und verteilte in seinem Gehöft das Maji an angereichte lokale Autoritäten sowie an seine eigenen Boten, die damit die Nachricht vom nahenden Ende der Kolonialherrschaft durch gemeinsamen Widerstand verbreiteten. Die Verhaftung Kinjeketiles Mitte Juli 1905 erfolgte auf Befehl eines deutschen Kolonialbeamten und ging dem Beginn des Krieges einige Tage voraus. Als

der Heiler im August hingerichtet wurde, war der Krieg schon etwa zwei Wochen im Gange und die Botschaft war gemeinsam mit dem Maji weit nach Westen und Süden (zum Teil auch nach Norden) vorgedrungen. Durch die große regionale Verbreitung des Maji und die Vielzahl der Personen, aus denen das Netzwerk der Bewegung bestand, war Maji Maji keine homogene Bewegung. Das allerdings machte auch ihren Erfolg aus, denn so konnten die Botschaft, die Riten, Gebote und Verbote des Maji an die lokalen Begebenheiten angepasst werden und hatten damit größere Chancen, auf Zustimmung zu stoßen. Der Kern der Botschaft – die körperliche Unversehrtheit gegenüber den Waffen der Feinde und der gemeinsame Kampf gegen die Kolonialherren – blieb allerdings durchgehend erhalten.

Die Gründe für einen Kriegseintritt variierten in den verschiedenen Gegenden. In Matumbi, wo Kinjekitile gewirkt hatte, war es die Auflehnung gegen Zwangsarbeit auf staatlichen Baumwollfeldern, gegen Steuern und gegen die Behandlung durch die vom Gouvernement eingesetzten Kolonialbeamten. In Uzaramo, westlich von Dar es Salaam, hingegen gab es durch die Verordnungen der Kolonialverwaltung eine bedeutsame Verschiebung der Geschlechter- und damit Machtverhältnisse: Die Männer waren zur Zwangsarbeit fern der eigenen Dörfer abkommandiert worden und die Frauen sahen sich gezwungen, deren Aufgaben zu übernehmen. Hinzu kam hier die Vernichtung großer Teile der Ernte durch Wildschweine, die nicht mehr mit gewohnten Methoden gejagt werden durften. Die folgende Hungersnot und das Streben der lokalen Autoritäten, wieder politische Macht zu erlangen, trafen mit der Botschaft des Maji zusammen. Im Südwesten der damaligen Kolonie unterschieden sich die lokalen Glaubensvorstellungen sehr von denen in Matumbi. Hier hing die Annahme und Anerkennung von Maji – und damit auch der Kriegseintritt – stark von den bestehenden politischen Allianzen oder Rivalitäten mit anderen Gruppen ab. In Uhehe beispielsweise ergriffen die Menschen Partei für die deutsche Kolonialmacht, da sie erstens schon kriegerische Erfahrungen mit der technisch überlegenen Kolonialtruppe gemacht hatten und zweitens im deutschen Gouvernement Verbündete gegen ihre Nachbarn in Ungoni sahen.

Die Kriegserklärung erfolgte am 20. Juli 1905, als einige Ostafrikaner/innen ein Symbol der Kolonialherrschaft, eine Baumwollpflanzung in Matumbi, landeinwärts von Kilwa gelegen, zerstörten. Von dort breitete sich der Krieg innerhalb der nächsten sechs Wochen ins Landesinnere aus, so dass Ende September das südliche Drittel der damaligen Kolonie Kriegsgebiet war – eine Fläche fast so groß wie die heutige BRD. Die Attacken richteten sich nicht nur gegen die Kolonisatoren und deren Erfüllungsgehilfen, sondern auch gegen einheimische Profiteure des kolonialen Systems wie zum Beispiel Händler. Zunächst setzte der Gou-

verneur von Götzen deutsche Marinesoldaten ein, die auf Kriegsschiffen vor der Küste stationiert waren. Ab November 1905, nach dem Eintreffen der militärischen Verstärkung, führte die deutsche Kolonialtruppe ausgedehnte Feldzüge im Süden der Kolonie. Unter der deutschen Offiziersriege dienten in dieser Truppe afrikanische Soldaten aus der Kolonie, Söldner aus dem Sudan und Eritrea sowie Hilfssoldaten, die von lokalen Autoritäten bereit gestellt wurden. Die deutsche Kolonialarmee profitierte von ihrer technischen Ausrüstung und setzte Maschinengewehre gegen die Angriffe der Maji-Maji-Truppen ein. Die afrikanischen Kriegsparteien änderten daraufhin ihre Taktik und verlegten sich auf einen Guerillakrieg. Über zweieinhalb Jahre hinweg widersetzten sich die verschiedenen afrikanischen Kriegsverbände der Unterwerfung. Die deutsche Reaktion wiederum war die Anwendung einer Taktik, die erst in der 1960er Jahren den heute bekannten Namen erhielt: Politik der verbrannten Erde. Die Menschen in den Kriegsgebieten wurden über Jahre vertrieben, vergewaltigt und ermordet, ihre Dörfer und Nahrungsmittel wurden verbrannt, sie wurden an der Bestellung bzw. Ernte ihrer Felder gewaltsam gehindert und in Folge verhungerten Zehntausende in den Jahren 1906 bis 1908. Während auf der Seite der deutschen Kolonialtruppe 15 Europäer/innen und etwa um 1000 afrikanische Soldaten starben, verloren auf Seiten der Maji-Maji-Truppen und der Zivilbevölkerung zwischen 200.000 und 300.000 Afrikaner/innen ihr Leben.

Maji Maji – Erinnerung in Tansania

Im südlichen Teil Tansanias haben sich die Ereignisse des Krieges und seine Auswirkungen tief ins kollektive Gedächtnis eingebrannt. Isack Majura beschrieb das Trauma der Bevölkerung sehr anschaulich. Die Grausamkeiten der Kolonialarmee waren so schlimm gewesen, dass man es keinem Kind zutrauen mochte, dies zu hören. Dennoch sind Geschichten und Erfahrungen aus der Perspektive der Tansanier/innen überliefert, viele wurden während der 1960er Jahre im Zuge des Maji Maji Research Projects der Universität Dar Es Salaam schriftlich festgehalten.

Als in den 1950er Jahren die Tanganyika African National Union (TANU) öffentlich für die Unabhängigkeit des Landes von der britischen Kolonialmacht eintrat, befürchteten viele eine Wiederholung der Erfahrungen aus dem Maji-Maji-Krieg. Gleichzeitig war es schwer vorstellbar, dass sozusagen durch einen Mitgliedsbeitrag für eine Partei die Kolonialherrschaft abzuschütteln sein sollte, hatten es doch vereinte bewaffnete Kräfte fünfzig Jahre vorher nicht geschafft. Trotz oder gerade wegen der Befürchtungen nutzte Julius Nyerere, späterer Präsident Tanganyikas, den Rekurs auf den Maji-Maji-Krieg, um den Vorwürfen der Zeit, die Unabhängigkeitsbestrebungen seien vom Ost oder West des beginnenden Kalten Kriegs beeinflusst, zu begegnen.

nen. In seiner Rede vor den Vereinten Nationen (1956) bezog er sich explizit auf die kollektive Erhebung gegen die deutsche Kolonialherrschaft, die keinerlei politischer Katalysatoren von außerhalb bedurft hatte und von ihm als Beginn des Kampfes für die Freiheit gesehen wurde. Im Dezember 1961 wurde Tansania ein unabhängiger Staat.

Basierend auf dieser Auffassung Nyereres wurde die Erinnerung an den Maji-Maji-Krieg mit der herausragenden Figur des Kinjeketile bewusst für den Prozess des Nationbuilding eingesetzt. Was seit dem Ende der 1960er Jahre in den tansanischen Schulen über den Maji-Maji-Krieg gelehrt wird, wird deshalb von westlichen Historiker/innen häufig als nationaler Mythos kritisiert, der nur in Grundzügen mit den historischen Fakten übereinstimmt und ein verzerrtes Bild abgibt. Dennoch darf die Bedeutung der Erinnerung an Maji Maji nicht unterschätzt werden, wie Majura bestätigt: „Für uns Tansanier ist der Kampf um Freiheit ein immer noch lebendiges und berechtigtes Anliegen, das im Maji-Maji-Krieg seinen Ursprung nahm.“ Ganz so wichtig nimmt es die tansanische Regierung inzwischen wohl nicht mehr – beispielsweise gibt es keinen nationalen Feiertag, der sich auf Maji Maji bezieht und auch die zu erwartenden Zeremonien zum Gedenken an den Kolonialkrieg sind eher lokaler denn nationaler Natur.

In Deutschland ist der Kolonialkrieg im ehemaligen Deutsch-Ostafrika weitgehend vergessen, sowohl bei der deutschen Bevölkerung als auch, so scheint es, bei der bundesdeutschen Regierung. Gab es im letzten Jahr noch eine wohlformulierte – und damit nicht entschuldigungsrelevante – Entschuldigung der Ministerin Wieczorek-Zeul in Namibia, mit der sie die „historisch-politische, moralisch-ethische Verantwortung“ und die „Schuld, die Deutsche damals auf sich geladen haben“, anerkannte, so fehlt bis heute jegliche Äußerung zum Maji-Maji-Krieg seitens der Bundesregierung. Diese, so Majura, sei aber die Voraussetzung für bilaterale Beziehungen auf Augenhöhe.

Bei diesen Überlegungen zu Erinnerung, Gedenken und Anerkennung von Schuld stellt sich unwillkürlich die Frage, ob es nicht an der Zeit sei, Reparationen zu fordern. Im Falle des Herero-/Nama-Kriegs zeigte sich, dass es gerade die Klage der Herero auf Entschädigungszahlungen seitens der Bundesregierung (und drei deutscher Firmen) brauchte, um ausreichend politischen Druck für eine Auseinandersetzung mit dem deutschen Kolonialismus aufzubauen. Eine derartige Entwicklungshilfe zur verantwortungsvollen Aufarbeitung eines weiteren Teils deutscher Kolonialgeschichte könnte eine ähnlich angelegte Klage aus Tansania in Bezug auf den Maji-Maji-Krieg sein. Majura hingegen stellte klar, dass er in der Einforderung von Reparationen eine wesentliche Beeinträchtigung der deutsch-tansanischen Beziehungen, „die sich im Grunde gut

entwickelt haben“, sieht und deshalb derartige Bemühungen ablehnt. Das bedeutet aber nicht, dass Majura den wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten so viel Gewicht beimisst, dass er eine Bundesregierung aus der Pflicht entlässt. Wie schon erwähnt, erwartet er eine offizielle Entschuldigung seitens der deutschen Regierung: „[E]ine Versöhnung ist erst dann möglich, wenn die Deutschen sich ihrer Vergangenheit stellen. ... so wäre viel gewonnen, wenn sich die Deutschen auch zu ihrer historischen Schuld in ihren ehemaligen Kolonien bekennen würden. Dann könnte man gemeinsam um die Opfer des Kolonialismus trauern und sich aussöhnen. Und erst dann wären die Beziehungen zwischen Tansania und Deutschland normal.“

Erinnerung an die Kolonialzeit – eine gemeinsame Aufgabe

In der deutschen Rezeption der Kolonialzeit steht der Maji-Maji-Krieg zumeist im Schatten des Herero-/Nama-Kriegs. Doch immerhin sind diese beiden Kriege ob der Jahrestage teilweise in ein öffentliches Bewusstsein in Deutschland gerückt. Selbiges steht allerdings für andere deutsche Kolonien noch aus. Im Crossrivergebiet Kameruns beispielsweise ereignete sich im Jahr 1904 ebenfalls ein kolonialer Krieg, der von der deutschen Kolonialtruppe nur unter Anwendung exterminatorischer Taktik gewonnen werden konnte. Eine aktuelle Untersuchung von Stefanie Michels beschäftigt sich mit den Erinnerungsdiskursen im ehemaligen Kriegsgebiet in Kamerun. Dieser Krieg, der bis heute in Kamerun erinnert wird, ist hierzulande mit Ausnahme einiger weniger historischer Studien gänzlich vergessen. Was im Deutschen Reich als „Ajang-Aufstand“ bezeichnet wurde, der offiziell binnen sechs Monaten beendet war, wird in der kamerunischen Historiographie als „Mpawmanku wars“ erinnert und erstreckte sich über einen Zeitraum von mehr als zwei Jahren. Die kamerunischen Erinnerungen an diesen Krieg sind, so Michels, zentral von der Widerstandsmacht der Kolonisierten und der Gewalt, die durch die deutsche Kolonialmacht ausgeübt wurde, geprägt. Die deutsche Kolonialzeit als Ganzes wird in Kamerun trotz der intensiven Erinnerung an Vergewaltigung, Folter, Schlägen, Zwangsarbeit und Aushungern dennoch nicht durchgehend negativ bewertet. Dies führt Michels darauf zurück, dass die Kolonialzeit an den Entwicklungsdiskurs angeschlossen wird, in welchem Entwicklung meist mit moderner Infrastruktur gleichgesetzt wird. Infolgedessen werden heute so genannte Entwicklungsexperten von den kamerunischen Interviewpartner/innen im kolonialen Kontext wahrgenommen und zu mehr Verständigung und Kompromissbereitschaft im konkreten Projektsammenhang aufgefordert.

Weshalb aber gibt es in einer Veranstaltung über den

Maji-Maji-Krieg im kolonialen Tansania einen Exkurs in die deutsche Kolonialzeit in Kamerun? Diese Zusammenstellung ergab sich aus der Wahrnehmung, dass in der deutschen Erinnerungskultur und -politik bzgl. der Kolonialzeit die verschiedenen Kolonien einen unterschiedlichen Stellenwert bekommen, geradezu in Konkurrenz miteinander stehen. Dafür werden häufig die unterschiedliche Ausprägung des Kolonialismus in den jeweiligen Kolonien und die spezifischen Charakteristika der Kolonien selbst als Grund angeführt. Sichtbar wird dies dadurch, dass eine öffentliche Aufmerksamkeit und Auseinandersetzung lediglich zu halbwegs bekannten kolonialen Jahrestagen erreicht wird. Dann konzentrieren sich die Veranstaltungen auf ein Ereignis und eine Kolonie – weder eine zeitliche noch eine räumliche Ausweitung über das Ereignis hinaus wird zugelassen und die anderen Kolonien sind beinahe vergessen.

Nur die Kolonialmacht bleibt dieselbe: Deutschland. Das allerdings scheint nur wenig Grund zu sein, eine separate Behandlung einzelner Ereignisse mit einer umfassenderen Betrachtung des deutschen Kolonialismus zu verknüpfen. Denn durch die Trennung wird immerhin erwirkt, dass der Blick stets auf die „Anderen“ gerichtet bleibt und damit eine Selbstreflexion umgangen werden kann. Eine kritisch reflektierende Auseinandersetzung mit dem deutschen Kolonialismus unter Bezugnahme auf die kolonisierende Gesellschaft brächte nämlich die Erkenntnis, dass die heutige deutsche Gesellschaft auch eine postkoloniale Gesellschaft ist – nicht nur eine postfaschistische. Der deutsche Kolonialismus beförderte die Verankerung rassistischer Stereotype in unserer Gesellschaft, prägte rassistische Bilder im kollektiven Gedächtnis und wirkt deshalb bis heute fort.

Verstünde mensch allerdings die deutsche Gesellschaft als eine postkoloniale, so wäre die Möglichkeit eröffnet, eine wechselseitige Beeinflussung der Kolonisierenden und der Kolonisierten anzuerkennen. So könnte das dichotome Täter-/Opfer-Schema aufgebrochen werden und stattdessen die Heterogenität, Ambivalenz und Vielschichtigkeit der kolonialen Beziehungen wahrgenommen werden. Es bedeutete die Grundlage für eine gemeinsame Erinnerungspolitik, die eine Versöhnung in den Blick nehmen kann, denn sie verharret nicht bei simplen Schuldzuschreibungen, die einen Dialog verhindern.

Die von Stefanie Michels und anderen ins Leben gerufene Initiative deutschland postkolonial bemüht sich seit Beginn des Jahres, die Debatte um eine nachhaltige Erinnerungs- und Versöhnungspolitik in Bezug auf die ehemaligen Kolonien anzustossen. Die gemeinsamen Forderungen des unabhängigen Forums weisen einen möglichen Weg: „Die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit muss auf alle ehemaligen deutschen Kolonien ausgeweitet werden. Es muss ein gleichberechtig-

ter Dialog mit den Menschen in den entsprechenden Ländern geführt werden, der ihre jeweilige Erinnerungskultur anerkennt. Die Aufarbeitung deutscher Kolonialgeschichte muss Akteure aus Politik, Wissenschaft und Kultur in Deutschland und den Ländern der ehemaligen Kolonien einbinden. Erinnerungs- und Versöhnungspolitik müssen in unserer Gesellschaft institutionalisiert werden.“

Anmerkungen:

- 1 Becker, Felicitas & Jigal Beez (Hg.) 2005: Der Maji-Maji-Krieg in Deutsch-Ostafrika 1905-1907. Ch. Links-Verlag, Berlin.
- 2 Die Veranstaltung wurde von Heiko Möhle (Hamburg) moderiert. Folgende inhaltlichen Inputs wurden gehalten: Zur Geschichte des Maji-Maji-Kriegs von Sonja Mezger (Berlin), zur Erinnerung an Maji Maji in Tansania von Isack Majura (Frankfurt/M), zu deutsch-kamerunischer Kolonialgeschichte und zur gemeinsamen Erinnerungspolitik von Stefanie Michels (Köln).
- 3 Das offizielle Kriegsende wurde im Februar 1908 vom Deutschen Kaiser rückwirkend auf Februar 1907 festgelegt, obwohl bis in den Sommer 1908 noch einzelne Guerillagruppen aktiven Widerstand leisteten.
- 4 Vgl. auch Majura, Isack 2005: „Die Schuldfrage. Das deutsch-tansanische Verhältnis 100 Jahre nach dem Maji-Maji-Krieg“. In Becker & Beez (Hg.).
- 5 Majura, Isack 2005, S. 202.
- 6 Siehe <http://www.bmz.de/de/presse/reden/ministerin/rede20040814.html>
- 7 Majura, Isack 2005, S. 203.
- 8 Majura, Isack 2005, S. 204.
- 9 Michels, Stefanie 2004: Imagined Power Contested: Germans and Africans in the Upper Cross River Area of Cameroon, c. 1887 - c. 1914. LIT-Verlag, Berlin.
- 10 Vgl. die Webseite: www.deutschland-postkolonial.com
- 11 Falblatt DEPO deutschland postkolonial – erinnern und versöhnen.

Der europäische Krieg gegen Flüchtlinge

Flüchtlingsabwehr und Lagerpläne der EU

Cornelia Gunßer, Flüchtlingsrat Hamburg

Die ersten europäischen Pläne für Flüchtlingslager in Kriegs- und Krisenregionen und an den Rändern der EU entstanden nicht zufällig zeitgleich zum Beginn des Irakkriegs im Frühjahr 2003. Fast ein Jahr lang gab es nur in Spezialistenkreisen eine Diskussion über solche Lagerpläne. Mit dem Medienrummel um den „Fall Cap Anamur“ im Juli 2004 tauchten sie plötzlich wieder auf, ausgelöst durch den Vorschlag des deutschen Innenministers Schily - in eiliger Abstimmung mit seinem italienischen Amtskollegen Pisanu - „Auffanglager“ für Bootsflüchtlinge in Nordafrika einzurichten.

Die italienische Regierung hat Anfang Oktober 2004 begonnen, in Italien gelandete Bootsflüchtlinge nach Libyen zu verfrachten, wo sie bis zu ihrer Abschiebung in von Italien finanzierten libyschen Lagern untergebracht werden. Mittlerweile geben sich Regierungsmitglieder und Wirtschaftsvertreter aller wichtigen EU-Staaten die Klappe von Ghaddafis Zelt in die Hand. Ghaddafi meinte wohl kaum die Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen und MigrantInnen, als er in seiner Rede zur Eröffnung eines Gasprojekts mit Berlusconi am 7.10.04 sagte: „There ist no life without mobility and mobility is brought about by energy.“ Bundeskanzler Schröder erklärte am 15.10.04 im deutschen Fernsehen, er sei sich mit seinem libyschen Amtskollegen einig, dass man Flüchtlingen lieber in ihren Herkunftsländern helfen, sprich: sie gemeinsam zurück verfrachten und am Eindringen in die „Festung Europa“ hindern sollte.

Die EU wird im dritten Anlauf voraussichtlich im Mai 2005 sondieren, ob die EU in Nordafrika exterritoriale Flüchtlingslager errichten kann. Der deutsche Innenminister Otto Schily will die Regierungen Algeriens, Tunesiens, Libyens und Ägyptens besuchen, um frühere „Missverständnisse“ in dieser Sache auszuräumen. Denn bis jetzt sind die Regierungen dieser Länder nicht bereit, auf einen Wink aus Berlin, Rom oder London hin, den Bau von EU-Lagern auf nordafrikanischem Territorium zu genehmigen. In Zeitungskomentaren hieß es dort sarkastisch, Deutschland sei als „Weltmeister“ im Bau von Lagern bekannt, und dieses Know-How brauche es nun wirklich nicht zu exportieren.

Die Chronologie der Lager-Debatten in den Jahren 2003 und seit Sommer 2004 zeigt die Menschenver-

achtung der EU-Flüchtlingspolitik, aber auch ihre internen Widersprüche.

I. Lagerpläne 2003

Das erste Papier des britischen Kabinetts und Innenministeriums, zynischerweise „A New Vision for Refugees“ genannt, stammt vom Februar 2003 und enthielt zwei Elemente:

1. Intervention, einschließlich mit militärischen Mitteln, in Ländern, die Flüchtlinge produzieren, um den „Strom“ von Flüchtlingen zu stoppen und ihrer Rückkehr zu ermöglichen;
2. Schaffung eines „global network of safe havens“, später „Regional Protection Areas“ (RPA, regionale Schutzzonen) genannt, sowohl nahe bei oder gar in Flüchtlinge produzierenden Ländern, als auch näher an oder in der EU.

Modell waren die Lager in Makedonien während des Kosovokriegs, in die Flüchtlinge von Militärs interniert und bewacht wurden und aus denen allenfalls eine kleine Minderheit nach festgelegten Kontingenten befristet in EU-Staaten einreisen durfte.

Ebenfalls vorgeschlagen wurde eine Ergänzung der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951, um die Rückführung von in Europa angekommenen Flüchtlingen in die „safe havens“ zu ermöglichen.

Als zusätzliche Variante legte Blair dann im März 2003 dem EU-Ratspräsidenten ein Konzept für sog. „Transit Processing Centres“ (TPC) außerhalb der EU-Grenzen vor, in die sowohl Flüchtlinge im Transit als auch aus der EU Zurückgeschobene zur Durchführung von Asylverfahren interniert werden sollten. Insbesondere gehe es um als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnte Asylanträge, vor allem von Flüchtlingen aus bestimmten als „sicher“ definierten Herkunftsländern, die in den Lagern widerlegen könnten, dass sie „Wirtschaftsmigranten“ seien.

Hintergrund dieser Vorschläge war, dass im Jahr 2002 Großbritannien zum Land mit der höchsten Zahl an AsylbewerberInnen in der industrialisierten Welt geworden war und Blair seiner Wählerschaft versprochen hatte, daran etwas zu ändern. Ähnlich wie Schily im Jahr 2004 behauptete er aber auch, so ein System sei „menschlicher“, da dann ja die gefährliche Reise zum Zielland wegfallen würde. Der britische Vorschlag wurde damals unterstützt durch die niederländische, die österreichische und die dänische Regierung.

Als Reaktion auf diese Konzepte präsentierte Ruud Lubbers, UNHCR, am 17.3.03 auf einem Treffen in London sein „three prong modell“ (Drei-Säulen-Modell) für ein effektiveres Flüchtlings-Management: Der „domestic approach“ hatte eine effizientere nationale Asylprüfung und Flüchtlingsbetreuung zum Ziel, mit der „Hilfe in Krisenregionen“ sollten „Flüchtlings-

ströme“ schon vor Ort gestoppt werden, und mit dem „EU prong“ solle eine gemeinsame europäische Bewältigung von Migrationswellen erreicht werden, u.a. durch die Einrichtung geschlossener Lager zur Durchführung von Asylverfahren auch für Flüchtlinge, die bereits Europa erreicht haben. Unterschied zu den britischen Plänen: Die Lager sollten innerhalb der Grenzen der (erweiterten) EU statt außerhalb errichtet werden. Die Flüchtlingszentren sollten laut UNHCR „den Asylmissbrauch eindämmen“, da derzeit bis zu $\frac{3}{4}$ aller Asylbewerber, die es bis nach Europa schaffen, nicht die klassischen Kriterien eines Flüchtlings erfüllen würden. Deshalb seien auch Listen sicherer Herkunftsländer sinnvoll. Flüchtlinge aus diesen Ländern könnten ihr Verfahren in solchen Lagern durchführen und die wenigen anerkannten sollten nach einem Quotensystem auf die EU-Länder verteilt werden, die übrigen würden schnellstens „nach Hause geschickt“. Der UNHCR führte nicht zuletzt finanzielle Argumente ins Feld: Für Asylbewerber in Europa würden rund 10.000 Dollar jährlich an Unterstützung aufgewendet. Dagegen zahle der UNHCR für Millionen Flüchtlinge in der Welt im Durchschnitt nur 50 Dollar pro Jahr (nach: SZ 4.6.03). Hinter solchen Äußerungen des UNHCR steht u.a. eine zunehmende (auch und gerade finanzielle) Konkurrenz zur IOM, einer weltweiten Organisation, die vor allem von den Regierungen der reichen Industrieländer finanziert wird und sowohl think tank als auch praktischer Umsetzer von Konzepten zur Migrationskontrolle ist, die von sog. „freiwilliger“ Rückkehr bis zu Lagern, z.B. auf der pazifischen Insel Nauru reichen (Näheres in der Broschüre „Stop IOM!“ des Antirassismusbüros Bremen, www.antirassismus-buero.de).

Auf einer Tagung der EU-Justiz- und Innenminister Ende März 2003 unterstützten die Niederlande, Italien und Spanien die UNHCR-Variante des britischen Konzepts, während der deutsche Innenminister Schily sich skeptisch äußerte. In einem Interview gegenüber dem „Observer“ (11.5.03) sagte er, der britische Vorschlag werde die Zahl derjenigen, die nach Europa gelangen, eher erhöhen als reduzieren. Er stimme den Zielen zu, meine aber, diese Lager würden nicht funktionieren, sondern nur noch zusätzliche Flüchtlinge anziehen. Auf einem UNHCR-Symposium Ende Juni 2003 in Berlin betonte er demgegenüber die Wirksamkeit der deutschen Regelungen über „sichere Drittstaaten“ und „sichere Herkunftsländer“ und dass man doch alles tun müsse, um schon in den Herkunftsregionen Flucht zu verhindern. Die deutsche Regierung hat sich auf EU-Ebene schon immer gegen Quotenregelungen zur Aufnahme von Flüchtlingen ausgesprochen und will sich nicht auf „Lastenteilung“ mit Ländern einlassen, die (nicht zuletzt aufgrund ihrer EU-Außergrenzen) bei der Flüchtlingsabwehr nicht so „effektiv“ sind.

Im Gegensatz zu Schilys Argumentation kritisierte die

schwedische Regierung das Konzept aus rechtlichen und humanitären Gründen, ähnlich wie eine große Zahl an Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen. Die EU-Kommission ging deshalb Anfang Juni offiziell auf Distanz zu den britischen Plänen und auch zum UNHCR-Konzept für die TPCs. Der Beschluss Nr. 26 auf der EU-Gipfelkonferenz Mitte Juni 2003 in Griechenland lautete wörtlich: Die EU-Konferenz fordert die EU-Kommission auf, „Mittel und Wege zu prüfen, wie die Schutzkapazität von Herkunftsländern erhöht werden kann. (...) Der Rat stellt fest, dass eine Reihe von Mitgliedsstaaten beabsichtigt, als Teil dieses Prozesses gemeinsam mit dem UNHCR die Möglichkeit für einen verbesserten Schutz der Flüchtlinge in ihrer Herkunftsregion zu prüfen.“ Offiziell ließ Großbritannien seinen Vorschlag der TPCs fallen, und in den Medien wurde es meist so dargestellt, als habe die EU die britischen Vorschläge abgelehnt. Aber der EU-Gipfel gab grünes Licht für Pilotprojekte und beschloss eine 12-Monatsstudie sowie einen Bericht über „praktische Vorschläge“. „The idea is to bring safe havens closer to the people and their places of origin“, sagte ein EU-Kommissionssprecher zu Reportern auf dem EU-Gipfeltreffen. Das bedeutet eine klare Zustimmung zum Konzept der regionalen Verlagerung des Flüchtlingsschutzes in die Nähe der Herkunftsländer von Flüchtlingen.

Nach der EU-Gipfelkonferenz 2003 gab es noch einige kleine Meldungen über geplante Transitlager für Flüchtlinge, z.B. in Kroatien und Bulgarien, wo die Regierungen diese aber dementierten, und „Regional Protection Areas“, z.B. in Kenia. Ansonsten wurde das Thema öffentlich kaum noch diskutiert.

II. Schon existierende Lager, Verfahren und Abkommen zur Flüchtlingsabwehr und -rückführung

Neben den hier eher unbekannteren „Resettlement“-Programmen in Verbindung mit Flüchtlingslagern in verschiedenen Krisenregionen, wo Flüchtlinge sich um Aufnahme in bestimmten Zielstaaten bewerben können, gibt es an den Rändern Europas bereits etliche Lager zur Abwehr und Abschreckung von Flüchtlingen und MigrantInnen. Beispielhaft seien hier nur einige erwähnt:

Die spanischen Exklaven Melilla und Ceuta in Marokko wurden erst vor weniger als zehn Jahren als Schlupflöcher nach Europa entdeckt. Deshalb wurden 1999 die alten Stacheldrahtzäune ersetzt durch drei Meter hohe Metallzäune, fluchtlichtbestrahlt, kamera-, mikrofon- und sensorüberwacht. Vor dem Zaun lagern Hunderte von AfrikanerInnen, und immer wieder schaffen es einige, den Zaun zu überwinden – und damit nach Europa einzureisen. Als Konsequenz wird jetzt der Zaun auf sechs Meter erhöht und die Bewachung verstärkt. In den Exklaven befinden sich Lager mit je 500 Plät-

zen, die immer voll sind. (Angaben nach: FR 16.8.04) Immer größer werden auch die Lager auf den Kanarischen Inseln, die zunehmend Ziel von boat people aus Westafrika wurden – eine Route, die noch gefährlicher ist als die über das Mittelmeer. An der spanischen Küste wurde ein elektronisches Meeresüberwachungssystem (SIVE) installiert, das „pateras“, die Boote aus Afrika mit Zielrichtung Europa, auch im Dunkeln schon weit draußen auf dem Meer erkennt.

Auf der anderen Seite des Mittelmeers gibt es insbesondere in Italien zunehmend Lager. Auf der Afrika am nächsten gelegenen 20 qkm großen Insel Lampedusa kommen schon seit 20 Jahren „clandestini“ an. Früher nahm niemand Notiz davon, und die ImmigrantInnen reisten weiter aufs italienische Festland. Seit einiger Zeit werden sie sofort in ein Lager gesteckt, mit einem Neubau wurde begonnen, angeblich um die Tourismusbranche vor den Flüchtlingen zu schützen. Gezielt wird Rassismus geschürt. Eine Restaurantbesitzerin meint jedoch: „Wir haben nichts gegen die Illegalen, aber sie sollen als freie Menschen kommen!“ (SZ 28.7.03)

Auf Sizilien und dem italienischen Festland gibt es seit 1998 Abschiebelager, ironischerweise Centri di Permanenza Temporanea (CPT) – Zentren für den zeitweiligen Aufenthalt – genannt. Die geschlossenen Zentren in Agrigento und Caltanissetta wurden durch die Inhaftierung der Flüchtlinge von der Cap Anamur auch hier bekannt. Weitere CPT gibt es z.B. in Apulien, wo sie ursprünglich zur Inhaftierung der Flüchtlinge gedacht waren, die von Albanien über die Adria nach Italien gelangten. Deren Zahl wurde durch gemeinsame Patrouillen italienischer und albanischer Spezialtruppen fast auf Null gesenkt. Im CPT Regina Pacis in San Foca, direkt am Touristenstrand gelegen und im Sommer 2003 Ziel internationaler Proteste, sind deshalb vor allem Menschen ohne Papiere interniert, die über Libyen nach Sizilien gelangt sind. (Näheres zu den italienischen Lagern in dem Buch „Italien. Legalisierung von Flüchtlingen – Militarisierung der Grenzen?“ herausgegeben von der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM) im Febr. 2002)

Auch auf griechischen Inseln kommen immer wieder boat people an, wie z.B. 23 Kurden Anfang Mai 2005 auf Santorini, die dort in ein Haus ohne Tageslicht eingesperrt wurden (siehe Presseerklärung auf www.fluechtlingsrat-hamburg.de).

Wenig bekannt ist bisher über Lager in nordafrikanischen Ländern. Michael Howard, Chef der britischen Konservativen, behauptete im Wahlkampf, EU und UNHCR hätten bereits versuchsweise Zentren für Asylbewerber in Marokko, Algerien, Tunesien und Libyen eingerichtet. Eine Sprecherin der UN-Flüchtlingskommission entgegnete, Howard habe das frei erfunden (taz 4.5.05). Insbesondere Italien hat jedoch in den letzten Jahren vor allem auf die Transitländer Libyen,

Tunesien und Ägypten verstärkten Druck ausgeübt, um sie zu einem konsequenteren Einsatz bei der Überwachung sowohl der Küsten als auch der jeweiligen „grünen Grenzen“ in der Sahara zu veranlassen. Die nordafrikanischen Länder sind dazu aber nicht ohne Gegenleistungen bereit, denn sie haben keine Mittel, die Grenzen aufzurüsten und auch wenig Interesse daran. Die Geldüberweisungen der eigenen Staatsbürger aus dem Ausland stellen eine der wichtigsten Einnahmequellen dar. Deshalb benutzt Italien als Druckmittel Einwanderungsquoten und Entwicklungshilfe. Mit Tunesien wurde z.B. im Dezember 2003 ein neues Abkommen geschlossen, das Ausrüstung und Ausbildungshilfe für Grenzkontrollen, aber auch erhöhte Einwanderungsquoten enthielt. Daraufhin beschloss das tunesische Parlament strenge Strafen für Schleuser. Es gibt in Tunesien, das zwar die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet, aber kein Asylverfahrensgesetz hat, 13 mit italienischem Geld finanzierte Abschiebehafteinrichtungen, die meisten an geheimen Orten. Ägypten bekam erst im Oktober 2002 eigene Einwanderungsquoten, als sich ein Verbindungsbeamter der italienischen Polizei in Kairo niederlassen durfte. (Mehr zu diesen Abkommen in dem Artikel von Paolo Cuttitta, „Das diskrete Sterben“, FR 19.8.04).

Libyen ist nicht Auswanderungs- sondern Einwanderungs- und Transitland, deshalb galten für Italien keine Einwanderungsquoten, und aufgrund des EU-Embargos konnten keine (militärischen) Grenzschutzausrüstungen geliefert werden. All das ist jetzt anders, seit Libyen für die EU nicht mehr als „Schurkenstaat“, sondern als profitbringender Geschäftspartner gilt. Das zu analysieren, wäre einen eigenen Artikel wert. Wenig bekannt ist aber auch die Wende der libyschen Politik nach innen gegenüber Einwanderern, insbesondere aus Nigeria, Niger und Tschad sowie aus Ägypten und anderen nordafrikanischen Ländern, die lange als billige Arbeitskräfte willkommen waren. Die Wende begann schon im Herbst 2000, als Zusammenstöße zwischen Libyern und anderen Afrikanern bei Tripolis zu sechs Toten führten. Viele Nigerianer wurden abgeschoben. Seit März 2004 schränkt ein Gesetz die Einwanderung ein und sieht die Ausweisung arbeitsloser Ausländer vor. Die Abzuschiebenden „wohnen“ in Zelten in der Wüste, und Massenabschiebungen, z.B. nach Eritrea, begannen zeitgleich mit der Ankunft eines italienischen Beamten.

Auch Marokko hat nicht aus eigenem Antrieb mit Massenabschiebungen schwarzer Afrikaner begonnen - am 30.11.03 per Charterflug mit 416 Personen nach Nigeria. Von der EU bekommt Marokko über drei Jahre 40 Millionen Euro zum „Kampf gegen illegale Migration“. Parallel dazu wächst der Rassismus gegen Schwarze (nach: taz 25.8.04).

Das EU-Programm AENEAS soll im gesamten Mittelmeerraum „die Bereitschaft der Drittländer zum

Abschluss von Rückübernahmeabkommen fördern“.

Es gibt jedoch auch Abschiebevereinbarungen, die aufgrund von Widerstand in den Herkunftsländern und in Europa gescheitert sind, wie z.B. das im Januar 2003 bereits unterzeichnete Abkommen zwischen der Schweiz und Senegal. Es sah vor, abgelehnte afrikanische Asylsuchende, deren Identität nicht nachgewiesen werden konnte, nach Senegal abzuschicken und sie dort auf dem Flughafen zu internieren, wo afrikanische Botschaften sich dann „ihre“ Staatsbürger herausuchen sollten. Aufgrund von Protesten von Menschenrechtsorganisationen und afrikanischer MigrantInnen, die sich gerade im Senegal aufhielten, weigerte sich das senegalesische Parlament im März 2003, das Abkommen zu verabschieden.

Relativ weit entwickelt ist jedoch die Politik der Lager, Internierungen und Rückübernahmeabkommen an den neuen Ostgrenzen der EU. Dies betrifft Flüchtlinge und MigrantInnen im Transit, aber auch bereits in die EU eingereiste Asylsuchende. Österreich und die drei baltischen Staaten sprachen sich vor kurzem für die Errichtung eines Aufnahmelagers für Flüchtlinge aus Tschetschenien außerhalb der EU, z.B. in der Ukraine, aus.

III. Lagerpläne 2004 als Reaktion auf die Rettungsaktion der „Cap Anamur“

Am 19.7.04, auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um die Rettung von 37 afrikanischen Flüchtlingen im Mittelmeer durch das Schiff „Cap Anamur“ der gleichnamigen Hilfsorganisation, sprach der deutsche Innenminister Schily auf einem Treffen der EU-Justizminister zum ersten Mal von der Möglichkeit, Auffanglager für Bootsflüchtlinge in Nordafrika einzurichten. „Humaner als ertrinken“ nennt Schily diese Lösung. Bei einer Umfrage des Fernsehsenders ntv am 20.7.04 sprachen sich 76% der ZuschauerInnen für Lager in Nordafrika aus.

Was für Lager das genau sein sollen und für wen, wer darin das Sagen hat und wer über ihre Einrichtung entscheidet, darüber war bisher allerdings nur in täglich anders lautenden Medienberichten die Rede. Z.B. äußerten Schily und sein italienischer Amtskollege Pisanu in einer gemeinsamen Presseerklärung am 16.8.04, es solle für auf See aufgegriffene Flüchtlinge eine Einrichtung geschaffen werden, „die außerhalb der Grenzen Europas Asylgesuche entgegennimmt und prüft“ (FR 17.8.04). Diese Institution solle dann für anerkannte Flüchtlinge eine Aufnahme in einem Drittland besorgen, in der Regel „in der Nähe ihres Heimatlandes mit Unterstützung der EU“ (Schily lt. FAZ 22.7.04). Asyl in Europa sollten die Flüchtlinge hingegen nur auf „freiwilliger Basis der jeweiligen Staaten“ erhalten. Zugleich solle außerhalb Europas eine Clearingstelle eingerichtet werden, bei der EU-Staaten ihren Bedarf an lega-

ler Einwanderung anmelden könnten. In der SZ vom 2.8.04 wird Schily mit folgenden Vorstellungen zitiert: „Es wird dort (in Nordafrika) eine Aufnahmeeinrichtung geben und eine Institution, die aus Beamten der Asylbehörden der EU-Mitgliedsstaaten zusammengesetzt ist. Diese Behörde prüft: Haben die Flüchtlinge einen Grund nach der Genfer Flüchtlingskonvention, der einer Rückkehr ins Heimatland entgegensteht? Wenn sie keinen haben, müssen sie zurück. (...) Eine gerichtliche Kontrolle muss es nicht zwangsläufig geben. Wir sind außerhalb des Rechtsgebietes der EU.“ Schily verwies immer wieder auf die in der am 29.4.04 von den EU-Innenministern beschlossenen Asylverfahrensrichtlinie verankerte Drittstaatenregelung, die auf deutschen Druck zustande kam.

All diese Vorstellungen hatte Schily ohne Absprache mit den anderen Regierungsmitgliedern und deren Parteien geäußert, und in den folgenden Wochen entstand darüber eine bundesdeutsche Debatte. Die Meinungen zu den Lagerplänen gingen dabei quer durch die Parteien, und auch bei den Wohlfahrtsverbänden gab es sowohl ablehnende als auch zustimmende Reaktionen.

Auf EU-Ebene kursierten die unterschiedlichsten Äußerungen zu und Interpretationen von Schilys Plänen. Beim Treffen der EU-Innenminister Anfang Oktober 2004 sprach Schily plötzlich nur noch von „Begrüßungszentren“ für Flüchtlinge in Nordafrika, und in der Presse herrschte viel Verwirrung: „Schilys Lagerpläne gescheitert“ schrieben die einen, „Sehr viel Zustimmung für die Überlegungen des deutschen Innenministers“ die anderen. Beschlossen wurde die Einrichtung von fünf Aufnahmezentren für MigrantInnen in Algerien, Libyen, Mauretanien, Marokko und Tunesien zu einem noch unbestimmten Zeitpunkt. EU-Kommissar Vitorino betonte, in den Lagern könnten keine Asylanträge für die EU gestellt werden, sondern nur für das jeweilige Gastland. Der marokkanische Innenminister erklärte, sein Land sei nicht bereit, derartige Lager zu akzeptieren. UN-Flüchtlingshochkommissar Lubbers lehnte Schilys Ideen nicht grundsätzlich ab, sofern in den Lagern außerhalb der EU ein faires Asylverfahren gewährleistet und der UNHCR einbezogen sei. Lubbers musste allerdings im Februar 2005 von seinem Posten zurücktreten, da er wegen sexueller Belästigung von Mitarbeiterinnen angeklagt wurde.

Am 14.10.04 sagte das EU-Parlament „Nein“ zu Flüchtlingslagern außerhalb der EU, da sie die „offensichtliche Gefahr“ mit sich brächten, dass „die Grundrechte verletzt werden“. Wenige Tage später stellte Schily seine Pläne auf dem G 5-Treffen in Florenz zur Diskussion. Italien unterstütze seine Pläne, Frankreich und Spanien sprachen sich dagegen aus, der Vertreter Großbritanniens reiste vor Ende der Sitzung ab. Am 5.11.04 trafen sich die 25 EU-Regierungschefs. Laut „Frankfurter Rundschau“ vom 6.11.04 wurde dort folgendes beschlossen: „(Es) sollen bis 2010 einheitliche

Asylbestimmungen für die Europäische Union verabschiedet werden, wobei ausdrücklich auch die Möglichkeit überprüft werden soll, Asylanträge außerhalb des Territoriums der EU bearbeiten zu lassen. In diesem Zusammenhang soll die Zusammenarbeit mit Transitstaaten für Flüchtlinge besonders im Mittelmeerraum und im Osten Europas ausgebaut werden. Damit wird laut Experten die Absicht verfolgt, Flüchtlinge möglichst weit außerhalb der EU-Grenzen an der Weiterreise zu hindern - ein Vorschlag, der dem italienischen und deutschen Dringen auf Auffanglager für Flüchtlinge in Nordafrika in zunächst unverbindlicher Form entgegenkommt.“

Am 30.9./1.10.04 trafen sich in Scheveningen die Justiz- und Innenminister der EU und sprachen sich für Flüchtlingslager in Nordafrika aus, allerdings nicht unter EU-Leitung.

Am 25.11.04 gab es laut „Tagesschau“ ein Treffen der Mittelmeeranrainerstaaten, auf dem die EU-Pläne abgelehnt wurden. In der deutschen Presse war über dieses Treffen nichts zu lesen, aber dass Innenminister Schily Mitte April 2005 ankündigte, demnächst in die nordafrikanischen Staaten zu reisen, um „Gespräche über eine Zusammenarbeit beim Kampf gegen illegale Einwanderung zu führen“ (FR 15.4.05), hat sicher mit der zögerlichen Haltung der meisten Regierungen Nordafrikas gegenüber den EU-Plänen zu tun.

Inzwischen werden Fakten geschaffen: Italien schiebt seit Oktober 2004 unter den Augen der Öffentlichkeit Flüchtlinge ohne Asylprüfung von Lampedusa nach Libyen ab. Nach Aufhebung des Waffenembargos der EU gegen Libyen am 11.10. 04 verhandeln nicht nur Berlusconi und Pisanu, sondern auch Schröder und Schily mit Ghaddafi. Es geht dabei vor allem um Geschäfte mit Öl, Gas und Aufträgen für die europäische Wirtschaft, nicht zuletzt die Rüstungsindustrie. Flüchtlingsabwehr ist insofern für Europa nicht nur ein politisches Interesse, sondern es wird auch daran verdient, wenn die nordafrikanischen Länder mit Patrouillenbooten und Überwachungstechnik ausgestattet werden. Ob auch Zelte oder Baumaterial für Lager geliefert werden, wie es schon durch die Medien ging, ist dann eine zweitrangige Frage. Libyen hat jedenfalls bereits mindestens drei von Italien finanzierte Lager, in die Abgeschobene interniert werden. Im November/Dezember 2004 besichtigte eine 21köpfige EU-Delegation von Parlamentariern, Grenzschutz, Polizei, Behörden und anderen „ExpertInnen“ die libyschen Lager und verfasste darüber einen über 70seitigen, äußerst „positiven“ Bericht, der inzwischen auf einigen Websites steht. In einem der Anhänge ist der Geheimvertrag über die Rückübernahme von Flüchtlingen von Italien durch Libyen dokumentiert. Gegen die Abschiebungen von Italien nach Libyen gab es inzwischen massive Proteste von Menschenrechtsorganisationen, und am 11.5.05 stoppte der Europäische Gerichtshof für Men-

schenrechte mit einer einstweiligen Verfügung vorerst die Abschiebung von 11 Bootsflüchtlingen. In der Sache hat der Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg aber noch nicht entschieden. Am Tag des Gerichtsentscheids landeten wieder mehr als 1000 Flüchtlinge auf Lampedusa. Das Lager dort hat nur 190 Plätze – die meisten Menschen campieren im Freien. Außenstehenden bleibt der Zugang verwehrt. Die Tageszeitung „La Repubblica“ berichtete, einige Flüchtlinge hätten gegen ihre Behandlung revoltiert, acht sei der Ausbruch gelungen. Um die Lage zu entspannen, begannen die italienischen Behörden, einen Teil der Lagerinsassen auszufliegen – nach Crotona auf dem italienischen Festland (taz 13.5.05).

Am liebsten hätten alle Machthaber nördlich und südlich des Mittelmeers unerwünschte Flüchtlinge und nicht (mehr) als billige Arbeitskräfte auszubeutende MigrantInnen dort, wo sie nach ihrer Meinung hingehören: in ihren Herkunftsländern. Dass hierbei bereits „Erfolge“ zu verbuchen sind, berichtete z.B. die taz in einem kleinen Artikel am 21.8.04: Die Polizei in Sierra Leone habe ein Schiff mit mehr als 500 Flüchtlingen an Bord am Auslaufen Richtung Kanaren gehindert. Bei der gemeinsamen Aktion sierra leonischer, spanischer und guineischer Behörden seien der Kapitän und die Crew festgenommen worden.

Nicht nur die Besatzung der „Cap Anamur“ landete also in diesem Sommer wegen Unterstützung von Flüchtlingen hinter Gittern. Dass zumindest von dieser Organisation solche Aktionen nicht mehr unternommen werden, machte „Cap Anamur“ durch die Abwahl ihres Vorsitzenden Elias Bierdel Anfang Oktober 2004 klar – ironischerweise zeitgleich zu den Massenabschiebungen von Lampedusa.

IV. Kritik und Widerstandsstrategien

Die aktuellen Lagerpläne sind Ausdruck einer Zuspitzung und Militarisierung der europäischen Flüchtlingspolitik. Lager bedeuten nicht nur menschenunwürdige und konfliktgeladene Lebensbedingungen, sondern vor allem eine Entrechtung, Stigmatisierung und Isolation der in sie eingewiesenen Menschen. Sie fördern Ausgrenzung und Rassismus gegen Menschen, die durch die Internierung als Nicht-BürgerInnen gekennzeichnet werden. Dies gilt nicht nur, aber noch verstärkt für geschlossene, exterritoriale Lager, deren Extrembeispiel Guantánamo ist. Die von Schily vorgeschlagenen EU-Lager in Nordafrika sind eine Vorverlagerung der EU-Grenzen und könnten auf mittlere Sicht als „sichere Drittstaaten“ deklariert werden, in die Flüchtlinge, die bereits nach Europa eingereist sind, abgeschoben werden können. Dass auch anerkannte Flüchtlinge nicht mehr in die EU einreisen dürfen, dazu dienen die Bemühungen um „heimatnahe Schutzzonen“. In Gesprächen mit korrupten Herrschern wird Technik und know how zur Migrationsverhinderung als „Entwick-

lungshilfe“ verkauft. Ausländerbehörden veranstalten Zwangsanhörungen zur „Identitätsfeststellung“ mit dubiosen Delegationen aus afrikanischen Ländern, damit sie für ein bisschen Schmiergeld Flüchtlinge zur Abschiebung freigeben, z.B. im März 2005 in Hamburg, wo fast 400 westafrikanische Flüchtlinge vorgeladen wurden (siehe Kasten).

Flucht- und Wanderungsbewegungen nach Europa werden in EU-Dokumenten als Bedrohungsfaktoren festgeschrieben und verbunden mit dem Kampf gegen „Kriminalität“ und „Terrorismus“. „Dabei hebt das europäische Migrationsregime gezielt die Unterscheidung von Vertriebenen, Flüchtlingen und MigrantInnen zugunsten konstruierter bedrohlicher ‚Migrationsströme‘ auf. Einzig die kleine Schar erwünschter ArbeitsmigrantInnen kann noch auf legalem Weg nach Europa einreisen.“ Die menschenrechtlich argumentierende, defensive Kritik der asyl- und flüchtlingspolitischen Organisationen greift zu kurz, „weil sie ausblendet, dass die europäische Migrationspolitik eine Facette zur Aufrechterhaltung der globalen Ungleichheitsordnung darstellt, aus der sich der Reichtum der Metropolen speist“ (Dirk Vogelskamp in „Krieg gegen die Armen“, Diskussionspapier Sept. 2004). Der Kampf für politische und soziale Rechte muss deshalb auf alle ausgedehnt werden, unabhängig von einem Flüchtlings- oder Aufenthaltsstatus.

Die Regierungen der europäischen Staaten, der Transit- und Herkunftsländer arbeiten bereits auf allen Ebenen zusammen. Es gibt jedoch Widersprüche in ihrer Politik: Die Grenzen der EU werden nie ganz geschlossen sein – nicht nur, weil bestimmte Kapitalfraktionen auf einen ethnisch hierarchisierten Arbeitsmarkt zur Profitmaximierung setzen und deshalb rechtlose MigrantInnen brauchen, sondern auch, weil Menschen beim Kampf ums Überleben sich nicht aufhalten lassen durch Stacheldraht und Patrouillenboote. Die ausgrenzende Politik der Herrschenden nimmt jedoch zunehmend den Tod der Unerwünschten in Kauf. Wenn wir dagegen Widerstand aufbauen wollen, müssen auch wir uns auf internationaler Ebene vernetzen: mit Flüchtlingen hier, ihren Landsleuten „zu Hause“ und auf dem Weg, mit Menschenrechtsorganisationen in Europa, in Transit- und Herkunftsländern. Es geht um die Durchsetzung des Zugangs nach Europa, um den Kampf für gleiche Rechte hier und um den Widerstand gegen Abschiebungen. Letztlich geht es um politische und soziale Menschenrechte für alle.

Im Mai 2005 aktualisierte Fassung eines Artikels, der in der Zeitschrift *analyse + kritik* (ak) vom 19.11.2004 erschien

Websites zum Weiterlesen:

www.fluechtlingsrat-hamburg.de, www.nolager.de (v.a. Deutschland), www.nolager.org (Europa und Welt), www.ausreisezentren.de, www.abschiebehaft.de, www.no-camps.org, www.noborder.org/news_index.php, www.detention-in-europe.org

Flüchtlingsabwehr der EU

Ein Workshopbericht

Cornelia Gunfer, Flüchtlingsrat Hamburg

Aufbauend auf den Artikel aus der Zeitschrift *analyse + kritik*, wurde zum einen über die Einschätzung dieser Pläne, zum anderen über mögliche Widerstandsstrategien diskutiert. Dabei wurden die Fragen in der Einladung zum BUKO unter dem Thema „Kolonialismus“ als Grundlage genommen:

- Worin liegt die Aktualität des Themas Kolonialismus?
- Wie sehen die Kontinuitäten und Brüche zwischen kolonialer Herrschaftspraxis und heutiger Migrationspolitik aus?
- Welche Diskurse spielen in der Afrikapolitik eine Rolle, insbesondere wenn es um Militärinterventionen geht?

Konkret am Thema sollten Fragen wie die folgenden diskutiert werden:

A. Analyse / Einschätzungen:

1. Welches sind die heutigen (Hinter-)Gründe von Migration und Flucht und der (veränderten?) Migrationswege und was sind Ziele und Handlungsmöglichkeiten der Flüchtlinge und MigrantInnen?
2. Welche (unterschiedlichen?) Interessen haben die Regierungen der EU, der Transit- und der Herkunftsländer von Flüchtlingen und MigrantInnen bezüglich Migrationsverhinderung und Lagerpolitik?
3. Welche Zusammenhänge zwischen Innen- und Außen- bzw. „Entwicklungs“-Politik, zwischen Flüchtlings-, Anti-„Terror“- und Kriegs-Politik werden deutlich?

B. Widerstand / Handlungsmöglichkeiten:

1. Wie sieht es mit der Umsetzbarkeit der Pläne aus und welche Folgen hat das für die Veränderung der Lebensverhältnisse in den Transit- und Herkunftsregionen, aber auch hier in Europa? Gibt es Widersprüche in dieser Politik, die wir für unsere Gegenstrategien ausnutzen könnten und sollten?
2. Wie könnten Inhalte und Formen einer internationalen Zusammenarbeit mit MigrantInnen und Flüchtlingen hier und auf dem Weg, mit Gruppen in Transit- und Herkunftsländern aussehen? Auf welche Bündnispartner können wir (noch) bauen, welche wären neu zu gewinnen? (Wie) könnten Verbindungen zu anderen sozialen/politischen Bewegungen (z.B. gegen neoliberale Globalisierung, Sozialabbau/Prekarisierung) hergestellt werden?
3. Welche Bedeutung hat hier und heute eine kritische Öffentlichkeit zu diesem Thema? Ist z.B. eine Argumentation mit Deutschlands historischer Rolle beim Bau von Lagern der heutigen Situation angemessen, wenn ja, wie?
4. Welche Ansatzpunkte und Aktionsformen gibt es für lokale Handlungsmöglichkeiten zu diesem Thema?

Ziel des Workshops war es nicht alle diese Fragen diskutieren, geschweige denn beantworten zu können, aber es ging darum, Zusammenhänge herzustellen, die eine Basis für dringend notwendige neue Bündnisse sein könnten – und MitstreiterInnen gegen die Pläne der Herrschenden zu gewinnen.

popular education – bildung aneignen

Ein Workshopbericht

Enno Janssen, Anna Kesselberg, Friederike Habermann

An akademischen Analysen zu Globalisierung und Postfordismus mangelt es nicht. Doch systematische politische Bildung ist in der Globalisierungsbewegung deutlich unterentwickelt. Insbesondere an Methoden im Sinne einer Bildung von unten/ Popular Education und an Materialien jenseits einer wissenschaftlichen Analyse fehlt es. Dies gilt sowohl für die Sozialforen, deren Veranstaltungen in Spannungsgrad und Zugänglichkeit Universitätslesungen in der Regel nichts nachstehen als auch für die radikale Linke, wo die inhaltliche Unterfütterung in der Aufregung des Vorbereitungsprozesses einer guten Aktion schon mal gerne vernachlässigt wird.

So hatten sich bereits beim Europäischen Sozialforum in London im Herbst 2004 im Rahmen des Radical Theory Forums als auch auf dem Weltsozialforum im Januar 2005 in Porto Alegre in Brasilien Workshops mit den Möglichkeiten einer Vernetzung von Initiativen zu Popular Education beschäftigt. In unserem Workshop wollten wir daran anschließen.

Dafür haben wir uns zunächst mit der Situation von Bildung unter den Bedingungen der Globalisierung beschäftigt, um dann zu Popular Education als selbstorganisierte Alternative überzugehen. Claro, dass wir uns dabei bemüht haben, etwas vom Geist und von den Methoden von Popular Education überkommen zu lassen. Dafür haben wir zunächst Raum für alle gegeben, darzustellen, was ihr eigener Erfahrungshintergrund hierfür ist, um dann aus der Gruppe entstehen lassen, was unter Popular Education verstanden wird. Anschließend haben wir von den bereits bestehenden Anfängen einer Vernetzung berichtet und eine Liste herumgehen lassen, um sich bei Interesse daran dafür einzutragen.

Popular Education ist kein ganz feststehendes Konzept, sondern erwächst im Grunde stets erneut aus Gruppenprozessen von unten, aber theoretisch ist es eng verbunden mit dem Namen Paulo Freire. Dieser hat – in seinem Exil vor der brasilianischen Diktatur in den 60er und 70er Jahren – in vielen Reisen Ansätze davon in unterschiedlichen Teilen der Welt gesammelt und in seinem Werk Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit konzeptualisiert. Damit wandte er sich nicht nur gegen die traditionelle Schulbildung, sondern auch gegen das Bildungsverständnis der damaligen linken Organisationen, welche ebenfalls

einen Top-Down-Ansatz verfolgten. Freire stellte deren Subjekt-Objekt-Verständnis fundamental in Frage, und ging stattdessen von einer gegenseitigen Beziehung ähnlich dem Verhältnis von Theorie und Praxis oder von Bewusstsein und Wirklichkeit aus: Von Praxis getrennt, werde Theorie reine Wortspielerei, und ohne das Bewusstsein zu verändern könne auch die Wirklichkeit nicht verändert werden. Nicht zuletzt aber verfolgt Popular Education die Ziele, dass sich die Lernenden nicht heimlich vor Langeweile aus dem Zimmer schleichen, und dass alle verstehen, worum es geht. Und es ist eine Form, nicht nur irgendetwas, sondern voneinander zu lernen.

Die weltweite Vernetzung von Popular Education-Ansätzen zum Thema Globalisierung steckt nach wie vor in ihren Anfängen, da zur Zeit noch Ressourcen zu ihrer Ausführung fehlen. Doch in der Mobilisierung für den G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 steht schon jetzt fest, dass Popular Education eine große Rolle spielt: Eine Gruppe, welche damit arbeitend im Vorfeld von Ort zu Ort ziehen wird, hat ihre Arbeit bereits aufgenommen.

Der Garnelenring

Der globale Supermarkt zerstört Mangrovenwälder, Artenvielfalt und Lebensgrundlagen

Heiko Thiele
(Film- und Infoveranstaltung)

Mit „Der Garnelenring“ stellt der Münsteraner Bildungsverein „Zwischenzeit e.V.“ (www.zwischenzeit-muenster.de) den ersten von vier Dokumentarfilmen vor.

Dorit Siemers und Heiko Thiele (ZwischenZeit e.V.) reisten 5 Monate durch Südmexiko und Mittelamerika. Ihre Dokumentation umfasst existierende und geplante „Entwicklungsprojekte“ des Plan Puebla-Panamá (PPP), einem neoliberalen Großvorhaben mit ineinander verzahnten Wirtschaftsbereichen. Sie begleiteten Organisationen und Betroffene, die Widerstand gegen Fremdbestimmung, Enteignung und Ausverkauf der Ressourcen leisten. Zudem interviewten sie PolitikerInnen und WirtschaftsvertreterInnen. Ein wichtiger Aspekt der Filmreihe sind die Beteiligungen deutscher Unternehmen, Banken und KonsumentInnen.

Zu Beginn der Veranstaltung lieferten Dorit Siemers und Heiko Thiele einen Einblick in ihr Filmprojekt und dessen zeitlichen Ablauf. Sie erläuterten kurz die Themenschwerpunkte der vier Dokumentationen und den übergeordneten Rahmen: Der Plan Puebla-Panamá zielt in erster Linie auf Schaffung bzw. Ausbau der Infrastruktur ab. Gemeinsam mit dem kürzlich in Kraft getretenen CAFTA-Freihandelsabkommen sollen Marktzugang und Investitionen für multinationale Unternehmen erleichtert werden. Der Garnelenring ist der erste Teil der Reihe.

Filmüberblick:

Jeden Tag konsumieren wir Nahrungsmittel, deren Herkunft und Erzeugung unklar sind. Auch die zerstörerischen Auswirkungen der Garnelenzucht kennen nur wenige VerbraucherInnen.

Garnelen sind in den vielverzweigten Gewässern der Mangroven beheimatet. Dieser Lebensraum zählt zu den artenreichsten Ökosystemen weltweit. Gleichzeitig schützen die Wälder vor Fluten und Hurrikanen. Seit Jahrhunderten versorgen die ansässigen Familien sich und die lokalen Märkte mit Holz, Viehfutter, Heilpflanzen und Fisch.

Mitte der 80er Jahre begann mit Förderung der Weltbank, des IWF und der jeweiligen Regierungen die industrielle Massenproduktion von Garnelen. Auch

in Guatemala und Honduras holz(t)en multinationale Unternehmen weite Mangrovenküsten für die Zuchtbecken ab. Die Folgen sind erschreckend. Aus Angst vor Seuchen setzen die Farmen große Mengen an Chemikalien und Antibiotika ein. Die Mittel kontaminieren die (naturgeschützte) Umwelt, töten die Fischbestände und zerstören so die Lebensgrundlage der KüstenbewohnerInnen.

Auch die steuer- und zollbefreite Verarbeitungsindustrie missachtet Umweltgesetze und Arbeitsrechte: Ungereinigte Abwässer, niedrige Löhne, direkte Kündigungen und (sexuelle) Belästigungen sind üblich.

Der gesamte Industriezweig mit Erzeugung, Verarbeitung, Export und Vermarktung hat die regionale Wirtschaft der Küstenprovinzen geschädigt. Während die Menschen verarmen, erzielen die Multis Millionengewinne. Zu den Nutznießern zählen auch die deutschen Importeure und Chemielieferanten, da der Garnelenkonsum in den letzten Jahren rasant gestiegen ist.

D 2005 • Idee & Konzeption: Dorit Siemers, Heiko Thiele • Kamera & Schnitt: Heiko Thiele • 55'

Im Anschluss an den Film beantworteten Dorit und Heiko Fragen zum Thema und lieferten aktuelle Informationen zur gegenwärtigen Situation der industriellen Garnelenzucht.

Andere Filme der Reihe erscheinen bis 6/06:

Teil 2: Staudämme

Teil 3: Niedriglohnfabriken/Maquiladoras

Teil 4: Indigener Widerstand: Zapatistas.

Kontakt und Fragen zum Thema:

film@zwischenzeit-muenster.de

US-Politik gegenüber Cuba

Buchpräsentation

Cuba Si

In diesem Workshop stellte Horst Schäfer sein neues Buch „Im Fadenkreuz:Kuba“ vor.

„Dieses Buch ist ein Krimi, eine Kriminalgeschichte. Nur: Keine Fiktion, sondern 320 Seiten bittere Realität, Wahrheit.

Ein Buch über schlimmste Verbrechen, Mord und Totschlag, gravierende Verstöße gegen die Gesetze, die sich die Völker gegeben haben, um besser und friedlicher zusammenzuleben, ein Buch über Verstöße gegen Menschenrechte und Völkerrecht.

Ich stelle Euch ein Buch vor, in dessen Titel Kuba zwar vorkommt, in dem die Karibikinsel aber nur eine sehr passive Rolle spielt.

Kuba ist hier das Objekt, das Ziel - und zwar das Ziel der stärksten Militär- und Wirtschaftsmacht der Erde und das Objekt ihrer Begierde.

Mein Buch heißt daher: „Im Fadenkreuz: Kuba“, es ist Anfang 2005 im Homilius-Verlag erschienen und es ist ein sehr politisches Buch.

Es beschreibt die Außenpolitik der USA gegenüber Kuba in den letzten etwa 200 Jahren von Jefferson bis zu Bushs Wiederwahl im November 2004.

Im Mittelpunkt stehen die vergangene 46 Jahre seit der cubanischen Revolution, in denen 10 US-Präsidenten versucht haben, das sozialistische Cuba in Knie zu zwingen.

„Im Fadenkreuz: Kuba“ schildert also an zahlreichen Beispielen, wie die USA Cuba zuerst kaufen, dann erobern und kolonialisieren, beherrschen und dann die Revolution ersticken wollten.

Alle diese Beispiele stützen sich auf Dokumente aus US-Archiven: Außenministerium, Weißes Haus, CIA. Viele erst kürzlich freigegeben. Viele Dokumente sind im Faksimile abgedruckt.

Das Buch ist ein Kompendium der wichtigsten Aspekte der US-Außenpolitik gegenüber Kuba in vergangenen 200 Jahren.

Einige Stichworte zu dem Inhalt:

- a. Kaufangebot für Cuba an Spanien von Jefferson (1804) und seinen Nachfolgern, die von 100 Millionen bis zuletzt im Jahr 1898 über 400 Millionen US Dollar
- b. dann 1898 Militäraktion, das US Schlachtschiff Maine im Hafen von Havanna flog in die Luft

- c. Militärbasis Guantanamo
- d. Attentatsversuche an Fidel Castro, seinem Bruder und an Che Guevara
- e. Enge Zusammenarbeit CIA, Mafia und Exil-Cubaner in Florida
- f. Invasion in die Schweinebucht
- g. Operation Mongoose zum Sturz der Cubanischen Regierung
- h. Raketenkrise
- i. Zusammenhang zwischen Mordversuchen an Castro und Kennedy-Mord
- j. Blockade und Gesetze, mit denen der Blockade ein rechtliches Mäntelchen umgehängt wurde.
- k. Nicht nur Cuba: Terrorismus nach Art des Weißen Hauses - Mordreport, Iran, Guatemala, Haiti.
- l. Personelle Verflechtungen zwischen Rodriguez, Baccardi, Otto Juan Reich, Luis Posada
- m. Kampf gegen den Terror, politische Gefangenen in den USA, die Miami 5
- n. UNO-Generalversammlung Oktober 2004 - 179 Stimmten für die Verurteilung der US-Blockade, 4 Länder waren dagegen
- o. Die Meinung anderer (Brian Wilson, Michael Moore etc)

In der anschließenden Diskussion

gingen es dann auch um die Rolle der Bundesrepublik und der EU gegenüber Cuba, die sich immer stärker vor den Karren der USA spannen lassen. Als ein Beispiel wurde der Boykott der Internationalen Buchmesse in Havanna 2004 durch die Bundesregierung diskutiert, sowie den Möglichkeiten die Solidaritätsarbeit zu verstärken.

Als Fazit

können wir den Aussagen von Horst Schäfer nur zustimmen, der meinte „Die cubanische Politik ist nur zu verstehen, wenn man weiß, was Cuba seit 46 Jahren von El Norte angetan wird. Und ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass Menschen aus der Geschichte lernen. Ich hoffe, dass die Menschen, die dieses Buch lesen, in ihrer Solidarität bestärkt und beflügelt werden, und noch bessere Argumente haben, um auch die eigene Regierung davon zu überzeugen, dass man alle Menschenrechtsverletzungen der USA - ob in Irak oder auch Cuba - entschieden zurückweisen muss.“

Antikapitalistische Mobilisierung gegen EU-Gipfel in Luxemburg

Gruppe lift

-> über old europe, gipfelproteste und die eu-präsidenschaft luxemburgs.

...what the hell is RISE...

In der ersten Hälfte des Jahres 2005 hatte Luxemburg die Präsidentschaft der EU übernommen. Bereits ein Jahr vorher hatte sich zu dieser Gelegenheit in Luxemburg ein Netzwerk verschiedener linker, libertärer und anarchistischer Gruppen zusammengefunden (RISE), um auf einem linken Minimalkonsens (Antikapitalismus, Antinationalismus, Autoorganisation), in der Tradition der „Antiglobalisierungsbewegung“ in Luxemburg Proteste zu organisieren. Da es der explizite Anspruch des Netzwerkes war, grenzübergreifende Vernetzung voranzutreiben, lag es für uns in der Grenzregion auf der Hand, dass wir uns daran aktiv beteiligen wollten, auch deswegen weil wir die festgefahrenden Szeneebatten mit ihrem oftmals sehr national beschränkten Horizont satt hatten, und uns von der transnationalen Vernetzung eine produktive Dynamisierung auch inhaltlicher Diskussion erhofften.

...klassische gipfelproteste?...

Während der Vorbereitungen zeichneten sich allerdings recht schnell einige Unterschiede ab, die es notwendig machen sollten, unsere politische Ausgangslage und Strategien kritisch zu überdenken:

Das war einerseits das totale Fehlen jeglicher bürgerlicher, zivilgesellschaftlicher Initiativen an der Organisation und Mobilisierung gegen die luxemburgische EU-Präsidentschaft, wie mensch sie von andern Gipfeln, Sozialforen etc. kennt. Diese, durchaus vorhandenen, Gruppen konzentrierten sich auf das während der Präsidentschaft stattfindende Verfassungsreferendum, um in der Wahlkampagne auf mehr oder weniger populistische Art das „friedliche“ und „soziale“ Europa gegen dasjenige des Verfassungsreferendums in Stellung zu bringen. Mit unserer Kampagne gegen Europa als kapitalistisches Projekt per se wollten sie nichts zu tun haben. Das hat uns dazu gebracht unsere inhaltliche Positionen noch weiterzuentwickeln, und insbesondere auch den europäischen Nationalismus und Antiamerikanismus, wie er für die Idee des guten „old europe“, das gegen seine Amerikanisierung zu verteidigen wäre, konstitutiv ist, stärker in die Kritik zu rücken, und als Mythos zur Legitimierung europäischen Grossmachts-

strebens zu bekämpfen. Luxemburg, als ein Land, bei dem „nationales“ und „europäisches“ Interesse weitestgehend identisch sind, und so als Musterland der EU sich die Modernisierung der letzten auf die Fahnen geschrieben hatte, war hier ein vielversprechender Ansatzpunkt der Kritik.

...müssen wir da sein, wo die staatschefs sind?...

Zum ändern hat sich anfang des Jahres 2005 auch abgezeichnet, dass der Abschlussgipfel der Staatschefs gar nicht in Luxemburg selber stattfinden würde, sondern, u.a. aus logistischen Gründen, im wenige Stunden entfernten Brüssel. Damit ist uns natürlich in Luxemburg unser klassischer Hauptfeind abhanden gekommen, der in den vergangenen Jahren immer wieder die Menschen dazu motivieren konnte, in irgendwelche roten Zonen einzudringen, und im Abbruch des einen oder andern Gipfels seine Erfolgserlebnisse hatte. Wir haben aber dann uns entschlossen, in Luxemburg zu bleiben und eben diesen neuen Umstand als Chance zu sehen, aus dem Schema der klassischen Gipfelproteste auszubrechen, um unsere Inhalte in den Mittelpunkt zu setzen und zu agieren, statt nur zu reagieren und dem Wanderzirkus der Staatschefs hinterherzureisen.

...wo steht die bewegung...

Das ging einher mit einer kritischen Reflexion der bisherigen Rezepte der Gipfelsturmbelegung. Denn zwar war es einstweilen als Erfolg zu verbuchen, dass es bei Events wie dem Gipfel der World Trade Organisation in Seattle das erste mal seit langem wieder gelang, eine nicht ignorierbare Bewegung zu formieren und noch vor den „offiziellen“ Gipfelthemen inhaltlich die Agenda zu setzen. Die Ausbeutung der Drittweltstaaten und Diskussionen um einen „globalisierten Kapitalismus“ – undefiniert, wie er dabei vorerst blieb - wurden als einzubeziehende Thematiken gesetzt. Das letzte Mal wo dies offensiv gelang, war in Genua. Doch der Preis dafür war hoch, zu hoch, und die militante Strategie, die roten Zonen zu stürmen, stieß an Grenzen. Kurz darauf kam der 11te September, der die ehemalige jugendliche Leichtigkeit der Bewegung, die eindeutig geglaubten Fronten und die Aufbruchstimmung, die kurzzeitig geherrscht hatte, endgültig zerstörte. Danach ist den Regierenden ohne weitere Mühe gelungen die Bewegung zu spalten und einen - gemäßigten - Teil zu integrieren, der, davon befriedigt dass nun auch die Staatschefs vorgeben, die Relevanz ihrer Sorgen zu erkennen, das Angebot der „Zuarbeit“ auch bereitwillig wahrnimmt; VertreterInnen vieler Nichtregierenden Organisationen sind seit langem auf den Gipfeln als gemäßigte AlibikritikerInnen willkommen; radikale Positionen hingegen werden ignoriert und lediglich die Militanz eines „Black Block“ wird in der öffentlichen Wahrnehmung herausgegriffen und als Chaotentum stigmatisiert. Genauso wie die rot-grüne Bundesregie-

rung durch einen offensiveren Umgang mit der deutschen Geschichte es geschafft hat, diese für eine neue, „bessere“ deutsche Identität nutzbar zu machen, so wurde auch die Kritik am Neoliberalismus entwendet und, zu einer rhetorischen Blase entleert, zur Legitimation der herrschenden Zustände eingesetzt, etwa im Selbstbild des sich als „friedlich und sozial“ gebenden „alten Europa“. Spätestens bei den vom ESF ausgerufenen Anti-Irak-Kriegsdemos im Februar 2003 musste die ganze Niederlage dieser Bewegung offensichtlich werden, als eine reaktionäre Lobeshymne auf Old-Europe die Kritik an den kapitalistischen Verhältnissen weitestgehend verdrängt hatte.

..und wo soll sie hin?...

Daraus zogen wir den Schluss, dass es ein Hauptanliegen sein muss, diese Legitimität der ProtagonistInnen der herrschenden Verhältnisse auf eine soziale und gerechtigkeitsfordernde Rethorik zu zerstören. Statt die Leute da abzuholen, wo sie stehen, nämlich in Old Europe und der Verteidigung seinem rheinischen Kapitalismus, wollten wir eine Kritik an Europa als kapitalistischem Grossmachtprojekt ins Zentrum stellen, um zu versuchen die minoritären fortschrittlichen Teile der Antiglobalisierungsbewegung zu stärken, zu vernetzen und eine inhaltlich geschärfte Kritik in der radikalen und libertären Linken erneut zu etablieren. Dies schien uns in Luxemburg gut möglich, gerade durch die demonstrative Abwesenheit einer bürgerlichen Linken, die geringe Grösse des Landes etc. Es sollte sich später auch bewahrheiten, dass es im kleinen Luxemburg gar nicht des Sturms auf die rote Zone bedurfte, um uns die Aufmerksamkeit von Medien u.ä. zu sichern. Die abschließende Demo des Gegengipfels, am 18ten Juni, war lautstark und entschlossen, aber zu klein um ernsthaft eine militante Auseinandersetzung mit dem hochgerüsteten Staat, der sich auf Aufstandbekämpfung vorbereitet hatte – Kauf von neuen Wasserwerfern, Besitzgelung, präventive Festnahmen und Einreiseverbote – zu wagen. Doch bereits die inhaltliche Exotik und Radikalität unserer Positionen schienen den schmalen politischen Horizont der LuxemburgerInnen derart zu irritieren, dass uns die öffentliche Aufmerksamkeit gewiss war und Tageszeitungen unsere Flyer abdruckten.

...der praxis die theorie – anspruch und realität...

Um nicht nur im radikalen Gestus zu verharren haben wir den Gegengipfel in Form eines viertägigen selbstverwalteten Camps organisiert, mit Diskussionen, theoretischen und praktischen Workshops, Kultur und mehr. Ziel war es, der radikalen Kritik auf der Strasse eine zweite Erfahrung zur Seite zu stellen; neben dem rein praktischen Experiment mit emanzipatorischen Formen der Selbstorganisation ging es vor allem darum einen länder- und szenübergreifenden Diskussi-

ons- und Organisationsprozess anzustoßen. Inwieweit das gelungen ist, ist rückblickend schwer einzuschätzen; eindeutig messbare Erfolge sind leider Mangelware, die TeilnehmerInnenzahl hätte auch grösser sein können, die Erlebnisse waren mal mehr, mal weniger bereichernd, aber insgesamt durchaus positiv. Klar ist aber, dass es nur ein erster Schritt war, und noch viel zu tun bleibt, wenn es eines Tages irgendeine gemeinsame Grundlage von Theorie und Praxis der europäischen Linken geben soll.

...hauptsache trendy und action?...

Symptomatisch für die Schwierigkeiten, denen dieser Versuch begegnet, war vielleicht auch unsere Infoveranstaltung auf der BuKo in Hamburg: unglücklicherweise parallel zur Infoveranstaltung über die Anti-G8 Kampagne stattfindend, mussten wir erfahren dass letztere, mit dem etwas angestaubten Charme der eindeutigeren Frontstellung und der grösseren Erlebnisorientierung den unvergleichlich grösseren Reiz auf die Bewegungslinke ausübte. Der G8 in Schottland, bei dem die Bewegung sich in schlammigen Hügeln mit der Polizei prügelte während die Proteste in der Öffentlichkeit von gutmenschlichen Rockmusikern kooptiert wurden, und die Barbarei der islamistischen Bombenattentate schliesslich endgültig jede emanzipatorische Position ins Abseits drängte, zeigt später genauso folgerichtig die sich abzeichnende politische Sackgasse klassischer Gipfelstumpolitik.

...was weiter...

Hier bleibt noch viel zu tun. RISE will auch nach dem Ende der luxemburgischen Präsidentschaft dazu beitragen, mit den bescheidenen Mitteln die nach dem Ende einer kräfteraubenden Kampagne noch bleiben. Auf der Internseite www.eurotop.lu soll auch in Zukunft Vernetzung und inhaltliche Auseinandersetzung einen Platz haben werden, und bei künftigen Mobilisierungen, wie zum G8 in Deutschland, etwas beige-tragen werden.

Globalisierung von unten – eine Chance für einen „Neuen Internationalismus“?

Münster, Mai 2005

globalXchange
Arbeitsgruppe Globalisierung von unten

1. Einleitung: „Globalisierung von unten“?

Nachdem die Solidaritätsbewegung in der BRD aufgrund der weltweiten Veränderungen Anfang der neunziger Jahre zunächst in weiten Teilen entweder auf Professionalisierung, auf Netzbildung und Lobbyarbeit gesetzt hatte, beherrschen seit Mitte der neunziger Jahre hier – aber auch weltweit – neue Themen die Debatten: Da ist zum einen die „Rehabilitation des Protestes“, d.h. die Rückkehr zu den ursprünglichen Politik- und Praxisformen sozialer Bewegungen, da ist das Thema von Globalisierung und Neoliberalismus auf der anderen Seite. Manifestiert haben sich diese Konjunktumschwünge im frischen Wind von Seattle, Genua, unter Unterstützung der Zapatisten in Mexiko, der internationalen Bewegung ATTAC ebenso wie in den Weltsozialforen.

Seit Mitte der neunziger Jahren gibt es also eine „Anti-Globalisierungsbewegung“ oder – je nach Couleur – eine „globalisierungskritische Bewegung“ und damit die Forderung nach oder Vorstellung von einer „Globalisierung von unten“ oder einem „neuen Internationalismus“. Diese Bewegungen stellen zwar in der BRD keine unmittelbare Verlängerung der bisherigen Solidaritätsbewegungen dar, nehmen aber durchaus deren Themen nach weltweiter Gerechtigkeit oder die Notwendigkeit eines gemeinsamen Kampfes gegen die herrschende Globalisierung auf. Praktisch ist dieser „gemeinsame“ Kampf z.B. in den Auseinandersetzungen in Seattle, Genua oder Göteborg geworden, politisch zeigt er sich in den Weltsozialforen, wo Menschen unterschiedlichster geografischer Herkunft und verschiedenster Klassenzugehörigkeit gemeinsam z.B. über GATS, WTO und Weltbank diskutieren.

Insofern ist praktisch und politisch eine „Globalisierung von unten“ im Entstehen begriffen, und in vielen Publikationen und Manifesten ist von ihr – oder von einem „Neuen Internationalismus“ – die Rede. Allerdings bleiben solche Forderungen und Vorstellungen in der Regel sehr abstrakt und allgemein. Vor allem aber scheint der „Neue Internationalismus“ jeweils nur eine nationale Suchbewegung – entweder vom Norden oder vom Süden aus – zu sein. Es gibt also eine erhebliche Diskrepanz zwischen der Forderung nach einem „Neuen Internationalismus“ und der Bereitschaft, ei-

nen solchen Internationalismus und seine Untiefen gemeinsam, d.h. „internationalistisch“ auszuloten und zu bestimmen.

2. Diskussionen in der BUKO

Die BUKO (Bundeskoordination Internationalismus) versteht sich als Teil dieser neuen, zunehmend transnational bzw. global agierenden Protestbewegung, die Perspektiven für einen neuen Internationalismus eröffnet hat. Im Positionspapier „Internationalismus nach dem Internationalismus“ wird entsprechend gefordert, die Proteste von Seattle, Genua oder die Weltsozialforen bzw. die dahinter liegenden Bewegungen als Herausforderung zu verstehen, deren Vielfalt und Widersprüchlichkeiten als Chance zu begreifen, ohne jedoch die Erfahrungen des klassischen Internationalismus auszublenden.

„Entscheidend für die Zukunft wird sein, ob es gelingt, Formen zu finden, die die Offenheit der Bewegung auch weiter ermöglichen und trotzdem Klärungsprozesse vorantreiben. Viel hängt davon ab, ob es möglich ist, sich produktiv mit den Erfahrungen von früheren internationalistischen Bewegungen, in deren Tradition sie steht, auseinanderzusetzen.“ (BUKO 5)

Ein zentraler Ansatzpunkt ist dabei die Betonung der Vielfalt der Bewegungen, die sich auch in unterschiedlichen, vielleicht sogar konträren Positionen ausdrücken kann. Insbesondere das Verhältnis von Bewegungen im Süden zu uns (im Norden) müsse eine Neubestimmung erfahren:

„Wie ein zeitgemäßer Internationalismus aussieht, darüber wird auch innerhalb der BUKO kontrovers diskutiert. Einigkeit besteht jedoch darin, dass die Fehler des alten »Inter-Nationalismus« (der sich zu sehr auf das Konzept der nationalen Befreiung orientierte) nicht wiederholt werden sollte und wir kein metropolitaner Emanzipations-TÜV sein wollen, der die Bewegungen im Süden lediglich durch die Brille hiesiger Verhältnisse und Debatten wahrnimmt. Wir wollen uns nicht anmaßen, Stellvertreterpolitik für die sozialen Bewegungen des Südens zu betreiben (auch wenn wir ihre Anliegen bekannt machen wollen). Stattdessen wollen wir dazu beitragen, hierzulande gesellschaftliche Bedingungen zu schaffen, die weltweit soziale Emanzipation ermöglichen.“ (BUKO 3)

Eine solche Neubestimmung bleibt ein idealistisches Postulat, wenn nicht auch konkrete Politikformen einer Überprüfung ausgesetzt und praktische Konsequenzen gezogen werden. Dies ist nicht einfach, denn die Auseinandersetzung zwischen globalisierungskritischen Bewegungen in Nord und Süd ist kein leichtes Geschäft – insbesondere wenn es darum geht, nationale Widerstandspraxen auf eine „internationale“ oder internationalistische Ebene zu transponieren, d.h. zwischen Nord und Süd gemeinsame theoretische und

praktische Anstrengungen zu unternehmen. Im Positionspapier „Internationalismus vor der eigenen Haustür“ wird eine erste, sehr nahe liegende Handlungsperspektive skizziert:

„Wenn wir politisch mit MigrantInnenorganisationen zusammenarbeiten wollen, müssen beide Seiten die Möglichkeit haben, ihre Positionen und gegenseitigen Erwartungen einzubringen. Und das kann dann auch heißen, daß ‘Schwarze’ zu ‘Weißen’ sagen: wir fordern von Euch den Raum, den wir benötigen, um uns selbst zu organisieren, nehmen unsere Sache aber selbst in die Hand.“ (BUKO 2)

Noch nicht hinreichend in den Blick geraten bzw. auf praktischer Ebene noch nicht eingelöst wurde der Anspruch, (neue?) internationalistische Perspektiven – konzeptionell-theoretische Positionen und internationalistische Praxen – bereits unter Einbeziehung von Bewegungen aus dem Süden (oder anderen Teilen der Welt) zu entwickeln.

3. Diskussionen in den Sozialforen

Seit 2001 finden weltweite Sozialforen statt: 2001 bis 2003 in Porto Alegre/Brasilien, 2004 in Mumbai/Indien und 2005 wieder in Porto Alegre. Zu den Weltsozialforen kommen AktivistInnen aus verschiedenen Ländern und aus unterschiedlichen Handlungsfeldern zusammen, um der Politik des neoliberalen Kapitalismus etwas entgegenzusetzen. Diese zum großen Teil sehr engagierten AktivistInnen – Indigene, Landlose, GewerkschafterInnen, Studierende, Feministinnen, Intellektuelle – stellen ihre Arbeit und ihre Sicht auf die gegenwärtigen Probleme in der Welt vor.

Eine Analyse der Foren zeigt jedoch, dass es bislang nicht gelungen ist, eine Debatte in Gang zu setzen, die, auf der Basis lokaler und nationaler Erfahrungen, den notwendigerweise globalen Charakter des Widerstandes zum Thema der Auseinandersetzungen macht. Im Rahmen der mehrtägigen Treffen tauscht man zwar Erfahrungen aus, beklagt die Dominanz des globalisierten Kapitalismus oder fordert einmal mehr die Emanzipation des Südens, thematisiert jedoch noch nicht hinreichend, in welcher Weise die partikularen Widerstandsformen in einer internationalistischen Perspektive theoretisch und praktisch aufeinander bezogen werden können. Anders formuliert: Es bleibt generell unbeantwortet, wie eine „Globalisierung von unten“ oder ein „Neuer Internationalismus“ zu gestalten wäre.

Auf dieses Problem machten 2003 in Porto Alegre einige Beiträge aufmerksam: Die Foren müssten mehr sein als ein Rahmen für den Erfahrungsaustausch partikularer Bewegungen. Vielmehr müsse perspektivisch eine „Bewegung der Bewegungen“ („movimiento de movimientos“) geschaffen werden – verstanden als Suchbewegung globalisierungskritischer Akteure aus

Süd und Nord. Gleichzeitig existieren Ängste, dass sich eine zielgerichtetere Organisation kontraproduktiv auf die Foren-Dynamik auswirken könne. Zu dieser, erst beginnenden Debatte einige Beispiele.

3.1 Beiträge aus Lateinamerika

Gustavo Codas (Nicaragua) fordert eine solche zielgerichtete Organisation der Foren, schließt jedoch eine „Zentralisierung“ oder „Politisierung“ der Forumsbewegungen aus.

„El FSM es un „espacio“ de convergencias. Pero esas convergencias hay que trabajarlas y concretarlas. Con esa perspectiva es que varias organizaciones (la CUT y el MST entre ellas) debatieron la posibilidad y necesidad de convocar una asamblea de movimientos sociales ya en el FSM 2001, dentro del Foro. (...) Nuevamente aquí [como en el caso del FSM como un todo] la cuestión del „método“ es fundamental y viene precedida de una necesaria comprensión política de lo que es el „movimiento de los movimientos“ y sus tareas actuales. Lo que se pretende es „potenciar“ las campañas en curso o auxiliar a su gestación. Pero no hay intención de „centralizarlas“ o definir „un programa político“ de las mismas. Se quiere facilitar la coordinación, no imponer líneas. Ese es el camino para fortalecer el proceso que viene de Seattle, que está creciendo en las calles y que demostró impresionante vigor en la lucha contra la guerra.“ (Codas 2003)

Virginia Vargas (Perú) beschreibt den konzeptionellen Konflikt zwischen Akteuren, die in den Foren einen offenen Raum für Erfahrungsaustausch sehen, und denen, die aus den Foren eine koordinierende Instanz der globalisierungskritischen Bewegungen machen wollen. Sie selbst positioniert sich eindeutig gegen die Errichtung einer V. Internationale.

„Indudablemente la idea de espacio, de ágora, es la que más se acerca a lo que es el sentido y las dinámicas del Foro. De allí que una de las tensiones más fuertes, señalada lúcidamente por Chico Whitaker, es la que plantea la disyuntiva entre Foro-espacio y Foro-movimiento. (...) No es indudablemente un espacio neutro. Para entrar a esta plaza es preciso estar de acuerdo con la Carta de Principios. Ser un Foro-movimiento - de la forma como parece plantearse-, implicaría otorgarle un papel esencialmente movilizador, que defina estrategias, con responsabilidades, con una dirección. Ser Foro espacio propicia un ‘movimiento de ideas’, que no impide sino facilita la formación o desarrollo de muchos movimientos, pero sobre todo la interconexión, la posibilidad que cada uno aporte desde los espacios donde apuesta sus transformaciones, sin excluirse de una visión global. Ser Foro Movimiento –en esta realidad– excluye el espacio horizontal, deja de ser una „plaza sin dueño“, una propiedad colectiva a ser usada por todos los que encuentran algún interés en usarlo

(Whitaker 2003), convirtiéndose más bien en una especie de movimiento social orgánico, (en singular), una nueva coalición internacional (nuevo internacionalismo (...) lo llaman algunos), que actúen en nombre de un amplio y genérico movimiento global (Celiberti, 2002), donde la inclusión no esta garantizada. Para este Foro - movimiento, la Carta de Principios deja de ser necesaria. Y también la diversidad.” (Vargas 2003)

Auch Michael Löwy (Brasilien/Frankreich) hebt die Bedeutsamkeit der Vielfalt und die darin liegende Explosivität hervor, plädiert hingegen für die Schaffung eines engeren Netzwerkes explizit politischer Organisationen innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung – nach dem Vorbild der Konferenz der Europäischen Antikapitalistischen Linken.

„La diversidad puede ser un obstáculo, pero es también una riqueza. (...) Es una ocasión única para el encuentro, el debate, el aprendizaje mutuo -un proceso de intercambio cultural en el cual cada uno, sin abandonar sus ideas y convicciones, descubre las de los otros, y trata de integrarlas en su reflexión o su práctica. De la mezcla y fusión de todos estos ingredientes esta naciendo un cocktail explosivo, la nueva cultura internacionalista del MRG [Movimiento de Resistencia Global, Redakción]. Claro, este proceso está aún en sus inicios, estamos aún lejos de tener una orientación común, pero se percibe la formación de un espíritu común del movimiento, radical, combativo y hostil a la recuperación institucional.“

„Lo que hace falta es una red de organizaciones políticas – partidos, frentes, movimientos – que pueda proponer, en el seno del Movimiento, un proyecto alternativo, más allá del capitalismo, y la perspectiva de una nueva sociedad, sin opresores ni oprimidos. Algo por el estilo existe ya en Europa: se trata de la Conferencia de la Izquierda Anticapitalista Europea (...)” (Löwy 2003)

Emir Sader (Brasilien) widmet sich entsprechend dem Problem der Gegenhegemonie. Eine globalisierungskritische Bewegung könne sich auch innerhalb lokaler Kämpfe gegen den globalisierten Kapitalismus als totales System theoretisch und praktisch nur dann durchsetzen, wenn Kräfte im Süden und Norden gebündelt würden, wobei Sader allerdings dem Norden bzw. den fortschrittlichen Kräften dort eine allenfalls strategische Rolle in Bezug auf die Befreiung des Südens einräumt – die sozialen Opfer im Norden bzw. die Notwendigkeit, auch den Norden aus der neoliberalen Zerstörungslogik zu befreien, geraten bei ihm nicht in den Blick. Dadurch wird das Süd-Nord-Verhältnis weiter dichotomisiert.

„El internacionalismo que debemos recomponer tiene que ser universal, tiene que atravesar el capitalismo en su conjunto, restableciendo alianzas entre fuerzas anticapitalistas del centro y de la periferia a partir del análisis

del sistema como un todo. Si los países de la periferia capitalista son las mayores víctimas de las políticas neoliberales – especialmente su población pobre –, la fuerza acumulada en la periferia no es suficiente para revertir la correlación de fuerzas en su conjunto porque el nuevo orden mundial reconcentró fuerzas en detrimento del hemisferio Sur y a favor de las potencias del Norte. Las agudas contradicciones en la periferia pueden movilizar los más amplios contingentes para la lucha antineoliberal actual, pero es necesario sumarles el papel estratégico de los países centrales del capitalismo y de las fuerzas que se oponen a la hegemonía contemporánea en el centro del sistema. De la capacidad de recomponer esa alianza estratégica depende en gran parte el fortalecimiento de las fuerzas antineoliberales en el mundo actual.” (Sader 2001: 99f.)

3.2 Beiträge zum 4. Weltsozialforum 2004 (englisch)

Ein Duktus, der sich durch alle englischsprachigen Beiträge zieht, ist der, dass Internationalismus mit globalem Protest assoziiert wird, z.B. gegen den Afghanistan- und Irak-Krieg. Dies sagt etwas über Themen aus, die Menschen in verschiedenen Ländern in ähnlicher Weise berühren, sei es über eine allen gemeinsame Angst vor der Weltmacht USA und ihrem Größenwahn, sei es die Angst vor einem weltweit diktierenden „freien“ Weltmarkt (Protest gegen das MAI, NAFTA, WTO-Versammlungen). Aber auch in kleinerem Maßstab finden sich neue Allianzen, wie Martin Hewitt aus Perth (Australien) betont:

„The main criticism of the World Social Forum is that there are no formal outcomes. The Forum is still a relatively new phenomenon and is still finding its feet, and although there have been no official outcomes, there have been hundreds of unofficial outcomes, such as the forging of friendships, new alliances, coalitions, and relationships, increased South-South dialogue, and increased dialogue between the world's social movements as a whole.” (Martin Hewitt)

Leider bleibt es bei diesen generellen Statements; über neue Erkenntnisse, über Gemeinsamkeiten und Unterschiede oder gemeinsame Projekte dieser neuen internationalen Kontakte sozialer Bewegungen ist nichts zu finden. Bemühungen um Verständnis und das Ringen um gemeinsame Begriffe und Strategien spiegeln sich nicht in den Berichten wider. Die Absichten scheinen kaum über den Informationsaustausch hinauszugehen.

„The Forum Programme, a formidable 116 page newspaper in Hindi, English and Spanish, painstakingly lists all the big events and the endless non-stop workshops on Child Labour, Australian Imperialism in the Pacific, self determination, Dalit rights, legal challenges to global corporations, tourism, privatisation, peoples against Coca Cola, education and development, fun-

damentalism, GATS on services, Human Rights, mobilisation of society for peace and so on. Intense and very well informed as these debates are, they serve as an exchange of information and ideas; (...)” (Jeremy Corbyn, Member of the National Trust, UNISON and Cuba Solidarity, Former chair of the London Group of Labour MPs)

John Holloway oder auch Christophe Aguiton formulieren einen Internationalismus und konstruieren „neue InternationalistInnen“, bleiben jedoch abstrakt:

„Christophe Aguiton from France, a Trotskyite of another feather, and a leading figure within the WSF, tentatively identifies three ‘poles’ within the global justice movement: ‘Radical internationalist’, ‘nationalist’, and ‘neo-reformist’. The first looks beyond both capitalism and the nation-state, the second is a mostly-Southern response, and the third is the kind of ‘global governance’ tendency also strongly present within the WSF.”

Immanuel Wallerstein beschreibt die Entwicklung der Weltsozialforen. Zunächst seien sie ein offenes Forum des Meinungs austausches gewesen, doch heute hätten sich in ihnen bereits Plattformen gebildet, von denen aus konkrete transnationale Aktionen ausgingen.

„The basic principles of the WSF were that it was an ‘open meeting place’ for ‘groups and movements of civil society that are opposed to neoliberalism and to domination of the world by capital and any form of imperialism.’ Its theme was ‘another world is possible.’ It was a ‘process,’ not an organization. It would not take positions as such, or make proposals for action, but it might generate such positions and proposals by some or all of those taking part in the WSF. It was ‘plural, diversified, non-confessional, non-governmental and non-party’ and acted in a ‘decentralized fashion.’ In short, there was to be no hierarchy or organizational discipline. The formula was original and quite different from the historic antisystemic movements, including Communist and other Internationals. And it caught fire. (...) So, in the end, everyone seemed to agree that WSF should retain the concept of the open forum but perhaps find some way to accept and institutionalize groups that wished to take common actions. There already is an assembly of movements, who meet together at the time of the WSF, and do pass resolutions and propose concrete actions.” (Immanuel Wallerstein)

Vorherrschend bleibt der Eindruck, dass diese „common actions“ sich gegenwärtig noch auf zeitgleiche Demonstrationen beschränken, und vor allem, dass in der Vorbereitung allzu schnell reale Unterschiede ausgeblendet werden und keine wirkliche Auseinandersetzung stattfindet. In der Annahme, dass das Anliegen allen gemeinsam sei, werden alte Muster wiederholt, so dass am Ende oft wieder das Modell des paternalistischen Nordens und des Hilfeerwartenden, passiven

Südens, steht, welches kontinuierlichen Austausch auf gleicher Augenhöhe verhindert. Dies geschieht oft unbewusst und wird auf individuelle Streitigkeiten oder inhaltliche Differenzen zurückgeführt, weil die kontextuelle Differenz nicht existent sein „darf“.

Natürlich ist der Anspruch, etwas ganz Neues zu kreieren, was nicht mehr in die alten Kategorien passt, auch nicht in Begriffe wie „Internationalismus“, berechtigt. „Fragend gehen wir voran“... Und dennoch halten wir es für wichtig, die Traditionen wahrzunehmen, die die jeweilige Arbeit und Sichtweise prägen. Sie beeinflussen uns in negativer und positiver Weise. Die Proklamation des Ganz-Neuen, das alle Kategorien hinter sich lässt, gerät schnell in den Verdacht, sich der Geschichtsvergessenheit anzuschließen und in die Gefahr, alte Fehler zu wiederholen. Davor warnt auch Peter Waterman:

„A new internationalism is taking shape and place, though it might be more realistic to put this in the plural, or to distinguish it as ‘the new global solidarity’. There will be argument about whether it surpasses the First-to-Fourth Internationals or provides a basis for some kind of Fifth one. However, it is also quite possible that it will reproduce the errors and failures of previous internationals. The GJ&SM [global justice and solidarity movement, d. Red.] has not, so far, proven to be a movement much aware of that history, which is also part of its own history – or at least of its inheritance. Those involved in such debates are, however, likely to agree that a movement that is not aware of its history is in danger of repeating it.” (Waterman)

3.3 Zusammenfassung

Wir erkennen an den oben genannten Diskussionsbeiträgen aus den Weltsozialforen die Aufgaben, die von den globalisierungskritischen Bewegungen und speziell den Sozialforen noch zu bewältigen sind. Nationalstaatlich können die Probleme, die der Neoliberalismus weltweit schafft, nicht gelöst werden. Daher brauchen wir eine „Globalisierung von unten“ bzw. einen „neuen Internationalismus“. Dies darf aber weder bedeuten, die Unterschiede zu nivellieren, noch sie unvermittelt nebeneinander stehen zu lassen. Es gilt, die verschiedenen Lebenskontexte wahr- und ernstzunehmen und über die Herausforderungen, die sich daraus für soziale Kämpfe ergeben, zu berücksichtigen.

Daraus kann ein differenziertes Bild entstehen – was nicht heißen soll, die Differenzen der Differenzen wegen zu thematisieren und damit erst zu konstruieren. Es können sich beispielsweise gemeinsame Strategien im Gespräch zwischen den jeweiligen VertreterInnen von LandarbeiterInnen in Brasilien und SozialhilfeempfängerInnen in Deutschland ergeben. Es können aber auch nicht auflösbare Differenzen deutlich werden zwischen mexikanischen Transgender-Indígena-Hausangestellten und indischen Gewerkschaftsaktivis-

ten, die sich trotz der unterschiedlichsten Umstände von Leben und Kämpfen auf ein gemeinsames Projekt verständigen könnten – nur eben auf anderen Ebenen.

Die Konsequenz wäre, die verschiedenen Kontexte, auf die im Rahmen der Foren so viel Wert gelegt wird, dennoch ernstzunehmen, indem nicht von einer Nivellierung der Unterschiede, sondern von einer Differenzierung ausgegangen wird – weg von nationalen, hin zu regionalen, klassenspezifischen, Lebensform-relevanten Differenzen. Unsere These ist, dass es ein Teil des Kampfes sein muss, in den Diskussionen und Debatten um ein gemeinsam definiertes Projekt der Weltsozialforen zu ringen, weil sonst die Kämpfe unverbunden bleiben und die Chance eines solchen Werkzeugs wieder vertan wäre.

Im Bezug auf Traditionen und existierende soziale Bewegungen ist wichtig, die Veränderungen der Verhältnisse und die Konsequenzen für die Strategien und Praxen der Bewegungen zu berücksichtigen. Für die Frauenbewegung geschieht das im Moment in Form der Kritik an ihrer NGOisierung. Für andere wie z.B. die Gewerkschaftsbewegung stünden solche Überlegungen, die auch die Veränderung von Herrschaftsmechanismen berücksichtigen, noch an. Wir meinen, dass wichtige Themen wie Staatsverständnis, Protestformen, gesellschaftliche Utopien, Strategien der Machterlangung, „notwendige“ und „überflüssige“ Bedürfnisse, Arbeits-, Lebens- und Aktionsformen der Auseinandersetzung bedürfen, wenn es eine wirklich internationalistische Bewegung geben soll; eine „Globalisierung von unten“, die gemeinsame Anliegen vertritt – wenn das Wort „gemeinsam“ nicht nur eine Phrase ist sondern Verhandlungen einschließt, die erst Verständnis produzieren können.

Sehr deutlich haben Plöger/Riedmann (2004: 6), in Bezug auf die Europäischen Sozialforen, die vor uns liegende Aufgabe formuliert, unsere lokal partikulären Praxen in ein globales, zurzeit noch abstraktes Projekt zu transformieren.

„Zweitens müssen die Akteure der Bewegung eine Vorstellung davon entwickeln und Praxis einleiten, um lokale und überlokale, gar globale Kämpfe miteinander in Beziehung zu setzen. Der historisch-materialistische Geograph David Harvey weist in diesem Zusammenhang auf das Problem des »Jumping Scales« hin, darauf nämlich, dass das Verhältnis lokaler Partikularkämpfe zu globalen Auseinandersetzungen nicht einfach dem Verhältnis von Teilen zur Summe der Teile entspricht. Vielmehr findet im Übergang vom Besonderen zum Allgemeinen außerdem eine »gewalttätige« »Übersetzung« vom Konkreten ins Abstrakte statt, bei der die Möglichkeiten der direkten Erfahrung und der darauf aufbauenden Solidarität verloren gehen. (...) Probleme der Übersetzung von Partikularkämpfen auf die europäische oder globale Ebene werden zwangsläufig auf-

tauchen und bedürfen der moderierenden Intervention. Selbstverständlich muss diese Art der Intervention wiederum den Prinzipien der Inklusivität und Egalität folgen.“

Bislang haben jedoch, wie wir aufzeigen wollten, derartige internationalistische Perspektiven keinen hinreichenden Niederschlag auf die Organisation der Weltsozialforen gehabt; dies zeigte sich zuletzt in Mumbai/Indien. Gleichwohl bietet aus unserer Sicht allein die Tatsache, dass engagierte Akteure aus verschiedenen Ländern und unterschiedlichen Handlungsvollzügen zusammenkommen, eine prinzipielle Chance, internationalistische Suchbewegungen wirksam in Gang zu setzen.

4. Erfahrungen aus der Soli-Arbeit

Diese Notwendigkeit und zugleich Schwierigkeit des Aufbaus einer Globalisierung von unten folgt dabei nicht nur einer theoretischen Einsicht, sondern ist auch durch unsere vielfältigen Nord-Süd-Kontakte, der Erfahrung aus der Soli- und Internat-Arbeit erwachsen. Noch bis Ende der achtziger Jahre waren diese Kontakte Unterstützungsbeziehungen – selbst wenn damit ein politisches Projekt verbunden war: gegen Militärdiktaturen, in Solidarität mit (nationalen) oder anderen Befreiungsbewegungen. Im Zusammenhang der vielfältigen globalen Veränderungen, vor allem der Globalisierung der kapitalistischen Verwertungskrise und der sie begleitenden neoliberalen Revolution wurde deutlich, dass die in Solidaritätszusammenhängen oft vorausgesetzte, unterstellte „Gemeinsamkeit“ des Kampfes wenn nicht brüchig, so doch zu unhinterfragt war. Antikapitalistisch ja – aber welche Rolle kommt den USA in einer Imperialismustheorie zu? Wie wird die europäische Politik bewertet? Und auf kleinerer Ebene: Wie ernst sind eigentlich Verarmungs- und Verelendungsprozesse in den entwickelten Ländern zu nehmen? Was bedeutet eigentlich Armut, Marginalisierung, Zivilgesellschaft, soziale Bewegung usw.?

Auf theoretischer Ebene lassen sich solche Fragen immer noch konsensual, aber eben nur abstrakt beantworten. Die Widersprüche und Verwerfungen werden jedoch spätestens dann deutlich, wenn wir unseren GenossInnen die Probleme unserer Arbeit, soziale Widersprüche usw. konkret anschaulich zu vermitteln suchen: Welche/r Lateinamerikaner/in kennt eigentlich die soziale Realität in den Ländern der Zentren? In verschiedenen Projekten haben wir solche „Reverse-Programme“ durchgeführt und dabei die Fußangeln der Konstruktion gemeinsamer Perspektiven erfahren. Es ist ein mühsamer Weg des gemeinsamen Sehens und Kennenlernens, der Beschreibung der Differenzen und der Anerkennung der Legitimität unterschiedlicher Kämpfe. Aber es ist auch die Voraussetzung dafür, die gemeinsamen Widersprüche und die unterschiedlichen Trennungen in Nord und Süd bestimmen zu können.

Nur wer die jeweils andere Realität kennt, wird wirklich verstehen, was zum Beispiel die Hegemonie neoliberaler Globalisierung für die Alltagspraxen der Menschen in Nord und Süd bedeutet: Die Schwierigkeit der Organisation sozialer Kämpfe angesichts von Prekarität, Mobilitätswang und Arbeitslosigkeit oder die Bedeutung von Armut. Von der Schaffung dieser praktischen Voraussetzungen ist die Antiglobalisierungsbewegung aber noch weit entfernt.

Nachwort: Beobachtungen auf dem WSF 2005

Auf dem 5. Weltsozialforum 2005 in Porto Alegre hat sich die Tendenz weiter Richtung Dezentralisierung und Diversität entwickelt.

Die Diskussionen zwischen denen, die eine „Bewegung der Bewegungen“ fordern und den Befürwortern eines offenen, vielfältigen Forums ohne politische Agenda auf der Basis „Eine andere Welt ist möglich!“ hat sich unserem Eindruck nach in Richtung Letzterer entwickelt. Die Auftaktveranstaltung fand gänzlich ohne politische Stellungnahme statt und nannte sich bezeichnenderweise „Fest der Diversität“. Andere zentrale Veranstaltungen als die Auftakt- und Abschlussmarsch gab es nicht. Die sehr allgemein gehaltenen Forderungen der „Erklärung der 19“ auf der Schlussveranstaltung wurden als Vereinnahmung zurückgewiesen. Angesichts des elitären Zustandekommens und Autorenkreises dieser Erklärung ist dies nur zu begrüßen. Der Eindruck bleibt allerdings, dass ein gemeinsames Vorgehen nötig, aber nicht gewünscht ist. Europa spielte eine nicht nennenswerte Rolle und kontinentübergreifende Diskussionen fanden kaum statt. Auch wenn Chávez populistisch verkürzt die Macht des Südens beschwor, bestätigt es doch die vorherrschende Stimmung: Mit Europa ist in einer internationalistischen Linken nicht zu rechnen – nicht einmal als Gegner ist es wert, wahrgenommen zu werden, überdeckt durch die Bedeutung der USA.

Für uns bleibt dies eine offene Frage und Herausforderung: Was folgt daraus für die internationalistische Bewegung in Europa?

Globalisierung von unten – Chancen für einen Neuen Internationalismus? – Thesenpapier für den Workshop auf dem buko 28

- (1) Seit Mitte der 90er Jahre gibt es eine Anti-Globalisierungsbewegung, die Vorstellung einer „Globalisierung von unten“ oder einen „Neuen Internationalismus“. Dieser neue Internationalismus scheint jedoch nur eine je nationale Suchbewegung – entweder vom Norden oder vom Süden – zu sein.
- (2) Die Buko fordert zwar eine Abkehr vom alten Internationalismus, kommt aber über eine Betonung der Vielfalt der Bewegungen und der Legitimität unterschiedlicher sogar konträrer Positionen nicht

hinaus. Noch nicht eingelöst wurde der Anspruch, internationalistische Perspektiven bereits unter Einbeziehung von Bewegungen aus dem Süden zu entwickeln.

- (3) Die Sozialforen dienen zwar dem Erfahrungsaustausch, thematisieren jedoch nicht, wie die partikularen Widerstandsformen in einer internationalistischen Perspektive theoretisch und praktisch aufeinander bezogen werden können.
- Einige fordern perspektivisch eine „Bewegung der Bewegungen“, eine Suchbewegung globalisierungskritischer Akteure aus Nord und Süd. Strittig ist jedoch die Frage, wie das Verhältnis von Zentralisierung und Politisierung und das WSF als Ort der Differenz bestimmt werden können.
- Dort, wo die Bündelung der Kräfte gegen die neoliberale Globalisierung gefordert wird, hat der Norden allerdings nur eine strategische Rolle in Bezug auf die Befreiung des Südens; die Befreiungskämpfe im Norden spielen für den Süden keine Rolle.
- (4) Nationalstaatlich können die Probleme der Globalisierung nicht mehr gelöst werden. Daher brauchen wir einen Neuen Internationalismus. Das darf nicht bedeuten, Unterschiede zwischen verschiedenen Bewegungen oder Kontexten zu nivellieren, noch sie unvermittelt nebeneinander stehen zu lassen. Aus einem solchermaßen differenzierten Bild könnten gemeinsame Strategien entstehen.
- (5) Staatsverständnis, Protestformen, Utopien, notwendige und überflüssige Bedürfnisse müssen diskutiert werden, wenn es eine wirkliche internationalistische Bewegung geben soll.

Material

BUKO (Hg.) (2003): radikal global. Bausteine für eine internationalistische Linke, Ham-burg/ Berlin

BUKO 2 (1999): Anforderungen an einen „Neuen Internationalismus“. Einige „anstößige“ Gedanken des BUKO-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft (<http://www.buko.info/asww/international.html>), auch als Broschüre „kölngehen. Erkundungen zu Globalisierung und Internationalismus“ (1999)

BUKO 3 (2003): Bewegung durch Bewegung. Buko-Positionen zu Globalisierung und Globalisierungskritik (<http://www.buko.info/buko/positionen3.html>)

BUKO 5 (2003): Internationalismus nach dem Internationalismus. Positionspapier (<http://www.buko.info/buko/positionen5.html>)

Codas, Gustavo (2003) Cuál es el papel del Foro Social Mundial? (http://www.forumsocialmundial.org.br/dinamic.asp?pagina=bal_gustavo_codas_es) auch in: Alternativas. Revista de análisis y reflexión teológica. Año 10, núm.25 / Enero-Junio, Editorial Lascasiana, Managua, S. 13-22

Corbyn, Jeremy (2004): A Forum of the World, Quelle: www.wsfindia.org/eval2004d.php?myvar=12

Global Civil Society (2001): Yearbook website; Rikkilä and Patomäki 2001, zitiert nach P. Waterman: The Global Justice and Solidarity Movement and the World social Forum: A Background, available: <http://www.comminit.com/materials/ma2004/materials-131.html>

Hewitt, Marco (2004): Reflections on the Global Justice Movement. After the Mumbai World Social Forum, Quelle: Reflections after Mumbai 2004, members.westnet.com.au/jackhsmit/mumbai2004.htm

Löwy, Michael (2003): ¿Por una Quinta Internacional? (<http://www.rebellion.org/izquierda/lowy010203.htm>), Revista Rebeldía

Plöger, Andrea u. Erwin Riedmann (2004): Transnational und fragend voran?! Anmerkungen zum Stand der Bewegung angesichts des zweiten Europäischen Sozialforums, in: UTOPIE kreativ, H. 163 (Mai), S. 447-453

Sader, Emir (2001): Hegemonía y contrahegemonía para otro mundo posible, in: Seoane, José u. Emilio Taddei (Hrsg.): Resistencias mundiales. De Seattle a Porto Alegre, CLACSO, Buenos Aires (<http://168.96.200.17/ar/libros/seattle/sader.pdf>)

Vargas, Virginia (2003): El Foro Social Mundial III y las tensiones en la construcción del pensamiento global alternativo. (http://www.forumsocialmundial.org.br/dinamic.asp?pagina=bal_vvargas_esp)

Wallerstein, Immanuel (2004): The rising strength of the World Social Forum, Quelle: www.wsfindia.org/eval2004d.php?myvar=10

Waterman, Peter: The Global Justice and Solidarity Movement and the World social Forum: A Backgrounder, available f.ex. <http://www.comminit.com/materials/ma2004/materials-131.html>

Gendreck weg!

Die Kampagne

Jutta Sundermann

Es gibt viele Gründe, gegen Gentechnik in der Landwirtschaft zu kämpfen: denn Gentechnik ist nicht rückholbar, bringt Abhängigkeit und Hunger, zerstört die biologische Vielfalt und gefährdet die Gesundheit.

Der Anfang vom Ende?

Mit dem neuen Gentechnik-Gesetz und dem Ende des EU-Moratoriums wurden 2005 in Deutschland erstmals gentechnisch manipulierte Pflanzen (GMO) angebaut. Noch haben Rechtsunsicherheit und die öffentliche Ablehnung der Gentechnik die Flächen auf rund 330 Hektar begrenzt. Noch kann entschiedener Widerstand der Gentechnik Einhalt gebieten. Aber die Zeit ist knapp. Als erstes werden (Bio)-Imker keine Chance mehr haben, gentechnikfreien Honig anzubieten. Die Bauern werden folgen. ErzeugerInnen und KonsumentInnen wehren sich gemeinsam.

Gentechnik ist nicht rückholbar und nicht eingrenzbar

Durch Pollenflug verbreitet sich unkontrolliert genmanipuliertes Erbgut. Es ist nicht rückholbar. In Kanada und den USA haben jüngste Studien bewiesen, dass es nahezu kein Saatgut für Raps und Soja mehr gibt, das nicht gentechnisch verseucht ist. Nachlässiger Umgang mit den Ernten, der Wind und die Bienen haben dazu beigetragen, die manipulierten Gene überall zu verbreiten. Immer häufiger tauchen auch Wildpflanzen auf, die Eigenschaften der GMO-Pflanzen zeigen.

Deshalb ist eine „Koexistenz“ zwischen Gentechnik und traditioneller Landwirtschaft nicht möglich.

Gentechnik macht Abhängigkeit und Hunger und zerstört die biologische Vielfalt

Weltweit gefährden Gentechnik-Konzerne Nahrungssicherheit und Saatgutfreiheit und zwingen Bauern und Bäuerinnen in immer größere Abhängigkeiten. Viele Agrarkonzerne bieten gentechnisch verändertes Saatgut im Paket mit passenden Giften an. Diese teure Kombination treibt Bauern in den Ruin – zumal sie häufig gezwungen werden, Knebelverträge über etliche Jahre zu unterschreiben. In Indien haben sich schon sehr viele Bauern das Leben genommen, weil sie sich hoffnungslos verstrickt sahen in die Schuldenfalle der Gentech-Konzerne.

Ein zentrales Anliegen der Gentechnik-Industrie ist es, die Kontrolle über das Saatgut zu gewinnen. Scharfe Patentrechte auf gentechnisch veränderte Pflanzen helfen ihnen. Bauern und Bäuerinnen dürfen Saat aus eigener Ernte nicht mehr ausbringen, ohne erneut Lizenzgebühren zahlen zu müssen. Der skandalöse Fall des kanadischen Farmers Percy Schmeiser, der vom Monsanto-Konzern verklagt wurde, obwohl gegen seinen Willen Monsanto-Genraps auf seine Felder gelangt war, stellt nur die Spitze des Eisberges dar.

Wo die Gentechnik-Industrie Bauern dazu überredet, ihr Saatgut „zu testen“, gehen schnell die alten Landsorten verloren – und damit die Unabhängigkeit und Ernährungssicherheit von immer mehr Menschen. So vernichtet Gentechnik die Agrobiodiversität und gefährdet die zukünftige Ernährung in der ganzen Welt.

Die Gentechnikindustrie drängt auf immer mehr Märkte. Es geht ihr sowohl um den kapitalkräftigen, bis heute nicht von der Gentechnik überzeugten europäischen Markt als auch um die Länder des Südens, in denen die Gentechnik noch nicht Einzug gehalten hat. Die zukünftige Haltung Europas ist von zentraler Bedeutung, da auch Bauern der Anbauländer im Süden sich erst für Gentechnik entscheiden, wenn die Abnahme in Europa funktioniert. Würde das geschehen, wäre die Agrar-Gentechnik nicht mehr aufzuhalten.

Ziviler Ungehorsam gegen Gentechnik!

Gendreck-weg hat sich für einen entschlossenen Widerstand gegen die Gefahr Gentechnik entschieden. Freiwillige Feldbefreiungen sind nach unserer Auffassung die angemessene Antwort auf die Lage. Die Menschen werden in unserem Land nicht gefragt, ob die Gentechnik in der Landwirtschaft Einzug halten soll. Es werden Tatsachen geschaffen.

Es ist unverantwortlich, gentechnisch veränderte Pflanzen freizusetzen, die nicht rückholbar sind, aber Konsequenzen für Pflanzen- und Tierwelt sowie unsere Gesundheit heute und in Zukunft haben.

Es ist ein Unrecht, LandwirtInnen durch Saatgut-Gift-Pakete, durch Patentrechte, Knebelverträge oder die Terminator-Technologie das Recht zu nehmen, ihre eigene Ernte auch zur Weiterzucht zu verwenden.

Es gilt noch die alte Weisheit: Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

Gendreck-weg stellt sich diesem Unrecht also in den Weg. Zur Tradition des Zivilen Ungehorsams gehört es, bereit zu sein, die Folgen des eigenen Handelns zu tragen. Die Aktionen von Gendreck-weg haben Gesichter und finden öffentlich statt. Die Aktiven verstehen sich als mündige und mutige BürgerInnen, die diesen Schritt gehen, weil es eine große Gefahr abzu-

wenden gilt. Mit diesem Widerstand ist die Initiative nicht allein. In Afrika, Asien, Amerika und vielen europäischen Ländern haben Zehntausende von Menschen bereits selbst derartige Initiativen ergriffen. Gendreck-weg vernetzt sich über Ländergrenzen und Kontinente.

Das „Nein“ muss jetzt und in den nächsten Jahren laut und erfolgreich werden, bevor durch die Gentechnik-industrie und Politik irreversible ökologische und soziale Schäden verursacht werden.

Die Kampagne Gendreck weg wird so lange fortgesetzt, bis gesellschaftlicher und politischer Konsens über den sofortigen Stop der Agro-Gentechnik als Eingriff in die Schöpfung und in unsere Nahrungsgrundlage hergestellt ist. Das wird einige Jahre dauern.

Die erste Aktion findet am 31. Juli bei Strausberg bei Berlin statt.

[Nachrichtlich: Und sie fand statt. Mit über 300 FeldbefreierInnen, großem Polizeieinsatz und dennoch erfolgreicher Zerstörung eines Teils des Genackers. Gendreck-weg geht weiter. Mitmachen ist erwünscht. Mehr: www.gendreck-weg.de]

Kolumbien: Ziviler Widerstand mitten im Krieg

Interview mit zwei kolumbianischen Bauernvertretern

Christiane Schwarz

In Kolumbien vertreiben Militär und Paramilitär immer wieder Menschen von ihrem Land, das dann für große Wirtschaftsprojekte wie beispielsweise Ölpalmmonokulturen genutzt wird. Gegen die ständigen Übergriffe und Enteignungen und die Vernichtung ihrer Subsistenzgrundlage leistet die Zivilbevölkerung friedlichen Widerstand. Beispiele dafür sind die Bauernvereinigung des Valle de Cimitarra in der Region Magdalena Medio, die seit 1998 das Projekt eines kleinbäuerlichen Schutzgebietes vorantreibt, und die waffenfreien humanitären Zonen afrokolumbianischer Gemeinden in der Region Chocó. Wir sprachen mit Mario Martinez, Schatzmeister der Bauernvereinigung, und Erasmo Sierra, Gemeinderatspräsident einer afrokolumbianischen Gemeinde im Chocó.

Wie hat sich die Situation in Ihren Heimatregionen in den letzten Jahren entwickelt?

Mario Martinez: Nach wiederholten Vertreibungen der Zivilbevölkerung in der Region Magdalena Medio in den 1990er Jahren wurde mit der Regierung des damaligen kolumbianischen Präsidenten Pastrana ein Abkommen geschlossen, durch das unsere Zone den Status eines kleinbäuerlichen Schutzgebietes erhielt. In diesem Gebiet ist Großgrundbesitz verboten, nur kleinbäuerliche Landwirtschaft darf betrieben werden. Dadurch sollen die Expansion großer Latifundien und weitere Vertreibungen der Kleinbauern verhindert werden. Außerdem müssen für die Zone ein Landnutzungsplan und ein Plan zur Nachhaltigkeit erstellt und die natürlichen Ressourcen geschützt werden. Im Dezember 2003 entzog der jetzige kolumbianische Präsident Uribe der Zone diesen Status. Trotzdem arbeiten wir Bauern in der Region weiter, als wäre sie noch ein kleinbäuerliches Schutzgebiet.

Erasmo Sierra: 1997 wurden wir, wie tausende weiterer Menschen, durch militärische Bombardierungen und Morde von unserem Land vertrieben. Insgesamt 30 Monate verbrachten wir als Flüchtlinge außerhalb der Region. 2001 konnten wir auf unser Land zurückkehren und erhielten vom Staat durch ein Gesetz, das den afrokolumbianischen Ethnien den kollektiven Landbesitz zuerkennt, Titel für unser Land. Doch noch im gleichen Jahr gingen die Bombardierungen und Übergriffe wie das Brandschatzen von Häusern und die Er-

mordung von Menschen seitens des Staates und der paramilitärischen Gruppen weiter. 400 Tote haben wir schon zu beklagen. Bei der Rückkehr auf unser Land stellten wir fest, dass große Flächen des Urwaldes gerodet und dort illegal Ölpalme angepflanzt worden war. Im Februar 2003 reiste eine Untersuchungskommission - Vertreter uns begleitenden NGOs, Gesandte des Innenministeriums, der Vizepräsidentschaft und der Ombudsstelle sowie internationale Beobachter - in die Region. Sie stellte fest, dass auf 8000 Hektar des Landes, das uns als afrokolumbianischen Gemeinden des Jiguamiandó- und des Curvaradó-Beckens rechtmäßig gehört, Ölpalmplantagen angelegt worden waren. Eine zweite Untersuchungskommission im Oktober 2004, an der diesmal auch die staatliche Behörde teilnahm, die uns damals die kollektiven Landtitel überreicht hatte, stellte fest, dass die illegale Anpflanzung von Ölpalmen auf unserem Land auf 18000 Hektar ausgeweitet worden war.

Mario, wie und wovon leben die Menschen im Valle de Cimitarra?

Mario Martinez: Wir sind Bauern und bauen unsere Nahrungsmittel selber an. Doch Produkte wie z. B. Speiseöl und Salz müssen wir von außen einführen. Seit fünf Jahren gibt es eine Wirtschaftsblockade in der Region. Das heißt, wir müssen die Paramilitärs fragen, ob wir raus dürfen, um die uns fehlenden Produkte für den Eigenkonsum zu besorgen. Ladeninhaber müssen, um Produkte in die Region bringen zu können, regelmäßig zu einer Militär- oder Paramilitärbasis gehen und dort eine monatliche Steuer bezahlen. Aber nicht alle Produkte werden reingelassen und immer nur kleine Mengen. Alles wird kontrolliert. Um überleben zu können, haben wir durch die EU und andere Institutionen finanzierte Projekte wie Reisanbau und eine Büffelzucht, die uns helfen, unsere Ernährungssouveränität in der Region aufrechtzuerhalten.

Erasmo, welche Strategie steckt hinter den Vertreibungen, der Gewalt und der massiven Anpflanzung von Ölpalmen in Ihrer Region? Welche Rolle spielt die Regierung?

Erasmo Sierra: Der kolumbianische Staat behauptet, er sei nicht Schuld an der Situation. Das stimmt nicht. Wir erleben, wie das Militär die Paramilitärs vor ihren Augen walten lässt, ohne einzugreifen. Die Plantagenbesitzer müssen wieder von unserem Land verjagt, sie sollen bestraft und wir entschädigt werden. Doch die kolumbianische Regierung tut nichts von all dem, ist also anscheinend einverstanden mit dem, was passiert. Alles geschieht ganz klar mit Wissen des Staates. Und wenn der Präsident von seinen Reisen nach Europa nach Kolumbien zurückkehrt, heißt es in den Nachrichten, er habe finanzielle Mittel ausgehandelt, um

damit die vertriebene Bevölkerung in Kolumbien zu schützen. Doch in Wirklichkeit haben wir weder Schulen, noch Gesundheitsversorgung, noch Straßen.

Der Präsident Uribe erkennt nicht an, dass es an den Flüssen Jiguamiandó und Curvaradó Bauern gibt. Er behauptet, dass es nur Guerilleros gäbe. Wir zeigen, dass es doch Bauern gibt. Dafür sind wir hier. Der kolumbianische Staat tötet Bauern, verkleidet sie als Guerilleros, legt ihnen eine Waffe in die Hand und sagt dann, er hätte einen Guerrillero getötet. Aber wir sind keine Guerrilleros, sondern Bauern. Wir nehmen dem Staat nichts weg. Der kolumbianische Staat nimmt uns aus. Zusammen mit den Paramilitärs vertreibt er uns, die Zivilbevölkerung, um uns unser Land wegzunehmen, um mit den Palmpflanzern Handel zu treiben, die dann dort Ölpalmen pflanzen.

Mario, wie handelt die Regierung in Eurer Situation?

Mario Martínez: Der Staat bedroht und verfolgt unsere Bauernvereinigung. Gerade hat er Haftbefehl gegen 70 Mitglieder unserer Organisation erlassen. Drei unserer Mitglieder wurden ermordet. Ich gehöre zu denen, die ihre Familie verloren haben. Alle Organisationen, die sich in Kolumbien sozial engagieren, werden vom Staat als Anhänger der Guerilla gesehen und daher bekämpft. Der Staat ist gegen das kleinbäuerliche Schutzgebiet, da es angeblich die Region in ein Rückzugsgebiet der Guerilla verwandeln will. Aber wir sind keine Guerilleros, sondern Bauern, für die die Schutzzone sehr wichtig ist. Ein weiteres Problem im Valle de Cimitarra sind die Pestizidbesprühungen der Cocapflanzungen, die der Staat seit drei Jahren zweimal jährlich in der Region durchführt. Diese Besprühungen verursachen große Umweltschäden und machen die Menschen krank.

Erasmus, was hat es mit den humanitären Zonen auf sich, die Sie gegründet haben?

Erasmus Sierra: Die drei humanitären Zonen, die wir zusammen mit einer NGO gebildet haben, sind eine Form des zivilen Widerstands, um unsere Landrechte und unsere Autonomie zu verteidigen. Kein bewaffneter Akteur darf die humanitären Zonen betreten. Vom kolumbianischen Staat fordern wir, dass er die Menschenrechte der Bewohner der Region respektiert.

Danke für das Gespräch. Wir wünschen euch alles Gute und viel Erfolg.

Die internationale Unterstützung zum Beispiel in Form von Briefaktionen ist für die Organisationen, die in Kolumbien zivilen Widerstand leisten, enorm wichtig. Auf der Rowo-Website finden Sie einen Musterbrief zum Downloaden.

Dankeschön an alle -

MitveranstalterInnen, SponsorInnen und UnterstützerInnen

Der BUKO 28 wurde veranstaltet von:

Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) und

ak - Analyse + Kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis, Asta der Uni Hamburg, BioSkop-Forum zur Beobachtung der Biowissenschaften e.V., BUKO Agrar Koordination, BUKO Kampagne gegen Biopiraterie, Fantômas, fsr germanistik (Uni Hamburg), iz3w - Informationszentrum Dritte Welt, Stiftung W.

Der BUKO 28 wurde gefördert durch:

Aktion Selbstbesteuerung, AKE - Arbeitskreis Entwicklungspolitik, Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung, Stiftung W, Stiftung Umverteilen, Rosa Luxemburg Stiftung, Solidaritätsfonds der Hans-Böckler-Stiftung, Internationale Weiterbildung und Entwicklung GmbH

Der BUKO 28 wurde unterstützt von:

[solid]36 - socialist youth kreuzberg, Aktion 3.Welt Saar - Losheim, AMOS - Kritische Blätter aus Westfalen, Antifa Wesermarsch, Antirassistische Initiative Berlin, Arbeitsgemeinschaft für gewerkschaftliche Fragen (AgF) Marburg, Archiv der sozialen Bewegungen Bremen, Assoziation A, AZADI e.V, Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland - Düsseldorf, Büren-Gruppe Paderborn, Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V., express - Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, FDCL - Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. - Berlin, flash - autonome frauen-lesben-gruppe - Hamburg, Flüchtlingsrat Hamburg, Gesellschaft für Legalisierung, GEW-Studierendengruppe Hamburg, Graswurzelrevolution, Gruppe Blauer Montag - Hamburg, gruppe bricolage - hamburg, ila - Informationsstelle Lateinamerika - Bonn, Informationsbüro Nicaragua - Wuppertal, Jugendumweltnetzwerk Niedersachsen - JANUN e.V., JungdemokratInnen/Junge Linke NRW, Kanak Attak, kleine anfrage, Kommune Niederkaufungen, LabourNet Germany, Lateinamerika Nachrichten, Netzwerk Cuba - Berlin, Nicaragua Verein Hamburg e.V., Ökumenisches Büro - München, Osteuropa-AG - Berlin, reflect! Assoziation für politische Bildung und Gesellschaftsforschung, Verein für politische Bildung Analyse und Kritik e.V., WählerInnenvereinigung REGENBOGEN - Für eine neue Linke, Weltladen Kiel, Werkstatt 3 e.V. - Hamburg

Impressum der BUKO 28-Dokumentation:

Herausgeber: Bundeskoordination für Internationalismus (BUKO), Geschäftsstelle
Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel.: 040-393156, Fax: 040-28055155
e-mail: mail@buko.info, homepage: www.buko.info

AutorInnen: AutorInnengruppe aus ReferentInnen und TeilnehmerInnen des BUKO 28

Zusammenstellung/ Layout: Manuela Möller, Steffen Jörg, Pitt Crasemann

Veröffentlichung (Dez. 2005): als PDF unter www.buko.info/kongress/buko28/materialien/doku.html

Spendenkonto: VzF/ BUKO
Konto-Nummer: 234 389
BLZ 210 602 37
Ev. Darlehns-genossenschaft Kiel